

Aa 5



10/12/2008

UB Braunschweig 84



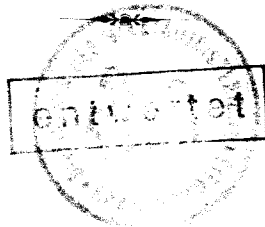
4725-965-2





Inhalts - Verzeichniß
über die
Verhandlungs - Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1899/1900.

100.12325



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 6. April 1899.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	3*
2. Wahl der Ausschüsse etc.	3

II. 13. April 1899.

3. Der Stadthaushaltsplan für 1899/1900	10
4. Gemeinde-Kirchensteuer für 1899/1900	34
5. Verkauf zweier Bauflächen beim neuen Stadthause	34
6. Regulirung der Uhr im Thurme des Stadthauses	35
7. Antrag Lange: Bedürfnisanstalt an der Ferdinandbrücke	35
8. Antrag Lange: Umbau der Warthalle am Kohlmarke	35
9. Antrag Koch: Verbesserungen im Bürgerparke	36
10. Antrag Aßmann: Bekämpfung der Lungentuberculose	36

III. 4. Mai 1899.

11. Ausschmückung der Kaiser-Wilhelm-Brücke	38
12. Gesuch um anderweite Festsetzung der Baustosten an der Juliusstraße	41
13. Antrag Müller: Glockenspiel für den Stadthausthurm	44
14. Antrag Müller: Anstandslegung der Straße an der Catharinentirche	48
15. Unterstützungsgeſuch der österreichischen Gemeinde Gottschee	48
16. Bau von Pfarrhäusern etc. für die Johannisgemeinde	48
17. Ausschmückung des neuen Stadthauses	50
18. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße	52
19. Einsprache gegen den Theilortsbauplan für die Wörth- und Leonhardstraße	53
20. Erweiterung des Kabelnetzes für das Electricitätswerk	53
21. Aufnahme eines Vorschußdarlehens	53
22. Einsprache gegen den Theilortsbauplan für den Kaiser-Wilhelm-Platz	54

* Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Berichten.

IV

23.	Antrag Koch: Verbesserungen im Bürgerparke	54
24.	Hundsteuer-Erlaßgesuche	56
25.	Terrainerwerb zur verlängerten Grabenstraße	56
26.	Aufnahme einer Straße an der Kaiser-Wilhelmstraße in den Ortsbauplan	56
27.	Bauplatz für eine neue untere Bürgerschule	59
28.	Gesuch von Konegen wegen Ueberlassung von Straßenterrain	61
29.	Ergänzung des Canalbauetats	63
30.	Anschaffung zu Museumszwecken	63
31.	Abtretung von Terrain zum nördlichen Theile der Maschstraße	64
32.	Austausch von Terrain am Bohlwege	67
33.	Antrag Lord: Begründung einer öffentlichen Lese- und Bücherhalle	67
34.	Antrag Müller: Verlegung des Stbahnhofes 2c.	68
35.	Antrag Kiefe: Instandsetzung der Höfenstraße	69
36.	Antrag Bültmann: Weiterer Ausbau der Vertramstraße	70
37.	Antrag Meyerhoff: Einrichtung von Innungszimmern im Demmer- schen Hause	70

IV. 15. Juni 1899.

38.	Antrag Lange: Umbau der Wartehalle am Kohlmarke	74
39.	Antrag Lange: Bedürfnisanstalt an der Ferdinandbrücke	75
40.	Antrag Lord: Begründung einer öffentlichen Lese- und Bücherhalle	75
41.	Statut, betr. die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden	76
42.	Antrag Kiefe: Instandsetzung der Höfenstraße	78
43.	Antrag Bültmann: Weiterer Ausbau der Vertramstraße	78
44.	Neuverpachtung der Fischerei in der Dter	78
45.	Hundsteuer-Erlaßgesuche	78
46.	Beihilfe zu den Verpflegungskosten für Lungenkranke	79
47.	Ankauf eines Grundstücks an der Kreuzstraße	79
48.	Kosten für Straßenlaternen und Gasröhren	79
49.	Erwerb einer Fläche zur verlängerten Petristraße	80
50.	Wasser closets für zwei Bürgerschulen	80
51.	Terrain austausch an der Dterstraße	81
52.	Einsprachen gegen die proj. Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade	81
53.	Errichtung von Wohnhäusern am Amalienplatze	82
54.	Aufhebung eines Theiles der Kl. Hagenstraße	82
55.	Project wegen Umbaues des Stbahnhofes	83
56.	Antrag Müller: Verlegung des Stbahnhofes 2c.	86
57.	Brand des Karstadt'schen Waarenhauses	88
58.	Antrag Rathe: Zeitgemäße Eintheilung der Feldmarken	95
59.	Anfrage Lord: Verzögerung des Baues der Gewerbeschule	95
60.	Mobiliarbeschaffung für das neue Stadthaus	96

V. 13. Juli 1899.

61.	Verlegung von Wasserrohren	102
62.	Abtretung einer Fläche an der Fusarenstraße	103

63.	Beitrag zu der Festgabe des Gustav-Adolf-Vereins	103
64.	Ausbau der verlängerten Gartenstraße	103
65.	Brücke über die Oser im Bürgerparke	103
66.	Neuverpachtung der Restauration im Bürgerparke	105
67.	Ausbau der Spohrstraße	106
68.	Neubefestigung der Straßen vor dem neuen Stadthause	106
69.	Änderung des Ortsbauplanes an der Capellenstraße etc.	106
70.	Ausbau der Göttingstraße und des Langencampes	107
71.	Grunderwerb an der Eichthalstraße	107
72.	Änderung des Ortsbauplanes für die nordwestliche Außenstadt.	107
73.	Kurkosten aus der Luise Ottmer-Stiftung	109
74.	Aufstellung von Gasglühlichtlaternen etc.	110
75.	Antrag Wollenweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches.	110

VI. 7. September 1899.

76.	Antrag Rath: Zeitgemäße Eintheilung der Feldmarken	114
77.	Ausbau eines weiteren Theiles des Madamenweges	115
78.	Aufhebung einer projectirten Straße an der Wabestraße	116
79.	Straßenbaukosten der Hagenstraße	116
80.	Beleuchtung der Wirthschaft des Bürgerparkes	116
81.	Anschaffung von Inventarstücken für das städtische Museum.	118
82.	Statut, betr. die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden	118
83.	Neubau einer Bürgerschule an der Wendemannsstraße	118
84.	Einsprachen gegen die proj. Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade	122
85.	Anschaffung eines Steinbahnbrechers	123
86.	Verschiebung eines Theiles der alten Glückstraße	123
87.	Straßenbaukosten für die Voigts-Rheßstraße	123
88.	Anschaffung von Mobiliargegenständen für das Rathhaus.	124
89.	Verkauf eines städtischen Bauplazes	125
90.	Straßenbaukosten der Bodestraße	128
91.	Uebertragung von Canalbaumitteln auf das Jahr 1899/1900	128
92.	Legung eines definitiven Canals an der Kreuzstraße	128

VII. 5. October 1899.

93.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	131
94.	Verwendung des ehemaligen Casernengrundstücks am Magnithore	131
95.	Bauproject für die städtische Gewerbeschule	134
96.	Einrichtung einer Schulklasse zum Abendunterricht für Mechaniker.	137
97.	Gesuch wegen Ausführung von Installationen	137
98.	Aufhebung des Statuts N ^o 7	142
99.	Anliegerbeitrag für eine Fußwegstrecke an der Frankfurterstraße	142
100.	Feststellung von Straßenbaukosten der Juliusstraße	142
101.	Einsprachen gegen einen Theilortebauplan	142

VI

102.	Terrainaustausch an der Kaiser-Wilhelmstraße zc.	143
103.	Kosten für Canal-Nothauslässe und Sinkkasten	143
104.	Aufnahme einer Anleihe	144
105.	Statut, betr. die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier	145
106.	Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplazes für ein drittes Volksbad	160
107.	Antrag Koch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen auf verschiedenen Plätzen der Stadt	160
108.	Antrag Sander: Bestimmung eines Plazes für die Choleraabacden	160

VIII. 2. November 1899.

109.	Normaletat über die Befoldung der Lehrkräfte und Beamten	162
110.	Herausgabe einer Pergamenthandschrift	176
111.	Antrag Wollenweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches	176
112.	Ortsbauplan für die östliche Außenstadt	177
113.	Instandsetzung eines Fußweges der Vertramstraße	177
114.	Klage wegen Straßenbaukosten	179
115.	Erwerb einer Grabenfläche am Stadtparte	179
116.	Erwerb von Flächen zur Hoch- und Giersbergstraße	180
117.	Anschaffung einer Centesimalwaage	180
118.	Aufwendungen für ein städtisches Grundstück	180
119.	Aufhebung der östlichen Theilstrecke der alten Grünstraße	181
120.	Einführung fester Sätze für die directen Gemeindesteuern	181
121.	Rückzahlung von Canalkosten	182
122.	Gleiserweiterung für zwei Straßenbahnstrecken	182
123.	Inventarien-Gegenstände für das Rathhaus	184
124.	Annahme von Militärämtern bei der Stadtverwaltung	184
125.	Festsetzung des Zinsfußes zc. für die neue Anleihe	185
126.	Verkauf einer Fläche des Rathhausgrundstücks	186
127.	Verlängerung des Gasrohrs zc. in der Hilbesheimerstraße	187
128.	Legung eines Wasserrohrs auf dem Madamenwege	187
129.	Vervielfältigung von Wählerlisten	187
130.	Geschäftliche Angelegenheiten	188

IX. 30. November 1899.

131.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	190
132.	Abkommen wegen Lieferung von Wasser nach Delper	190
133.	Instandsetzung eines städtisches Gebäudes	190
134.	Verwendung der Einkünfte der Luise Ottmer-Stiftung	191
135.	Biersteuer und Gehalts erhöhungen	191
136.	Ordnung für die Straßenbesprengung	192
137.	Uebnahme von Proceßkosten	192
138.	Statut, betr. die Bildung eines Gemeindevorstandes	193
139.	Canal in der Hamburgerstraße	194
140.	Einführung fester Sätze für die directen Gemeindesteuern	194

141.	Canal für die National-Actien-Bierbrauerei	195
142.	Entschädigung für Reinigung zweier Bürgerschulen	196
143.	Aufwendungen für das Rathhaus	196
144.	Brunnenanlage für das Kühlhaus	198
145.	Erweiterung des Gasrohrs in der Wörthstraße	202
146.	Änderungen beim Feuerlöschgebäude	202
147.	Vergebung der neuen städtischen Anleihe	202
148.	Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad	203
149.	Antrag Koch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen innerhalb der Stadt	203
150.	Antrag Sander: Bestimmung eines Platzes für die Cholerabaracken	204
151.	Antrag Riefe und Aßmann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten	204

X. 11. Januar 1900.

152.	Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad	206
153.	Antrag Koch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen innerhalb der Stadt	206
154.	Antrag Sander: Bestimmung eines Platzes für die Cholerabaracken	208
155.	Antrag Riefe und Aßmann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten	209
156.	Aufhebung der Reiherstraße	209
157.	Auswechselung des Gasrohrs im Bültenwege	210
158.	Rückzahlung von Gasrohrkosten	211
159.	Baulinie für ein Grundstück am Wilhelmöplate	211
160.	Fischereiverpachtung unterhalb der Stadt	211
161.	Erhöhung bezw. Nachverwilligung von Mitteln für Bibliothekzwecke	214
162.	Verkauf einer Fläche des Rathhausgrundstücks	215
163.	Erwerb einer Fläche zur Stobenstraße	215
164.	Miethe u. für einige Räume im Rathhause	215
165.	Reinigungskosten für die Räume des Rathhauses	215
166.	Verpachtung der Eisenbühlter Mühlen	216
167.	Petroleumlaternen an der Koffstraße	216
168.	Verkauf von städtischem Terrain an der Pölegehaus- und Thomaestraße	216
169.	Wiederaufstellung eines Stallgebäudes auf dem städtischen Vorrathshofe	217

XI. 15. Februar 1900.

170.	Aufhebung der Wache auf dem Andreasthurm	220
171.	Entlastung der Direction der Licht- und Wasserwerke für 1898/99 u.	221
172.	Neueinrichtung für Bürgerschulclassen	222
173.	Kosten der Kirchenbauplätze für St. Johannis und St. Pauli	222
174.	Antrag Riefe und Aßmann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten	223
175.	Anschließung von Wohnhäusern auf Delper Feldmarkt an die Wasserleitung	228
176.	Hundsteuer-Erlaßgesuche	229
177.	Terrainerwerb zur Ringstraße und zum Hohenstiege	229

VIII

178.	Geschäftsordnung und Kosten des städtischen Arbeitsamtes	229
179.	Terrainaustausch an der Hilbesheimerstraße	230
180.	Terrainaustausch an der Mauernstraße	230
181.	Auswechslung der Gas- und Wasserrohre zc. in der Spohrstraße	231
182.	Statut, betr. die Bildung eines Gemeindevorstandes	231
183.	Erwerb und Umbau der Wartehalle auf dem Kohlmarkte	231
184.	Ergänzung des Ortsbauplanes der östlichen Außenstadt	235
185.	Ausbau eines Theiles der Brothemerstraße	236
186.	Uebernahme der Beleuchtungskosten für einen Theil der Kaiser-Wilhelm- straße	238

XII. 24. März 1900.

187.	Änderung der Gehaltsbestimmungen für Werkmeister zc.	240
188.	Belegung eines Theiles des Fußweges der Kreuzstraße mit Platten	241
189.	Rückzahlung von Canalisationskosten für die Hufarenstraße	242
190.	Änderung des Ortsbauplanes für die nordöstliche Außenstadt	243
191.	Beschwerde wegen der verlängerten Kaiserstraße zc.	243
192.	Erwerb einer weiteren Fischereigerechtsame	245
193.	Änderung des Statuts, betr. die Biersteuer	246
194.	Änderung des Ortsbauplanes der Salzdhumerstraße	246
195.	Änderung der Straßenbahnweiche an der Martinikirche zc.	246
196.	Einrichtung einer neuen Classe an der höheren Mädchenschule	247
197.	Instandsetzung eines Theiles der Münzstraße	249
198.	Legung von Gas- und Wasserrohren in der Eichthalstraße	251
199.	Antrag Bues: Verlängerung der Weiche am Augustthore	251

B. Nach den Gegenständen.

Abkommen wegen Lieferung von Wasser nach
Delpen 190, 228.
Abtretung von Straßenterrain 64, 103.
Änderung der Gehaltsbest. f. Werkmeister zc.
240.
Änderung des Biersteuerstatuts 246.
Änderung des Ortsbauplanes 56, 106, 107,
123, 177, 211, 235, 243, 246.
Änderung einer Straßenbahnweiche 246.
Änderung beim Feuerlöschgebäude 202.
Ärztliche Hülfe zur Nachtzeit 14.
Andreaskirchenthurm 220.
Anfrage des Herrn Lord: Verzögerung des
Baues der Gewerbeschule 95.

Ankauf eines Grundstücks 79.
Anleihe-Aufnahme 144, 185, 202.
Anliegerbeitrag für einen Fußweg 142.
Annahme von Militärärzten 184.
Anschaffung einer Centesimalwaage 180.
Anschaffung eines Steinbahnbrechers 123.
Anschaffung von Mobiliargegenständen für das
Rathhaus 124.
Anschaffung zu Museumszwecken 63, 118.
Anschließen von ausw. Wohnhäusern an die
Wasserleitung 190, 228.
Anträge, selbstständige, der Herren:
Aßmann: Bekämpfung der Lungen-
tuberculose 36;

- Biltemann:** Weiterer Ausbau der Vertramstraße 70, 78;
Bues: Verlängerung der Weiche am Augustthore 251;
Rathe: Zeitgemäße Eintheilung der Feldmarken 95, 114;
Roch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen in der Stadt 160, 203, 206, Verbesserungen im Bürgerparke 36, 54;
Sange: Bedürfnisanstalt a. d. Ferdinand-
 brücke 35, 75.
 Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad 160, 203, 206,
 Umbau der Wartehalle am Kohl-
 markt 12, 35, 74;
Sord: Begründung einer öffentl. Lese-
 und Bücherhalle 67, 75, 114;
Meyerhoff: Einrichtung von Zimmern im Demmer'schen Hause 70;
Müller: Glockenspiel für den Rathhaus-
 thurm 44,
 Instandsetzung der Straße an der
 Catharinenkirche 48,
 Verlegung des Ostbahnhofes 68, 86;
Nieße: Aufbesserung des Einkommens
 verschiedener Bediensteten 204, 209,
 223,
 Instandsetzung der Höfenstraße 69,
 78;
Sander: Bestimmung eines Platzes
 für die Choleraabacken 160, 204,
 208;
Wollenweber: Untersuchung des ein-
 gebrachten Fleisches 110, 176.
Arbeitsamt betr. 229.
Aufhebung der Wache auf dem Andreasthurm
 220.
Aufhebung des Statuts N. 7 142.
Aufhebung von Straßen 82, 116, 181, 209.
Aufnahme einer Anleihe 144, 185, 202.
Aufnahme eines Vorschußdarlehens 53.
Aufnahme von Straßen in den Ortsbauplan
 56.
Aufstellung von Gasglühlichtlaternen 110.
Aufwendungen f. d. Parkhaus 196.
Aufwendungen f. ein städt. Grundstück 180.
Ausbau von Straßen 52, 69, 70, 78, 103,
 106, 107, 115, 236.
Ausführung von Installationen 137.
Ausschmückung der Kaiser-Wilhelm-Brücke 38.
Ausschmückung des Rathhauses 50.
Auschuß-Wahl 3.
Austausch von Straßenterrain 67, 81, 143,
 230, 230.
Auswechselung von Gas- und Wasserröhren
 210, 231.
Bahnhofsverhältnisse betr. 68, 83, 86.
Bauplatz für eine Bürgerschule 59.
Bauproject f. d. Gewerbeschule 134.
Bau von Pfarrhäusern 48.
Beamten-Besoldungen 28, 162, 191, 204,
 209, 223, 240.
Bedürfnisanstalten betr. 35, 75.
Beihilfe für Lungenkranke 79.
**Beitrag zur Festgabe für den Gustav-Adolf-
 Verein** 103.
Bekämpfung der Lungenschwindsucht 14, 36, 79.
Belegung von Fußwegen mit Platten 241.
**Beleuchtung der Wirthschaft des Bürger-
 parkes** 116.
Beleuchtungskosten-Uebernahme 238.
Berichtigung 71.
**Beschwerde wegen der verlängerten Kaiser-
 straße** 220, 243.
Bibliothek betr. 214.
Biersteuer betr. 28, 74, 74, 145, 191, 246.
Brand des Karstadt'schen Waarenhauses 88.
Brücken betr. 38, 103.
Brunnenanlage f. d. Kühlhaus 198.
Bürgerpart betr. 12, 36, 54, 103, 105,
 116, 196.
Canalangelegenheiten betr. 63, 128, 128,
 143, 182, 194, 195, 242.
Casernengrundstück, ehem. betr. 131.
Centesimalwaage-Beschaffung 180.
Choleraabacken betr. 160, 204, 208.
Comenius-Gesellschaft betr. 70.

Dankschreiben des Regenten 74.

Darlehensaufnahme 53.

Demmer'sches Haus betr. 70.

Einführung fester Steuerätze 181, 194.

Eingebrachtes Fleisch betr. 110, 176.

Einrichtung neuer Schulclassen zc. 137, 247,

Einrichtung von Innungszimmern 70.

Einreden gegen den Ortsbauplan 53, 54, 81, 122, 142, 243.

Elektricitätswerk betr. 53.

Entlastung der Direction der Licht- und Wasserwerke 221.

Entschädigung für die Reinigung von Schulen 196.

Ergänzung des Canalbauetats 63.

Erhöhung der Mittel für Bibliothekszwecke 214.

Errichtung von Wohnhäusern am Amalien-
platz 82.

Erweiterung des Gasrohrs 202.

Erweiterung des Kabelnetzes 53.

Erwerb einer Fischereigerechtsame 245.

Erwerb und Umbau der Wartehalle am Kohl-
markte 12, 35, 74, 231.

Erwerb von Bauplätzen 59.

Erwerb von Straßenterrain 56, 80, 107,
179, 180, 215, 229.

Feldmarksgemeinden betr. 76, 95, 114, 118.
Festsetzung des Zinsfußes für die neue Anleihe
185.

Feuerlöschgebäude betr. 202.

Fischerei-Verpachtung 78, 211, 245.

Freibank betr. 24.

Fußweg-Instandsetzung 142, 241.

Gärtnerische Anlagen in der Stadt 160, 203,
206.

Gasangelegenheiten betr. 79, 110, 180, 187,
202, 210, 211, 231, 251.

Gehalts erhöhungen betr. 28, 162, 191, 204,
209, 223, 240.

Gemeinde-Kirchensteuer betr. 34.

Gemeinde-Steuern betreffend 34, 145, 181,
194.

Gemeinde-Steuer vom Bier betr. 28, 74, 74,
145, 191, 246.

Gemeinde-Waisenrath betr. 193, 231.

Geschäftliche Angelegenheiten 188.

Geschäfts-Ordnung des städt. Arbeitsamtes
229.

Gesuche von Einwohnern, Vereinen zc. 41,
48, 56, 61, 70, 102, 137, 220, 243.

Gewerbeschule betr. 95, 134.

Gleiserweiterung für Straßenbahnstrecken 182.

Glockenspiel betr. 44.

Grundstücksankauf 79.

Gustav-Adolf-Verein betr. 103.

Haarlicht-Vermächtniß 130.

Herausgabe einer Pergamenthandschrift 176.

Hundesteuer-Erlaßgesuche 56, 78, 131, 190,
229.

Installationen betr. 137.

Instandsetzung von Straßen, Plätzen und
Gebäuden 48, 69, 73, 78, 177, 180,
190, 241, 249.

Inventarien-gegenstände für das Rathhaus
184.

Kaiser-Wilhelm-Brücke 38.

Karstadt's Waarenhausbrand 88.

Kirchenbauten betr. 48, 222.

Kirchensteuer betr. 34.

Klageerhebung 179, 192.

Kosten der Kirchenbauplätze 222.

„ für Canalthauslässe 143.

„ „ Straßenlaternen zc. 79.

Kühlhaus betr. 198.

Kurkosten aus der Luise Ottmer = Stiftung
109.

Legung eines Canals in der Kreuzstraße 128.

„ von Gas- und Wasserrohren 102,
187, 251.

Lehrerbefoldungen 23, 162, 191.

Les- und Bücherhalle-Begründung 67, 75,
114.

Licht- und Wasserwerke betr. 221.

Lungentuberculose-Bekämpfung 14, 36, 79.

Miethe für einige Räume im Rathhause 215.
 Militärärzter-Annahme 184.
 Mobilienbeschaffung für das Rathhaus 96.
 Mühlenverpachtung 216.
 Museum betr. 63, 118.

Neubau einer Bürgerschule 118.
 Neubefestigung der Straßen am Rathhause 106.
 Neueinrichtung von Bürgerschulclassen 222.
 Neuverpachtung der Okerfischerei 78.
 „ „ Wirthschaft im Bürger-
 parke 105.
 Normaletat über die Besoldung der Lehrkräfte
 und Beamten 162.

Okerbrücken betr. 38, 103.
 Ordnung für die Straßenbesprengung 192.
 Ortsbauplan-Änderungen 56, 106, 107, 123,
 177, 211, 235, 243, 246.
 Ostbahnhof betr. 68, 83, 86.
 Ditmerstiftung betr. 109, 191.

Parthaus betr. 196.
 Pergamenthandschrift-Herausgabe 176.
 Proceßführung betr. 179, 192.
 Project wegen Umbaues des Ostbahnhofes 68,
 83, 86.

Rathhaus betr. 34, 35, 44, 50, 96, 106,
 124, 184, 186, 215, 215, 215.
 Rechnungsabschluß der Cämmerricasse f. 98/99
 130.

Regulirung der Rathhaus-Thurmuhre 35.
 Reinigungskosten für das Rathhaus 215.
 Rieselgut betr. 20.
 Rückzahlung von Canal- und Gasrohrkosten
 182, 211, 242.

Sanitätswagen betr. 13.
 Schlachthaus betr. 24, 198.
 Schulärzte betr. 14.
 Schulen betr. 14, 21, 59, 80, 95, 118, 134,
 137, 196, 222, 247.
 Stadthaus, f. Rathhaus.
 Stadthaushalteplan für 1899/1900 10.

Statut-Aufhebung 142.
 „ betr. die Bildung eines Gemeinde-
 waisenrathes 193, 231.
 „ betr. die Erhebung einer Gemeindesteuer
 vom Bier 145, 246.
 „ betr. die Neuordnung der Verwaltung der
 Feldmarksgemeinden 76, 118.
 Steinbahnbrecher-Beschaffung 123.
 Straßenaufhebung 82, 116, 181, 209.
 Straßenausbau betr. 52, 69, 70, 78, 103,
 106, 107, 115, 236.
 Straßenbahn betr. 182, 246, 251.
 Straßenbaukosten betr. 41, 116, 123, 128,
 142.
 Straßenbauproject am Magnithore 131.
 Straßenbesprengung betr. 192.
 Straßenlaternen betr. 79, 110, 216.
 Straßenterrain-Abtretung 64, 103.
 „ „ Austausch 67, 81, 143, 230,
 230.
 Straßen u., über welche verhandelt worden ist:
 Amalienplatz 82;
 Bertramstraße 70, 78, 177;
 Bienenstraße 235;
 Bodestraße 128;
 Bohlweg 67;
 Broigemerstraße 236;
 Büstenweg 210;
 Campestraße 179;
 Capellenstraße 106;
 Catharinenkirche, a. d., 48;
 Cellerstraße 61;
 Eichthalstraße 107, 251;
 Eisenbütlerstraße 17;
 Frankfurterstraße 142;
 Gartenstraße 103;
 Giersbergstraße 180;
 Glicsmaroderstraße 177, 243;
 Glückstraße 123;
 Göttingstraße 107;
 Grabenstraße 56;
 Grünstraße 181;
 Hagenstraße, kl., 82, 116;
 Hamburgerstraße 194;
 Herderstraße 235;
 Hilbesheimerstraße 142, 187, 230;

Hochstraße 180;
 Höfenstraße 69, 78;
 Hohenstieg 229;
 Husarenstraße 103, 242;
 Juliusstraße 41, 142;
 Kaiserstraße 81, 122, 243;
 Kaiser-Wilhelm-Straße 38, 54, 56,
 143, 238;
 Kohlmarkt 35, 74, 231;
 Kreuzstraße 16, 52, 79, 128, 241;
 Landstraße 235;
 Langercamp 107;
 Leonhardstraße 53, 106;
 Madameweg 16, 52, 115, 187;
 Maienstraße 142;
 Maschstraße 64;
 Mauernstraße 230;
 Münzstraße 249;
 Okerstraße 81;
 Petristraße 80;
 Pflegehausstraße 125, 216;
 Reiherstraße 209;
 Roßstraße 216;
 Salzbadlumerstraße 246;
 Spohrstraße 106, 231;
 Stobenstraße 215;
 Thomaestraße 125, 216;
 Voigts-Meckstraße 123, 211;
 Wabestraße 116;
 Wendenmarchstraße 118;
 Wilhelmplatz 211;
 Wörthstraße 53, 106, 202.

Ueberrahme von Beleuchtungskosten 238.

„ „ Proceßkosten 192.

Uebersicht der Gemeindesteuer-Abschätzung 130.

Uebertragung von Canalbaumitteln 128.

Umbau der Wartehalle am Kohlmarkt 12,
 35, 74, 231.

Unterstützungsgeßuch der Gemeinde Gottschee
 48.

Untersuchung des eingebr. Fleisches 110, 176.

Vergebung der städt. Anleihe 202.

Verhandlungen mit den Anliegern der Vertram-
 straße 114.

Verkauf von Baupläzen 34, 125, 186, 215,
 216.

Verlängerung der Straßenbahnweiche am
 Augustthore 251.

Verlängerung des Gasrohrs 187.

Verlassen der Sitzung vor Schluß derselben 71.

Verlegung des Ostbahnhofes 68, 86.

„ von Wasserrohren 102.

Vermächtniß des Commerzienraths Haslicht
 130.

Verpachtung der Eisenbütler Mühlen 216.

Verschiebung eines Theiles der alten Glück-
 straße 123.

Vervielfältigung von Wählerlisten 187.

Verwendung der Luise Ottmer-Stiftung 191.

„ des ehem. Casernengrundstücks
 131.

Volksbad betr. 160, 203, 206.

Vorrathshof betr. 217.

Vorschuß-Darlehen betr. 53.

Vorsitzenden-Wahl 3.

Wache-Aufhebung auf dem Andreasthurm
 220.

Wählerlisten-Vervielfältigung 187.

Wahl der Ausschüsse 3.

„ des Vorsitzenden 3.

Waisenrath betr. 193, 231.

Wartehalle am Kohlmarkt 12, 35, 74, 231.

Wasserclosets betr. 80.

Wasserrohr-Anlagen betr. 102, 187, 190,
 228, 231, 251.

Wasserwerk betr. 221.

Wiederaufstellung eines Stallgebäudes 217.

1899/1900.

.12 1.

Bericht
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 6. April 1899.

Tagesordnung:

- | | |
|---|---------|
| I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters | Seite 3 |
| II. Wahl der Ausschüsse etc. | „ 3 |
-

Verzeichniß

der am 1. April 1899 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende №.	Des Stadtverordneten		Gewählt v. d. Classe im Bezirk	Laufende №.	Des Stadtverordneten		Gewählt v. d. Classe im Bezirk
	Name	Stand			Name	Stand	
1	Alßmann	Geschäftsführer	III II	19	Lord	Hofbuchhändler	II II
2	Bauermeister . . .	Rentner	III II	20	Lupprian	Commerzienrath	I III
3	Blasius, Dr. med., Professor . . .	Prakt. Arzt	II III	21	Meyerhoff	Schlossermeister	II I
4	Boller	Tapetenfabrikant	I IV	22	Müller, Carl Ad.	Rentner	II II
5	Brückmann	Nähmaschinenfabrikant	II IV	23	Nieß	Zimmermeister	III IV
6	Buchler, Dr. ph.	Chemiker	I IV	24	Nolte	Oberamtsrichter	II III
7	Bührmann	Kaufmann	II III	25	Ohlmer	Rentner	II IV
8	Bültemann, Th..	Gärtner	III I	26	Ribbentrop	Major a D	I III
9	Bues	Gastwirth	III I	27	Riefe	Maurer	III III
10	Ebeling, Carl . .	Deconom	III IV	28	Sander	Malermmeister	III III
11	Engelbrecht . . .	Rechtsanwalt und Notar	I I	29	Schmidt, Paul .	Maschinenfabrikant	III III
12	Göcke	Kreiszimmermeister	III II	30	Schöttler	Professor	I II
13	Hauswaldt, H. .	Kaufmann	I I	31	Seele	Kaufmann	I III
14	Jüdel	Commerzienrath	II I	32	Semler, Justizrath	Rechtsanwalt und Notar	I IV
15	Kathe	Wagenfabrikant	I II	33	Wagner, G. . . .	Rentner	II II
16	Koch, A.	Rentner	II I	34	Wolff	Rechtsanwalt und Notar	I II
17	Lange, Bruno . .	Maschinenfabrikant	III IV	35	Wollenweber . . .	Fleischermeister	III I
18	Löschig	Brennereibesitzer	II IV	36	Wolters, Dr. jur.	Bierbrauereibesitzer	I I

Am Magistratstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Meyer und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Lange, Schöttler und Wolff.

Herr Bültemann übernimmt als ältestes Mitglied der Versammlung den Vorsitz und heißt zunächst die neu in die Versammlung eintretenden Herren Aßmann und Buchler willkommen, wünschend, daß dieselben sich an den Geschäften im Interesse der Stadt fleißig betheiligen möchten. Vor Eintritt in die Tagesordnung erscheine es ihm angezeigt, dem langjährigen Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Semler, für die umsichtige, energische und unparteiische Leitung der Verhandlungen den Dank der Versammlung auszusprechen und damit den Wunsch zu verbinden, daß es Herrn Semler vergönnt sein möge, noch recht lange den Vorsitz in der Versammlung zu führen. (Zustimmung.)

Nummehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Auf Antrag des Herrn Löschigk wird der bisherige Vorsitzende, Herr Justizrath Semler, durch Zuruf und zwar einstimmig wiedergewählt und nimmt derselbe die Wahl mit Worten des Dankes an.

Unter dem Voritze des Herrn Semler schreitet die Versammlung sodann zu der Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden, aus welcher durch Zuruf wiederum Herr Wolff hervorgeht.

Der bisherige Protocollführer, Magistratssecretair Vock und dessen Stellvertreter, Eisenbahn-Betriebs-Secretair Ruthe, Letzterer zugleich als Verfasser der Verhandlungsberichte, werden in ihren Aemtern bestätigt.

II. Wahl der Ausschüsse :c.

Vor Eintritt in die Wahl nimmt Herr Meyerhoff das Wort, um auszuführen, daß der soeben einstimmig wiedergewählte Herr Vorsitzende vor zwei Jahren bei der Neuwahl der Baucommission auf entsprechende Anfrage erklärt habe, die Stadtverordneten Nieß und Meyerhoff seien als Mitglieder der Baucommission nicht wieder in Aussicht genommen, weil ihnen in Folge Uebernahme von Lieferungen für die Stadt eine gewisse Befangenheit innewohne. Leider befinde er sich nicht in der Lage, zu prüfen, ob nicht auch anderen Mitgliedern der Versammlung solche Lieferungen übertragen würden und deshalb würde er es gern gesehen haben, wenn hier eine Liste derjenigen Herren ausgelegt wäre, die Aufträge für die Stadt erhielten, um feststellen zu können, ob nicht auch anderen Mitgliedern der Versammlung solche Befangenheit anhafte.

Der Herr Vorsitzende will darauf erwidern, daß die Sache etwas anders liege. Ohne je bezweifelt zu haben, daß Herr Meyerhoff ein verdientes

Mitglied der Versammlung sei, hätte der Aeltestenausschuß der Versammlung besondere Veranlassung gehabt, zu meinen, daß es eine eigene Sache wäre, in die zur Beurtheilung der Bauten, deren Projecte von den städtischen Baubeamten ausgearbeitet würden, eingesetzte Baucommission auch solche Mitglieder der Versammlung abzuordnen, welche auf der anderen Seite von den städtischen Baubeamten Aufträge erhalten. Die Versammlung könne darüber entscheiden, ob sie diese Ansicht theile.

Herr Löschigk möchte daran erinnern, daß er es mit Herrn Lange, welcher diese Sache schon einmal vor Jahren angeregt habe, für besser halte, wenn die Stadtverordneten überhaupt keine Lieferungen für die Stadt übernähmen, weil dann solche Sachen ganz wegfielen.

Herr Meyerhoff hat darauf zu erwidern, daß für ihn keine Veranlassung vorliege, sich durch sein Mandat als Stadtverordneter Arbeiten entgehen zu lassen, die er auch früher schon gehabt habe. Der Baucommission stehe es außerdem auch gar nicht zu, etwas zu bewilligen oder zu veranlassen, so daß der angeführte Grund für eine vermeintliche Befangenheit ganz fortfalle. Die Ursache jener Stellungnahme gegen seine Person wolle er, obwohl er sie recht gut kenne, nicht näher erörtern. Ohne persönliche Spitze möchte er nur anführen, daß Herr Seele beispielsweise viel mehr Lieferungen als er von der Stadt erhalte und doch Niemand etwas darin zu finden scheine, daß derselbe Mitglied der Finanzcommission sei, obwohl Herr Seele die Lieferungen meistens wohl ohne Concurrenz erhalte, während er sie nur auf dem Submissionswege bekomme. Im Hinblick hierauf könne ihm doch unmöglich Befangenheit vorgeworfen werden. Außerdem wisse er nicht, woher eine gewisse Classe von Stadtverordneten die Berechtigung leite, hier Wahllisten aufzustellen, da die Städteordnung und das Verwaltungsstatut Nichts davon vorschreiben. Viel zweckmäßiger würde es sein, wenn den Wahlen eine vertrauliche Besprechung vorherginge, sonst behalte der recht, welcher kürzlich geäußert habe, man müsse sich nur vordrängen, dann komme man auch in die Commissionen. Unter solchen Verhältnissen könne er den Wahllactus nicht anerkennen und werde denselben nicht mit vollziehen.

Der Herr Vorsitzende kann dazu nur bemerken, daß die Vorbereitungen zur Wahl so getroffen seien, wie es die Versammlung immer gehalten habe. Im parlamentarischen Leben bilde sich stets ein gewisser Usus heraus, der hier dazu geführt habe, daß zur Vermeidung längerer Debatten über einzelne Namen die fünf oder sechs ältesten Stadtverordneten nach eingehender Besprechung eine Vorschlagsliste aufgestellt haben. Wenn Herr Meyerhoff mit diesem Verfahren nicht einverstanden sei, bleibe es ihm unbenommen, andere Vorschläge zu machen. Der Aeltestenausschuß habe die einzelnen Commissionen in der bisherigen Weise wieder zusammengesetzt, soweit nicht in Folge besonderer Wünsche oder durch das Aus-

scheiden einzelner Stadtverordneten aus der Versammlung Aenderungen nothwendig geworden seien. Wenn die Versammlung anders beschließe, können und wollen die Senioren nichts dagegen einwenden, nur begreife er nicht, wie Herr Meyerhoff diesen Modus als ungehörig bezeichnen könne. Bei jeder einzelnen Wahl habe jedes Mitglied der Versammlung das Recht, andere Vorschläge zu machen und dann werde eben durch Stimmzettel gewählt. Sollte die Versammlung wünschen, daß in Zukunft der Wahlversammlung eine vertrauliche Besprechung vorhergehe, so stehe dem nichts im Wege.

Herr Meyerhoff möchte diesen Ausführungen entgegenhalten, daß es ganz unmöglich gewesen sei, die hier gemachten Vorschläge mit Freunden und Bekannten vor der Versammlung durchzusprechen, da ihm die Einladung zu derselben erst vorgestern zugegangen sei. Man stehe hier vor einer gewissen Majorität, gegen die sich nichts machen lasse und deshalb halte er den ganzen Modus nicht für richtig, auch wenn er schon jahrelang Usus gewesen sei. Aus diesem Grunde könne er sich an der Wahl nicht betheiligen und werde die Versammlung für heute verlassen.

Der Herr Vorsitzende weist mit Rücksicht auf die letzte Aeußerung darauf hin, daß der Herr Vorredner dann ohne Entschuldigung fehlen würde.

Herr Bues kann nicht finden, daß die Ausschüsse nach den gemachten Vorschlägen des Ältestenausschusses ungefähr in ihrer bisherigen Zusammenfassung verbleiben würden, da z. B. Herr Schmidt jetzt für sechs verschiedene Commissionen vorgeschlagen sei, während er bisher nur zwei Commissionen angehört habe.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß Herr Schmidt gern aus dem Stadtbauamte heraus möchte und man demselben einen großen Gefallen thun würde, wenn man ihn in möglichst wenige Commissionen wählen wollte.

Herr Schmidt erklärt sich gern bereit, aus allen Commissionen auszuscheiden.

Herr Engelbrecht glaubt mit der Mehrzahl der Versammlung auf dem Standpunkte zu stehen, daß man den Senioren für die Arbeit, welche sie der Versammlung durch Aufstellung der Liste abgenommen haben, nur dankbar sein könne. Die meisten Mitglieder der Versammlung würden es wohl freudig begrüßen, wenn ihnen einige Commissionen abgenommen werden könnten. Wenn man nicht ein Interesse daran hätte, für die Oeffentlichkeit mitzuwirken, würde man sich dafür bedanken, in eine Commission gewählt zu werden.

Herr Sander muß seinem Befremden Ausdruck geben, daß in den bedeutenderen Commissionen fast kein Vertreter aus der dritten Wahlklasse sitze. Wenn es auch richtig sei, daß durch die Mitgliedschaft in einer Commission große Opfer an Zeit gefordert werden, so müsse man andererseits auch eine bessere Vertheilung der Mandate erwarten, da es immerhin eine Ehre sei, Mitglied einer Commission zu sein.

Der Herr Vorsitzende will darauf nur erwidern, daß es für ihn keine Stadtverordneten erster, zweiter und dritter Classe gebe und auch kein Stadtverordneter seinen Wählern, sondern nur seinem Gewissen gegenüber verantwortlich sei. Der Seniorenausschuß habe diejenigen Stadtverordneten zu den einzelnen Commissionen vorgeschlagen, welche er für die fähigsten in dem betreffenden Ressort halte; wenn die Versammlung andere Stadtverordnete für fähiger halte, möge sie entsprechende Vorschläge machen.

Nunmehr wird in die Wahlhandlung selbst eingetreten und hat dieselbe folgendes Ergebnis:

Kirchen- und Stiftungscassen-Collegium: Herr Bührmann.

Schulvorstand: Herr Hauswaldt.

Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen: die Herren Bührmann und Wagner.

Deputation für die städtische Oberrealschule: die Herren Voller und Müller.

Deputation für die städtische Gewerbeschule: die Herren Rieß und Schöttler.

Vor der Wahl der Mitglieder der Schulcommission fragt Herr Hauswaldt an, ob es nicht für zweckmäßig gehalten werde, an Stelle des Herrn Blasius, der für eine ganze Anzahl von Commissionen in Aussicht genommen sei, vielleicht Herrn Bues oder Sander zu wählen, um den von diesen geäußerten Wünschen gerecht zu werden.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß es ihm sehr wünschenswerth erscheine, in der Schulcommission einen Arzt zu haben, da die Stadt einen Schularzt nicht besitze.

Die Schulcommission wird darauf aus folgenden Herren zusammengesetzt: Blasius, Voller, Bührmann, Müller und Rolte.

Herr Wolters beantragt vor der Bezeichnung der Statutencommission, dieselbe von 7 auf 9 Mitglieder zu verstärken, worauf

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß dieses ohne Aenderung des Verwaltungstatuts nicht angängig sei.

Als Herr Hauswaldt darauf vorschlägt, für Herrn Blasius Herrn Bues in die Statutencommission zu wählen,

wird zwecks besserer Besprechung der Personenfrage die öffentliche Sitzung geschlossen und in vertraulicher Sitzung weiter verhandelt.

Das Ergebnis der hier vorgenommenen Wahlen ist folgendes:

Statutencommission: die Herren Blasius, Brückmann, Bues, Engelbrecht, Schöttler, Semler und Wolff.

Finanzcommission: die Herren Hauswaldt, Fiedel, Lorb, Sander, Seele, Wagner und Wolters.

Stadtbauamt: die Herren Rathe, Lange, Böschigt und Wolters.

Baucommission: die Herren Bauermeister, Bültemann, Engelbrecht, Kiefe und Schmidt.

Gesundheitsrath: die Herren Blasius, Meyerhoff und Sander.

Deputation für die Licht- und Wasserwerke: die Herren Brückmann, Südel, Lange und Schmidt.

Quartierbehörde: die Herren Ebeling und Göde; Stellvertreter die Herren Ribbentrop und Wollenweber.

Commission für die Einschätzung der Gewerbesteuer: die Herren Göde, Lupprian, Müller und Ohlmer.

Deputation für das Schlachthaus: die Herren Blasius und Ebeling.

Vorstand der katholischen Schule: Herr Nolte.

Straßenreinigungs-Deputation: die Herren Bültemann und Böschigt.

Cassenrevisor für außerordentliche Revisionen: Herr Wagner.

Deputation für die Aufschließung von Quellwasser: die Herren Brückmann, Südel und Lange.

Commission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreclamationen: die Herren Bührmann, Südel, Lorb und Nolte.

Deputation für das Kieselgut und die Pumpstation: die Herren Blasius, Bültemann, Ebeling und Lange.

Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Wegegeld- und Canalsteuerbeiträgen: die Herren Buchler, Bültemann, Ebeling, Böschigt und Schmidt.

Deputation für elektrisches Licht: die Herren Südel, Lange und Schmidt.

Markthallen-Deputation: die Herren Bauermeister und Koch.

Deputation für den Bürger- und den Stadtpark: die Herren Hauswaldt, Lange, C. Magnus und A. Rimpau.

Deputation für das Rühlhaus: die Herren Lange, Schmidt und Wollenweber.

Ausschuß zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke und gewerblichen Etablissements: die Herren Buchler, Th. Bültemann, Ebeling, Lupprian und Kieß, sowie die Herren Leopold Brandt, Aug. Bültemann, Franz Drewes, Carl Osterloh und Otto Struck.

Da hiermit die Wahlen beendet sind, wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5 bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1899|1900.

N^o 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. April 1899.

Tagesordnung:

I. Der Stadthaushaltsplan für 1899/1900	Seite 10
II. Gemeinde-Kirchensteuer für 1899/1900	" 34
III. Verkauf zweier Bauflächen beim neuen Stadthause	" 34
IV. Regulirung der Uhr im Thurme des Stadthauses	" 35
V. Antrag Lange: Bedürfnisanstalt an der Ferdinandbrücke	" 35
VI. Antrag Lange: Umbau der Wartehalle am Kohlmarke	" 35
VII. Antrag Koch: Verbesserungen im Bürgerparke	" 36
VIII. Antrag Aßmann: Bekämpfung der Lungentuberculoſe	" 36

Am Magistratsſtiſche die Herren Oberbürgermeiſter Bockels, Bürgermeiſter Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg.

Entſchuldigt Herr Lord.

Den Vorſitz führt Herr Semler.

I. Der Stadthaushaltsplan für 1899/1900.

Wie Herr Födel berichtet, ist der Stadthaushaltsplan von der Finanzcommission in Gegenwart einer größeren Anzahl weiterer Stadtverordneten vorberathen worden. Zum ersten Male stehe der städtische Etat unter dem Einflusse der staatlichen Steuerreform, indem der Staat die Grund- und Gewerbesteuer bis zu 75 % ihres bisherigen Betrages der Stadt überwiesen habe. Zu der staatlichen Grundsteuer komme noch der Ertrag aus Liegenschaften und aus den bisher von der Grundsteuer befreit gebliebenen gewerblichen Etablissements, sowie eine weitere Summe für die Befreiung der staatlichen Gebäude von der Grundsteuer, so daß letztere zusammen 506 000 M betragen werde, von welcher Summe die Stadt 379 500 M erheben könne. Von der staatlichen Gewerbesteuer, welche zu 231 400 M veranschlagt worden sei, würden der Stadt $(231\,400\text{ M} - 8000\text{ M} \times 75\% =)$ 167 550 M überwiesen, so daß an Realsteuern zusammen $379\,500 + 167\,550\text{ M} = 547\,050\text{ M}$ aufkämen, also 25 % des gesammten, von der Stadt aufzubringenden, zu 2 174 500 M berechneten Steuerbetrages. Bei den Realsteuern werde der bisher vom Staate bewilligte Erlaß von zwei Monatsraten in Wegfall kommen. Hierdurch komme es, daß die Erleichterungen bei der Gemeinde-Einkommensteuer nur Denen zu Gute kämen, welche ein erhebliches Einkommen ohne Grundbesitz haben, indem die Mehrbelastung des Grundbesitzes 81 500 M betrage. Nun habe der Staat principiell den Grundsatz aufgestellt, daß von denjenigen Steuerobjecten, welche der Staat mit einer Einkommensteuer belaste, die Gemeinden ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörden nicht mehr als den doppelten Betrag dieser Staatseinkommensteuer erheben dürfen und ferner, daß die Realsteuern zu dem gleichen Betrage wie die Einkommensteuer herangezogen werden sollen. Es müßte deshalb geprüft werden, wie viele Einheiten von der Staatssteuer zu erheben seien. In dem Begleitschreiben des Magistrates finde sich nun unter Nr 24 (Seite 5) ein Irrthum vor. Es heiße dort nämlich, daß in 1 880 000 M Gemeinde-Einkommensteuer 335 000 M aus solchen Einkommen enthalten seien, die der Staat nicht heranziehe und demnach auf 570 000 M (d. i. der Einheit der Staatseinkommensteuer) aus derartigen besonderen Gemeindesteuern etwa 190 000 M entfallen. Diese Berechnung erscheine ihm nicht richtig, weil die letztere Summe unter Zugrundelegung von 1 880 000 M — 335 000 M = 1 545 000 M ermittelt werden müsse und dann nicht 190 000 M, sondern nur 124 000 M ergebe. Die Einheit der Gemeindecinkommensteuer betrage demnach nicht 760 000 M, sondern nur 694 000 M und der gesammten Steuern nicht 1 015 290 M, sondern 949 290 M, so daß zur Deckung des Steuerbedarfs nicht 2,14, sondern 2,3 Einheiten nöthig seien. Die Einheiten der Grundsteuer und der Gewerbesteuer würden dann nicht auf 7,5 und 75, sondern auf 8,5 und 85 bemessen werden müssen. Da indessen der Magistrat glaube, mit den ange-

genommenen Einheiten auskommen zu können, so werde vorgeschlagen, es dabei bewenden zu lassen.

Die städtischen Schulden, soweit sie durch Steuern zu decken seien, betrügen 14 196 896 M 14 ²/₃ und würden hiervon schon 8 707 000 M amortisirt. Von diesen Anleihen habe man 1 030 000 M, als an gewerbliche Etablissements weitergegeben, in Absatz zu bringen. Hierzu werde in diesem Jahre eine neue Anleihe kommen, welche man zu 1 ¹/₂ Millionen in Aussicht genommen habe. Da schon 584 478,71 M an Zinsen und Amortisationsbeträgen jährlich zu zahlen seien, so würde sich diese Summe durch die neue Anleihe um etwa 45 000 M jährlich weiter erhöhen. Vom Jahre 1902 ab komme durch die Anleihe von 1895 und die Anleihe aus der Invaliditätsversicherungsanstalt eine weitere Amortisationssumme von 18 000 M hinzu und werde eine erhebliche Steigerung der Ausgaben dann erst von 1911 ab im Betrage von 48 000 M durch neue Amortisationen zu erwarten sein. Die Canalbaucaße habe außerdem an Zinsen und Amortisationsbeträgen für das laufende Jahr 180 923,02 M aufzubringen, welche Summe sich von 1902 ab um 12 000 M und von 1911 ab um weitere 12 000 M erhöhen werde, so daß auf eine Herabminderung der Zuschüsse zur Canalbaucaße vorerst nicht gerechnet werden könne. Wegen der regelmäßigen Steigerung der Ausgaben wolle er auch noch auf den letzten Verwaltungsbericht des Magistrates verweisen. Nach einer seinerseits aufgestellten Berechnung bis 1900 ergebe sich eine Steigerung der Gesamtausgaben von 1 732 000 M auf 2 117 000 M, wogegen sich allerdings auch eine Steigerung der Einnahmen um 27 000 M pro Steuereinheit und Jahr ergebe. Demnach sei die Stadt sehr wohl in der Lage, die bisherigen Ausgaben durch die Einnahmen zu decken, vorausgesetzt, daß wesentliche Erhöhungen nicht vorkommen werden. Sollten solche Steigerungen aber dennoch eintreten, so werde es allerdings kaum möglich sein, mit 200 % der Staatseinkommensteuer auszukommen.

Nach einer hier vorliegenden statistischen Tabelle seien die Kosten der städtischen Verwaltung gerade in Braunschweig außerordentlich gering, indem sie 2,07 M pro Kopf der Bevölkerung betragen haben, während andere Städte, wie Halle a. S., Hannover, Dresden, Breslau, Kiel, Frankfurt a. M. 2c. theilweise sogar einen ganz erheblich höheren Satz aufzubringen haben. Aus einer anderen Zusammenstellung gehe hervor, daß bei einem Vergleiche mit 48 deutschen Städten Braunschweig in Bezug auf die Höhe der auf einen Einwohner entfallenden Gemeindesteuer an der siebenten Stelle von unten erscheine, indem Biegnitz 10,13 M, Spandau 14,14 M, Zwickau 14,52 M, Görlitz 14,54 M, Frankfurt a. O. 15,40 M, Karlsruhe 16,05 M und Braunschweig 16,46 M im Jahre 1896/97 erhoben habe, während diese Zahlen beispielsweise bei Hannover 20,78 M, Erfurt 17,43 M, Halle a. S. 20,67 M, Stettin 22,11 M, Danzig 20,41 M, Magdeburg 20,92 M, Leipzig 23,34 M, Dresden 25,82 M und Frankfurt a. M. sogar 41,26 M betragen. Wenn solche Gegenüber-

stellung auch für den einzelnen Steuerzahler kein richtiges Bild gebe, so genüge sie doch als Gesamtbild, um zu sehen, daß Braunschweig mit Steuern noch nicht übermäßig belastet sei. Dazu komme noch, daß viele der übrigen zum Vergleiche herangezogenen Städte noch Steuern aus anderen Einkommen zur Deckung ihrer Bedürfnisse aufbringen, indem z. B. Hannover im Jahre 1895/96 = 343 352 M und im Jahre 1896/97 = 647 963 M Steuern vom Grundbesitzwechsel und 204 035 M, bezw. 206 451 an Biersteuer erhoben habe. Hiernach seien die hiesigen Steuerverhältnisse durchaus nicht als ungünstig zu bezeichnen.

Herr Wolters möchte anfragen, durch welche Ursache eine Abänderung in der Höhe der Einkommensteuer-Einheit gegen die früheren Zahlen herbeigeführt worden sei, worauf

Herr Fiedel erwidert, daß früher die Steuerscala von 100 zu 100 M gestiegen sei, während man dieselbe jetzt entsprechend zusammengefaßt und hierdurch die Einheit etwas verschoben habe.

Nunmehr wird in die Berathung des Etats selbst eingetreten.

1. Etat der Cämmereicasse.

A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Cämmereivermögen:

Einnahme 194 325,72 M.

Ausgabe 604 970 M.

Herr Koch findet die für Reparaturbauten in dem Wirthschaftsgebäude des Bürgerparkes ausgeworfene Summe von 200 M für zu niedrig, da das Parkhaus einer durchgreifenden Renovirung unterzogen werden müsse, wenn man die bisherige Pachtsumme von 2500 M wieder erzielen wolle. Namentlich seien die Beleuchtungsverhältnisse so schlecht, daß man endlich auf die Einrichtung einer Gasbeleuchtung Bedacht nehmen müsse. Außerdem empfehle es sich, für die vielen Spaziergänge des Bürgerparkes eine Bedürfnisanstalt anzulegen, damit dieselben nicht gezwungen seien, die Anstalt des Parkhauses aufzusuchen, was der Wirth bekanntlich gestatten müsse. Er werde sich erlauben, hierüber einen besonderen Antrag einzubringen.

Herr Lange muß es für zweckmäßiger halten, den Handel mit Obst und Würstchen in der Warthalle am Kohlmarke aufzuheben und dieselbe zu einer Closetanlage für Männer einzurichten, welche dort dringend nothwendig sei. Da eine Beseitigung des Hauses mit Schwierigkeiten verbunden sein solle, so halte er wenigstens die eben angedeutete Aenderung für wünschenswerth selbst auf die Gefahr hin, daß der Straßenbahn-Verwaltung eine kleine Vergütung gezahlt werden müsse. Einen entsprechenden Antrag behalte er sich vor.

Cap. II. wird bis auf Weiteres unausgefüllt geführt.

Cap. III. Unterrichtsweisen.

Einnahme 410 481,20 M.

Ausgabe 1 175 711 20 M.

Die Abstimmung hierüber wird nach der Durchberatung der zugehörigen Special Etats vorgenommen.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —.

Ausgabe 20 800 M.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 145 200 M.

Ausgabe 395 500 M.

Die Feststellung erfolgt nach der Erledigung des betreffenden Special Etats.

Cap. VI. Gesundheitswesen:

Einnahme 3600 M.

Ausgabe 7540 M.

Bei der Ausgabeposition 6d „Zur Anschaffung eines Wagens behuf des Transportes von mit ansteckenden Krankheiten behafteten Personen 2500 M.“ möchte Herr Fiedel Aufschluß haben, ob die geforderte Summe nicht zu hoch bemessen sei.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß allerdings ein Kostenanschlag noch nicht vorliege, daß sich aber nach dem für den Sanitätswagen f. B. eingezogenen Kostenanschlage annehmen lasse, die geforderte Summe werde auch verbraucht werden. Wenn letzterer Wagen in Wirklichkeit nur 2000 M gekostet habe, so sei dieses einem Entgegenkommen des Herrn Rathe zu danken, mit welchem man bei dem neuen Wagen nicht rechnen könne, da derselbe vermutlich bei einer Fabrik bestellt werden müsse, die sich mit der Herstellung chirurgischer Einrichtungen ausschließlich befasse.

Herr Lange würde es begreiflich gefunden haben, wenn der Sanitätswagen mit seinen besonderen Einrichtungen bei einer Specialfabrik in Bestellung gegeben wäre, aber bei diesem ganz einfach zu konstruirenden Wagen halte er das nicht für nöthig und glaube, daß die geforderte Summe viel zu hoch bemessen sei.

Herr Löschigt kann den Preis nicht für zu hoch halten, weil man einen guten, den Forderungen der Neuzeit entsprechend eingerichteten Wagen haben wolle.

Herr Rathe glaubt, daß der Wagen für 2500 M sich recht gut werde beschaffen lassen, wenn er auch nicht wisse, welche besonderen Einrichtungen dieser Wagen erfordere. In dem Sanitätswagen finde sich allerdings eine Tragbahre mit Federgestell und eine Sitzbank vor, die in Verbindung mit verschiedenen anderen Vorrichtungen besondere Ausgaben verursacht habe, aber bei diesem Wagen habe man auf solche Sachen doch wohl kaum Rücksicht zu nehmen, so daß derselbe unmöglich theurer als der Sanitätswagen sein könne, welche doch nur 2025 M gekostet habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels will dazu bemerken, daß die Summe von 2500 M. einstweilen nur auf Grund der in anderen Städten für solche Wagen gezahlten Preise in den Etat eingestellt worden sei. Wenn sich der Wagen billiger beschaffen lasse und gleichwohl allen Anforderungen entspreche, so werde eben die Anschlagssumme nicht ausgegeben werden, aber zweckentsprechend und gut müsse der Wagen sein.

Herr Alßmann wünscht, daß der Frage der Schulärzte nähergetreten und dafür eine bestimmte Summe in den Etat eingestellt würde. Bei der Besprechung dieser Frage in der Deffentlichkeit sei man allerdings verschiedener Meinung gewesen, jedoch glaube er, daß sich die Mehrheit dafür entscheiden werde. Hiermit ließe sich auch die Einführung von Nachtdienst für die bei dem städtischen Sanitätswesen beschäftigten Aerzte verbinden. Es komme wiederholt vor, daß Kranke zur Nachtzeit einen Arzt nicht bekommen können und es liege auch auf der Hand, daß ein Arzt, welcher Tags über seine Praxis ausübe, während der Nacht nicht immer bereit sein könne, einem Kranken zu Hülfe zu kommen und sich lieber verleugnen lasse. Daß hierdurch erhebliche Schwierigkeiten entstehen können, wisse Jeder und es seien ja auch schon Fälle vorgekommen, die Niemand angenehm berührt haben. Außerdem sei noch die Frage der Bekämpfung der Lungentuberculose durch den zwischen der Invaliditätsversicherungsanstalt und dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege abgeschlossenen Vertrag in die öffentliche Discussion getreten. Bei an Tuberculose leidenden Kranken sei es von höchster Bedeutung, sie schnell zu isoliren und gesund zu machen, damit nicht durch dieselben eine weitere Verbreitung der Krankheit hervorgerufen werde. Es empfehle sich, daß die Stadtverwaltung dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege für die Behandlung solcher Kranken eine entsprechende Summe zur Verfügung stelle, damit der Verein nicht in die Lage komme, sich an den Ortsarmenverband zu wenden und für die Betreffenden eine Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, welche kein Kranker in so schwerwiegenden Fällen gern sehen würde. Die Stellung eines entsprechenden Antrages behalte er sich vor.

Herr Stadtrath Meyer möchte hierauf Folgendes erwidern. Die Ansicht des Vorredners, daß zur Nachtzeit schwer ein Arzt zu erlangen sei, treffe jetzt nicht mehr zu. Vor einigen Jahren habe allerdings ein Fall, in welchem ärztliche Hülfe zur Nachtzeit nicht zu haben gewesen sei, Mergerniß erregt, aber jetzt seien solche Einrichtungen getroffen, daß Jedermann, auch während der Nacht, ärztliche Hülfe erhalten könne. Wenn auch in der Sanitätswache kein Arzt stationirt sei, so könne die Wache doch jederzeit einen Arzt zu Hülfe rufen und werde derselbe von der Stadt für die Hülfeleistung honorirt. Es liege aber kein Grund vor, an der Bereitwilligkeit der Herren zu zweifeln. Nur wenn die sämmtlichen Aerzte, welche mit der Stadt ein entsprechendes Abkommen getroffen haben, einmal gleich-

zeitig in Anspruch genommen sein sollten, könnte der Fall eintreten, daß es an ärztlicher Hülfe fehle, aber solcher Fall sei noch leichter möglich, wenn ein Arzt ständig in der Sanitätswache sitze und gerade in Anspruch genommen sei.

Was die weiter angeregte Frage der Unterstützung tuberculöser Kranken betreffe, so habe die Stadt auch früher schon bei gewissen Krankheitsfällen, namentlich aber bei Lungenschwindsucht Entgegenkommen gezeigt, allerdings mehr vom Standpunkte der Armenpflege aus. Man dürfe aber auch heute noch nicht ein so weitgehendes Entgegenkommen zeigen, daß die Stadt sich dazu verstehen sollte, eine größere Summe bereitzustellen, um lungenkranken Leuten Gelegenheit zu verschaffen, Bäder und andere Heilstätten zur Hebung ihrer Krankheit aufzusuchen. Außerdem seien zu solchen Zwecken schon so viele andere Quellen erschlossen, daß die Gemeinwesen, wenn nicht im einzelnen Falle eine besondere Nothlage nachgewiesen werde, sich kaum dazu verstehen können, noch weitere Hülfe zu leisten. Wenn aber im einzelnen Falle ein besonderer Nothstand vorliege, werde die Gemeinde auch niemals die Beschaffung der erforderlichen Mittel verweigern. Aus diesem Grunde habe die Armenverwaltung schon früher mehrere hundert Mark zur Verfügung gestellt, um solche Krankheiten zu verhüten und namentlich scrophulösen Kindern die Benutzung von Seebädern zu ermöglichen.

Herr Stadtrath von Frankenberg möchte Herrn Ahmann ersuchen, im Interesse der Sache einen selbstständigen Antrag zu stellen, damit die Frage weiter verfolgt werden könne. In Berlin finde binnen Kurzem ein Congress statt, der sich mit dieser Sache auch befassen werde. Wenn er es auch nicht für zweckmäßig halten könne, schon heute die Angelegenheit weiter zu verfolgen, so wünsche er doch, daß dem Vereine für öffentliche Gesundheitspflege eine entsprechende Beihülfe geleistet werde.

Herr Blasius will auch bitten, diesen Antrag selbstständig zu behandeln. Vom Vereine für öffentliche Gesundheitspflege seien schon so viele Gaben zusammengebracht, daß im Laufe dieser Woche eine Baracke beim Albrechtshause bei Stiege aufgestellt werden könne; indessen fehlen noch die Mittel zur Einrichtung der Baracke und werde der Verein dieserhalb bei dem Magistrate um eine Unterstützung vorstellig werden.

Herr Ahmann möchte den Magistrat bitten, dafür zu sorgen, daß die Namen der Aerzte, welche sich zur Hülfeleistung während der Nacht bereit erklärt haben, mehr bekannt würden, damit es den Hülfsuchenden leichter gemacht würde, einen Arzt zu finden. Unter den heutigen Verhältnissen stoßen die Leute, welche weitab vom Centrum der Stadt wohnen, auf Schwierigkeiten, wenn sie einen Arzt während der Nacht gebrauchen.

Herr Stadtrath Meyer hat darauf zu bemerken, daß die betr. Aerzte von der Stadt honorirt würden und deshalb auch nur durch die Sanitätswache be-

rufen werden könnten, daß also eine directe Communication des Publicums mit dem Arzte nicht bestehe.

Die Anfrage des Herrn Riefe, ob eine solche Hülfeleistung als Armenunterstützung angesehen werde, wird von Herrn Stadtrath Meyer verneint.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M.

Ausgabe 2057,17 M.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 23 100 M.

Ausgabe 71 200 M.

Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 36 244,40 M.

Ausgabe 368 520 M.

Herr Meyerhoff muß den für die Nachtwächter ausgeworfenen Lohnsatz von 65 M monatlich für zu niedrig halten und daher bitten, denselben eine Aufbesserung zu Theil werden zu lassen. Auch für die Uniformirung und Ausrüstung der Nachtwächter müßte mehr gethan werden, denn wenn die Leute nur alle neun Jahre einen Mantel und alle sechs Jahre eine Soppe erhielten, so sei das zu wenig. Außerdem fehle an der Soppe stets eine Tasche, in welche die Leute ihr Fangzeug stecken können und müßten sie dieselbe selbst bezahlen, wenn sie sie haben wollten. Es wäre deshalb wohl angebracht, den Bekleidungsgegenständen der Nachtwächter eine kürzere Tragedauer zu geben und ihnen auch eine Tasche in die Soppe machen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf erwidern, daß die Tragezeit der Kleidungsstücke vor 16 bis 18 Jahren zwischen der Herzoglichen Polizeidirection und dem Magistrate auf Grund genauer Ermittlungen vereinbart worden sei und daß er auch noch niemals eine Klage über zu lange Tragezeiten gehört habe. Im Gegentheil wisse er, daß eine Anzahl Nachtwächter nach Ablauf der Tragezeit noch einen guten Vortheil an ihren Kleidungsstücken, welche dann in ihr Eigenthum übergehen, haben. Ueber die Taschen in den Soppeln könne er nichts sagen, da ihm nichts darüber bekannt sei.

Herr Lange möchte bitten, die Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Brücke jenseits der Ferdinandstraße ins Auge zu fassen.

Auf die Frage des Herrn Müller, ob das Zifferblatt der Uhr am Rathhausthurm transparent gemacht werde, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß die Baucommission von der Versammlung ermächtigt worden sei, in dieser Beziehung mit dem Magistrate zu verhandeln.

Herr Ebeling will beantragen, auf dem Madamenwege und der Kreuzstraße Gasbeleuchtung einzurichten. Wenn die Zuleitungsrohren zu klein seien, so müßte Abhülfe geschaffen werden.

Herr Stadtrath Haake verspricht, bei der nächsten allgemeinen Erweiterung der Straßenbeleuchtung hierauf das Augenmerk zu richten.

Herr Wollenweber bittet, auf dem Eisenbütflerwege noch einige Laternen anzubringen, da dort die Beleuchtung sehr schlecht sei.

Herr Böschigt möchte empfehlen, die öffentlichen Brunnen nicht an einem bestimmten Datum, sondern den Witterungsverhältnissen entsprechend anstellen zu lassen, damit dieselben an besonders schönen Tagen auch dann liefen, wenn sie unter normalen Verhältnissen noch geschlossen sein würden.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 118500 M.

Ausgabe 247700 M.

Herr Ebeling ist der Ansicht, daß auf die macadamisirten Straßen der Außenstadt mehr Sorgfalt verwendet werden müsse, da dieselben theilweise so schlecht seien, daß man die Achsen darauf zerbrechen. Es sei gar nicht möglich, die Unterhaltung der Straßen mit den bisherigen Mitteln ordnungsmäßig auszuführen, denn es gebe Straßen mit so tiefen Löchern, daß sich ein Mann hineinlegen könne, ohne daß er gesehen werde.

Herr Oberbürgermeister Bockels muß anerkennen, daß ein Theil der außerstädtischen Straßen sich nicht in einem ordnungsmäßigen Zustande befinde, jedoch trage einen großen Theil der Schuld hieran der letzte Winter. (Zustimmung.) Es werde deshalb Fürsorge getroffen werden, daß auf die Instandsetzung der macadamisirten Straßen mehr Mittel verwandt würden.

Herr Kieke glaubt nicht, daß die Stadt mit den vom Staate zugebilligten 37000 M das Straßenpflaster werde ordnungsmäßig in Stand setzen können, da die Straßen sich thatsächlich in einem schlechten Zustande befänden. Beispielsweise gleiche die Wiesenstraße eher einem Flußbette als einer Straße. Seiner Meinung nach würden die Straßen überhaupt nicht richtig gebaut, denn so lange man dieselben im Bogen ausschachte, verpachte und aufschütte, bekomme man keine richtige Straße. Man solle doch endlich mit diesem Systeme brechen und auch zur Asphaltpflasterung übergehen, damit die Straßenverhältnisse besser würden. Die bestgebaute Straße sei die Theaterpromenade, welche als Muster dienen könne.

Cap. XI. Gemeindesteuern:

Einnahme 2179200 M.

Ausgabe 8200 M.

Die Beschlußfassung hierüber erfolgt am Schlusse der Staatsberatung.

Cap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 40170 M.

Ausgabe 39600 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung.

Einnahme 41400 M.

Ausgabe 282122,66 M.

Herr Löschigt möchte anfragen, weshalb der Bautechniker Ritsch 200 M Einkommen mehr beziehe, als der Bautechniker Müller, obwohl sich Letzterer 4 Jahre länger im Dienste befinde.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Ansprüche der technischen Hüfsbeamten in Bezug auf ihre Gehaltsstellung erst vor einigen Wochen in der Versammlung erörtert und festgestellt worden seien. Ueber den erwähnten einzelnen Fall könne er indessen keine Auskunft ertheilen.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 78683,21 M.

Ausgabe 32300,17 M.

Auf die Anfrage des Herrn Wolters, ob sich mit annähernder Sicherheit schon jetzt feststellen lasse, mit welchem Fehlbetrage oder Ueberschusse das am 31. März d. J. abgelaufene Finanzjahr schließen werde, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß ihm dieses noch nicht möglich sei. Vor einigen Tagen habe er allerdings im Magistrate auf Grund des Abschlusses der Cämmereicasse erklärt, es lasse sich ein guter Abschluß mit einem Ueberschusse erhoffen, jedoch heute Morgen habe er auf Grund der beim Rieselsgute erzielten Ergebnisse schon revociren müssen. Um einen Begriff zu geben, wie schwankend bei einem landwirthschaftlichen Betriebe die wirklichen gegenüber den muthmaßlichen Beträgen seien, wolle er bemerken, daß nach der Zusammenstellung der Einnahme und Ausgabe deputationseitig ein Ueberschuß von 13000 M für 1898/99 herausgerechnet worden sei, während nach den gestern angestellten genauen Berechnungen mit Einschluß der Aufwendungen für die Pumpstation sich voraussichtlich ein Deficit von 30000 M ergeben werde. Diese erhebliche Differenz sei hauptsächlich durch das Hochwasser des vorigen Jahres hervorgerufen worden, indem die Wiesen hierdurch derartig überchwemmt gewesen seien, daß sie nicht nur keinen Ertrag geliefert, sondern sogar noch bedeutende Aufwendungen zu ihrer Instandsetzung erfordert haben. Auch im laufenden Jahre würden diese Wiesen nur einen geringen Ertrag liefern, weil sie ausgewintert seien. Da derartige Umstände erst im Laufe der Zeit zu Tage treten, so bitte er, mit den Fragen hinsichtlich der Gestaltung des vorjährigen Etats noch zu warten.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 2925600 M.

B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Bewegung des Stammmögens:

Einnahme 1557772,45 M.

Ausgabe 70172,45 M.

Anzuleihende Capitalien 1487600 M.

Cap. II. Borrathsvermögen und Vorräthe:

Einnahme 10000 M.

Ausgabe 880000 M.

Cap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke u.:

Einnahme 202561,55 M.

Ausgabe 10659,55 M.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme 453 666 M.

Ausgabe 1201 168 M.

Wie Herr Südel ausführt, hofft man den im Etat vorgesehenen Bau der Gewerbeschule in diesem Jahre in Angriff zu nehmen.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob der Zusage des Herrn Oberbürgermeisters gemäß bei dem in den Etat eingestellten Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Wilhelms- und Ruhfäutchenplatz und einer Theilstrecke des Langenhofes Asphaltpflaster Verwendung finden werde. Man würde dadurch im neuen Stadthause die Doppelfenster sparen und trotzdem ein ruhiges Arbeiten der Beamten ermöglichen.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß das Project noch nicht vorliege, daß aber die Asphaltirung der Straßen thatsächlich in Aussicht genommen sei.

Herr Bültmann vermißt in dem Etat den Ausbau der Vertramstraße zwischen Billier- und Leonhardstraße. Die Nothwendigkeit des Ausbaues dieser Straßenstrecke sei schon vor Jahren anerkannt worden und begründete sich schon aus der großen Zahl von Kindern, die täglich die Straße zu passiren haben. Deshalb bitte er, auf die renitenten Anlieger keine Rücksicht mehr zu nehmen und die Sache möglichst zu beschleunigen.

Herr Bürgermeister Netemeyer will dazu bemerken, daß der Ausbau dieser Straßenstrecke schon vor zwei Jahren in Aussicht genommen sei, daß indessen der Magistrat mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche der Grunderwerb verursachte, von der Einbringung einer Vorlage abgesehen und auch die Versammlung einen entgegenstehenden Beschluß nicht gefaßt habe. Wenn Herr Bültmann den Ausbau für dringend erachte, möge er einen entsprechenden Antrag stellen.

Cap. V. Insgemein:

Einnahme —.

Ausgabe 62 000 M.

Abchluß:

Einnahme und Ausgabe 2224 000 M.

2. Etats der mit der Cämmereicasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

I. Städtisches Kieselgut Steinhof:

Einnahme 151 440 M.

Ausgabe 136 640 M.

Ueberschuß 14 800 M.

Herr Asmann möchte wissen, wie hoch sich der Arbeitslohn für den einzelnen Arbeiter des Kieselgutes belaufe, da dieses aus dem Etat nicht hervorgehe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich bereit, die Lohnlisten zur Verfügung zu stellen, kann aber im Augenblicke die Frage nicht beantworten.

Herr Ahmann spricht den Wunsch aus, die Lohnsätze in den Etat einzustellen, da dieses von allgemeinem Interesse sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann ein solches allgemeines Interesse nicht anerkennen. Außerdem lasse sich der geäußerte Wunsch schon deshalb nicht durchführen, weil die Lohnverhältnisse der auf dem Rieselgute beschäftigten Arbeiter sehr verschiedenartig seien. Man habe dort ständige und Saisonarbeiter, Leute, welche 3 M und solche die 1,20 M Lohn neben Wohnung, Kartoffelland zc. bekommen. Jeder werde gelohnt, wie er arbeiten könne und es sei der Verwaltung gelungen, einen Stamm tüchtiger Arbeiter zu gewinnen.

Herr Bültmann kann dazu bemerken, daß die ansässigen Arbeiter sich sehr wohl auf den Rieselfeldern befinden.

Herr Ebeling möchte unter Bezugnahme auf die Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters über das Schwanken des Etats für das Rieselgut hervorheben, daß es außerordentlich schwierig sei, für einen landwirthschaftlichen Betrieb vorher einen Etat aufzustellen, weil man dabei zu sehr von der Witterung abhängt. Beispielsweise sei im vorigen Jahre die Ernte von 40 Ackerwiesen fortgeschwommen und dafür sei Sand auf die Wiesen geschwemmt und habe die Vegetation für die nächste Zukunft in Frage gestellt. Dazu komme, daß in Folge früher Vegetation das Gras stark gewachsen und dann durch nachfolgenden Frost vernichtet sei, was einen großen Verlust im Gefolge habe, indem auf einen Morgen Wiese für 40 M Grassamen gehe. Darum solle man den Etat des Rieselgutes recht nachsichtig beurtheilen.

Herr Hauswaldt würde es für richtiger halten, den aus dem Rieselgute etatsmäßig berechneten Ueberschuß nicht in den ordentlichen Etat, sondern in die unvorhergesehenen Einnahmen einzustellen, weil die Veranschlagung doch gar zu ungewiß sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann diesen Grund nicht als stichhaltig anerkennen, denn jeder laufende Etat beruhe auf der Annahme normaler Verhältnisse. Es bestehe die Bestimmung, daß die von der Cämmereicasse abhängigen Cassen alljährlich mit \pm abschließen und einen etwaigen Ueberschuß abliefern, einen Fehlbetrag aber zugeschoffen erhalten sollen und von dieser grundsätzlichen Bestimmung abzugehen, habe man weder Veranlassung, noch Berechtigung.

Herr Fiedel würde es auch für ganz wünschenswerth halten, wenn solche unbestimmten Einnahmen für unvorhergesehene Ausgaben eingestellt würden, namentlich da ein so geringer Betrag auf die Steuer einen Einfluß nicht ausübe.

II. Städtische Markthalle:

Einnahme 54 000 M.

Ausgabe 15 000 M.

Ueberschuß 39 000 M.

Das Referat über die Schulen erstattet Herr Hauswaldt.

III. Städtische Oberrealschule:

Einnahme und Ausgabe 104 500 M.

Zuschuß 51 700 M.

Für jeden ortsangehörigen Schüler leistet die Stadt einen Zuschuß von 114,20 M., für jeden der 60 auswärtigen Schüler aber 97,20 M.

Herr Schöttler will bemerken, daß er durch den Posten von 300 M. für unentgeltlichen Privatunterricht der Schüler auf der Oberstufe im Lateinischen stutig gemacht worden sei. Der Schulvorstand habe diese Ausgabe damit begründet, daß die Herzogliche Staatsregierung in Bezug auf das Forst- und das Berg-Fach sich den Abiturienten der Oberrealschule gegenüber ablehnend verhalten habe, während in Preußen dieselben zu diesen Fächern ohne Weiteres zugelassen werden. Es wäre interessant, zu erfahren, aus welchen Gründen sich unsere Regierung anders stelle, als die preussische. Man werde die Bewilligung, wenn auch nicht gern, wohl machen müssen, aber an und für sich gehöre der lateinische Unterricht nicht auf eine Oberrealschule, zumal man mit demselben dort doch nichts Ordentliches erreichen könne. Außerdem würden die Ziele der Schule dadurch geschädigt werden, indem andere Fächer darunter leiden müßten, ohne daß man im Lateinischen selbst mehr erzielte, als die Leute zur Noth durchs Examen zu quetschen. Er möchte wünschen, daß der Schulvorstand nochmals bei der Landesregierung vorstellig werde und darauf hinzuwirken suche, daß dieselbe sich der preussischen Regierung in dieser Beziehung anschlüsse. Es sei ihm absolut unverständlich, weshalb unsere Landesregierung einen so vereinzeltten Standpunkt einnehme, denn wenn man in Preußen ohne lateinische Förster leben könne, müsse es auch hier gehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß dieses schon wiederholt angestrebt, der Schulvorstand aber schon zwei Mal ohne Angabe von Gründen abschlägig beschieden worden sei. Dem Vernehmen nach sollen die Anforderungen der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, in Bezug auf die Vorbildung der Aspiranten im dortigen Dienste bei der Entschließung der Herzogl. Landesregierung mit maßgebend gewesen sein. Wenn der Versuch auch noch einmal wiederholt werden könne, so müsse er sich doch nach den bisher erfolglos gebliebenen Schritten sagen, daß es wohl wenig helfen werde.

IV. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 97 490 M.

Zuschuß 27 500 M.

Jedes ortsangehörige Kind erfordert einen Zuschuß von 41 M. und jedes ortsfremde Kind einen solchen von 13,35 M. Man müsse hierbei berücksichtigen,

daß der Andrang zu der Schule diese Oftern derartig hoch gewesen sei, um eine Verschiebung des Stats, allerdings zu Gunsten der Stadt, erwarten zu können.

V. Lehrerinnen-Seminar.

Einnahme und Ausgabe 6000 M. Zuschuß 2400 M.

VI. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 65 501,20 M. Zuschuß 32 500 M.

Der städtische Zuschuß beträgt für jedes ortsangehörige Kind 68,65 M und für jedes ortsfremde Kind 34,50 M.

VII. Bürgerschulen:

Einnahme und Ausgabe 854 020 M. Zuschuß 643 600 M.

Die Stadt trägt für jedes einheimische Kind einen Zuschuß von 53,40 M. Es lasse sich nach den bisherigen Erfahrungen annehmen, daß die Stadt jedes Jahr etwa 35 000 M für die Bürgerschulen mehr als im Jahre vorher zuzuschießen habe.

VIII. Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 48 200 M. Zuschuß 7 530 M.

Runmehr übernimmt wieder Herr Südel das Referat.

IX. Armencaffe.

Einnahme und Ausgabe 395 500 M. Zuschuß 250 300 M.

Herr Kolte möchte anregen, zu prüfen, ob es sich nicht empfehle, einen Desinfectionsapparat zu beschaffen, der zur Desinfection von Räumen, in denen Personen mit ansteckenden Krankheiten gelegen haben, an Private verließen werden könnte. Auf der Ausstellung in Berlin habe er solche, nicht sehr theuren Apparate gesehen.

X. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 163 200 M. Zuschuß 127 000 M.

XI. Städtische Gaswerke:

Einnahme 1 074 800 M. Ausgabe 885 000 M.

Ueberschuß 189 800 M.

Auf die Anfrage des Herrn Löschigt, weshalb weniger Gas zu Heizzwecken angenommen worden sei, als im Vorjahre, erwidert

Herr Südel, daß diese Annahme dem thatsächlich verminderten Gasverbrauche entspreche und es sich empfehle, bei dieser Veranschlagung recht vorsichtig zu sein.

XII. Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 315 100 M. Ausgabe 257 000 M.

Ueberschuß 58 100 M.

XIII. Anhang: Neustadtmühle:

Einnahme 29 400 M.

Ausgabe 28 800 M.

Ueberschuß 600 M.

3. Hauptabschluß

des ordentlichen Stadthaushaltes für 1. April 1899/1900 einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

Cap.	Verwaltungsweig	Einnahme		in Pro- centen	Ausgabe		in Pro- centen	Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	S		M	S		M	S	M	S
I.	Gämmereivermögen (im engeren Sinne)	194325	72	6,64	604970	—	20,68	—	—	410644	28
II.	Kirchenwesen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III.	Unterrichtswesen .	209760	—	7,17	990290	—	33,85	—	—	780530	—
IV.	Kunst und Wissen- schaft	—	—	—	20800	—	0,71	—	—	20800	—
V.	Armenpflege. . .	—	—	—	250300	—	8,56	—	—	250300	—
VI.	Gesundheitswesen .	3600	—	0,12	7540	—	0,26	—	—	3940	—
VII.	Bereinswesen und Volksfeste . . .	616	67	0,02	2057	17	0,07	—	—	1440	50
VIII.	Feuerlöschwesen .	23100	—	0,79	71200	—	2,43	—	—	48100	—
IX.	Ortspolizei . . .	36244	40	1,24	368520	—	12,60	—	—	332275	60
X.	Straßenbau . . .	118500	—	4,05	247700	—	8,47	—	—	129200	—
XI.	Gemeindesteuern zc.	2179260	—	74,49	8200	—	0,28	2171000	—	—	—
XII.	Staatszuschüsse u. Staatsbedürfnisse	40170	—	1,37	39600	—	1,35	570	—	—	—
XIII.	Stadtverwaltung .	41400	—	1,42	282122	66	9,64	—	—	240722	66
XIV.	Insgemein . . .	78683	21	2,69	32300	17	1,10	46383	04	—	—
	Zusammen	2925600	—	100 0/0	2925600	—	100 0/0	2217953	04	2217953	04

4. Voranschlag

über die Verwaltung des Schulhausbaufonds im Jahre 1899/1900.

Zugang 445 000 M.

Abgang 387 760 M.

Bestand 57 240 M.

5. Anhang.

Canalbaucaſſe.

A. Neubau:

Einnahme und Ausgabe 206 800 M.

Aufzunehmende Anleihen 191 700 M.

Herr Lange will seiner Freude Ausdruck geben, daß wieder ein Betrag für die Anlage von Lüftungsvorrichtungen in den Etat eingestellt worden sei. Er bitte den Magistrat, recht bald mit den in Aussicht gestellten besonderen Vorschlägen hervorzutreten.

Herr Löschigt möchte anfragen, ob durch die inzwischen getroffenen Einrichtungen die Ueberschwemmung der niedriger gelegenen Stadttheile bei Hochwasser vermieden, oder doch auf ein Minimum beschränkt werden würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Magistrat dieses wohl erhoffe, aber nicht dafür einstehen könne, namentlich wenn Niederschläge in so gewaltiger Menge wie in den beiden vorletzten Jahren kommen werden. Uebrigens werde noch eine fernere Ausgabe dadurch erwachsen, daß die Gegend um die Neue Knochenhauerstraße herum mit einem Nothauslaß versehen werden solle, und solle darüber noch eine besondere Vorlage kommen.

B. Unterhaltung:

Einnahme 198 300 M.

Ausgabe 209 100 M.

Fehlsumme 10 800 M.

Der Beitrag der Cämmereicaſſe beträgt 68 400 M.

Der Etat der Canalbaucaſſe wird mit der Maßgabe genehmigt, daß die Canalabgabe für das Jahr 1899/1900 wiederum auf 2 % des Grundsteuercapitals festgesetzt werde.

Städtisches Schlachthaus.

Einnahme und Ausgabe 183 000 M.

Erlungungsbetrag 17 845,39 M.

Herr Wollentweber möchte anfragen, wie weit die Angelegenheit der Freibank gediehen sei. Nach den letzten Vorgängen in hiesiger Stadt erscheine es ihm

am Platze zu sein, endlich eine Freibank einzurichten, da seines Wissens Braunschweig die einzige größere Stadt in Deutschland sei, in der minderwerthig befundenes Fleisch zu vollen Preisen in den Handel gebracht werde.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß die Nothwendigkeit einer Freibank auch magistratsseitig schon vor einigen Jahren anerkannt worden sei, daß man indessen die Dringlichkeit ihrer Einrichtung nicht so groß erachtet habe, weil inzwischen in dem Schlachthause eine Anordnung getroffen sei, nach welcher minderwerthiges Fleisch einem Kochverfahren unterworfen werden könne, das dem Fleische die Gesundheitschädlichkeit nehme. Der Magistrat habe ein Statut über die Errichtung einer Freibank ausgearbeitet und seit einem Jahre fertig in den Acten liegen, jedoch von der Herausgabe desselben Abstand genommen, weil im hiesigen Landtage ein Gesetz über die obligatorische Fleischschau in Vorbereitung gewesen sei. Aber auch das hier ausgearbeitete Gesetz habe die Regierung nicht publicirt, weil hinterher dem Bundesrathe der Entwurf eines Reichs-Fleischschau-Gesetzes zugegangen sei, welches eine Sicherheit gegen den Genuß schädlichen, bezw. minderwerthigen Fleisches bieten sollte. Da nun bestimmt angenommen werden müßte, daß durch ein solches Gesetz die Bestimmungen des städtischen Statuts Abänderungen erfahren würden, so habe der Magistrat davon abgesehen, den Entwurf der Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Herr Meyerhoff ist der Ansicht, daß man damit nicht warten könne, weil sowohl die Reichsgesetzgebung, als auch die Landesgesetzgebung sich noch von einem solchen Gesetze zurückziehen könnten. Durch den im Schlachthause aufgestellten Apparat werde außerdem auch gar nicht erreicht, was die Consumenten und die Schlachter erstreben, da es sich bei diesen neuerdings wieder lebhafter erörterten Bestrebungen um die Verwerthung des minderwerthigen, aber nicht gesundheitschädlichen Fleisches handle, während in dem Apparate nur solches Fleisch gekocht werde, das roh nicht mehr verbraucht werden könne. Demnach müsse der Apparat auch dann noch fungiren, wenn ein Gesetz oder Statut sollte eingeführt werden. Er gebe daher anheim, in der Sache schleunigst vorzugehen, da die letzten Vorgänge in hiesiger Stadt recht tief blicken ließen.

Herr Blasius würde es auch für besser halten, wenn die Freibank aus den Acten herauskäme und der Versammlung vorgelegt würde. Auf die in Aussicht stehenden Gesetze könne man vielleicht noch Jahre warten und Braunschweig befinde sich in der unglücklichen Lage, zwei Nachbarstädte zu haben, die sich gegen schlechtes Fleisch schützen, und dadurch wohl mit Veranlassung geben, daß dasselbe vielfach hierher komme.

Herr Ebeling schließt sich diesem Wunsche an. Es schade durchaus nichts, wenn durch ein Reichs-Fleischschau-Gesetz das städtische Statut vielleicht geändert werden müsse, da die Einrichtung einer Freibank gar zu wichtig für die Stadt

sei. Er bitte deshalb den Magistrat um baldige Vorlegung eines Statutenentwurfes.

Herr Födel will noch erwähnen, daß vor Kurzem auch in einer Versammlung der Schlachter die Einrichtung einer Freibank dringend gewünscht worden sei.

Der Etat des Schlachthauses wird darauf nach Maßgabe der Vorlage festgestellt.

Casse der Abgabe für Hunde.

Einnahme und Ausgabe 32400 M. Zur Verfügung 310 M.

Herr Ohlmer möchte anregen, die Defen der Hundemarken etwas stärker zu machen, da sich dieselben leicht durchscheuern und die Hunde sie dann verlieren.

Herr Stadtrath Meyer muß diese Klage bezüglich der früheren Jahrgänge der Marken als berechtigt anerkennen, kann jedoch mittheilen, daß bei den neuen Hundemarken ein Durchscheuern der Defen kaum noch vorkommen könne, weil die Stärke des verwendeten Messingbleches erhöht und die Durchlochung der Marke an einer anderen Stelle vorgenommen sei.

Der Etat wird genehmigt.

Kreiscommunalcasse:

Einnahme und Ausgabe 2631 000 M. Zur Verfügung 7226,68 M.

Auch dieser Etat wird nach Maßgabe der Vorlage festgestellt.

Nunmehr werden, da der Haushaltsplan vollständig durchberathen ist, die noch rückständigen Cap. III, V und XI des Cämmereicassenetats genehmigt und erteilt die Versammlung insbesondere ihre Zustimmung zu dem vom Magistrate bei Cap. XI gestellten Antrage, welcher dahin geht,

daß im Jahre 1899/1900: an Gemeinde-Einkommensteuer $9\frac{1}{2}$ Einheiten
nach Maßgabe der magistratsseitig empfohlenen Veranlagungstabelle,
an Gemeinde-Grundsteuer 7,5 % vom Grundsteuercapital,
an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die stehenden Gewerbe
veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte im Anschluß an den eben gefaßten Beschluß noch mittheilen, daß der Stadtmagistrat in diesem Jahre nicht in der Lage sei, die directen Gemeindesteuern rechtzeitig auszuscheiden, weil er dabei in der Hauptsache abhängig sei von der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer, diese aber wegen der damit concurrirenden Ergänzungssteuer voraussichtlich erst Ende Mai oder im Juni beschloffen werden könne, so daß wahrscheinlich die directe Gemeinde-Einkommensteuer für die beiden ersten Quartale dieses Finanzjahres gleichzeitig zur Erhebung gelangen werden. Dagegen sei die Stadtcasse in der

Lage, schon jetzt vorläufigweise anzunehmen die Gewerbesteuer und die Steuer von den Wohnhäusern, weil deren Höhe feststehe. Hiervon habe ein kleiner Theil der Steuerzahler auch schon Gebrauch gemacht.

Herr Alßmann möchte den Magistrat bitten, den früheren Brauch wieder einzuführen, nach welchem die betreffenden Magistratsbeamten für diejenigen Einwohner, welche Bürger werden wollten, die nöthigen Personalpapiere von den auswärtigen Behörden anforderten. Es werde einer Behörde immer leichter, solche Papiere zu bekommen, als einer Privatperson.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann darauf nur erwidern, daß ein solcher Brauch seines Wissens noch niemals bestanden habe und es auch einer Privatperson nicht schwerer fallen könne, ihre Personalpapiere zu erhalten, als einer Behörde.

Herr Alßmann erwidert, daß der von ihm geschilderte Brauch vor sechs Jahren thatsächlich bestanden habe, indem die Registratur des Magistrates ihm die zum Bürgerwerden erforderlichen Papiere von seiner preussischen Heimathsbehörde besorgt habe.

Wie Herr Födel des Weiteren berichtet, hat der Magistrat am Schluß seiner Erläuterungen zum Ordinarium noch folgende Mittheilung gemacht:

„Die Lehrer und Lehrerinnen an den hiesigen Bürgerschulen haben um Aufbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse nachgesucht. Wir wären wohl geneigt, diesen Gesuchen, allerdings nicht in dem gewünschten sehr weitgehenden Umfange, Rechnung zu tragen und in Verbindung hiermit einer entsprechenden Aufbesserung auch der Gehaltsbestimmungen für die an den gehobenen Mädchenschulen beschäftigten seminaristisch gebildeten Lehrer und Lehrerinnen, sowie endlich der uns ebenfalls bereits unterbreiteten Frage näher zu treten, ob nicht für gewisse Gruppen der städtischen Hülf- und Unterbeamten der bestehende Besoldungsetat günstiger zu gestalten sein möchte; wir müssen uns aber bescheiden, daß der Stadthaushaltsetat die daraus dauernd erwachsende, immerhin erhebliche Mehrbelastung zur Zeit — ohne Hintanziehung der Befriedigung von dringlicheren Bedürfnissen und bei Vermeidung einer übermäßigen Heranziehung der directen Steuern — nur dann tragen könne, wenn neue und ausgiebige Einnahmequellen aufzuschließen ständen. Derartige Quellen aufzufinden ist uns bei der Abneigung der geehrten Herren gegen Einführung indirecter Steuern nicht möglich“.

In der Finanzcommission sei man sich darüber einig gewesen, daß eine Aufbesserung der Gehälter der städtischen Lehrer und Lehrerinnen, sowie einzelner Gruppen der städtischen Beamten mindestens dringend erwünscht erscheine und daß andererseits eine Erhöhung der directen Einkommensteuer nicht angängig sei. Aus

diesem Grunde ersuche er namens der Finanzcommission, folgender Resolution zuzustimmen:

Die Versammlung erklärt, daß sie eine Revision bezw. eine Erhöhung der Gehälter der seminaristisch gebildeten Lehrer und einiger Gruppen anderer städtischen Beamten für dringend erwünscht hält. Da die Beschaffung der hierzu nöthigen Mittel durch eine Erhöhung der Gemeindefinkommensteuer nicht angängig erscheint, so erklärt die Versammlung sich im Principe bereit, auch einer indirecten Steuer ihre Zustimmung zu ertheilen.

Herr Hauswaldt wünscht in der Resolution das Wort „Revision“ abgeändert zu sehen in „Neuordnung“ und außerdem statt „einer indirecten Steuer“ das Kind beim Namen zu nennen und zu sagen „einer Biersteuer“. Unter indirecter Steuer könnte man auch eine Lustbarkeitssteuer, eine Fahrradsteuer und dergl. verstehen und dafür sei er nicht zu haben. Wenn aber statt „einer indirecten Steuer“ gesagt würde, „einer Biersteuer“, so würde er unter den obwaltenden Verhältnissen nicht dagegen stimmen können. Nachdem die Landesgesetzgebung die Gemeinden geradezu gezwungen habe, die indirecten Steuern in Anspruch zu nehmen, habe er seinen ablehnenden Standpunkt hinsichtlich der Biersteuer aufgegeben.

Herr Fädel will dazu bemerken, daß die Finanzcommission mit Mehrheit beschlossen habe, die Art der indirecten Steuer dem Magistrate und der Versammlung zu überlassen, da es recht schwer sei, die richtige Auswahl zu treffen und keine Steuer angenehm berühre. Man wisse auch nicht, ob der Bedarf der Stadt durch die Biersteuer allein gedeckt werde und ob nicht der Magistrat noch andere Steuern mit in Vorschlag bringen werde. (Herr Oberbürgermeister Pockels: Nein.)

Herr Rieke bemerkt, daß man damit auf dem Gebiete der indirecten Gesetzgebung, welches s. B. mit der Aufhebung der Schlacht- und Wahlsteuer beseitigt sei, wieder ankomme. Anscheinend sei man zu besorgt, der Arbeiter könnte zu viel Bier trinken und wolle ihm die Sache etwas vertheuern, denn die Herren, welche hier für die Einführung der Biersteuer eintreten, seien in der Lage, Wein zu trinken. (Widerspruch.) Wenn Herr Fädel auch nur den Ausdruck „indirecte Steuer“ gewählt wissen wolle, so werde doch in der von demselben verbreiteten Statistik schon direct auf die Biersteuer verwiesen. Es sei ja leicht für solche Leute, wie Herrn Fädel, der vielleicht zu den reichsten Einwohnern der Stadt gehöre, eine derartige Steuer zu beantragen, da er kein Bier zu trinken brauche. (Widerspruch.) Man suche diese Steuer dadurch schwächer zu machen, daß man eine Aufbesserung der Lehrer- und Beamtengehälter damit in Verbindung bringe.

Wenn man aber erst einmal auf dieser schiefen Ebene angelangt sei, dann werde bald ein Bouquet von Steuern folgen und dadurch die Lebenslage der unteren Classen erheblich verschlechtert werden. Ueber die Zweckmäßigkeit der Steuer könne man sich auch erst dann klar werden, wenn man erfahre, was der Verwaltungsapparat koste und welchen Scherereien die Wirths bei der Controle ausgesetzt seien. Er sei ein principieller Gegner aller indirecten Steuern und stelle sich auf den Standpunkt der directen Steuern, denn bei den ersteren könne man die reichen Leute und lege den mittleren und kleinen Leuten mehr Steuern auf. Wer jetzt 20000 M Steuern bezahle, könne auch recht gut 30000 M bezahlen und es sei bedauerlich, daß der Steuersatz bei den Einkommen über 200000 M nicht mehr steige. Wenn solche Steigerung stattfände, könnten die Steuern für den kleinen Mann noch ermäßigt werden und man brauchte auch nicht zu den indirecten Steuern zurückzugreifen. Die indirecte Steuer werde nur zum Schutze der großen Einkommen eingeführt. Den Einwand, daß die reichen Leute bei stärkerer Anziehung der Steuerschraube von hier fortziehen würden, lasse er nicht gelten, denn wohin sollten dieselben ziehen, da anderwärts auch Steuern bezahlt werden müßten. Die großen Capitalien seien doch auch nicht allein der Erfolg von rein persönlicher Intelligenz, sondern die ganze Entwicklung der socialen Lage habe dazu beigetragen. Wenn das Glück einmal in den Schooß gefallen sei, der halte es fest, aber es könne Niemand dafür, daß sein Vater nicht Geheimrath gewesen sei. Solche reiche Leute könnten für die Humanität auch etwas thun.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann Namens des Magistrates erklären, daß derselbe der soeben beantragten Resolution, sei es in der von der Finanzcommission beantragten, oder in der von Herrn Hauswaldt abgeänderten Form, wohlwollend gegenüberstehe und bereit sei, eine entsprechende Vorlage mit dem Vorbehalte einzubringen, daß die Gehaltsverhältnisse der seminaristischen Lehrer und Lehrerinnen eine Aufbesserung erfahren. Die Verbesserung der Gehälter dieser Kategorie von Lehrern sei allerdings nach der Ueberzeugung des Magistrates abhängig von der Einführung indirecter Steuern, in specie der Biersteuer, weil die anderen, noch zur Verfügung stehenden indirecten Steuern nicht ausgiebig genug sein würden, um das erforderliche Maß zu füllen. Auf den von Herrn Kiese gehaltenen theoretischen Steuerexcurs wolle er sich nicht einlassen, weil derselbe nur academischen Werth habe. Durch das Gemeindeabgabengesetz seien die Gemeinden angewiesen, indirecte Steuern zu erheben, sofern sie solche Ausgaben machen wollen. Wenn die Regierung erführe, es sollte eine Erhöhung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer zu Lasten der Gemeinde-Einkommensteuer vorgenommen werden, so würde dieselbe den Antrag ablehnen und sagen, sie halte dieses wohl für wünschenswerth, nicht aber für nothwendig und könne nur anheimgeben, die erforderliche Summe durch indirecte Steuern aufzubringen.

Herr Wolff hat die indirecten Steuern immer für ein Uebel gehalten, aber für ein kleineres Uebel als andere Steuern, doch jetzt seien sie zu einem nothwendigen Uebel geworden, dem man sich nicht mehr entziehen könne. Es liege ihm sehr am Herzen, gerade die mittleren Lebensalter der Lehrer im Gehalte aufzubessern, nicht so sehr die jüngeren, und er wünschte wohl, daß in dieser Beziehung Braunschweig an der Spitze der sämtlichen Städte marschirte. Sodann möchte er den Magistrat noch bitten, in wohlwollende Erwägung zu ziehen, ob nicht auch die Höchstgehälter der städtischen Baumeister aufgebessert werden könnten, um die tüchtigen Kräfte dieser Beamtenkategorie der Stadt dauernd zu erhalten. Schon bei der Berathung des Antrages auf Verweigerung der Erlaubniß zu Privatarbeiten sei zur Sprache gebracht worden, daß die Maximalsätze dieser Beamten den berechtigten Wünschen nicht entsprächen, da doch die betreffenden Herren in den Stellen von zweiten und dritten Baumeistern im Allgemeinen ihr Lebensziel erblicken müßten.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß schon in der vorstehend von Herrn Fiedel mitgetheilten Erklärung des Magistrates zum Ausdruck gebracht sei, es erscheine wünschenswerth, neben der Erhöhung der Lehrergehälter auch die Gehälter einzelner Kategorien von Hülfssbeamten, zu denen auch die städtischen Baumeister gehören, aufzubessern.

Herr Fiedel möchte gegenüber Herrn Riese noch persönlich bemerken, daß er und wahrscheinlich auch alle anderen Einwohner, welche etwas höhere Einkünfte haben, sehr gern bereit sein würde, eine höhere Einkommensteuer zu zahlen, wenn dieses nur gesetzlich zulässig wäre. Da das aber nicht gehe, sei die Gemeinde durch die Gesetzgebung gezwungen, auf anderem Wege Deckung für ihre Ausgaben zu suchen. Im Uebrigen habe Braunschweig im Jahre 1896/97 93,87 % seiner Ausgaben durch die directe Einkommensteuer aufgebracht, während Hannover mit 43,88 %, Halle a./S. mit 57,68 %, Magdeburg mit 54,24 % und Danzig mit 56 % auskommen, so daß Braunschweig also sehr hohe directe Steuern erhebe. Unter den vorliegenden Verhältnissen bleibe nichts anderes übrig, als zu dem Mittel der indirecten Steuern zu greifen.

Herr Bues muß eine Aufbesserung der Lehrer- und Beamtengehälter ebenfalls für nothwendig halten und würde derselben um so freudiger zustimmen, wenn es möglich wäre, sie aus den directen Steuern aufzubringen. Wenn er auch bestimmt glaube, daß die Biersteuer kommen werde, so bedauere er dieses doch ungemein. In dem zur Vertheilung gebrachten statistischen Nachweise sei bedauerlicherweise die Stimmung nicht zum Ausdrucke gebracht worden, welche in den Städten hauptsächlich die Belästigung der Wirths, die Denunciationsucht und dergl. in Frage. Wenn durch Fixirung des städtischen Abgabengesetzes bei der Veranlagung zur directen Steuer leider eine Grenze gezogen sei, so habe man sich dabei im Landtage

große Hoffnungen darauf gemacht, den Grundbesitz zu entlasten; es sei jedoch nicht eine Entlastung, sondern eine Belastung des Grundbesitzes dabei herausgekommen. Eine Erhöhung der Beamten- und Lehrergehälter dürfe nicht dazu führen, mit scharfer Hand in das Gewerbe einzugreifen, welches die Mehrausgaben aus der Biersteuer aufbringen solle, zumal da es dem Gastwirthsstande unter den so wie so schon schwierigen Verhältnissen gar nicht möglich sein werde, sich dann noch über Wasser zu halten. Da noch nicht feststehe, welche Erhebungskosten diese Steuer erfordern werde und auch manche anderen einschlägigen Verhältnisse der Klarstellung bedürfen, so bitte er, für heute noch von einer Beschlußfassung abzusehen und erst das nähere Material einzufordern.

Herr Asmann findet einen erheblichen Unterschied in der Begründung der Biersteuerfrage von vor zwei Jahren und von heute. Damals habe man gesagt, die reichen Leute würden bei zu hohen directen Steuern abgeschreckt, sich hier niederzulassen bezw. veranlaßt von hier fortzuziehen und heute habe die Stadt nicht mehr das Recht, ihre Steuern so zu erheben, wie sie wolle. Es sei unbegreiflich, wie eine Stadt von der Größe Braunschweigs, die ein Viertel der sämmtlichen Einwohner des Herzogthums ausmache, sich solche Gesetze aufdringen lassen könne. Dagegen müßte Opposition gemacht und gesagt werden, daß mit diesem Gesetze ein falscher Weg eingeschlagen sei, und könne er sich nicht denken, daß das Ministerium das Recht haben solle, der Stadt vorzuschreiben, wie sie ihre Lehrer und Beamten bezolden solle. Die Versammlung müßte sich dagegen verwahren, daß der Stadt solche Gesetze aufzuerzwingt werden, wie es das Land auch thun würde, wenn ihm die Stadt mit seine Interessen schädigenden Gesetzen kommen würde. Bei einer Erhöhung der Lehrergehälter durch die Biersteuer nehme man den Leuten mit der linken Hand, was man ihnen mit der rechten Hand gebe. Deshalb müßten wohl oder übel die Mittel zur Aufbesserung der Gehälter auf dem directen Steuerwege eingezogen werden und könnte der Staat dabei unmöglich hinderlich im Wege stehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt, sich versagen zu können, auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen, da die Grundsätze für die Reform der Staats- und Gemeindesteuern auch in dieser Versammlung gelegentlich der Berathung des Statuts über die Ordnung der directen Steuern ausführlich erörtert worden seien. Herrn Bues wolle er erwidern, daß die Verwaltungsausgaben für die Erhebung der Biersteuer nach den Erfahrungen anderer Städte sehr minimale seien und auch die Belastigungen nur ganz unbedeutende sein würden; über diese Sachen würden der Versammlung in der Vorlage nähere Mittheilungen gemacht werden. Schon vor einigen Jahren habe die Versammlung darüber ausführliche statistische Mittheilungen erhalten.

Herr Wolters ist der Meinung, daß die Majorität der Versammlung der Idee, die Lehrer- und Beamtengehälter aufzubessern, gern beistimmen werde, da die Nothwendigkeit solcher Aufbesserung vorliege. Wenn nun aber diese Gehaltserhöhung mit einer indirecten Biersteuer in Verbindung gebracht werde, so möchte er doch aus doppelten Gründen warnen, hierüber vorzeitig einen Beschluß zu fassen. Zunächst sei der Vorschlag auf Erhöhung der Lehrergehälter noch nicht so gründlich erörtert worden, daß die erforderlichen Mehrausgaben festständen und glaube er, daß denselben eine Steuer gegenübergestellt werden würde, welche das Acht- bis Zehnfache der Mehrauswendung noch überschreite. Nach seiner Berechnung würde die geplante Biersteuer etwa 150 000 M jährlich einbringen. (Widerspruch.) Der Bierabsatz sei in hiesiger Stadt jetzt so bedeutend, daß die früher berechnete Summe nicht mehr ausreiche. Dieser Summe gegenüber wisse er allerdings nicht, wie hoch sich die beabsichtigte Erhöhung der Lehrergehälter belaufen werde, da ein entsprechender Antrag noch nicht vorliege. Gehe man sich aber bei so bedeutenden Zahlen binde, wie das hier verlangt werde (Widerspruch), müßte man doch zuvor die Frage einer Prüfung unterziehen, wie viel ziffermäßig die Mehrbefoldung der Lehrer und Beamten betragen werde. Außerdem empfehle es sich, erst einmal abzuwarten, wie hoch der Fehlbetrag oder Ueberschuß aus dem vorjährigen Etat sein werde, da möglicherweise ein Ueberschuß die Mehrausgaben ausgleichen könnte. Aus diesen Gründen würde er es für richtig halten, die Resolution nicht anzunehmen, sondern zunächst den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung über die Erhöhung der Gehälter der Bürgereschullehrer baldigst eine Vorlage zu machen, die Deckungsfrage aber erst bei der Verathung dieser Vorlage zu erledigen.

Der Herr Vorsitzende will darauf aufmerksam machen, daß es sich heute nur darum handle, im Principe einer Biersteuer zuzustimmen, und die Versammlung sich wegen der zu erwartenden Magistratsvorlage noch nicht zu binden brauche.

Herr Löschnitz ist erfreut, daß den Lehrern eine Gehaltserhöhung zu Theil werden solle, muß aber, unter Hinweis auf die früheren Verhandlungen wegen der Biersteuer bedauern, daß man auf diese indirecte Steuer jetzt wieder zurückkomme. Streng genommen handle es sich hierbei gar nicht um eine indirecte Steuer, weil sie die Allgemeinheit gar nicht trage, sondern die Brauereien und, wenn diese sich ablehnend verhalten, die Gastwirthhe. Bei einer Steuer von 65 S pro hl lasse sich dieselbe auf die Consumenten gar nicht abwälzen, so daß die Gefahr, gar nicht vorliegen könne, zumal man schon wenig genug erhalte. Für ihn liege der Schwerpunkt darin, daß mit der Steuer ein einzelnes Gewerbe belastet werden solle, was er nicht für Recht halte, da die hiesige Industrie erheblich geschädigt

werden würde, wenn in Folge Weigerung der hiesigen Brauereien, die Steuer zu tragen, die Wirths gezwungen sein sollten, ihr Bier von auswärts zu beziehen. Mit der Aufbesserung der Lehrergehälter sei er also sehr einverstanden, jedoch wünsche er mit Herrn Wolters, erst einmal zu prüfen, ob nicht noch andere indirecte Steuern vorhanden seien, die ebenfogut oder noch besser die erforderlichen Mehrausgaben tragen können und durch die die Last auf weitere Kreise ausgedehnt werde.

Herr Niese will den Lehrern, welche sich hier thatsächlich schlechter stehen, als in anderen großen Städten, gern eine Gehaltsaufbesserung zu Theil werden lassen, jedoch müsse hierbei auch an andere städtische Beamte gedacht werden, z. B. an die Wegewärter, welche ebenfalls nur schlecht entlohnt würden und eine Aufbesserung nöthig hätten. Von dem Landtage hätte er wohl gewünscht, daß derselbe ein besseres Wahlgesetz zu Stande gebracht hätte, als daß er jetzt die Gemeinden zwingt, auf das indirecte Steuersystem zurückzugreifen. Unter solchen Umständen müsse er sich, unbeschadet der geforderten Gehaltsaufbesserungen, für welche er mit aller Wärme eintrete, gegen das Princip der indirecten Steuergesetzgebung und damit auch einer Biersteuer erklären.

Herr Hauswaldt weist noch darauf hin, daß heute nur das Princip einer Biersteuer festgelegt werden solle, nicht aber auch die Höhe dieser Steuer. Es werde also heute weder eine Biersteuer, noch eine Aufbesserung der Lehrergehälter beschlossen.

Herr Födel möchte Herrn Wolters gegenüber noch bemerken, daß der etwaige Ueberschuß von der Biersteuer einmal schon durch die Erhöhung der Ausgaben für die Verzinsung der in diesem Jahre neu aufzunehmenden Anleihe verschwinden würde, außerdem aber auch die regelmäßige Zunahme der städtischen Ausgaben darauf hindeute, daß die Stadt ihre ganze Kraft zur Deckung derselben nöthig habe. Eine Erhöhung der directen Gemeindesteuer sei aber gesetzlich ausgeschlossen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Finanzcommission in folgender Fassung mit 23 : 11 Stimmen angenommen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt, daß sie eine Neuordnung bezw. Erhöhung der Gehälter der seminaristisch gebildeten Lehrer und einiger Gruppen anderer städtischen Beamten für dringend erwünscht hält. Da die Beschaffung der hierzu nöthigen Mittel durch eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer nicht angängig erscheint, so erklärt die Versammlung sich im Principe bereit, auch einer indirecten Steuer, insbesondere einer Biersteuer, ihre Zustimmung zu ertheilen“.

Die übrigen Anträge fallen dadurch aus.

II. Gemeinde-Kirchensteuer für 1899/1900.

Bei Ueberreichung des Generaletats der Gemeinde-Kircencasse für 1899/1900 beantragt das Kirchencassen-Collegium, den aus dem Abschlusse dieses Etats sich ergebenden Fehlbedarf von 70000 M durch Ausschreibung einer Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Da die sämtlichen Ausgabeposten vom Magistrate für erforderlich anerkannt werden, so beantragt derselbe, zuzustimmen, daß für das Jahr 1899/1900 die Gemeinde-Kirchensteuer in Höhe von 5 % der auf die Pflichtigen veranlagten Beiträge zur Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Die Berammlung erklärt sich hiermit auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, einverstanden.

III. Verkauf zweier Bauflächen beim neuen Stadthause.

Im Verfolg der früher ergangenen Verhandlungen hat der Magistrat die beiden am Langenhofe und an der Ecke von Bohlweg und Dankwardstraße gelegenen, verfügbar gebliebenen Theilflächen des Stadthausgrundstücks zu 103 und 366 qm unter den früher genehmigten Bedingungen versteigert. In Ergänzung dieser Bedingungen ist jedoch dem Ersteher des größeren Bauplatzes die Verpflichtung auferlegt worden, dem Eigenthümer des Jesq'schen Grundstücks, so lange das jetzige Haus steht, die Mitbenutzung des noch vorhandenen, bezw. des neu herzurichtenden Brandgiebels unentgeltlich zu gestatten. Das Höchstgebot haben abgegeben a. auf den Bauplatz am Langenhofe zu 103 qm der Bauunternehmer Heinrich Weinhausen mit 10500 M (= 101,94 M pro qm) und b. auf den größeren Bauplatz der Architect Eggeling mit 126000 M (= 344,26 M pro qm). Beide Gebote hält der Magistrat für annehmbar und ersucht deshalb um die Ermächtigung, den Herren Weinhausen und Eggeling auf deren Gebote den Zuschlag zu ertheilen.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, giebt die Baucommission anheim, hinsichtlich des größeren Bauplatzes nach dem Antrage des Magistrates zu beschließen. Was den kleineren Bauplatz am Langenhofe betreffe, so erscheine es der Commission rathsam zu sein, den Zuschlag nicht dem Höchstbietenden, sondern dem Eigenthümer des benachbarten Grundstücks, Hofsieferant Borchers, welcher das zweithöchste Gebot mit 10400 M abgegeben habe, zu ertheilen, um hierdurch, wenn auch erst für eine spätere Zukunft, die Möglichkeit zu schaffen, daß das hier zu errichtende Gebäude mit dem Nachbargebäude ein großes einheitliches Gebäude bilden und hier nicht wieder ein thurmähnliches Gebäude wie an der Ecke von Bohlweg und Langenhof errichtet werde. Der Antrag der Baucommission gehe deshalb bezüglich dieses Bauplatzes dahin, dem Herrn Borchers den Zuschlag unter der Bedingung zu ertheilen,

daß er auf sein Grundstück eine dingliche Last eintragen lasse, durch welche der Eigenthümer desselben sich verpflichte, die Fagade des ganzen Grundstücks einheitlich herstellen zu lassen. Auf den vom Magistrate geäußerten Wunsch, daß Herr Borchers sich verpflichten möchte, sein jetziges Haus nach einer bestimmten Reihe von Jahren abzureißen, habe derselbe allerdings nicht eingehen wollen. Für die Ertheilung des Zuschlages an Herrn Borchers spreche auch noch der Umstand, daß die Grundmauer seines Hauses in das städtische Grundstück hineinrage und hierdurch Weiterungen erwachsen könnten.

Herr Bürgermeister K e t e m e y e r bittet, zu beschließen, den Zuschlag dem Höchstbietenden, Herrn Weinhausen, für den Fall zu ertheilen, daß Herr Borchers nicht darauf eingehen wolle, die dingliche Last auf sein Grundstück zu übernehmen.

Die Magistratsvorlage wird darauf nach den Anträgen der Baucommission mit der von Herrn Bürgermeister Ketemeyer angeregten Ergänzung angenommen.

IV. Regulirung der Uhr im Thurme des Stadthauses.

Dem Magistrate erscheint es wünschenswerth, die Uhr im neuen Rathhause gleich den Thurmuhren automatisch zu reguliren, während das Aufziehen derselben mit der Hand geschehen könne. Es wird deshalb ersucht, den hierfür von der Gesellschaft „Normalzeit“ in Berlin geforderten Betrag von jährlich 100 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr S c h m i d t berichtet, geschieht.

V. Antrag Lange: Bedürfnisanstalt an der Ferdinandbrücke.

Der gelegentlich der Staatsberatung begründete Antrag:

„Der Magistrat wird ersucht, an der Ferdinandstraßenbrücke eine Bedürfnisanstalt ähnlich der am Hohenthore errichteten zu erbauen“, wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

VI. Antrag Lange: Umbau der Wartehalle am Kohlmarfte.

Der Antrag:

„Der Magistrat wird ersucht, den vorderen Theil der Wartehalle auf dem Kohlmarfte zu einer Closetanlage für Männer umzubauen“, erhält ebenfalls die Finanzcommission zur Vorberathung. Wegen der Begründung wird auf die betreffenden Verhandlungen bei der Staatsberatung verwiesen.

VII. Antrag Koch: Verbesserungen im Bürgerparke.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, von der im diesjährigen Etat für die weitere Instandsetzung des Bürgerparkes ausgeworfenen Summe von 50 000 M das Wirthschaftsgebäude daselbst mit Gasbeleuchtung einzurichten und im dortigen Parke eine Bedürfnisanstalt aufstellen zu lassen“.

Da der Antrag als genügend begründet angesehen wird, so überweist ihn der Herr Vorsitzende der Statutencommission zur Vorberathung.

VIII. Antrag Ahmann: Bekämpfung der Lungentuberculose.

Von den Herren Ahmann und Rieke ist folgender Antrag eingebracht worden:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege zum Zwecke der Bekämpfung der Lungentuberculose einen namhaften Zuschuß zu bewilligen“.

Die Antragsteller erklären sich damit einverstanden, die weitere Behandlung des Antrages zu verschieben, bis zum Eingange einer in Aussicht gestellten Magistratsvorlage.

Nachdem darauf die weiteren Punkte von der heutigen Tagesordnung abgesetzt sind, schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis gegen 7^{1/2} Uhr.

1899|1900.N^o 3.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 4. Mai 1899.



Tagesordnung:

I. Ausschmückung der Kaiser-Wilhelm-Brücke	Seite 38
II. Gesuch um anderweite Festsetzung der Baukosten an der Juliusstraße	41
III. Antrag Müller: Glockenspiel für den Stadthausthurm	44
IV. Antrag Müller: Instandsetzung der Straße an der Catharinenkirche	48
V. Unterstützungsgeſuch der öſterreichiſchen Gemeinde Gottſchee	48
VI. Bau von Pfarrhäuſern 2c. für die Johanniſſgemeinde	48
VII. Ausschmückung des neuen Stadthauſes	50
VIII. Ausbau einer Verbindungsſtraße zwiſchen Madamenweg und Kreuzſtraße	52
IX. Einſprache gegen den Theilortsbauplan für die Wörth- und Leonhardſtraße	53
X. Erweiterung des Kabelnetzes für das Electricitätswerk	53
XI. Aufnahme eines Vorſchußdarlehens	53
XII. Einſprache gegen den Theilortsbauplan für den Kaiſer-Wilhelm-Platz	54
XIII. Antrag Koch: Verbesserungen im Bürgerparke	54
XIV. Hundesteuer-Erlaßgeſuche	56
XV. Terrainerwerb zur verlängerten Grabenſtraße	56
XVI. Aufnahme einer Straße an der Kaiſer-Wilhelmſtraße in den Ortsbauplan	56

XVII.	Bauplatz für eine neue untere Bürgerschule	Seite 59
XVIII.	Gesuch von Konegen wegen Ueberlassung von Straßenterrain	" 61
XIX.	Ergänzung des Canalbauetats	" 63
XX.	Anschaffungen zu Museumszwecken	" 63
XXI.	Abtretung von Terrain zum nördlichen Theile der Maschstraße	" 64
XXII.	Austausch von Terrain am Bohlwege	" 67
XXIII.	Antrag Lord: Begründung einer öffentlichen Lese- und Bücherhalle	" 67
XXIV.	Antrag Müller: Verlegung des Ostbahnhofes etc.	" 68
XXV.	Antrag Kiefe: Instandsetzung der Höfenstraße	" 69
XXVI.	Antrag Bültemann: Weiterer Ausbau der Bertramstraße	" 70
XXVII.	Antrag Meyerhoff: Einrichtung von Junungszimmern im Demmer- schen Hause	" 70

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Voller und Lange; später erscheint Herr Semler.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

I. Ausschmückung der Kaiser-Wilhelm-Brücke.

Die in der Sitzung vom 22. October 1896 — Seite 188 des Berichts — zur Prüfung der eingelieferten Modelle zu Statuen für die Kaiser-Wilhelm-Brücke eingesezte Deputation ist zu der Ansicht gelangt, daß die Anbringung eines figürlichen Schmuckes — im Gegensatz zu einfachen Obeliskten oder Beleuchtungskörpern — angezeigt erscheine und die Verwendung von Broncen für die einzelnen durch Guß herzustellenden Figuren und Gruppen den Vorzug verdiene. Auch empfiehlt die Deputation, von der Ausschmückung der beiden östlichen äußeren Eckpostamente Abstand zu nehmen, dagegen auf jedem der westlichen äußeren Eckpostamente einen liegenden Löwen nach dem vom Bildhauer Müller in Charlottenburg eingeliesserten und als brauchbar erachteten Modelle anzubringen und auf jedem der vier inneren Postamente eine weibliche Figur aufzustellen.

Daraufhin beantragt der Magistrat, die Ausführung der Figuren dem Bildhauer Müller in Charlottenburg zu übertragen und hierfür die von diesem veranschlagten Kosten von 50000 M zu bewilligen. Zur Deckung dieser Summe beantragt der Magistrat, zunächst diejenigen 4735,40 M zu verwenden, welche der Stadt bei der Vertheilung von Capitalvermögen der Feldmarksinteressentenschaft

Hagen kürzlich zugefallen seien, und dazu außerdem diejenigen 462,88 M zu nehmen, welche von dem seitens Herzoglicher General-Hof-Intendantur seiner Zeit der Stadt überwiesenen Betrage von 3000 M noch verfügbar seien, während der Rest zu 44802,02 M dem Schulhausbaufonds zur Last zu legen sein würde. Endlich ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die Ausführung der Arbeiten des Künstlers im Einvernehmen mit der bisher thätig gewesenen Deputation, bezw. mit dem von Letzterer zu ihren weiteren Berathungen zuzuziehenden Stadtbaurathe Winter zu geschehen habe.

Die Finanzcommission ist nach dem Berichte des Herrn Lord übereingekommen, nur die finanzielle Seite der Vorlage zu behandeln, die künstlerische Seite aber nach wie vor in den Händen der am 22. October 1896 eingesetzten Deputation und des Stadtbauraths Winter zu lassen und zwar um so mehr, als in der Deputation so zu sagen der Niederschlag des gesammten Kunstverständnisses der Versammlung zu erblicken sei. Die Finanzcommission halte das Project für durchaus empfehlenswerth und glaube auch, daß in der Person des Herrn Müller ein Künstler gefunden sei, dem das Feuer der Kunst brünstig in der Brust brenne und von dem man annehmen könne, daß er etwas Gutes schaffen werde. Angesichts der finanziellen Verhältnisse der Stadt sei es der Commission allerdings nicht leicht geworden, die Bewilligung der großen Summe zu empfehlen, sie habe diesen Beschluß indessen dennoch gefaßt, weil sie glaube, daß für das Mehr von 20 000 M in der Bronze ein Material gewonnen sei, welches für die hiesigen klimatischen Verhältnisse sich weit besser eigne, als Sandstein, und weil die Mittel für diesen Luxus auch vorhanden seien. Inwieweit noch ein drittes Moment, daß nämlich ein größeres Gemeinwesen wie Braunschweig sich den Kunstbestrebungen der Gegenwart gegenüber nicht gänzlich ablehnend verhalten dürfe, für den Einzelnen maßgebend sei, müsse Jedem überlassen bleiben. Die Finanzcommission empfehle deshalb, dem Antrage des Magistrates zu entsprechen, jedoch mit der Modification, die rund 45 000 M aus dem Schulhausbaufonds auf zwei Jahre zu vertheilen, um demselben etwa nothwendig werdende Ausgaben, welche seinem eigentlichen Zwecke entsprechen, zu ermöglichen. Außerdem schlage die Commission vor, dem Magistratsantrage auch insofern nicht zu folgen, als die beiden östlichen Eckpfeiler ungeschmückt gelassen werden sollen, sondern dort einen, wenn auch nur bescheidenen Schmuck, vielleicht in Urnenform, anzubringen. Es empfehle sich dieses umsomehr, als die Brücke nicht nur von oben, sondern auch vom Parke und vom Wasser aus gesehen werde und die Ausschmückung ohne die Besetzung der östlichen Eckpfeiler einen ziemlich unfertigen Eindruck hinterlassen würde.

Herr Meyerhoff steht der Vorlage sympathisch gegenüber, kann aber dem Vorschlage, die östlichen Eckpfeiler mit einem minderwerthigen Schmucke zu ver-

sehen, nicht zustimmen, da man die Brücke auf der einen Seite nicht anders behandeln dürfe, als auf der anderen. Deshalb bitte er, zu beschließen, daß den östlichen Eckpfeilern ebenfalls ein angemessener Schmuck gegeben werde.

Herr Lord erwidert, daß er diese Meinung auch zuerst gehabt habe, aber durch Sachverständige überzeugt worden sei, daß unmöglich auch dort Löwen angebracht werden könnten, weil dieselben durch die umstehenden Gebäude erdrückt werden würden. Auch seien die Löwen seitwärts schauend gedacht, so daß sie auf der Ostseite in die Gebäude hineinschauen würden, was nicht angängig wäre.

Herr Wagner möchte bitten, dem unwürdigen Zustande der Brücke nun endlich ein Ende zu machen und die Sache nicht noch weiter zu verzögern. Wenn es auch nicht leicht sei, bei den jetzigen Zeiten für eine so große Summe einzutreten, so habe doch Braunschweig bislang für die Kunst so wenig gethan, daß es die Pflicht erheische, hier einmal etwas Außergewöhnliches hervorzubringen. Mit den geforderten Mitteln werde man ein Kunstwerk schaffen, an dem Jeder seine Freude haben könne und das auch einen Anziehungspunkt für Fremde bilden werde. Er bitte daher dringend, der Vorlage zuzustimmen und wolle noch bemerken, daß auch nach seiner Meinung auf den östlichen Eckpfeilern Löwen nicht angebracht werden können.

Herr Göcke will die Genehmigung der Magistratsvorlage ebenfalls empfehlen, aber gleichzeitig bitten, die Ausführung der Figuren in der Stadt Braunschweig bewirken zu lassen, da man in dem Erzgießer Hindleben einen Künstler ersten Ranges besitze.

Herr Meyerhoff kann nicht anerkennen, daß die Löwen durch die Häuser erdrückt werden würden, zumal sich Löwen so leicht überhaupt nicht erdrücken ließen. Da in der Gegend ein Ueberfluß an Licht nicht herrsche, so empfehle es sich vielleicht, die Eckpostamente mit würdigen Bogenlicht-Candelabern zu besetzen und beide Brückenseiten gleichmäßig zu gestalten. Er vermöge wenigstens nicht zu erkennen, daß es besser aussehe, wenn eine Seite der Brücke minderwerthig geschmückt sei, als wenn man beide Seiten gleichmäßig ausschmücken würde.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte dazu bemerken, daß der Magistrat diese Frage offen gelassen habe, weil sich die Sachverständigen noch nicht klar darüber gewesen seien, was an Stelle der Löwen, die man allseitig verworfen habe, am passendsten auf die Eckpostamente gesetzt werden könnte. Der von Herrn Meyerhoff angeregte neue Gedanke, welcher vielleicht ein sehr glücklicher sei, würde erwogen werden. Man könnte auch die beiden Löwen zur Probe einmal auf die beiden östlichen Postamente setzen, um sich zu überzeugen, daß sie dort nicht angebracht seien. Im Uebrigen glaube er, daß man die Lösung dieser Frage ruhig der Deputation überlassen solle. Auf die Anregung des Herrn Göcke wolle er noch erwidern, daß Herr Müller sich gern bereit erklärt habe, den Fuß der

Figuren durch Herrn Rindleben ausführen zu lassen, wenn er auch glaube, daß die Sache hierdurch etwas theurer werde.

Herr Engelbrecht kann die gleichmäßige Bekrönung der Brücke auf ihren beiden Seiten nicht für erforderlich halten. Die Brücke führe von einem erweiterten Platze zu einer Straße hin, deren Häuser eng an die Brücke herantreten; es sei deshalb ganz richtig, an der sich öffnenden Außenseite Löwen anzubringen, welche die Seite flankiren, während die andere Seite frei bleiben könne. Später lasse sich vielleicht erwägen, ob man nicht die Eigenthümer der beiden angrenzenden Häuser veranlassen wolle, eine unmittelbare Verbindung zwischen den Häusern und der Brücke zu schaffen. Auf die östliche Seite Löwen zu setzen, sei absolut unmöglich und würde häßlich aussehen. Man werde gut thun, die Frage nach einem Abschlusse der Brücke heute ganz aus der Verathung fortzulassen, da der Abschluß schon werde gefunden werden.

Herr Rietz steht auf dem Standpunkte, daß sich die Kunst auch hier betheiligen müsse, jedoch sei er der Ansicht, daß man sich mit Rücksicht auf die Knappheit der städtischen Mittel vorerst mit einigen schön geformten Gascandelabern hätte begnügen und wegen der Bekrönung der inneren Postamente auf bessere Zeiten warten können. Außerdem sehe er nicht ein, weshalb man die Ausführung der Figuren nicht dem Bildhauer Elster, der nur 30 000 M. dafür verlangt habe, übertragen wolle; auch würde es nichts schaden, wenn man mit der Ausschmückung noch wartete, um mit den finanziellen Verhältnissen der Stadt vorwärts zu kommen.

Herr Müller will sich mit der Vorlage einverstanden erklären und möchte nur anfragen, ob es schon feststehe, daß als Material der Figuren Bronze genommen werde. (Zustimmung). Bronze werde schwärzlich, während Kupfer, welches er vorziehe, einen angenehmen grünlichen Schein erhalte und dieses auch nicht theurer sei, als Bronze.

Herr Wagner würde es nicht für angebracht halten, die Standbilder in Kupfer treiben zu lassen, weil er glaube, daß sich der Preis hierdurch erheblich vertheuern würde.

Herr Meyerhoff bittet zum dritten Male ums Wort, kann dasselbe aber auf Beschluß der Versammlung nicht erhalten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Finanzcommission im vollen Umfange genehmigt.

II. Gesuch um anderweite Festsetzung der Baukosten an der Juliusstraße.

Verschiedene Anlieger der Juliusstraße zwischen Raland- und Frankfurterstraße haben in einer längeren Eingabe gebeten, den Magistrat zu einer anderweiten und zwar mildernden Berechnung der Straßenkosten zu veranlassen, etwa in der Weise,

daß die gesammte Straßenfront der früheren Wrede'schen Grundstücke mit zur Tragung der Kosten herangezogen werde und die Grunderwerbskosten von jeder Seite der Straße selbst zu tragen seien.

Namens der Baucommission beantragt Herr Kieße, die Eingabe durch Uebergang zur Tagesordnung zu erheben, da sich in der Sache nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften nichts thun lasse, so sehr man auch die Klagen der Anlieger, namentlich derjenigen, welche dem Platze gegenüber wohnen, als berechtigt anerkennen müsse. Die Baucommission empfehle indessen, den Anliegern möglichst entgegenzukommen und ihnen die Beiträge nicht nur längerzeitig zu stunden, sondern dieselben auch so niedrig wie möglich zu bemessen, damit sie nicht gar zu hart betroffen würden.

Herr Ebeling will bestätigen, daß die Straßenkosten durch den Grunderwerb sehr hoch geworden seien; es lasse sich indessen hier keine Ausnahme machen, wenn man nicht ein Präjudiz schaffen wolle und davor solle man sich hüten. Auch nach seiner Meinung sei das Terrain des Wrede'schen Grundstückes mit 15 M pro qm zu hoch bezahlt worden, da dasselbe eine gewaltige Tiefe habe und die Baupläge auch nach Abschneidung des Straßenterrains noch groß genug bleiben, so daß dieselben als solche eine Werthverminderung nicht erfahren haben. Allerdings wolle er nicht verkennen, daß das Terrain auch im Expropriationsverfahren zu 15 M abgeschätzt sein würde. Ungefähr drei Anlieger der Straßenstrecke seien bestimmt nicht in der Lage, die Straßenkosten tragen zu können, da bei diesen der Werth ihrer Grundstücke durch die Straßenkosten um etwa 22 M pro qm aufgeschlagen würde. Wenn er auch einen bestimmten Antrag auf möglichste Entlastung der hart bedrängten Anlieger nicht stellen wolle, so bitte er den Magistrat dennoch, denselben auch schon aus dem Grunde entgegenzukommen, weil die Straßenstrecke im allgemeinen öffentlichen Interesse ausgebaut worden sei.

Herr Meyerhoff möchte ebenfalls bitten, den Leuten beizuspringen, namentlich aber denjenigen, welche dem Platze gegenüber liegen. Es lasse sich auch nicht einsehen, weshalb hier an der Seite des Platzes Trottoir angebracht sei, während z. B. auf der Wolfenbüttlerstraße, dem erweiterten Bürgerparke gegenüber das Trottoir, welches die Stadt hätte bezahlen müssen, fehle. Deshalb würde er es für angezeigt halten, wenn der Antrag eingebracht würde, den Beitrag der Anlieger, deren Grundstücke gegenüber dem Platze liegen, um ein Bestimmtes zu ermäßigen und wisse er nicht, ob nicht sogar ein Einspruch beim Verwaltungsgerichte von Erfolg sein könnte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will unter Hinweis auf die Gründe, welche der Magistrat in dem an die Anlieger gerichteten ablehnenden Bescheide angeführt habe, noch bemerken, daß die Straßenkosten thatsächlich schon ermäßigt seien, indem die Stadtverwaltung die Differenz zwischen Pflasterung und Chauffirung der Fahr-

bahn mit 16 000 M übernommen habe. Auch würde er es für eine bedenkliche Maßregel erachten, wenn die Straßenkosten zu Gunsten einzelner Anlieger und nicht der Gesamtheit ermäßigt werden sollten. Andererseits wünsche aber der Magistrat entschieden nicht, daß der anderen Straßenseite die Wohlthat der Ermäßigung der Straßenkosten zu Statten kommen solle, weil dann auch dem Besitzer des Brede'schen Grundstücks, der einen erheblichen Vortheil durch den Ausbau der Straße habe, die Kosten ermäßigt werden müßten. Daß einzelne Anlieger durch die Straßenkosten in eine schwere Bedrängniß gerathen würden, erkenne der Magistrat vollkommen an und sei er auch der Meinung, daß der Besitzer des einen Grundstücks in seinem jetzigen Umfange gar nicht in der Lage sein würde, die Kosten zu tragen, dagegen erscheinen dieselben nicht zu hoch, wenn das Grundstück mit dem dahinterliegenden zusammengelegt und zu einem Bauplatze vereinigt würde. Deshalb habe der Magistrat sich bei diesen Anliegern dazu bereit erklärt, die Forderung zur Verhütung der Verjährung auf das Grundstück hypothekariisch einzutragen zu lassen und weder Abzahlung noch Zinsen zu verlangen, da ihm dann nicht der Vorwurf gemacht werden könne, daß er eine Forderung der Stadt habe einseitig fallen lassen. Es erscheine ihm aber nicht richtig, etwa beschließen zu wollen, einzelnen Anliegern noch weiter entgegenzukommen, da die augenblickliche Vermögenslage derselben für einen Beschluß der städtischen Behörden nicht maßgebend sein könne.

Herr Ebeling möchte mit Rücksicht auf die geringe Tiefe der drei dem Platze gegenüberliegenden Grundstücke nochmals bitten, deren Straßenkosten zu ermäßigen, da man sich auf einen solchen Beschluß nicht bei anderen Fällen berufen könne, also ein Präjudiz bei den hier vorliegenden eigenartigen Verhältnissen nicht geschaffen werde.

Herr Meyerhoff, will nur noch erklären, daß er durch die Darlegungen des Herrn Bürgermeisters Netemeyer vollständig befriedigt sei und von der Stellung eines Antrages absehe.

Herr Riefe möchte anführen, daß hauptsächlich vier Anlieger von den Straßenkosten hart betroffen würden, nämlich Maurermeister Böpel, welcher bei 26,3 m Front 4471 M Straßenkosten zu zahlen habe, Gepächträger Köhler, auf welchen bei 9,30 m Front 1581 M, Grebe's Erben, auf welche bei 28,5 m Front 4845 M und Sölter, auf welchen bei 11 m Frontlänge 1870 M Straßenkosten entfallen. Seiner Meinung nach sei man indessen nach der Erklärung des Herrn Bürgermeisters Netemeyer den Leuten schon nach Möglichkeit entgegengekommen und solle der Commissionsantrag die Leute nur vor Härten schützen.

Herr Hauswaldt bittet, dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung zuzustimmen, da man den Leuten nicht mehr entgegenkommen könne und man auch unter allen Umständen das Princip hochhalten müsse.

Herr Engelbrecht kann noch ergänzend mittheilen, daß die Mehrheit der Baucommission das bisherige Verfahren des Magistrates für das richtige und ein anderes Verfahren nicht für rathsam halte, zumal da von dem Vertreter des Magistrates ausdrücklich betont worden sei, daß noch niemals wegen der Beibehaltung von Straßenkosten die Subhastation eines Grundstücks stattgefunden habe. Die Baucommission wünsche daher in ihrer Mehrheit nur, daß in der bisherigen rücksichtsvollen Weise weiter verfahren werden möge.

Der Antrag der Baucommission wird darauf angenommen.

III. Antrag Müller: Glockenspiel für den Stadthausthurm.

Der in der Sitzung vom 23. März 1899 gestellte und begründete Antrag — Seite 160 des Berichts — ist von der Baucommission vorderathen worden. Namens derselben berichtet Herr Bauernmeister, daß die Commission dem Antrage wohl sehr sympathisch gegenüberstehe, aber doch ersuche, von demselben für jetzt Abstand zu nehmen, da sie glaube, daß sich binnen Kurzem opferwillige Einwohner finden würden, welche die Anbringung eines Glockenspieles durch entsprechende Zuschüsse unterstützten.

Persönlich sei er anderer Ansicht und möchte die Annahme des Antrages empfehlen. Es habe ihn in Straßburg, Salzburg, Potsdam u. immer sympathisch berührt, wenn er das Glockenspiel gehört habe. Auch aus Hamburg wisse er, daß das aus neuerer Zeit herrührende Glockenspiel des Nicolaiturmes stets eine Menge Einheimischer und Fremder anlocke und würde es den Stadthausbau geradezu krönen, wenn ihm noch ein Glockenspiel hinzugefügt würde. Auf die zu spielenden Stücke selbst wolle er nicht näher eingehen,

Der Herr Vorsitzende glaubt, daß der Vorredner aus seiner Aufgabe als Commissionsreferent herauskomme, wenn derselbe seine persönliche Ansicht sofort im Anschluß an das Referat in so ausgedehnter Weise wiedergebe. Es möchte sich empfehlen, daß der Referent in solchem Falle mit seiner, von dem Referate abweichenden Ansicht zurückhalte, bis die Discussion über den Antrag der Commission eingeleitet worden sei, oder daß er lieber das Referat einem Anderen überlasse.

Herr Bauernmeister will zur Vermeidung von Irrthümern dann nur noch wiederholen, daß die Baucommission empfehle, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Engelbrecht möchte den Standpunkt der Commission noch dahin präcificiren, daß dieselbe ein Glockenspiel wohl für eine hübsche und niedliche Idee halte, indessen doch glaube, daß es sich nicht empfehle, diese Idee aus öffentlichen Mitteln in die Wirklichkeit zu übertragen.

Herr Wagner ist der Ansicht, daß diese Angelegenheit von Anfang an eine gewisse fröhliche Stimmung hervorgerufen habe, welche wohl nicht als der Sache ungünstig betrachtet werden könne. In vielen Kreisen der Stadt sei man entschieden für das Glockenspiel und bedaure er, daß die Commission auf einem ablehnenden Standpunkte stehe, wenn dieser ihm auch begreiflich erscheine. Er trete aber für Alles ein, was der Stadt irgendwie einen neuen Reiz und neuen Anziehungspunkt geben könne und es lasse sich nicht leugnen, daß Städte mit Glockenspielen — möge man dieselben auch eine Spielerei nennen — immerhin eine gewisse Anziehungskraft auf Fremde ausüben. Seiner Meinung nach empfehle es sich, auf die Verwirklichung der Idee einzugehen. Wenn man auch den Grundsatz des Sparens hochhalten solle, so meine er doch, daß es sich hier um eine sehr geringe Summe handle, welche bei dem ganzen Rathhausbau, der Millionen koste, nicht sonderlich in Frage komme. Was die Auswahl der Stücke betreffe, so möchte er empfehlen, die Weise „Luft'ge Braunschweiger“ fortzulassen und dafür vielleicht „Deutschland, Deutschland über Alles“ zu wählen.

Herr Müller möchte herzlich bitten, seinem Antrage, den auch der Referent, wenn auch gegen den Beschluß der Baucommission, befürwortet habe, zuzustimmen. Ein solches Glockenspiel versammle in allen Städten stets eine große Zahl von Zuhörern um sich und habe er auch in der hiesigen Bevölkerung überall Zustimmung für seine Idee gefunden. Auch die Commission sei ja im Principe dafür gewesen und selbst Herr Bürgermeister Ketemeyer habe den Werth eines Glockenspieles für eine Stadt anerkannt, nur die Aufbringung der Mittel habe die Herren zu dem verneinenden Standpunkte gebracht. Da nun nach dem diesjährigen Etat dem Magistrate 30 000 M. zur Verfügung gestellt seien, wovon 15 000 M. zu Wohlfahrtszwecken verbraucht werden können, ein Glockenspiel aber auch zur Wohlfahrt der Stadt beitrage, indem es den Fremdenzufluß günstig beeinflusse, so ließen sich die Kosten des Glockenspieles schon aus diesem Fonds bestreiten. Man habe 28 000 M. für das Demmer'sche Haus bewilligt, um den Fremden etwas Besonderes zu bieten, nun möge man ihnen einmal etwas Neues und Anziehendes in dem Glockenspiele bieten und glaube er, daß sich diese Ausgabe sehr wohl verantworten lasse, zumal da die finanziellen Verhältnisse der Stadt gar nicht so schlecht seien, wie sie gewöhnlich geschildert werden. In dem Glockenspiele überliefern man der Nachwelt etwas Schönes und Eigenartiges, worüber sie sich freuen werde. Musik erfreue des Menschen Herz und man biete auch der hiesigen Einwohnerschaft, namentlich soweit sie nicht in der Lage sei, in anderen Städten sich ein Glockenspiel anhören zu können, etwas, wofür sie den städtischen Behörden sehr dankbar sein werde, denn wenn die schönen Töne und Melodien in das alltägliche Leben vom Thurme herniederzuschallen, so müsse dieses jedes Menschenherz erquickten.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist der Ansicht, daß die Anbringung eines Glockenspieles nicht zu der Fertigstellung des Stadthauses selbst gehöre und dieselbe ganz unterbleiben oder jederzeit noch nachträglich angebracht werden könne. Wenn der Vorredner meine, daß der ordentliche Etat Mittel enthalte, welche zu diesem Zwecke flüssig seien, so irre sich derselbe, da die außerordentliche Zuwendung im Etat erfolgt sei, um die für die Ueberführung der Stadtverwaltung in das neue Stadthaus und des städtischen Museums in das jetzige Stadthaus nothwendigen Ausgaben zu bestreiten. Außerdem stehe auch noch nicht fest, ob sich für 8000 M ein den Anforderungen genügendes Glockenspiel beschaffen lasse. Da dasselbe nun jederzeit angebracht werden könne und augenblicklich auch Mittel für entbehrliche Zwecke nicht flüssig seien, so empfehle es sich, damit zu warten, bis sich herausgestellt habe, was das Stadthaus überhaupt koste.

Herr Bues will constatiren, daß im Allgemeinen Stimmung für das Glockenspiel vorhanden sei und die Baucommission sich dem gegenüber nur der Mittel wegen ablehnend verhalte. Wenn man aber ernstlich wolle, könne man auch hier der Mittel wegen nicht in Verlegenheit kommen, da sich schon ein Fonds, wie der Schulhausaufsands, die Hundesteuercasse und dgl. finden werde, dem der Betrag entnommen werden könne. Das Project scheine in der Bürgerschaft so viel Anklang zu finden, daß er bitten möchte, dem Antrage Müller zuzustimmen.

Herr Bültmann möchte feststellen, daß die Baucommission sich nicht im Principe für das Glockenspiel ausgesprochen, sondern nur aus Liebenswürdigkeit gegen den Antragsteller erklärt habe, es sei sehr niedlich. Die Baucommission sei mit dem Herrn Oberbürgermeister der Ansicht, daß zur Zeit andere, nothwendigere Sachen zu beschaffen seien und das Glockenspiel einer späteren Zeit vorbehalten werden könne, wenn man einmal mehr Geld habe.

Herr Meyerhoff kann bestätigen, daß die Stimmung der Bürgerschaft im Allgemeinen für das Glockenspiel sei. Auch im Vereine zur Hebung des Fremdenverkehrs freue man sich über den Antrag und er halte auch dafür, daß es sich dabei um eine weitere Ausschmückung des Rathhauses handle, für die man wohl noch 8000 M verwilligen könne. Er bitte deshalb, dem Müller'schen Antrage, der aus mißfreundigem Herzen komme, zuzustimmen.

Herr Engelbrecht möchte nur bemerken, daß Herr Müller die Liebenswürdigkeit der Baucommission gegen ihn mißverstanden habe.

Herr Rieke will daran erinnern, daß der Antrag von der Baucommission abgelehnt worden sei, weil sie die städtischen Finanzen in Rechnung gezogen habe. Soviel er vernommen, gebe es hier reiche Leute genug, welche sich für das Glockenspiel interessiren und sehr gut aus eigenen Mitteln ein solches aufstellen können, wogegen er nichts einzuwenden haben würde. Braunschweig besitze jetzt so viele

reiche „Kationkel“ und andere reiche Leute, die sehr leicht einmal in ihren Sädel greifen und der Stadt ein solches Denkmal setzen können. Dann sei man mit einem Male aus der ganzen Calamität heraus.

Herr Müller würde es lieber sein, wenn die Versammlung die Summe bewilligte, da man hierdurch erst dem Werke die Krone aufsetze. Wenn der Herr Oberbürgermeister glaube, daß sich für 8000 M nichts Gutes werde beschaffen lassen, so wolle er dem gegenüber bemerken, daß Herr Weule in Vöckenem besonders erklärt habe, es lasse sich für diese Summe ein durchaus zuverlässiges Werk liefern. Man könne ja auch eine Summe bis zu 8000 Mark bewilligen, dann fänden sich vielleicht Freunde der Sache, welche für das Mehr in die Tasche griffen. Uebrigens constatare er nochmals, daß die Stimmung in der Baucommission für die Idee und der Geldpunkt das einzige Hinderniß gewesen sei.

Herr Wollenweber meint, daß aus Privatsäckeln solche Sache sich nicht so leicht beschaffen lasse und man darauf noch 10—20 Jahre würde warten können. Da sich die Bürgerschaft einmal dafür interessire, so möge man dem Wunsche stattgeben und dem Antrage Müller zustimmen.

Herr Bauermeister will noch hervorheben, daß nach einem Briefe des Herrn Weule für 8000 Mark ein gutes Werk geliefert werden könne. Uebrigens habe er noch zu bemerken, daß die Baucommission der Sache nicht nur freundlich, sondern sympathisch gegenübergestanden habe und ihr nur das Geld zu knapp gewesen sei.

Herr Ribbentrop kann auch mittheilen, daß man in der Bevölkerung das Glockenspiel haben wolle; deshalb solle man damit nicht warten, bis man wisse, was das Stadthaus koste, sondern das Geld schon jetzt bewilligen.

Herr Schmidt möchte bemerken, daß er in der Baucommission sich gegen die Sache ausgesprochen habe und zwar von dem Standpunkte eines trockenen Geschäftsmannes aus, der sich sage, es sei schrecklich, die Bimmelei jeden Tag zu hören. In anderen Städten habe er in Folge der auch Nachts läutenden Glockenspiele oft nicht schlafen können und das habe ihn verdrießlich gemacht. Nachdem er indessen jetzt in der Stadt, besonders bei den Frauen herumgehört habe, sei er anderer Ansicht geworden, und wenn man wissen wolle, was sich schicke, solle man bekanntlich bei den Frauen anfragen. Die Frauen seien aber dafür, daß von Zeit zu Zeit ein Gebet von Oben herabkomme, und das mache, daß die Frauen im Allgemeinen religiöser seien, als die Geschäftsleute — also er sei heute für den Antrag.

Der Herr Vorsitzende läßt nunmehr zur Abstimmung schreiten, bemerkend, daß ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen sei.

Für den Antrag der Baucommission auf Ablehnung des Müller'schen Antrages stimmen die Herren Buchler, Bültemann, Engelbrecht, Hauswaldt, Jüdel, Koch, Lorb, Nolte, Ohlmer, Kiefe, Schöttler und Seele;

gegen den Antrag der Baucommission die Herren Bauermeister, Blasius, Brückmann, Bührmann, Bues, Ebeling, Göcke, Rathe, Löschigt, Lupprian, Meyerhoff, Müller, Rieß, Ribbentrop, Sander, Schmidt, Wagner, Wollenweber und Wolters,

so daß der Antrag der Baucommission mit 19:12 Stimmen abgelehnt und, wie eine nochmalige Abstimmung ergibt, der Antrag Müller mit derselben Stimmenzahl angenommen worden ist.

IV. Antrag Müller: Instandsetzung der Straße an der Catharinenkirche.

Nach dem Berichte des Herrn Bültemann empfiehlt die Baucommission, in Anbetracht, daß nach der Erklärung des Magistratsvertreters vorerst noch wichtigere Straßen auszubauen seien und diese Straße für später schon ins Auge gefaßt sei, über den in der Sitzung vom 23. März 1899 — Seite 161 des Berichts — gestellten Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Müller bedauert, daß die Mittel nicht ausreichen, um auch diese Straße schon jetzt in Stand zu setzen und bittet, dieselbe wenigstens im nächsten Jahre zu asphaltiren, da sie es wirklich nöthig habe. Unter den vorliegenden Verhältnissen ziehe er den Antrag zurück.

Der Antrag ist damit erledigt.

V. Unterstützungsgeſuch der österreichischen Gemeinde Gottschee.

In Folge des Beschlusses der Versammlung vom 2. März 1899 — Seite 134 des Berichts — sind Erkundigungen eingelegt worden, ob sich die Angaben in dem eingereichten Gesuche des Waisenhausbauvereins für Gottschee bestätigen. Wenn nun nach dem Berichte des Herrn Wolff der Schriftführer der Ortsgruppe Braunschweig des Allgemeinen Deutschen Schulvereins auch die Wahrheit jener Angaben bestätigt habe, so sei die Statutencommission doch zu der Erkenntniß gekommen, die Ablehnung des Gesuches zu empfehlen, weil es bei aller Sympathie für die Bestrebungen der Gesuchsteller nicht Sache einer Gemeinde sein könne, einer solchen Bitte einer einzelnen Gemeinde zu entsprechen und dieses der Privatwohlthätigkeit überlassen bleiben müsse.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

VI. Bau von Pfarrhäusern u. für die Johannisgemeinde.

Auf Beschluß der Versammlung vom 29. December 1898 — Seite 84 des Berichts — hat der Magistrat für den Bau der Pfarrhäuser zu St. Johannis ein neues, auf Ersparung an Kosten Bedacht nehmendes Project ausarbeiten lassen.

Unter Ueberreichung der neuen Grundpläne für die Pfarrhäuser ersucht der Magistrat, aus dem begleitenden Berichte der städtischen Bauverwaltung ersuchen zu wollen, daß eine Verringerung der zu bebauenden Grundfläche mit der Wirkung einer Ermäßigung der für diese Baulichkeiten früher veranschlagt gewesenen Summe von 135 000 M auf 126 500 M vorgesehen, zugleich aber überzeugend ausgeführt worden sei, daß eine weitere Herabsetzung des Baucredits unthunlich erscheine. Die Versammlung wird hiernach um Ertheilung der Zustimmung dazu ersucht, für die Ausführung der Pfarrhäuser, der Confirmandensäle, der Kirchendienerwohnung und der Nebenanlagen eine Summe bis zu 126 500 M zu bewilligen.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht mit Mehrheit entschlossen, der Versammlung die Annahme der Magistratsvorlage zu empfehlen. Ein wesentlicher Punkt, welcher zu diesem Beschlusse mit beigetragen habe, sei die Erkenntniß gewesen, daß man dann nicht nöthig habe, einen neuen Bauplatz für die Pfarrhäuser zu erwerben, sondern dieselben mit der Kirche auf einem Platze vereinigen könne. Die Frage, ob sich dem Bau von Pfarrhäusern etwa ausweichen lasse, sei als undiscutabel bezeichnet worden, weil die Stadt einmal eine bindende Verpflichtung in dieser Beziehung übernommen habe. Wenn nun auch die jetzt für die Pfarrhäuser in Vorschlag gebrachten Grundflächen von 204 und 215 qm der Commission noch sehr reichlich erscheinen, so empfehle dieselbe die Annahme der Magistratsvorlage dennoch, weil es nothwendig erscheine, daß die Pfarrhäuser, um auf dem Platze mit der Kirche in ein harmonisches Ganze gebracht zu werden, eine entsprechende Ausgestaltung erfahren müssen, und weil die städtische Bauverwaltung auch erklärt habe, ein Project mit geringeren Kosten nicht vorlegen zu können. Bei der Erwägung, ob es nöthig sei, zwei Confirmandensäle zu bauen, sei die Commission zu einem bejahenden Ergebnisse gekommen, weil in dem Osterviertelsjahre täglich vier Stunden der Confirmandenunterricht ertheilt werden müsse und es schon jetzt außerordentlich schwer halte, die Kinder zu diesen Zeiten zu der Confirmandenstunde zu vereinigen. Da sich nun an dem Projecte in Bezug auf den Kostenpunkt nichts ändern lasse, weil die Gebäude mit der Kirche ein harmonisches Ganze bilden müssen, so empfehle sich aber auch andererseits nicht, die Pfarrhäuser auf einen anderen Platz zu stellen, weil die für den Erwerb des Bauplatzes aufzuwendende Summe die Verminderung der Baukosten nicht einmal ausgleichen würde. Die Baucommission bitte also, wenn sie auch die geforderte Summe noch für sehr hoch halte, die Magistratsvorlage zu genehmigen.

Herr Koch möchte bei dieser Gelegenheit anfragen, ob der erste Spatenstich zu der neu zu erbauenden Kirche bald zu erwarten sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß sich die Frage selbst dann noch nicht beantworten lasse, wenn die hier vorliegende Magistratsvorlage ihre Erledigung gefunden habe, wovon die Frage allerdings in erster Linie abhängt.

Herr Kolte will den Magistrat um eine Aeußerung darüber bitten, ob in nicht zu ferner Zeit auch die Erbauung der Kirche für die Pauligemeinde zu erwarten stehe.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß die Projecte für beide Kirchen gleichzeitig in Angriff genommen seien. Wenn nun die Angelegenheit wegen Ausführung der Kirche für die Pauligemeinde noch nicht weiter gediehen sei, so liege das daran, daß das Bauproject im Schooße des Kirchenvorstandes eine anscheinend nicht erhebliche Ausstellung gefunden habe, welche bei der technischen Prüfung der vorgebrachten Wünsche indessen so erhebliche Schwierigkeiten und Kostenaufwendungen erforderte, daß ein ganz neues Project auszuarbeiten gewesen sei. Dieses neue Project liege jetzt aber fertig vor und werde in nächster Zeit zur Vorlage kommen.

Herr Rieke muß sich gegen die Vorlage erklären. Bedauerlich sei es, daß die Stadt sich früher verpflichtet habe, eigene Predigerhäuser zu bauen, da sie hierdurch in der Freiheit ihrer Beschlüsse durch das Kirchenregiment verhindert werde. Wenn das nicht geschehen wäre, könnten sich die Prediger eine Wohnung nach ihrem Geschmacke miethen und eine ausreichende Wohnungsentanschädigung erhalten, wodurch die Stadt viel ersparen würde.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

VII. Ausschmückung des neuen Stadthauses.

Bei der in der Sitzung vom 23. März 1899 berathenen Magistratsvorlage, betreffend die Vollendung und innere Einrichtung des neuen Stadthauses, war die Beschlufsfassung über den Punkt 10 — Seite 141 des Berichts — vorläufig ausgesetzt worden. Die Forderung bei diesem Punkte lautet: Für Aufstellung von Figuren an der südlichen Außenseite des Gebäudes 13 000 M. Es handelt sich um Aufstellung von vier Figuren, welche die Wissenschaft, die Kunst, den Gewerbesleiß und den Handel veranschaulichen sollen und deren Herstellung der Magistrat dem Bildhauer Krüger in Frankfurt a./M. für den Preis von 12 000 M. übertragen wissen will.

Wie Herr Wolff berichtet, empfiehlt die Statutencommission, der Vorlage zuzustimmen. Da der Stadtbaurath Winter diese mehr decorative Gestaltung der Fassade des Stadthauses wünsche, bei welcher die individuelle Gestaltung der Figuren in künstlerischer Hinsicht nicht in den Vordergrund trete, und da der genannte Herr den Bildhauer Krüger für besonders geeignet halte, die Ausführung der Figuren zu übernehmen, so müsse man diesem Wunsche des Erbauers des Stadthauses unbedingt Rechnung tragen. Daß aber Figuren in den betreffenden Nischen angebracht werden müssen, liege für Jeden auf der Hand.

Herr Hauswaldt wird gegen die Vorlage stimmen, wenn er auch glaube, daß bei der Bewilligungslust der Versammlung es keine Schwierigkeiten machen werde, die 13 000 M bewilligt zu erhalten. Er sei gegen die sofortige Anbringung der Figuren, weil er es für richtiger halte, den nachkommenden Geschlechtern auch etwas zu thun über zu lassen und das Stadthaus auch ohne die Figuren seinen Zweck voll erfüllen würde. An dem Altstadt-Rathhause seien noch fünf Nischen leer, welche bislang Niemand gestört haben. Man könne es ruhig den nachkommenden Geschlechtern überlassen, durch Stiftungen u. dergl. die Nischen auszufüllen.

Herr Wagner kann diese Ansicht nicht theilen, da er zur Bewilligung von Mitteln für die Kunst stets gern bereit sei, namentlich wenn es sich um eine Verschönerung der Stadt handle. Der Rathhausbau sei nun so weit gediehen, daß man ihm auch einen würdigen Abschluß geben und die Nischen ausfüllen müsse. Wenn unsere Vorfahren wie Herr Hauswaldt gedacht hätten, würden wir das Altstadt-Rathhaus in seiner jetzigen Schönheit auch nicht besitzen. Das neue Stadthaus werde ebenfalls als eine Zierde der Stadt dastehen und es empfehle sich, den Wünschen seines Erbauers, welchen wir mit Stolz den Unseren nennen, auch in dieser Beziehung zu entsprechen.

Herr Buchler möchte dringend bitten, die Vorlage abzulehnen, da es nichts verschlage, ob die Figuren jetzt oder nach einigen Jahren, wenn die Stadt mehr Geld habe, angebracht würden.

Herr Rieß nimmt einen entgegengesetzten Standpunkt ein. Herr Hauswaldt habe mit den leeren Nischen am Altstadt-Rathhause kein glückliches Beispiel gewählt, weil er damit den Zustand gemalt habe, welcher auch hier kommen werde, wenn man die Anbringung der Figuren jetzt unterlasse. Es werde wohl Niemandem einfallen, die leeren Nischen am Altstadt-Rathhause noch auszufüllen, weil das gegenwärtige Geschlecht der Bildhauer nicht den Muth habe, in dem früheren Stile zu arbeiten. Darum solle man die Figuren sofort anbringen. Man beurtheile eine Stadt, wie einen Menschen, nach der äußeren Erscheinung, deshalb müsse man, wenn man einen guten Eindruck nach Außen machen wolle, die öffentlichen Gebäude in durchaus würdiger Weise herstellen.

Herr Blasius steht auf dem Standpunkte der Statutencommission, da ein Bauwerk wie ein Buch aus einem Gusse sein müsse, und das Stadthaus auch so herzustellen sei, wie sein Baumeister es sich gedacht habe. Würde man die Figuren jetzt nicht anbringen, so kämen dieselben Zustände, wie sie Herr Rieß vom Altstadt-Rathhause geschildert habe.

Herr Böschigt möchte anfragen, ob sich die Figuren nicht aus einem dauerhafteren Materiale als Stein herstellen ließen, da dieser doch sehr leicht verwittere. Es käme nicht darauf an, wenn die Kosten dann auch etwas höher werden würden.

Herr Nieke erwidert, daß diesen Vorschlag wohl Niemand annehmen würde, da zu diesem Zwecke nur Stein verwendet werden könne, auch müßte man dem Stadtbaurath Winter zutrauen, ein Material zu wählen, welches nicht so leicht verwittere. Uebrigens hätte er wohl geglaubt, daß diese Sache mit in dem Kostenanschlage für das Stadthaus enthalten wäre, da dieser doch schon 1 800 000 M betrage. Wenn man auch den ursprünglich projectirten Brunnen, welcher spritzen solle, noch anbringen wolle, so kämen für das Stadthaus bald zwei Millionen Mark heraus. Es sei durchaus nicht nothwendig, die Figuren schon jetzt anzubringen, man könne dieselben im Auge behalten und dem Wunsche des ersten städtischen Baubeamten, der in dem Stadthause nicht nur der Stadt, sondern auch sich selbst ein Denkmal gesetzt habe, immer noch Rechnung tragen. Endlich möchte er noch fragen, ob sich nicht im Lande Braunschweig Jemand finde, der die Figuren anfertigen könne, damit dieser Gelegenheit erhalte, sich hierdurch auch ein Denkmal zu setzen.

Herr Wolff will gegenüber dem Magistratsvorschlage auf Einsetzung einer gemischten Deputation für die weitere Behandlung dieser Sache noch ergänzend berichten, daß die Statutencommission empfehle, hiermit die Baucommission, unter Beziehung von zwei Magistratsmitgliedern und des Stadtbauraths Winter zu betrauen, da der Baucommission auch die innere Ausschmückung des Rathhauses überlassen sei. Die Statutencommission habe ebenfalls den Wunsch gehabt, einen Braunschweiger Künstler mit dieser Aufgabe zu betrauen, aber es sei mit Recht darauf hingewiesen worden, daß es sich hierbei, wie schon bemerkt, nicht um eine freie künstlerische Thätigkeit, sondern um eine decorative Ausgestaltung nach vorhandenen Verhältnissen handle und daß man schon aus Courtoisie gegen den Erbauer des Stadthauses dessen Wünsche berücksichtigen müsse.

Herr Wollenweber ist auch dafür, die Figuren jetzt anzubringen, weil sonst das Stadthaus einen unfertigen Eindruck machen würde. Anderes Material als Stein zu nehmen, könne er nicht befürworten, weil das zu dem Stadthause nicht passen würde.

Hierauf wird die Besprechung geschlossen und die Magistratsvorlage genehmigt.

VIII. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße.

Das von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitete Project über den Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße westlich des Altstadtringes, bestehend in Kostenanschlag, Zusammenstellung der Anliegerbeiträge und Plan, legt der Magistrat mit dem Ersuchen um Genehmigung vor. Hiernach sind die Grunderwerbskosten zu 20 000 M, die Baukosten zu 17 000 M und die Anliegerbeiträge zu 160,50 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, angenommen.

IX. Einsprache gegen den Theilortsbauplan für die Wörth- und Leonhardstraße.

Der Concursverwalter für die Roloff'sche Masse hat gegen den für das Terrain zwischen der Leonhard- und der Wörthstraße festgestellten Theilortsbauplan Einsprache erhoben mit der Begründung, daß durch denselben das Grundstück N. 7 auf St. Leonhard bedeutend im Werthe verlieren würde. Wie der Magistrat hierzu ausführt, könne die Besorgniß des betr. Concursverwalters die Stadt nicht wohl hindern, von der im öffentlichen Interesse beschlossenen Aenderung Abstand zu nehmen, ganz abgesehen davon, daß diese Besorgniß überhaupt unbegründet erscheine. Es wird daher Verwerfung der Einsprache anheimgegeben

und von der Versammlung beschlossen, nachdem Herr Wültemann namens der Baucommission einen Antrag in dieser Richtung gestellt hatte.

X. Erweiterung des Kabelnetzes für das Electricitätswerk.

Die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft ersucht um die Genehmigung, das Kabelnetz auf folgende Straßen schon jetzt ausdehnen zu dürfen: Vom Hagenmarke nach der Inselpromenade über Reichenstraße—Wollmarkt, Gellerstraße bis zur Hildeheimerstraße, Langedammstraße bis zum Herzoglichen Markstalle, Obergstraße, Husarenstraße bis zum Stadtpark und Wolfenbüttlerstraße bis zum Hofjäger. Dem Ersuchen des Magistrates, die Kabellegung auf diesen Straßenstrecken zu genehmigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet.

XI. Aufnahme eines Vorschußdarlehens.

Da die Gemeindesteuer in Folge der durch die neue Steuergesetzgebung hervorgerufenen Verzögerung in diesem Jahre frühestens bei Beginn des zweiten Quartals ausgeschrieben werden kann, so hat sich der Magistrat mit dem Herzoglichen Finanzcollegium wegen Herleiheung der bis dahin benötigten Gelder im Gesamtbetrage von 500 000 M zu $3\frac{1}{2}$ % Zinsen in Verbindung gesetzt. Nachdem die Genehmigung des Herzogl. Finanzcollegiums eingetroffen ist, ersucht der Magistrat, sich mit der Aufnahme eines solchen Vorschußdarlehens bis zum 1. October d. J. einverstanden zu erklären.

Dem Antrage der Finanzcommission, für welche Herr Fudel berichtet, der Vorlage zuzustimmen, entspricht die Versammlung.

XII. Einsprache gegen den Theilortsbauplan für den Kaiser-Wilhelm-Platz.

Gegen die städtischerseits beschlossene Aenderung des Ortsbauplans für das Gebiet an der Nordseite des Kaiser-Wilhelm-Platzes sind zwei Einsprachen erhoben worden mit der Begründung, daß durch die Aenderung einige Bauflächen in ihrem Werthe beeinträchtigt werden würden. Da die im öffentlichen Interesse erfolgende Feststellung und Aenderung des Ortsbauplans von der Berücksichtigung der Privatinteressen Einzelner nicht wohl abhängig gemacht werden kann, so ersucht der Magistrat, die beiden Einsprachen zu verwerfen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, geschieht.

XIII. Antrag Koch: Verbesserungen im Bürgerparke.

Nach dem in der Sitzung vom 13. April 1899 gestellten und begründeten Antrage — Seite 12 und 36 des Berichts — wünscht der Antragsteller, daß das Parkhaus mit Gasbeleuchtung versehen und im Bürgerparke eine Bedürfnisanstalt errichtet werde. Wie Herr Bues berichtet, hat die Statutencommission das Bedürfniß zur Anlegung von Gasbeleuchtung anerkannt und beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, der Sache näher zu treten, sofern das nach dem Wasserwerke führende Gasrohr auch zur Beleuchtung des Parkhauses ausreiche. Andernfalls würde die Statutencommission die Frage verneinen, weil eine neue Gaszuführung wegen der Gefährdung der Bäume im Bürgerparke unthunlich erscheine. — Was die Errichtung einer Bedürfnisanstalt anlange, so sei zu bemerken, daß die in der Nähe der Tennisspielfläche zu errichtende Anstalt auch den Spaziergängern mit zugänglich gemacht werden könne und diese in Verbindung mit der an der Elmstraße projectirten Anstalt umsomehr als ausreichend erachtet werden müsse, als eine besondere Anstalt im Bürgerparke schon wegen der Frage ihrer Reinigung nicht zweckmäßig erscheine.

Herr Koch ist mit der Erledigung seines Antrages in der beantragten Form einverstanden und möchte nur ersuchen, an der bei den Tennisspielflächen einzurichtenden Anstalt ein äußeres Zeichen anzubringen, dahingehend, daß dieselbe allgemein benutzt werden könne.

Herr Blasius möchte besonders hervorgehoben wissen, daß die Zuführung von Gas nach dem Parkhause der Vegetation des Bürgerparkes erheblichen Schaden zufügen könne und es sich mehr empfehle, vielleicht eine elektrische Beleuchtung des Parkhauses zu wählen. Man habe an den Promenaden schon verschiedene Beispiele gehabt, daß Bäume in der näheren und weiteren Umgebung eines undichten Gasrohres ausgegangen seien und darum solle man, wie das auch im Thiergarten zu

Berlin geschehe, äußerst vorsichtig mit der Legung von Gasrohren durch den Bürgerpark zu Werke gehen.

Herr Bues will noch besonders darauf hinweisen, daß die Statutencommission die Legung eines Gasrohres durch den Bürgerpark oder die Beleuchtung desselben durch Gas auch nicht wünsche, sondern die Gasbeleuchtung nur dann befürworte, wenn das Zuleitungsrohr des Wasserwerkes auch für das Parkhaus genüge und dieses Rohr dann an der Oker entlang nach dem Parkhause geführt werde.

Herr Stadtrath Haake kann dazu bemerken, daß das Gasrohr für das Wasserwerk nicht weit genug sei, um auch dem Parkhause Licht zuführen zu können. Da nun die Legung eines neuen Gasrohres von der Promenade aus etwa 3000 Mk. kosten würde und es außerdem fraglich sei, ob die Genehmigung hierzu von der Herzogl. Baudirection erteilt werden würde, so glaube er, daß die Beleuchtung des Parkhauses durch Gas ausgeschlossen sein dürfte. Die Anlegung elektrischer Beleuchtung erscheine wohl möglich, jedoch müßte die Frage erst noch geprüft werden.

Herr Rieke muß es auch für nothwendig halten, dem Parkhause eine bessere Beleuchtung zu geben, da die Petroleumbeleuchtung nicht ausreiche. Wenn die Beleuchtung durch Gas sich nicht ermöglichen lasse, möge man zur elektrischen Beleuchtung übergehen, dann werde auch der Besuch des Parkhauses so groß werden, wie der Besuch des Stadtparkes.

Herr Ebeling möchte dazu bemerken, daß der Stadtpark seine Frequenz hauptsächlich der Rührigkeit des Wirthes verdanke, wenn damit auch nicht gesagt sein solle, daß der Wirth des Parkhauses sein Geschäft nicht verstanden habe. Der jetzige Wirth habe ja den Pachtvertrag gekündigt, aber es werde auch seinem Nachfolger nicht gelingen, das Parkhaus frequenter zu gestalten, weil Jedermann sich fürchte, Abends durch den dunklen Park zu gehen. Deshalb müsse man auch daran denken, für den einen Weg des Parkes eine angemessene Beleuchtung zu schaffen und der Einrichtung des Parkhauses mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Von besonderen Anträgen wolle er absehen, weil er hoffe, dort später andere Wirthschaftsgebäude entstehen zu sehen, aber es erscheine doch nothwendig, auch dem jetzigen Parkhause die allernothwendigsten Einrichtungen zu geben, welche die Gäste beanspruchen können. Da sich die Anlegung von Gas anscheinend nicht ermöglichen lasse, so empfehle es sich, die elektrische Beleuchtung ins Auge zu fassen, damit auch ältere Leute Abends durch den Park nach Hause gehen können.

Herr Blasius bittet, den Commissionsantrag dahin abzuändern, daß empfohlen werde, für das Parkhaus elektrische Beleuchtung anzulegen.

Herr Koch macht noch darauf aufmerksam, daß sich bei der Neuverpachtung der Wirthschaft im Parkhause nur dann eine angemessene Pachtsumme werde

erzielen lassen, wenn für eine bessere Beleuchtung desselben gesorgt werde. Ob man nun Gasbeleuchtung oder elektrische Beleuchtung nehmen wolle, sei ihm gleich.

Der Antrag der Statutencommission wird darauf mit der von Herrn Blasius beantragten Modification angenommen.

XIV. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Wittwen Dörre, Hesse, Hotopp, Lange und Petermann um Befreiung der Steuer für einen Zieh hund werden genehmigt, die Gesuche des Landschaftsgärtners Kasten und des Revisionsgehülfen a. D. Weidemann um Befreiung der Steuer für einen Wachhund werden ebenso wie das Gesuch des Händlers Brinkmann um Erlaß der Hundesteuer verworfen.

XV. Terrainerwerb zur verlängerten Grabenstraße.

Um die durch den künftigen Ausbau der verlängerten Grabenstraße demnächst erwachsenden antheiligen Kosten sicher zu stellen, hat der Bäckermeister Brandes eine 9,20 a große Theilfläche seines dort gelegenen Grundstücks, die zur Anlegung der verlängerten Grabenstraße erforderlich sein würde, schon jetzt an die Stadt abzutreten sich verpflichtet. Der Magistrat ersucht, den mit Brandes abgeschlossenen Vertrag, nach welchem der Kaufpreis in der Höhe der Entschädigung festgestellt worden ist, welche stadtseitig für die übrigen zu der fraglichen Straße erforderlichen Flächen durchschnittlich werde gezahlt werden, zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Kieke berichtet, geschieht.

XVI. Aufnahme einer Straße an der Kaiser-Wilhelmstraße in den Ortsbauplan.

Der Architect Till und der Schlossermeister Bergert haben beantragt, eine neue Straßenanlage an der Nordseite der Kaiser-Wilhelmstraße in den Ortsbauplan aufzunehmen und auf ihre Kosten als Ortsstraße auszubauen, sich auch bereit erklärt, für einen Zeitraum von zehn Jahren die Kosten der Unterhaltung, Reinigung, Beleuchtung und Kehrichtabfuhr zu übernehmen. Das Stadtbauamt und die städtische Bauverwaltung haben das Project für zulässig erklärt und zwar unter der Bedingung, daß gleichzeitig eine Vereinbarung mit dem Ingenieur Röttger zu Stande komme, die eine Erschwerung der angemessenen Bebauung des an der Bodestraße gelegenen, nur etwa 16 m tiefen Grundstücks ausschließe. Nachdem nunmehr eine solche Vereinbarung in für die Stadt annehmbarer Weise abgeschlossen worden ist, ersucht der Magistrat, der Aufnahme der betr. Straßenanlage in den Ortsbauplan und ihrer Unterstellung unter die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts zuzustimmen, sowie den mit den Herren Till und Bergert abgeschlossenen Vertrag,

nach welchem höhere, als 3 $\frac{1}{2}$ geschossige Gebäude auf der betr. Straßenanlage ohne Genehmigung des Magistrats nicht errichtet werden dürfen, zu genehmigen.

Wie Herr Rieke berichtet, giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Meyerhoff kann sich mit der Straßenanlage nur dann einverstanden erklären, wenn dieselbe einen Durchgang nach der Heinrichstraße zu erhalte, während er für die Anlegung eines umbauten Hofes sich nicht erwärmen könne. Es habe schon keinen schönen Eindruck gemacht, wie der Platz um die Kirche ausgeschlachtet worden sei und jetzt scheine man auf der anderen Seite schon wieder einen umbauten Hof anlegen zu wollen. Die städtischen Behörden seien nicht dazu da, um Speculanten zur besseren Verwerthung ihrer Grundstücke zu verhelfen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Möglichkeit, dort noch eine Straße einzuschneiden, wohl vorliege, und die Unternehmer sich auch bereit erklärt haben, solches zu thun; indessen sei das Stadtbauamt anderer Ansicht gewesen und habe gesagt, daß die Anlage einer Straße ähnlich der Wilmerdingstraße durchaus annehmbar für solche Leute erscheine, die nicht an einer verkehrreichen Straße, sondern in einem ruhigen abgeschlossenen Viertel wohnen wollen. Dieser Ansicht des Stadtbauamts könne er nur beistimmen und bitten, das Project zu genehmigen, da hierdurch eine Abwechselung in dem gewöhnlichen Einerlei geschaffen werde.

Herrn Meyerhoff ist es unverständlich, wie einem solchen Straßenprojecte mit einer 10 m breiten Verbindungsstraße das Wort geredet werden könne, da doch Straßen unter 14 m Breite nicht angelegt werden sollen. Als eine Verschönerung der Kaiser-Wilhelmstraße könne man die Einfügung eines solchen umbauten Hofes durchaus nicht ansehen.

Herr Blasius kann nicht einsehen, weshalb man die Verbindungsstraße nicht breiter als 10 m vorgesehen habe, da er eine solche Breite für ungenügend halte. Da die Sache anscheinend noch nicht reif zur Beschlußfassung sei, schlage er vor, dieselbe heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf entgegnen, daß sich die Straße fast bis zu der Breite des projectirten Platzes, also bis auf 28 m verbreitern lasse, da dann nur die projectirten Vorgärten wegfallen würden. Es habe nicht in dem Wunsche der beiden Unternehmer gelegen, die Zufuhrstraße nur 10 m breit zu projectiren, und es solle das auch nicht aus Speculation geschehen, sondern das Stadtbauamt habe den Vorschlag gemacht, in der Erwägung, daß dort von einem durchgehenden Verkehr nicht die Rede sein und ein erheblicher Wagenverkehr nach den paar Häusern nicht stattfinden könne.

Herr Meyerhoff möchte befürworten, die Straße wenigstens 16 m breit zu machen.

Herr Löschigt bittet um Genehmigung der Magistratsvorlage, da hiermit einmal etwas Anderes geschaffen werde und die Eigenthümer auch ihr Terrain ausnützen können. Sollte sich später ein reger Verkehr dort entwickeln, ließen sich die Vorgärten immer noch zur Straße nehmen. Wenn die Straße weitergeführt würde, könnten die Unternehmer fünf Stock hohe Häuser bauen, was hier ausgeschlossen sei.

Herr Südel möchte das Project auch zur Genehmigung empfehlen. Man finde in anderen großen Städten solche Anlagen sehr häufig, wie z. B. in Berlin an der Thiergartenstraße, und es würden sich stets Leute finden, welche solche ruhigen Wohnungen haben wollten. Wie aber die Kaiser-Wilhelmstraße durch eine solche Anlage solle verunschönt werden können, verstehe er nicht, da dieselbe den Eindruck einer Gartenanlage machen werde. Es handle sich überhaupt gar nicht um eine Straße im gewöhnlichen Sinne, sondern um den Zugang zu einem Platze, an dem einige Häuser für Leute stehen, die ruhig wohnen wollen.

Herr Ebeling würde es für zweckmäßig erachten, die Straße mindestens auf eine Breite von 14 m zu bringen, weil man sonst mit früheren Beschlüssen in Widerspruch komme. Die Wilmerdingstraße sei 16 m breit angelegt, obwohl auf derselben auch nur ein localer Verkehr herrsche, und der Firma Küenthal, welche f. B. an der Sophienstraße Baulterrain erworben habe, sei ein schmalerer Zugangsweg gleichfalls abgelehnt worden.

Herr Bürgermeister Metemeyer kann den Vergleich dieser Straßenanlage mit der Wilmerdingstraße nicht für zutreffend halten, weil letztere eine längere Straßenstrecke bilde, auf der sich ein lebhafterer Verkehr abwickle. Wenn er auch keine Veranlassung habe, für die Interessen der Herren Till und Bergert einzutreten, so wolle er doch darauf aufmerksam machen, daß sich bei Durchführung der in der Versammlung gemachten Vorschläge auf Verbreiterung der Verbindungsstraße das ganze Bild verschieben und die Anlage unschön ausnehmen würde, weil dann der Platz wie ein großer Sack aussehe und während nach dem vorliegenden Projecte eine hübsche Anlage entstehen würde. Eine Zurücklegung der Straßenfront um 1—2 m schade indessen nichts.

Herr Rathe bittet, dem Projecte ohne Weiteres zuzustimmen, da das Grundstück noch viel mehr hätte ausgenützt werden können, namentlich wenn man eine Straße durchgelegt und vier- bis fünfgeschossige Häuser darangestellt hätte. Was die Breite der Zugangsstraße anlange, so würde dieselbe mit den beiderseitigen Vorgärten etwa 20 m breit sein, was sich hübscher ausnehme, als wenn eine so breite Straße in einen Sack führe.

Herr Sander ist für die Ausführung des Straßenprojectes im Sinne der Magistratsvorlage. Hinsichtlich der auszubauenden Bodestraße möchte er wissen,

ob auch an der Stadtparkseite Bauten aufgeführt werden sollen, da dieselbe dem Vernehmen nach als nicht einseitig zu bebauende Straße behandelt werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will diese Frage dahin beantworten, daß die Stadt das Terrain des Stadtparkes allerdings unter der Bedingung angekauft habe, es nicht zu Bauzwecken auszunutzen, daß der Stadt indessen durch den Kaufvertrag nicht verboten sei, auf dem Terrain irgend welche Gebäude zu errichten. Wenn nun die Stadt dort ein Gebäude errichte, so würde die Straße nicht als einseitig bebaute Straße anzusehen sein. Den Bewohnern der dem Stadtpark gegenüber liegenden Straßenseite kämen jetzt allerdings die Vortheile zu Statten, welche eine einseitig bebaute Straße darbiete, indem dieselben gegenüber keine Häuser haben. Im Uebrigen sei die Frage nach der Behandlung des Stadtparkes in dieser Richtung schon früher bei der Husarenstraße durch übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden dahin entschieden worden, daß der Stadtpark als ein nicht zu bebauendes Grundstück nicht anzusehen sei, mithin die erhöhten Straßenkosten nicht eingefordert werden könnten.

Herr Seele möchte warnen, das vorliegende sehr nette Straßenproject durch Verbreiterung des Zugangsweges zu verunschönen. Es sei ein Zugangsweg nur für fünf Häuser nöthig, die Licht und Luft in ausreichendem Maße besitzen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage nach dem Antrage der Baucommission genehmigt.

XVII. Bauplatz für eine neue untere Bürgerschule.

Der Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen hat im Herbst vor. Js. auf die Nothwendigkeit der Errichtung einer neuen 24 classigen unteren Bürgerschule im Norden der Stadt hingewiesen und als einen günstig gelegenen Bauplatz die zum Stammvermögen der Cämmerei gehörige ehemalige Rathsbleiche auf der Wendemannschanze bezeichnet. Nachdem daraufhin der dortige Baugrund von der städt. Bauverwaltung durch Bohrungen 2c. untersucht und zur Errichtung eines Schulgebäudes geeignet befunden worden ist, wurde der betr. Fläche durch Austausch 2c. eine für den Schulhausbau wünschenswerthe Tiefe gegeben und umfaßt der Platz nunmehr eine Größe von 57,16 a. Die Versammlung wird ersucht, zwecks Beschaffung eines Bauprojectes und Kostenanschlages die Auswahl des in Aussicht genommenen Bauplatzes zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Stammvermögen der Cämmerei für den Platz ein Capital von 45 500 M (= 8 M für 1 qm) gewährt werde.

Nach dem Berichte des Herrn Schmidt empfiehlt die Baucommission, den Vorschlag des Magistrates zu genehmigen, da ein dringendes Bedürfniß zur Errichtung einer neuen unteren Bürgerschule vorliege. Mit dem Beginne des neuen Schuljahres seien den hiesigen Bürgerschulen 513 Kinder mehr zugeführt

worden, nämlich 92 den mittleren und 387 den unteren Bürgerschulen, sowie 34 Kinder der Hülfschule.

Herr Bues muß es für einen Uebelstand halten, daß man jetzt fortwährend im Westen der Stadt neue Bürgerschulen anlege und den Osten vernachlässige. Es habe sich herausgestellt, daß Kinder von der Ackerstraße und dem letzten Theile der Salzdhumerstraße nach der Sidonienstraße zur Schule gehen müssen, welcher Weg entschieden zu weit sei. Man möge deshalb bei der nächsten Schule einmal wieder den Osten berücksichtigen.

Herr Rath e bedauert, daß die Schule auf die Rathsbleiche kommen solle, da man dort in das Ueberschwemmungsgebiet der Oker baue und die Schule in den Sumpf stelle. Es empfehle sich deshalb, das Gebäude möglichst hoch aus der Erde zu bringen, damit nicht dieselben Widerwärtigkeiten wie bei der Schule an der Heinrichstraße entstünden.

Herr Blasius möchte wissen, ob die schon bei einer früheren Verathung gegen diesen Bauplatz geltend gemachten Bedenken durch die Voruntersuchungen gehoben seien.

Herr Schmidt kann darauf erwidern, daß nach den angestellten Untersuchungen die Kellersohle des Schulgebäudes noch 20 cm über dem höchsten Wasserstande des vorigen Jahres liegen werde, und daß ein Canal vollständig in der Lage sei, das sich ansammelnde Grundwasser abzuführen. Außerdem könne im Nothfalle das Pumpschiff den Canal leicht entwässern, so daß das Grundstück nicht leiden werde; auch sei für die Kellersohle eine Betonschicht vorgesehen, die allerdings für 10000 M kaum herzustellen sein werde. Der städt. Bauverwaltung könne man es getrost überlassen, ob sie noch größere Sicherheit schaffen wolle, um den Keller der Schule bei Hochwasser nicht zu gefährden. Herrn Bues habe er noch zu erwidern, daß im Norden der Stadt unter allen Umständen eine Schule errichtet werden müsse, da für dieselbe nur Kinder aus der näheren Umgebung der Schule in Aussicht genommen seien. Sobald sich aber das Bedürfniß nach einer Schule für eine andere Gegend der Stadt geltend mache, biete sich Gelegenheit, bei dem nächsten Schulbau darauf Bedacht zu nehmen. Im Principe sei übrigens dieser Platz schon früher genehmigt worden.

Herr Kiefe will erwähnen, daß man sich bislang stets auf die Angaben verlassen habe, welche der Schulvorstand in Bezug auf die von den Kindern zurückzulegenden Schulwege vorgelegt habe. Wenn es auffalle, daß in den letzten Jahren nur im Westen der Stadt Schulen errichtet seien, so komme das daher, daß diese Gegend dichter bebaut sei als der Osten. Was den Baugrund anlange, so würde, wenn man denselben für schlecht erachten wollte, um ganz Hamburg herum kein Haus stehen können. Man laufe hier durchaus nicht solche Gefahr wie auf der Heinrichstraße, da die Bohrungen ein ganz günstiges Resultat ergeben hätten.

Herr Bues hat nicht gegen das vorliegende Project sprechen, sondern nur darauf hinweisen wollen, daß auch im Osten der Stadt etwas geschehen müsse. Das Krähenfeld zähle 14 000 Seelen und würde eine Schule schon entsprechend bevölkern.

Herr Blasius kann sich mit dem Bauplätze an der Wendenmaasch nicht befremden, da ihn die Verhandlungen nicht davon überzeugt haben, daß man dort nicht mit dem Grundwasser in unangenehme Collision kommen werde. Wenn man das Gebäude so viel höher aus der Erde herausbringe, so koste das auch entsprechend mehr, er hätte deshalb lieber gesehen, wenn der Magistrat sich einen höher gelegenen Bauplatz ausgesucht hätte.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Oberbürgermeister Pockels und Blasius wird die Magistratevorlage genehmigt.

XVIII. Gesuch von Konegen wegen Ueberlassung von Straßenterrain.

In der Sitzung vom 23. März 1899 — Seite 159 des Berichts — war auf Antrag des Herrn Lange beschlossen worden, zu erwägen, ob es nicht angemessen sei, die Eingänge des Konegen'schen Hauses ganz oder theilweise in das Haus selbst zu verlegen. Nach den vom Magistrate dieserhalb angestellten Ermittlungen würde eine Verlegung der Treppen in die Häuser rund 1500 M. kosten und kämen dazu noch die Scherereien, welche Herrn Konegen bereitet würden, sowie die von demselben bestrittenen Kosten für die Gitter der Freitreppen.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Schmidt in Anbetracht der Höhe der Kosten nicht dafür aussprechen können, dem Antrage Lange zuzustimmen und bittet um Ablehnung desselben, sowie weiter darum, auch das Gesuch des Herrn Konegen aus den schon in der Sitzung vom 23. März d. Js. commissionsseitig angeführten Gründen — Seite 159 des Berichts — zu verwerfen.

Herr Sander möchte bitten, wenigstens die südliche Freitreppe zu beseitigen, da diese wirklich im Wege sei und die nördliche Freitreppe wegen des vorspringenden Weber'schen Grundstückes die Passage nicht so sehr hindere.

Herr Löschigt will befürworten, den jetzigen Zustand des Konegen'schen Hauses bis zu einer Neubebauung des Grundstückes zu belassen. Leider habe s. Z. die städtische Bauverwaltung versäumt, die Treppen dem Wunsche des Herrn Konegen gemäß in das Haus hineinzuverlegen, was sich damals mit viel geringeren Kosten hätte ausführen lassen.

Herr Rieke würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Treppen in ihrem jetzigen Zustande belassen und auch Herrn Konegen Vorgärten gestattet würden, da die Stelle jetzt zu schlecht aussehe. Man müsse dabei immer berücksichtigen, daß sich das Haus in seinem jetzigen Zustande nicht allzu lange mehr halten werde, da

die Speculation sich schon dahinter gemacht haben solle, den benachbarten Weber'schen Garten auszuschlachten und vielleicht selbst Mitglieder der Versammlung schon damit rechneten.

Herr Schmidt findet persönlich die Verbindung der beiden Treppen durch ein schönes Gitter nicht unschön und würde dem gern zustimmen. Er habe dieses nicht erwähnt, weil ihm die Geschäftsordnung das nicht gestatte. Bei dieser Gelegenheit möchte er, auf die Einrede des Herrn Vorsitzenden bei dem Referate des Herrn Bauernmeister zu Punkt III der Tagesordnung zurückgreifend, fragen, ob es einem Referenten nicht gestattet sei, für den Beschluß der betr. Commission einzutreten und hinterher seine persönliche Ansicht im entgegengesetzten Sinne zu äußern. Früher habe dieses unbeanstandet geschehen dürfen.

Herr Wolff will darauf erwidern, daß er diese oder eine ähnliche Ansicht als Vorsitzender nicht vertreten, sondern nur gerügt habe, daß der Referent kurz sein Referat erstattete und dann im unmittelbaren Anschlusse in ausführlicher Weise seine entgegengesetzte persönliche Meinung kundgäbe.

Herr Schmidt entgegnet, daß dieses mit seinen Ausführungen übereinstimme. Herr Bauernmeister habe den Beschluß der Commission vorgetragen und dann seine eigene Ansicht darüber mitgetheilt.

Der Herr Vorsitzende muß sich dahin aussprechen, daß er es nicht für angemessen erachten könne, wenn der Referent sein Referat kurz mittheile und im unmittelbaren Anschlusse daran seine eigene Meinung kundgebe. Es empfehle sich, daß in solchem Falle der Referent mit dem Referate schließe und erst andere Mitglieder der Versammlung sprechen lasse, ehe er seine abweichende Meinung mittheile. Der Referent habe die Verpflichtung, die Gründe, welche für das Votum der Commission sprechen, vollständig vorzutragen und zu erläutern und dazu gehöre nicht, daß er seine persönliche Meinung unmittelbar anschließe, denn das würde zur Farce führen. Wohl aber könne der Referent ersuchen, ihm in solchem Falle das Referat abzunehmen.

Herr Schmidt will mit Rücksicht auf die letztere Aeußerung noch bemerken, daß es nicht so leicht sei, einem Referenten, der sich vollständig in die Materie eingearbeitet habe, das Referat wieder abzunehmen, wenn er mit der Mehrheit der Commission nicht übereinstimme, weil dann ein zweites Commissionsmitglied sich noch einmal einarbeiten müsse.

Herr Födel glaubt, daß wohl die ganze Versammlung das Vorgehen des derzeitigen Vorsitzenden bei Punkt III der Tagesordnung gebilligt habe. (Zustimmung.)

Herr Nolte stimmt dieser Ansicht zu. Wenn ein Referent das Recht haben solle, seine vom Commissionsbeschlusse abweichende Ansicht im unmittelbaren Anschlusse an das Referat mitzutheilen, würde demselben ein anderes Recht zur

Seite stehen, als jedem anderen Mitgließe der Versammlung, da die Debatte noch nicht eröffnet sei.

Herr Brückmann möchte dringend empfehlen, das Anerbieten des Herrn Konegen anzunehmen, da derselbe sich sehr große Kosten machen wolle und zur Verschönerung der Gellerstraße wesentlich beitrage. Man habe auch keinerlei Veranlassung, sich gegen die Sache zu wenden, da man sie jeden Tag wieder annulliren könne.

Herr Bülte mann will dem gegenüber hervorheben, daß die Mehrzahl der Baucommissiön geglaubt habe, dieses wegen der stattfindenden Berufungen nicht einseitig gestatten zu dürfen, da hierin eine große Gefahr für die ganze Verwaltung liegen könne.

Herr Brückmann muß es in solchem Falle für das beste Princip halten, gar kein Princip zu haben. Da zwischen den beiden Treppen das Publicum nicht gehe und dieselben ein vollständig todttes Gebiet einschließen, so sehe er nicht ein, weshalb dort nicht ein hübsches Gärtchen angelegt werden solle.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag Lange mit großer Mehrheit und sodann das Gesuch von Konegen mit 16:15 Stimmen abgelehnt.

XIX. Ergänzung des Canalbaucats.

Es ist versehentlich unterblieben, die Remuneration des bei der Canalbauverwaltung beschäftigten Technikers Moll mit 1800 M und einem Beitrage von 6,24 M zur Altersversicherung in den laufenden Etat einzustellen. Der Magistrat ersucht deshalb, die nachträgliche Eintragung dieser Beträge genehm zu halten, was auf Befürwortung der Finanzcommissiön, für welche Herr Fiedel berichtet, geschieht.

XX. Anschaffungen zu Museumszwecken.

Herr Carlos Götting in Hamburg, ein geborener Braunschweiger, hat der hiesigen Stadt eine höchst werthvolle ethnographische Sammlung behufs deren Einverleibung in das städtische Museum schenkungsweise überlassen. Wegen Ueberfüllung des jetzigen Gebäudes des städtischen Museums sind die betr. Gegenstände einstweilen in einer verfügbaren Classe der Schule am Hohenstiege untergebracht worden. Die von Herrn Götting der Stadt gleichfalls überlassenen Schränke und Regale reichen indessen zur Aufstellung der einzelnen Gegenstände nicht aus, so daß der Magistrat sich veranlaßt sieht, zu beantragen, 394,91 M zur Beschaffung von zwei weiteren Schränken und einem Tisch mit Aufsatz und doppelten Schaukästen zur Verfügung zu stellen.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Wagner anheimgeben, den Betrag zu bewilligen.

Herr Bürgermeister Keteameyer möchte Veranlassung nehmen, auch an dieser Stelle dem Herrn Carlos Götting den Dank der Stadt Braunschweig auszusprechen. Man könne behaupten, daß eine ähnlich werthvolle Sammlung dem städtischen Museum noch niemals zugewendet worden sei. Der Magistrat werde darauf bedacht sein, die Sammlung den Mitgliedern der Versammlung und auch einem größeren Publicum recht bald zugänglich zu machen, wenn es auch vorläufig nur möglich sei, daß sie gleichzeitig nur wenige Herren besichtigen können.

Nachdem die Versammlung auf Ersuchen des Herrn Vorsitzenden ihrem Danke für die Zuwendung durch Erheben von den Eigen Ausdruck gegeben hatte, wird die Magistratsvorlage genehmigt.

XXI. Abtretung von Terrain zum nördlichen Theile der Maschstraße.

Der Magistrat hat im Verfolg der Aufforderung der Versammlung vom 23. März 1899 — Seite 138 des Berichts — die Anlieger des nördlichen Theiles der Maschstraße noch einmal aufgefordert, ihre Forderungen für die zur Straße abzutretenden Flächen abzugeben. Daraufhin haben gefordert: der Fabrikant Unger 25000 M gegen die frühere Forderung von 23500 M und der Fabrikinspector Klöhscher 17000 M gegen 24135 M. Der Kaufmann Reimann verlangt Zurücksetzen seiner Einfriedigungen und Befreiung der Grundstücke von Straßenkosten gegen Abtretung des Terrains von 189 qm; Letzteres ist zu 2835 M geschätzt worden, während die Straßenkosten 8490 M betragen würden. Der Polizeisergeant Sievers stellt dieselbe Forderung und ist dessen Terrain zu 1050 M geschätzt worden, während sich die Straßenkosten auf 1590 M belaufen. Der Tischlermeister Gattensauer beansprucht 30 M pro qm, während der Registrator Könneke mit der Entschädigung zufrieden ist, welche die Mehrheit der Anlieger erhält. Der Rentner Heidergott und der Buchhändler Himstedt lehnen jede freiwillige Abtretung von Terrain ab und halten auch eine Verbreiterung der Straße auf 14 m für überflüssig. Die Anlieger Henties, Heumann und Tolle endlich waren zu dem angesetzten Termine nicht erschienen.

Wie Herr Schmidt berichtet, giebt die Baucommission anheim, mit Rücksicht auf die hier vorliegenden, widerstreitenden Interessen der Anlieger nunmehr auf den früheren Magistratsantrag — Seite 152 des Berichts von 1897/98 — zurückzukommen und der Enteignung der zur Straße erforderlichen Flächen, sowie dem Ausbau der betr. Straßenstrecken zuzustimmen. Auf die Anlieger, welche heute den Ausbau wünschen und ihn morgen nicht für nöthig halten, könne man keine Rücksicht mehr nehmen und dürfe nur noch das öffentliche Wohl ins Auge gefaßt werden. Ueber die Höhe der Kosten sei geradezu eine Legende verbreitet, welche auf

ihre Wirklichkeit zurückgeführt werden müsse. Nach dem vor zwei Jahren vorgelegten Anschlag würden die Kosten des Ausbaues 159 M für 1 m Frontlänge betragen und glaube er, daß dieselben über 170 M nicht hinauskönnen könnten. Ein Hinausschieben des Straßenausbaues habe gar keinen Zweck, weil man dadurch doch nicht billiger dazu komme. Herr Rieke, der sonst stets für die arbeitenden Classen einzutreten pflege, verhalte sich, ebenso wie Herr Ebeling, ablehnend zu dem Ausbau, was sich um so weniger fassen lasse, als dieser Ausbau gerade den vielen Arbeitern der Futespinnerei, welche die Straße täglich passiren, zu Gute kommen würde.

Herr Böschigt muß den Ausbau der Straße für dringend nöthig halten und bitten, demselben zuzustimmen.

Herr Rieke ist gegen den Ausbau, weil davon eine Masse Leute betroffen würden, welche die Straßenkosten nicht erschwingen könnten und ihre Grundstücke im Stiche lassen müßten. Außerdem bestehe auch keine Bestimmung, nach welcher die Anlieger gezwungen werden könnten, das ihrem Grundstücke anzuschneidende Terrain zu kaufen. Man möge doch die ganze Maschstraße vom Wendenringe bis zur Gellerstraße ausbauen, aber nicht immer ein Stück derselben. Von einigen Anliegern habe er gehört, daß Herr Schmidt wohl deshalb so sehr für den Straßenausbau stimme, weil derselbe täglich die Straße passire und nicht immer so dicht an den Spinnemädchen vorbeigehen wolle, woran er wegen seiner Gemahlin wohl Anstoß nehme. Man könne mit dem Ausbau dieser Strecke ruhig so lange warten, bis der soeben bewilligte Schulbau fertig sei und dann die ganze Straße in Stand setzen.

Herr Sander möchte bitten, dem leidigen Zustande der Straßenstrecke endlich abzuhelpen und auch für den Westen der Stadt einmal etwas zu thun. Es sei doch sonderbar, daß für den Osten der Stadt alle Sachen glatt durchgehen, während dem Westen sich stets unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen. Dieselben Anlieger der Maschstraße, welche zuerst für den Ausbau der Straße gewesen seien, zeigten sich jetzt als Gegner desselben, so daß man darauf nicht allzuviel geben dürfe, namentlich da es sich bei der jetzigen Gegnerschaft um persönliche Gründe handeln solle. Seiner Meinung nach werde die Expropriation der zur Straße erforderlichen Flächen ein viel günstigeres Bild geben, als man jetzt annehme; er bitte aus allen diesen Gründen dringend, dem Ausbau der Straßenstrecke zuzustimmen.

Herr Ebeling ist deshalb gegen den Ausbau gewesen, weil er sich gesagt habe, daß die Anlieger mit ihren unbescheidenen Forderungen noch zurückgehen würden, wenn man sie nur noch warten ließe, und das habe sich ja theilweise schon bewahrheitet. Die starke Frequenz der Straße erkenne er gern an und sei er auch der Ansicht, daß mancher Anlieger durch den Ausbau in eine schwierige Lage kommen werde. Es empfehle sich bei so hohen Forderungen immer, nicht gleich

Alles zu bewilligen, sondern zu warten, bis die Anlieger mit bescheideneren Forderungen hervortreten, denn es sei nicht schön, sich auf Kosten der übrigen Anlieger bereichern zu wollen.

Herr Lupprian glaubt, die Nothwendigkeit des Ausbaues der Straße nicht mehr begründen zu brauchen, da dieselbe sich in einem abscheulichen Zustande befinde, der zu den größten Gefahren für Leben und Gesundheit der Passanten führe. Ihm selbst sei es dort passiert, daß ein Lastwagen, indem er einem anderen Wagen habe ausbiegen wollen, so stark nach dem Fußwege zu abgerutscht sei, daß zwischen Wagen und Stacket nicht noch so viel Raum geblieben sei, um denselben ohne sehr erhebliche Spuren von Wagen und Stacket passiren zu können. Die Beschaffenheit der Straße biete also geradezu Lebensgefahr. Uebrigens sei das Bedürfniß zur Instandsetzung der Straße auch schon früher von der Versammlung anerkannt und der Ausbau nur wegen der hohen Forderungen der Anlieger zurückgestellt worden. Wenn bei der früheren Verhandlung eingewandt worden sei, daß man das Expropriationsverfahren bei dieser Gelegenheit nicht anwenden möge, weil man dabei schon schlechte Geschäfte gemacht habe, so halte er den Standpunkt nicht für richtig, weil man bei der Expropriation nicht schlechte oder gute Geschäfte machen, sondern einen Ausgleich schaffen wolle, um die divergirenden Ansichten über den Werth der abzutretenden Grundstücke einander näher zu bringen. Er bitte deshalb, dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Herr Meyerhoff will sich nicht principiell gegen den Ausbau der Straßenstrecke erklären, hätte aber lieber gesehen, wenn der Versammlung ein Project für den Ausbau der ganzen Maschstraße vorgelegt worden wäre. Den besten Beweis dafür, welche Schwierigkeiten der herausgerissene Theil einer Straße verursachen könne, erbringe die Ringstraße, deren Fortsetzung über Carl- und Giesmaroderstraße längst fertiggestellt sein würde, wenn die Ringstraße einheitlich behandelt worden wäre. Er bitte, den Ausbau der ganzen Maschstraße möglichst schnell in den Etat einzustellen.

Herr Sander will darauf hinweisen, daß der Ausbau der ganzen Maschstraße nicht mehr vorgesehen werden könne, weil deren mittlerer Theil schon ausgebaut worden sei. Jedenfalls bitte er, den Ausbau dieser Strecke der Maschstraße nicht durch Ablehnung des Commissionsantrages noch weiter zu verzögern.

Herr Nolte schließt sich diesem Wunsche an, weil der Ausbau der Straße nöthig sei. Da es sich hier um das allgemeine Wohl der Stadt handle, könne man auf die Privatinteressen einzelner Anlieger keine Rücksicht nehmen.

Der Antrag der Baucommission auf Ausbau der Straßenstrecke und Zwangse enteignung der zu derselben erforderlichen Flächen wird hierauf angenommen.

XXII. Austausch von Terrain am Bohlwege.

Der Schirmfabrikant Fesq macht der Stadt das Anerbieten, ihm für eine zum Bohlwege abzutretende Fläche von 3 qm eine beim Stadthausbau liegen gebliebene Theilfläche von 11 qm ohne gegenseitige Vergütung auszutauschen. Dem Antrage des Magistrates, diesen Tausch gutzuheißen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, zu.

XXIII. Antrag Lord: Begründung einer öffentlichen Lese- und Bücherhalle.

Zur Begründung des Antrages:

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, dem Plane der Begründung einer öffentlichen städtischen Lese- und Bücherhalle näherzutreten zu wollen“, führt Herr Lord etwa Folgendes aus: Seit mehr als drei Jahren beschäftige er sich mit dieser Idee und habe sie immer wieder zurückgestellt aus Bedenken einmal wegen des Geldmangels der Stadt und dann wegen seiner Stellung im bürgerlichen Leben. Nachdem diese Bedenken nunmehr überwunden seien, stelle er das in der Zwischenzeit gesammelte nicht unerhebliche Material zur Verfügung, falls sein Antrag auf fruchtbaren Boden falle. Die Bewegung auf dem Gebiete der Lese- und Bücherhallen habe in den letzten Jahren auch in Deutschland erhebliche Fortschritte gemacht, so daß sich schon jetzt mit einiger Bestimmtheit behaupten lasse, es werde sich über kurz oder lang ein vorgeschrittenes Gemeinwesen der Errichtung eines solchen Instituts nicht mehr auf die Dauer entziehen können. Bereits über 30 Städte seien mit Lese- und Bücherhallen versehen und in Hamburg stehe z. B. die Eröffnung einer vorzüglich eingerichteten Halle nahe bevor. Die Einrichtung stamme aus England, wo sie, 1851 durch eine besondere Parlamentsacte unterstützt, in kurzer Zeit zu großer Blüthe gekommen sei, und heute habe man dort große und kleine Städte mit solchen, höchst segensreich wirkenden Einrichtungen versehen. Von England aus pflanzte sich die Bewegung nach Nordamerika fort, wo sie durch die Munificenz einzelner sehr reicher Leute wesentlich unterstützt worden sei. Habe doch ein einziger Bürger der Vereinigten Staaten hierfür bei Lebzeiten 32 Millionen geopfert.

Die Einrichtung einer derartigen Lesehalle bestehe darin, daß sich in einem Saale mit 30—100 Sitzplätzen Zeitungen, Zeitschriften, Brochüren über die Tageslitteratur, Nachschlagewerke, Atlanten u. vordinden und dieser Bestand als ein eiserner zu betrachten sei, indem nichts verliehen werde. An die Lesehalle schließe sich die Bücherhalle, aus der Bücher nach dem Hause hin verliehen werden. Für die Entleihung der Bücher werde meistens ein kleiner Betrag erhoben, während der Eintritt in die Lesehalle frei sei. Eine solche Halle müsse aber in der liberalsten

Weise aufgebaut werden, wenn sie segensreich wirken sollte, sie müsse Zeitungen von rechts und links und neben Büchern der positiven Richtung, wenn sie sonst einen ethischen Inhalt besitzen, auf der anderen Seite auch Häckel's Schöpfungsgeschichte und Darwin's Entwicklungsgeschichte der Arten enthalten. Eine solche Einrichtung sei für Alle und nicht für einen besonderen Stand. Deshalb finde man auch in England neben dem Lord den Arbeiter und neben dem hohen Staatsbeamten den kleinen Handwerker in solchen Leseshallen sitzen. Im Allgemeinen werde die Einrichtung allerdings wohl den unteren Ständen zu Gute kommen. Professor Schmoller, der bekannte Nationalöconom, sage einmal: „Der Hauptgrund aller socialen Gefahr liegt nicht in der Dissonanz der Besitz-, sondern der Bildungsverhältnisse; alle Bestrebungen müssen an diesem Punkte einsetzen“. Man könne diesem Satze nicht ohne Weiteres zustimmen, denn den Hauptgrund der Kluft, welche die Schichten und Gesellschaften trennen, seien die Capitals- und Productionsverhältnisse der Gegenwart. Eine Herabminderung der Bildungsdifferenzen werde aber trotzdem sehr wohl im Stande sein, auch in dieser Beziehung segensreich zu wirken. Die Versammlung habe stets ein warmes Herz und eine offene Hand für Volksbadeanstalten gehabt. Hier handle es sich um eine geistige Volksbadeanstalt, denn während man in jenen den Körper reinige und kräftige zu neuer Arbeit, befreie man hier den Geist von Schlacken und mache ihn stark im Kampfe ums Dasein.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXIV. Antrag Müller: Verlegung des Ostbahnhofes etc.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, bei der Königlichen Eisenbahndirection in Magdeburg vorstellig zu werden, das Project der Verlegung des Ostbahnhofes und damit die Beseitigung der Schranken an dem Bahnübergange der Helmstedterstraße schleunigst zur Ausführung zu bringen; ferner zu beantragen, daß zur größeren Sicherheit für die den betreffenden Bahnübergang passirenden Züge, Fußgänger und Wagen, bis zur Ausführung des Projectes in kürzester Zeit noch ein zweiter Wärter angestellt werde“.

Zur Begründung führt Herr Müller aus, daß er bereits am 16. Mai 1895 einen Antrag wegen des Ueberganges an der Helmstedterstraße gestellt habe und ihm damals erwidert sei, die Sache wäre im besten Gange und würde der Umbau des Ostbahnhofes recht bald in Angriff genommen werden. — Seite 47 des Be-

rechts. — Wenn nun seit der Zeit auch etwas in der Sache geschehen sein möchte, so sehe man doch keinen Fortschritt darin; es seien wohl Unterhandlungen im Gange, aber es könnten noch Jahre vergehen, ehe etwas geschehe, wenn nicht einmal ernstlich eingegriffen würde. Als vor einer Reihe von Jahren das Unglück mit den Landtagsabgeordneten an dem Uebergange der Helmstedterstraße passirte, habe die Herzogliche Polizei-Direction der königlichen Eisenbahn-Direction in Magdeburg geschrieben, daß die Strecke einfach geschlossen werden würde, wenn nicht schleunigst etwas geschehe, aber es sei schließlich bei der Drohung geblieben und nichts geschehen. Am 14. April d. J. habe sich nun wieder ein Vorfall ereignet, der, wenn das Unglück es gewollt hätte, von den schlimmsten Folgen hätte begleitet sein können. Am Nachmittage des bezeichneten Tages gegen 5 Uhr sei der von Helmstedt kommende Eilgüterzug über den Wegübergang gebrast, ohne daß die Zugschranken geschlossen gewesen wären und sei der Wärter nicht zur Stelle gewesen. Es liege eine Rücksichtslosigkeit von der königlichen Eisenbahn-Direction in Magdeburg darin, daß man jahrelang auf eine Beseitigung des Wegeüberganges warten müsse und Fußgänger und Wagen, sowie die Zuginsassen der größten Gefahr ausgesetzt würden. Gegen eine solche Saumseligkeit müßte energig Front gemacht werden, und habe er seinen Antrag dahin ausgedehnt, daß, so lange der Wegeübergang bestehe, zwei Wärter den Dienst an demselben versehen und sich gegenseitig überwachen möchten. Da es sich um einen äußerst gefährlichen Uebergang handle und jetzt schon zum sechsten Male dort Menschenleben in Gefahr gebracht seien, so bitte er, den Antrag sofort zur Verathung und Beschlußfassung zu stellen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird, nach Ablehnung der Dringlichkeit, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXV. Antrag Riecke: Instandsetzung der Höfenstraße.

Wie Herr Riecke zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage, betreffend Instandsetzung der Höfenstraße, in kürzester Frist an die Versammlung gelangen zu lassen, damit die Straße noch in diesem Sommer ordnungsmäßig ausgebaut werden könne“,

ausführt, lasse sich der Instandsetzung dieser Straße jetzt näher treten, da das frühere Hinderniß, das Achilles'sche Haus, durch Uebergang in den Besitz der Stadt beseitigt sei. Da in der Höfenstraße ein unleidlicher Zustand herrsche, der baldigst beseitigt werden müsse, so bitte er um Unterstützung seines Antrages.

Den Antrag erhält, genügend unterstützt, die Baucommission zur Vorberathung.

XXVI. Antrag Bültemann: Weiterer Ausbau der Vertramstraße.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Vertramstraße zwischen der H. Vertramstraße und der Leonhardstraße wenn möglich noch in diesem Jahre auszubauen“.

Wie Herr Bültemann, den Antrag begründend, ausführt, liege die Nothwendigkeit des Ausbaues auf der Hand und sei dieselbe auch schon früher von dem Magistrate und der Versammlung anerkannt worden. Wenn man den Wagenverkehr auf der Straße einmal beobachtet habe und dazu die vielen Schulkinder bedenke, welche täglich diese Strecke zu passiren haben, dann müsse man den Ausbau derselben für dringend nöthig halten.

Der Antrag wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XXVII. Antrag Meyerhoff: Einrichtung von Innungszimmern im Demmer'schen Hause.

Der Antrag:

„Die städtischen Behörden werden ersucht, bei dem Aufbau des früheren Demmer'schen Hauses am Burgplatze darauf Bedacht zu nehmen, daß für die Innungen die zu ihren gewerblichen Sitzungen nöthigen Räume vorhanden sind“,

wird von Herrn Meyerhoff damit begründet, daß die Innungen nach ihrer neuen Organisation das Bedürfniß nach Räumen haben, in welchen sie Einzelsitzungen und größere Versammlungen abhalten können. Bei dem jetzigen unheimlichen Zustande müßten die Besprechungen in Restaurationen abgehalten werden, in denen die Theilnehmer gezwungen seien, etwas zu verzehren. In Hamburg fänden diese Sitzungen in dem Gewerbehause statt, und werde es sich bei dem Umbau des Demmer'schen Hauses wohl auch ermöglichen lassen, für diesen Zweck einige bescheidene Räume zu schaffen. Aber auch für die demnächst zu bildende Gewerbeammer, sowie für den noch einzurichtenden Arbeitsnachweis u. habe man Räume nöthig und erscheine es wohl angebracht, daß den 25 hiesigen Innungen mit ihren 4000 Mitgliedern auch Räume angewiesen würden, in denen sie ihre Sitzungen abhalten können.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutencommission zur Vorberathung.

Nachdem darauf noch mitgetheilt war, daß der Vorstand der Comenius-Gesellschaft einen Antrag auf Einrichtung von Volksbibliotheken und Lesehallen eingereicht

habe, wurden die Mitglieder der Versammlung schließlich von dem Herrn Vorsitzenden noch gebeten, das Verlassen der Sitzung vor dem Schlusse derselben ihm stets anzumelden, damit er bei Abstimmungen jederzeit genau über die Anzahl der gegenwärtigen Mitglieder informiert sei.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

B e r i c h t u n g .

In dem Berichte *N* 2 über die Sitzung vom 13. April 1899 muß es auf Seite 17, Zeile 27 v. o. heißen: „dieselben nicht stärker im Bogen ausschachte . .“

1899|1900.

. IV 4.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. Juni 1899.

Tagesordnung:

I. Antrag Lange: Umbau der Wartehalle am Kohlmarke	Seite 74
II. Antrag Lange: Bedürfnisanstalt an der Ferdinandbrücke	" 75
III. Antrag Lord: Begründung einer öffentlichen Les- und Bücherhalle	" 75
IV. Statut, betr. die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden	" 76
V. Antrag Kiefe: Instandsetzung der Höfenstraße	" 78
VI. Antrag Bültmann: Weiterer Ausbau der Bertramstraße	" 78
VII. Neuverpachtung der Fischerei in der Oster	" 78
VIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 78
IX. Beihilfe zu den Verpflegungskosten für Lungentränke	" 79
X. Ankauf eines Grundstücks an der Kreuzstraße	" 79
XI. Kosten für Straßenlaternen und Gasröhren	" 79
XII. Erwerb einer Fläche zur verlängerten Petrisstraße	" 80
XIII. Wasserclosets für zwei Bürgerschulen	" 80
XIV. Terrainaustausch an der Osterstraße	" 81
XV. Einsprachen gegen die proj. Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade	" 81
XVI. Errichtung von Wohnhäusern am Amalienplatze	" 82
XVII. Aufhebung eines Theiles der Kl. Hagenstraße	" 82

XVIII.	Project wegen Umbaues des Oſibahnhofes	Seite 83
XIX.	Antrag Müller: Verlegung des Oſibahnhofes 2c.	" 86
XX.	Brand des Karſtadt'schen Waarenhauſes	" 88
XXI.	Antrag K a t h e: Zeitgemäße Eintheilung der Feldmarken	" 95
XXII.	Anfrage L o r d: Verzögerung des Baues der Gewerbeſchule	" 95
XXIII.	Mobilienverſchaffung für das neue Stadthauſ.	" 96

Am Magiſtratstiſche die Herren Oberbürgermeiſter Bockels, Bürgermeiſter Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entſchuldigt die Herren Aßmann, Blaſius, Bührmann, Vues, Engelbrecht, Ribbentrop und Seele; ſpäter erſcheint Herr Brückmann.

Der Vorſitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächſt folgende Eingänge bekannt:

- 1) Dankſchreiben Sr. Königl. Hoheit des Regenten für die Hochdemſelben dargebrachten Glückwünſche zum Geburtstage. Das Schreiben wird herumgereicht.
- 2) Mittheilung einer Reſolution, welche von einer zu dieſem Zwecke einberufenen Verſammlung gegen die Bierſteuer gefaßt worden iſt.
- 3) Eingabe der Vereinigung Braunſchweiger Gaſtgeber, in welcher um Ab- lehnung der Bierſteuer gebeten wird. Die Schriftſtücke unter 2 und 3 werden den Acten einverleibt, um eventuell bei der etwaigen Verathung einer Bierſteuervorlage als Material dienen zu können.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Lange: Umbau der Wartehalle am Koſhmarke.

Der in der Sitzung vom 13. April 1899 geſtellte Antrag — Seite 35 des Berichts — wird von Herrn F ü d e l namens der Finanzcommiſſion zur Annahme empfohlen und zwar unter der Vorausſetzung, daß die Straßeneiſenbahn-Geſellſchaft auf jeden Anſpruch für Aufgabe des Anrechtes an dem Gebäude Verzicht leiſte. Das Gebäude ſei ſ. B. unter Weiſhülfe der Stadt erbaut worden und habe die Straßeneiſenbahn-Geſellſchaft dagegen die Verpflchtung übernommen, alljährlich 31,²⁶ M für vorzunehmende Reparaturen und 80 M für die Beleuchtung der Halle an die Stadt zu zahlen. Da die Wartehalle für die Straßenbahn jezt vollſtändig zwecklos ſei und Leßtere bei anderweiter Verwendung der Halle zu ſtädtiſchen Zwecken jährlich einen Betrag von 111,²⁶ M erſpare, ſo werde man von der Geſellſchaft auch Entgegenkommen erwarten können. Für den Umbau der Halle ſchlage die Finanzcommiſſion vor, die jezt beſtehende Bedürfnisſanſtalt für

Männer insoweit auszudehnen, als ein Theil der für Frauen getroffenen Einrichtungen hinzugezogen und die Männerabtheilung derartig eingerichtet werde, daß der ganze Raum ein Viereck bilde, in dessen Mitte die jetzige Anlage ihren Platz finde. Ferner werde gewünscht, die jetzige Wartehalle zu verkleinern und an jeder Seite drei Aborte für Frauen bezw. für Männer anzubringen, von denen je zwei freigegeben werden, während die Benutzung des dritten Abortes auf jeder Seite 10 \mathcal{M} koste. Der Einbringung eines Kostenanschlages werde entgegensehen.

Herr Lange will bemerken, daß er auf Grund der in der Finanzcommission geäußerten Wünsche eine Zeichnung angefertigt habe, welche er zur Kenntniß der Versammlung bringe. Hiernach habe das Pissoir eine wesentliche, aber nothwendige Vergrößerung erfahren und von zwei Seiten Licht, sowie noch einen Eingang erhalten, welcher die Passage erleichtere. Da die Straßenbahn kein Interesse an der Beibehaltung der Wartehalle haben könne, so würde es als Chicane ausgelegt werden müssen, wenn sie der Stadt Schwierigkeiten bereiten wollte.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf genehmigt.

II. Antrag Lange: Bedürfnisanstalt an der Ferdinandbrücke.

Wie Herr Fiedel namens der Finanzcommission berichtet, geht der ebenfalls in der Sitzung vom 13. April 1899 gestellte Antrag — Seite 35 des Berichts — dahin, den Magistrat zu ersuchen, an der Brücke bei der Ferdinandstraße eine Bedürfnisanstalt ähnlich der am Hohenthore errichteten zu erbauen. Da das Bedürfniß zur Errichtung einer solchen Anstalt an der betreffenden Stelle anerkannt worden sei, so gebe die Commission anheim, dem Antrage zu entsprechen. Ob aber die Anstalt nach dem Muster der Anstalt am Hohenthore ausgeführt, oder anders angelegt werden solle, müsse vorläufig unentschieden bleiben und eine Magistratsvorlage abgewartet werden. Die Finanzcommission glaube, daß es sich empfehlen dürfte, hier eine etwas größere Anstalt zu errichten.

Dem Antrage der Finanzcommission auf Befürwortung des Antrages Lange tritt die Versammlung bei.

III. Antrag Lord: Begründung einer öffentlichen Lese- und Bücherhalle.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff bezweckt der in der Sitzung vom 4. Mai 1899 eingebrachte Antrag — Seite 67 des Berichts — nicht direct die Einbringung einer Magistratsvorlage, sondern nur das Ersuchen an den Magistrat, dem Plane der Begründung einer solchen Halle näherzutreten, so daß der Magistrat sich noch

darüber schlüssig machen könne, ob sich die Einrichtung überhaupt empfehle, in welcher Form sie durchgeführt werden solle u. dgl. m. Die Statutencommission sei der Meinung, daß die Annahme des Antrages in dieser Form unbedenklich erfolgen könne, da das Bedürfniß nach einer solchen Lesethalle zu bejahen sei. Es erscheine wünschenswerth, daß im Interesse einer gründlichen allgemeinen Bildung derartige Bücher- und Lesethallen errichtet werden, welche ohne weitere Schwierigkeit jedem anständigen Menschen die Benutzung der ausliegenden Bücher und Journale ermöglichen. Da im Schooße des Magistrates oder einer Deputation die Angelegenheit noch weiter, namentlich auch in der Richtung erwogen werden sollte, ob die Lesethalle in directe städtische Verwaltung zu nehmen und eventuell in welchem Umfange sie einzurichten sei, so erübrige heute eine weitere Darlegung der Sache. Aus dem von Herrn Lorb zusammengebrachten umfangreichen Materiale gehe hervor, daß dieser Plan schon in sehr vielen Städten verwirklicht oder doch in der Entwicklung begriffen sei und daß derselbe überall große Sympathie finde. Die Statutencommission gebe unter diesen Gesichtspunkten anheim, dem Antrage zuzustimmen, was geschieht.

IV. Statut. betr. die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden.

Mit Rücksicht auf die zahlreichen Veränderungen, welche im Laufe der Zeit in den Verhältnissen der hiesigen Feldmarksinteressentenschaften eingetreten sind, hat der Magistrat es für angezeigt gehalten, eine vollständig neue Regelung der einschlagenden statutarischen Bestimmungen herbeizuführen. Als Ergebniß der mit den Verwaltungsdeputationen der Feldmarksinteressentenschaften gepflogenen Verhandlungen wird der Entwurf eines „Statuts, betreffend die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden in der Stadt Braunschweig“ mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt.

Wie Herr Wolff berichtet, hat dieser Entwurf bei der mit ihm in der Statutencommission vorgenommenen Prüfung zu nennenswerthen Beanstandungen keine Veranlassung gegeben. Die Commission empfehle nur, im §. 29, Absatz 3 des Entwurfes in der ersten Zeile das Wort „ihnen“ klein zu schreiben und am Schlusse des Absatzes hinter dem Worte „Firma“ noch einzuschalten „soweit nicht der erschienene Mitinhaber zur Alleinvertretung befugt ist“.

Herrn Rathe ist aufgefallen, daß der Magistrat bei dieser Gelegenheit nicht einen Antrag auf Neueintheilung der Feldmarksinteressentenschaften bei der Regierung gestellt habe, da doch jetzt eine große Masse von Leuten zu den Feldmarksgenossen gehören, welche mit den Feldmarken gar nichts mehr zu thun haben. Bei der vor ungefähr 40 Jahren vorgenommenen Neueintheilung der Feldmarksinteressentenschaften

sei Jeder als Mitglied derselben betrachtet, welcher außerhalb der Umfluthgräben Liegenschaften gehabt habe. In Folge der riesigen Ausdehnung der Stadt gehören nun heute aber viele Grundbesitzer an der Kaiser-Wilhelmstraße, der Fasanenstraße u. zu den Interessentenschaften, welche absolut kein Interesse daran besitzen; denn der Hauptgrund, welcher zur Bildung der Interessentenschaften geführt habe, sei darin zu suchen, daß diese die Wege und Gräben vor den Thoren im Stande erhalten sollten. Er möchte deshalb beantragen, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Herzoglichen Staatsministerium wegen der Neueintheilung der Feldmark-
interessentenschaften vorstellig zu werden.

Herr Stadtrath von Frankenberg möchte ersuchen, von dieser Angelegenheit nicht etwa die Genehmigung des Statutentwurfes abhängig zu machen, da es ihm nicht unbedenklich erscheine, in der von Herrn Rathe gewünschten Richtung vorzugehen. Die Mitgliedschaft in einer Interessentenschaft sei nicht etwa nur der Inbegriff von Pflichten, sondern auch, wie die Interessentenschaft Hagen gezeigt habe, von Rechten und würde das Ergebnis der Geldvertheilung hier anders ausgefallen sein, wenn man im Stande gewesen wäre, einer großen Anzahl von Mitgliedern die Mitgliedschaft zu nehmen. Darum halte er es für bedenklich, Jedem ohne seinen Willen ein Recht zu nehmen. Jedenfalls bitte er, den Antrag getrennt von dem Statutentwurf zu behandeln.

Der Antrag soll mit Genehmigung des Antragstellers als ein selbstständiger behandelt werden.

Herr Bültmann will der des Herrn Rathe entgegengesetzten Ansicht Ausdruck geben. Ein Theil der Hausbesitzer sei Eigenthümer auch von Ländereien und habe daher ein Interesse daran, daß die Wege und Gräben im Stande erhalten werden.

Herr Rathe möchte bitten, im §. 16, Absatz 4 den Betrag an einmaligen Ausgaben, über welchen der Vorstand ohne Zustimmung der Gemeindeversammlung verfügen könne, höher und zwar bis zu 300 M zu bemessen, damit nicht um eine einmalige Ausgabe über 100 M in eiligen Fällen eine Versammlung der Interessenten berufen werden müsse.

Herr Stadtrath von Frankenberg will dazu bemerken, daß der Magistrat auch nur ein Verfügungsrecht bis zu 100 M besitze und daher der Vorstand einer Feldmarksgemeinde nicht schlechter gestellt sei. Uebrigens könne Letzterer alljährlich einen Haushaltsplan aufstellen, nach dessen Genehmigung die Zustimmung zu den einzelnen Ausgabeposten nicht mehr erforderlich sei.

Herr Rathe erklärt sich hierdurch befriedigt,

und wird darauf der Statutentwurf mit den von der Statutencommission beantragten Aenderungen angenommen.

V. Antrag Rieck: Instandsetzung der Höfenstraße.

Nach dem Berichte des Herrn Bauermeister ist die Baucommission der Ansicht, daß nach der Höherlegung und Instandsetzung der Kloster- und der Hildeheimerstraße die Höfenstraße eine zu niedrige Lage besitze und Gelegenheit zu Wasseransammlungen biete. Es liege deshalb und auch mit Rücksicht auf den sehr schlechten Zustand der Straße ein dringendes Bedürfnis zu deren Instandsetzung vor und empfehle die Baucommission, dem in der Sitzung vom 4. Mai 1899 gestellten Antrage Rieck — Seite 69 des Berichts — zuzustimmen, was geschieht.

VI. Antrag Bültmann: Weiterer Ausbau der Vertramstraße.

Mit Rücksicht darauf, daß die Vertramstraße auf der Strecke zwischen der kl. Vertramstraße und der Leonhardstraße stellenweise sehr schmal sei und einen lebhaften Fußgänger- und Wagenverkehr habe, empfiehlt die Baucommission nach dem Berichte des Herrn Bauermeister den in der Sitzung vom 4. Mai 1899 — Seite 70 des Berichts — eingebrachten Antrag Bültmann gutzuheißen, welchen Antrag die Versammlung zum Beschlusse erhebt.

VII. Neuverpachtung der Fischerei in der Oker.

Der Fischhändler Stanke hat gebeten, schon jetzt eine Neuverpachtung der ihm bis zum 31. März 1900 zustehenden Fischerei in der Oker eintreten zu lassen, da er bei etwaiger Verlängerung seines Pachtvertrages beabsichtige, die Oker jetzt mit Karpfenbrut zu besetzen. Bei der daraufhin ausgeschriebenen Neuverpachtung im Wege des öffentlichen Meistgebots haben die drei höchsten Gebote abgegeben der Fischhändler Kaufsberg mit 460 M., der bisherige Pächter Stanke mit 420 M. und der Geflügelhändler Vehrens mit 300 M. Da der Höchstbietende inzwischen von der Bewerbung zurückgetreten ist, so ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß dem Fischhändler Stanke die Fischerei in der Oker auf der Strecke oberhalb der beiden Wehre am Wenden- und Petritzhore auf die sechs Jahre vom 1. April 1900 bis 31. März 1906 zum Jahresbetrage von 420 M. pachtweise überlassen werde.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Auf Antrag des Herrn Vorsitzenden werden die Gesuche von Ehlers, Höppner, Rasten, Ohlendorf und Rau um Erlaß der Steuer für einen Zieh hund

genehmigt, die Gesuche von Freiband, Henschel, Mandel und Weidemann um Erlass der Steuer für einen Wachhund aber abgelehnt. Für Hardenberg und Witz wird die Steuer wiederum auf je drei Mark festgesetzt und dem Einwohner Bloßfeld wird sie mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse erlassen.

IX. Beihilfe zu den Verpflegungskosten für Lungenkranke.

Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihm zur Pflege von nichtversicherten unbemittelten und minderbemittelten Lungenkranken in den Heilstätten der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt eine angemessene Beihilfe zu gewähren. Da der städtische Oberarmenarzt, Sanitätsrath von Holwede, dieses Gesuch warm befürwortet, so giebt der Magistrat anheim, einen Betrag von 500 M. dem Vereine für öffentliche Gesundheitspflege zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, wird die Genehmigung dieses Antrages von der Statutencommission befürwortet und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sich noch städtische Mittel finden werden, um an einzelne bedürftige Einwohner, welche die Heilstätten aufsuchen müssen, besondere Beihilfen zu gewähren.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

X. Ankauf eines Grundstücks an der Kreuzstraße.

Aus Anlaß des Ausbaues der Bürgerstraße ist von dem Grundstück N. ass. 3321 eine 2 m breite und 31,5 m lange Fläche an die Stadt abzutreten. Ein Miteigentümer des Grundstücks hat nun beantragt, dasselbe für den Preis von 21000 M. ganz anzukaufen. Bei Würdigung aller hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse ist der Magistrat zu der Ueberzeugung gekommen, daß es zweckmäßig sei, das ganze 535,5 qm große Grundstück für 21000 M. zu erwerben und giebt anheim, ihn zum Ankaufe desselben zu ermächtigen.

Wie Herr Schmidt berichtet, giebt die Baucommission anheim, dem Antrage zuzustimmen. Es sei allerdings wahrscheinlich, daß die Stadt bei dem Geschäft noch ungefähr 1600 M. zulegen werde, jedoch schaffe man durch den Ankauf auch eine Streitfrage aus der Welt, indem die Besitzer des Grundstücks für Beschädigungen desselben noch Forderungen erheben würden.

Der Ankauf des ganzen Grundstücks wird darauf beschlossen.

XI. Kosten für Straßenlaternen und Gasröhren.

Auf Vorschlag der Deputation für die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke beabsichtigt der Magistrat, 29 Candelaberlaternen mit Gasglühlicht

und 22 Candelaberlaternen zu Petroleum neu aufzustellen, sowie 10 Petroleumlaternen der Kreuzstraße zu Gasglühlicht einzurichten und 10 Laternen zu versehen. Hierzu würde ein Kostenaufwand von 6730 M erforderlich sein. Ferner bedingt die Beleuchtung der Kreuzstraße mit Gas die Legung eines 570 m langen und 80 mm weiten Eisenrohres, auch muß in der Gliesmaroderstraße die Verlängerung des Gasrohres um 200 m bei einer Weite von 150 mm in Aussicht genommen werden, wofür die anlagsmäßigen Kosten zusammen 5398 M betragen werden. Die Verwilligung dieser beiden Summen giebt der Magistrat anheim.

Die neuen Laternen sollen ihre Plätze auf folgenden Straßen erhalten: a. Gasglühlichtlaternen: Kreuzstraße, Charlottenstraße und Autorstraße je 2, Carlstraße, Gliesmaroderstraße, Altemiekring und Bohlweg je 3, Hamburgerstraße 4 und Wendenring, Helmstedterstraße, Mittelweg, Gehjofstraße, Frankfurterstraße, Elmstraße und Petritthorpromenade je 1 Laterne. b. Petroleumlaternen: Frankfurterstraße (südlich) 3, Eisenbüttlerstraße und Strecke Hennebergstraße-Eisenbahnpark je 6, sowie Madamenweg 7. Die von ihren jetzigen Standorten zu versetzenden 10 Laternen befinden sich an der Autorstraße (4), Kreuzstraße, Charlottenstraße, Eisenbüttlerstraße, Mittelweg, Gehjofstraße und Elmstraße.

Bemerkt wird noch, daß die Beleuchtung der noch nicht ausgebauten Strecke des Madamenweges mit Gas zur Zeit noch nicht angängig sei, weil vor der Legung des Gasrohres erst die Canalisirung erfolgen müsse.

Die Finanzcommission hat nach dem Berichte des Herrn Wagner die Vorlage geprüft und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr Rolke möchte zur Erwägung vorstellen, ob nicht noch eine zweite Laterne an der Ausmündung der Wendenstraße angebracht werden könnte, da die Stelle Abends sehr dunkel sei.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Ebeling und Wagner wird die Vorlage angenommen.

XII. Erwerb einer Fläche zur verlängerten Petristraße.

Zur Anlage der verlängerten Petristraße muß noch eine 4 a 45 qm große Fläche erworben werden, welche der Magistrat für den Preis von 6000 M anzukaufen ersucht.

Dem Antrage wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, stattgegeben.

XIII. Wasserclosets für zwei Bürgerschulen.

Nach dem Berichte des Schuldirectors Schaarschmidt ist die Herrichtung von Wasserclosets in den Bürgerschulen an der Leopoldstraße und am Südklinte

dringend wünschenswerth. Der Magistrat will daher diese Anlagen möglichst schon während der diesjährigen Sommerferien ausführen lassen und ersucht um Bewilligung der zu 10200 M veranschlagten Kosten.

Die Schulcommission hat die Vorlage geprüft und schließt sich derselben nach dem Berichte des Herrn Nolte an. Was die Ausführung der Arbeiten anlangt, so habe der Magistrat es für zweckmäßig gehalten, dieselbe der Direction der städt. Licht- und Wasserwerke zu übertragen, da deren Offerte, wenn auch nicht als die billigste, so doch als die vortheilhafteste anzusehen sei.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

XIV. Terrainaustausch an der Okerstraße.

Der Lotterie-Hauptcollecteur Rieck bittet, ihm von dem Hattensauer'schen Grundstücke eine Fläche ohne gegenseitige Vergütung gegen eine etwa gleich große Fläche des eigenen Grundstücks einzutauschen, um sein Grundstück rechtwinklig zur Straße gestalten zu können. Der Magistrat hält diesen Tausch bei Lage der Verhältnisse für zulässig und empfiehlt, dem Gesuche zu entsprechen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, geschieht.

XV. Einsprachen gegen die proj. Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade.

Gegen die Lage und Breite der von den städtischen Behörden beschlossenen neuen Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade sind von sechs Anliegern der Wendestraße und des Nickelnkuffes Einsprachen erhoben worden. Unter diesen Einsprachen wird die von den Herren Maring und Genossen geltend gemachte seitens der städtischen Bauverwaltung zwar nicht für unbegründet gehalten, jedoch vermag der Magistrat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte der von dieser geäußerten Ansicht nicht zuzustimmen, weil das von der städtischen Bauverwaltung schon früher beantragte abweichende Project die gänzliche bezw. nahezu gänzliche Beseitigung verschiedener Grundstücke am Nickelnkuffe bedingen würde. Der Magistrat ist vielmehr der Ansicht, daß die Straßenanlage, wie sie von den städtischen Behörden beschlossen ist, den Vorzug verdiene, hält dabei aber die vom Stadtbauamte empfohlene geringfügige Verschiebung der Straße nach Westen für zulässig und ersucht, dieselbe zu genehmigen, die oben erwähnten Einsprachen aber zu verwerfen,

welchem Antrage sich die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, anschließt.

XVI. Errichtung von Wohnhäusern am Amalienplatze.

Der Bauunternehmer Weinhausen beabsichtigt, das an der Ostseite des Amalienplatzes gelegene ehemals Bierbaum'sche Grundstück mit einem großen Wohnhause zu bebauen und hat gebeten, ihm zwei 120 qm große angrenzende Flächen zum Einheitspreise von 10 M zu überlassen. Wenn nun auch der Magistrat geneigt wäre, hierauf unter gewissen Bedingungen einzugehen, so entstand doch die Schwierigkeit, daß an der Stelle eine Straße zur Begrenzung des Amalienplatzes anscheinend gar nicht vorgeesehen war. Da indessen das Bedürfnis nach einer solchen als Fortsetzung der Gartenstraße aus Verkehrsrücksichten für wünschenswerth erachtet wurde, so erschien dem Magistrate ein Entgegenkommen gegen Herrn Weinhausen umsomehr angezeigt, als die Vorschriften der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die in Rede stehende Straße bislang überall nicht für anwendbar erklärt sind. Es ist deshalb mit dem Genannten vereinbart worden, ihm die beiden obengedachten Flächen von 120 qm zu dem üblichen Einheitspreise von 5 M zu überlassen, sowie ihm aufzugeben, für das Grundstück die Beiträge zu den Kosten des Ausbaues der Amalienstraße und der Ringstraße in Höhe von 5208,92 M sicher zu stellen oder baar einzuzahlen und zu den Kosten der neu anzulegenden Straße einen festen Zuschuß von 6000 M zu leisten. Für diese Summe läßt sich ein 10,5 m breiter Straßenkörper mit gepflasterter Fahrbahn und Bordsteinen herstellen. Bei Erfüllung dieser Bedingungen wird dem Unternehmer die Befugniß eingeräumt, auf dem Grundstücke drei Einzelhäuser mit Eingängen auch an deren Westseite aufzuführen. Mit dem Bemerken, daß über das Straßenproject selbst eventuell später Entscheidung getroffen werden kann, ersucht der Magistrat, das mit Herrn Weinhausen getroffene Abkommen gutzuheißen.

Nach dem Berichte des Herrn Bültemann empfiehlt die Baucommission, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Die Vorlage wird nach einigen Bemerkungen der Herren Sander, Meyerhoff, Kiefe, Böschigt und Bürgermeister Ketemeyer angenommen.

XVII. Aufhebung eines Theiles der M. Hagenstraße.

In Folge Ausbaues des Altwiekringes und der Fasanenstraße ist die kleine Hagenstraße entbehrlich geworden und kann daher aufgehoben werden. Da indessen mit den Anliegern des südlichen Theiles der Straße, insbesondere mit dem Werfkührer Bischoff zur Zeit eine gütliche Vereinbarung nicht zu erzielen ist, so wird anheimgegeben, für jetzt nur die Aufhebung und Veräußerung der nördlichen, zwischen Berg- und Fasanenstraße gelegenen Straßenstrecke zu beschließen. Um

den Entschädigungsansprüchen der Anlieger aus dem Wege zu gehen, hat sich der Magistrat verpflichtet, denselben das verfügbare Wegeterrain zu 6 M pro qm gegen deren Verzichtleistung auf weitere Forderungen zu überlassen. Ausgenommen hiervon sind jedoch die Elpfe'schen Eheleute, deren Wohnhaus nach Aufhebung der Kl. Hagenstraße umgebaut werden mußte, weil das Grundstück nur von dieser Straße aus zugänglich war. Die für solchen Umbau aufzuwendenden Kosten sind zu 2000 M veranschlagt worden, deren Bewilligung anheimgegeben wird. Gleichzeitig ist wegen des ganzen Elpfe'schen Grundstücks eine Vereinbarung dahin zu Stande gekommen, daß für die zur Anlage der Fasanenstraße verwandte Fläche von 109 qm eine Entschädigung von rund 5000 M gezahlt und der Beitrag des Elpfe'schen Grundstücks zu den Kosten des Ausbaues der Fasanenstraße sofort geleistet wird. Auch soll das Elpfe'sche Restgrundstück mit den Gebäuden vom Hof-Dachdeckermeister Maring für 31 000 M mit der Maßgabe angekauft werden, -daß dieser den Beitrag zu den Kosten der Fasanenstraße zahlt, dagegen die erwähnten beiden Entschädigungen von 7000 M bekommt und dasjenige Terrain der Kl. Hagenstraße zum Einheitspreise von 6 M überwiesen erhält, welches dem Elpfe'schen Grundstücke zuzulegen sein würde. Durch dieses Abkommen wird die Stadt zu irgend welchen Aufwendungen von Bedeutung nicht veranlaßt, indem die obige Entschädigung von 2000 M aus dem Erlöse für das Terrain zu bestreiten ist und die erwähnten 5000 M von den Herren Maring und Wille zu zahlen sind. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, die Aufhebung der zwischen Fasanen- und Bergstraße gelegenen Theilstrecke der Kl. Hagenstraße und den abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen.

Auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, wird der Vorlage in allen Punkten zugestimmt.

XVIII. Project wegen Umbaues des Eistbahnhofes.

Die Königl. Eisenbahn-Direction in Magdeburg hat dem Magistrate ein Project wegen Umbaues des Hauptbahnhofes und Ausgestaltung des jetzigen Ostbahnhofes zum Güterbahnhofe, verbunden mit theilweiser Erweiterung bezw. Verlegung der jetzigen Gleisanlagen zur Aeußerung vorgelegt und dabei die Erwartung ausgesprochen, daß die Stadt bezw. der Staat zu dem Unternehmen einen angemessenen Zuschuß leisten werde. Nachdem im Laufe der über den Antrag geführten Verhandlungen auf entsprechenden Hinweis des Herzoglichen Eisenbahn-Commissariates anerkannt worden war, daß die Ausführung des Projectes für einzelne Straßen und die ganze südöstliche Außenstadt eine Schädigung im Gefolge haben würde, ist der Regierungsbaumeister Frühling von der Herzoglichen Bau-direction und dem Magistrate ersucht worden, ein anderes Project auszuarbeiten

in der Richtung, daß die Helmstedter Linie südlich um Richmond geführt und eine Verschiebung des Ostbahnhofes in südöstlicher Richtung vorgenommen werde. Das daraufhin ausgearbeitete Project besitzt gegenüber dem ersten Projecte folgende Vorzüge: 1. Der jetzige Ostbahnhof schnürt die südöstliche Außenstadt auf der ganzen Strecke zwischen Salzdhumer- und Helmstedterstraße ein und erschwert dadurch eine Aufschließung des jenseits des Ostbahnhofes gelegenen Terrains. 2. Da nach dem ersten Projecte die Helmstedter Linie zwischen dem Streitberge und dem Centrafriedhofe hindurchgeführt werden soll, so müssen die Personengleise an die Außenseite des jetzigen Ostbahnhofes gelegt werden. Eine Abzweigung der Gütergleise von den Personengleisen wird aber für unzulässig erachtet und die Herrichtung von Anschlußgleisen nach den an der Außenseite des Ostbahnhofes gelegenen, für die Errichtung gewerblicher Etablissemments sehr geeigneten Grundstücken ist daher mindestens mit großen Schwierigkeiten verbunden. 3. Bei Ausführung des neuen Projectes wird vermieden: a. die beabsichtigte Aufschüttung der Helmstedterstraße vom Marienstifte bis an die dem Centrafriedhofe gegenüber gelegenen bebauten Grundstücke; b. die unvermeidliche theilweise Verlegung und Erhöhung des Rautheimer Weges und der Ackerstraße; c. die geplante Unterführung der Salzdhumerstraße, bei der die jenseits des jetzigen Bahnüberganges liegenden Privatgrundstücke hoch über dem künftigen Straßenkörper liegen würden, während die Salzdhumerstraße selbst einen Hohlweg bilden würde; d. die geplante Erweiterung des jetzt schon störenden Ueberganges über die Wolfenbüttlerstraße und e. die den Verkehr störende und gefährdende Durchschneidung der Frankfurterstraße durch mehrere von einander getrennt und in Straßenhöhe liegende Gleise. Das neue Project bietet außerdem den Vortheil, daß nicht nur das ganze Terrain des jetzigen Ostbahnhofes dem Verkehre erschlossen und eine Ausdehnung der Stadt in fraglicher Gegend ermöglicht, sondern auch durch das Freiwerden der jetzigen Helmstedter Linie die Möglichkeit geschaffen wird, eine vom Riddagshäuserwege bis zur Frankfurterstraße reichende breite Verkehrsstraße anzulegen, die andernfalls kaum herzustellen sein möchte. Der einzige, mit dem neuen Projecte verbundene Nachtheil besteht in der Hinausschiebung des Güterbahnhofes um 600 bis 800 m.

Die königliche Eisenbahn-Direction in Magdeburg hat das neue Project für ausführbar erklärt und dasselbe dem vorgesetzten Minister vorgelegt. Bevor über dasselbe und über die Kostenfrage endgiltig entschieden wird, muß es eingehend durchgearbeitet und veranschlagt werden. Die dadurch bedingte Verzögerung des dringend gebotenen Umbaues des Hauptbahnhofes erscheint zwar bedauerlich, ist aber durch die hiesige Stadtverwaltung nicht verschuldet und Letztere jedenfalls nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, für eine eingehende Prüfung und eventuell für Ausführung des neuen Projectes ungeachtet der dadurch bedingten Verzögerung ein-

zutreten. Die hiesige Handelskammer, um Begutachtung des neuen Projectes in Bezug auf die dabei in Betracht kommenden wirthschaftlichen und Verkehrsfragen ersucht, befürwortet dasselbe mit dem Vorbehalte, daß für die Nachtheile, welche die Hinausschiebung des Güterbahnhofes für manche Gewerbetreibende im Gefolge haben werde, ein angemessener Ausgleich durch den Ausbau des Westbahnhofes, Herrichtung angemessener Zufuhrwege, Beibehaltung der bestehenden Anschlußgleise und der bahnsseitig bislang erhobenen Zu- und Abfuhrkosten, sowie durch Beibehaltung des Eilgutverkehrs auf dem Personenbahnhofe und die Einrichtung eines solchen auf dem Güterbahnhofe angestrebt werden müsse. Der Magistrat hält diese Vorbehalte für völlig gerechtfertigt und wird bei den späteren Verhandlungen die Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche anzustreben suchen. Indem der Magistrat annimmt, daß die für die Ausarbeitung des neuen Projectes entstandenen Kosten von der Stadt zur Hälfte werden übernommen werden und die Versammlung sich auch mit der Zuziehung des Regierungs-Baumeisters Frühling als Beirath zu den künftigen Verhandlungen einverstanden erkläre, wird dieselbe um eine gutachtliche Aeußerung über das neue Project, vorbehaltlich der Kostenfrage, ersucht.

Die Vorlage ist von der Statutencommission vorberathen worden und empfiehlt dieselbe nach dem Berichte des Herrn Brückmann, dem vorgelegten Projecte zugestimmen. Wenn die Verhandlungen über diese Angelegenheit wegen ihrer langen Dauer auch schon manches Wort des Unwillens hervorgerufen haben, so könne man sich doch freuen, daß das neue Project noch aufgetaucht sei, da der Ausbau des Ostbahnhofes an seiner jetzigen Stelle sowohl den Verkehr, als auch die Stadt schwer geschädigt haben würde. Der Ostbahnhof habe den weiteren Ausbau der Stadt im Osten ungemein beengt und die Industrie würde sich auch jenseits des ausgebauten Ostbahnhofes nicht erheblich entwickeln können, weil man beabsichtigt habe, die Personengleise nach der Südseite desselben zu verlegen und es den südlich des Ostbahnhofes etwa angelegten Etablissements dann nicht möglich gewesen wäre, Anschlußgleise zu erhalten, indem diese bekanntlich Personenzugsgleise nicht durchkreuzen dürfen. Durch die Helmstedter und die Hannoversche Bahnlinie werden in ihrer jetzigen Lage vier gefahrbringende Uebergänge über sehr frequente Heerstraßen geschaffen, welche theilweise auch schon in der Versammlung einer scharfen Besprechung unterzogen seien und die durch eine Hinauslegung des Ostbahnhofes nach Südosten vermieden oder doch mit geringen Mitteln weniger gefahrdrohend gestaltet werden können. Bei der Durchführung des neuen Projectes würde das Bahngleis der Harzburger Linie für den Güterverkehr hinter dem Kennel nach Osten abbiegen, die Wolfenbüttler- und Salzdhäumerstraße durchschneiden und zwischen der Eisenbahn-Signalsbauanstalt und dem neuen Exercierplatze, sowie südlich der Moritzburg in die Helmstedter Linie einmünden.

Auch die Bahnlinie von Gifhorn würde von der Brücke bei Riddagshausen ab sich mehr nach Osten zu wenden und hinter der Rückenburg durchgeführt werden. Der Platz des Ostbahnhofes selbst würde zwischen die Signalbauanstalt und den neuen Exercierplatz zu liegen kommen und eine Größe von etwa 56 ha erhalten, während das bisherige Terrain des Ostbahnhofes etwa 41 ha umfasse. Da nun die Stadt nach der in der Magistratsvorlage enthaltenen Begründung große Vortheile aus der Verschiebung des Ostbahnhofes ziehen werde, so bitte die Statutencommission die Versammlung, ihr Gutachten dahin abzugeben, daß der Magistrat ersucht werde, bei den zu führenden Verhandlungen für die geplante Verlegung des Ostbahnhofes in südöstlicher Richtung eintreten zu wollen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XIX. Antrag Müller: Verlegung des Ostbahnhofes :c.

Der in der Sitzung vom 4. Mai 1899 gestellte und begründete Antrag — Seite 68 des Berichts — hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei der königlichen Eisenbahn-Direction in Magdeburg vorstellig zu werden, das Project der Verlegung des Ostbahnhofes und damit die Beseitigung der Schranken an dem Bahnübergange der Helmstedterstraße schleunigst zur Ausführung zu bringen;

ferner zu beantragen, daß zur größeren Sicherheit für die den betreffenden Bahnübergang passirenden Züge, Fußgänger und Wagen bis zur Ausführung des Projectes in kürzester Zeit noch ein zweiter Wärter angestellt werde“.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, ist der Antrag in der Finanzcommission vorberathen worden und ist dieselbe der Ansicht, daß dessen erster Theil durch die Verhandlung und Beschlußfassung bei dem Punkte XVIII der Tagesordnung seine Erledigung gefunden habe und nicht weiter in Betracht komme. Was den zweiten Theil des Antrages betreffe, so sei ihm von den zuständigen Herren der Staatseisenbahn-Verwaltung auf entsprechende Anfrage erklärt worden, daß weder in der ganzen preussischen Monarchie, noch in ganz Deutschland jemals eine Einrichtung getroffen sei, nach welcher sich zwei Wärter gegenseitig überwachen sollen. Von einem moralischen Verschulden der Staatseisenbahn-Verwaltung könne in dem Falle, welcher die Veranlassung zu dem Antrage gegeben habe, überhaupt nicht die Rede sein, da es sich bei dem Wärterposten an der Helmstedterstraße um einen so einfachen Dienst handle, daß jeder einzelne Wärter in der Lage sei, für die Sicherheit des Betriebes und des Verkehrs an jener Stelle

aufzukommen, namentlich da 20 m von der Uebergangsstelle ein Weichenthurm stehe, aus dem im Falle plötzlicher Behinderung des Wärters leicht Hülfe herbeigeholt werden könne. Der gerügte Fall beruhe auf einer Saumseligkeit des Wärters, für welche derselbe bestraft worden sei, und für die außer dem Wärter Niemand verantwortlich gemacht werden könne. Es sei unmöglich, an jener Stelle noch größere Schutzvorrichtungen anzuordnen und auch die Versammlung werde nicht so weit gehen wollen, etwas zu verlangen, was man vernünftigerweise von keinem Menschen und keiner Behörde verlangen könne. Letztere müsse sich darauf verlassen, daß jeder Beamte seine Schuldigkeit thue und könne für ein Versehen desselben nicht verantwortlich gemacht werden. Die Finanzcommission beantrage deshalb, über den zweiten Theil des Antrages zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Müller ist mit den Ausführungen des Referenten im Allgemeinen einverstanden, muß aber bestreiten, daß die Staatseisenbahn-Verwaltung in dem betreffenden Falle kein Vorwurf treffe. Die verschiedenen an der Stelle schon vorgekommenen Unfälle hätten die Verwaltung wohl veranlassen können, größere Sicherheitsvorrichtungen zu treffen, zumal da verschiedentlich dort Menschenleben in Gefahr gebracht seien und schon vor vier Jahren von ihm auf die Gefährlichkeit des Ueberganges hingewiesen worden sei, ohne daß die Verwaltung auch nur die geringste Besserung eingeführt habe. Wenn nur einem einzigen Menschen die Ueberwachung einer so gefährlichen Stelle übertragen sei, so biete das nicht die Sicherheit, als wenn noch ein zweiter Beamter in Bereitschaft stehe. Im Uebrigen halte er den Zweck seines Antrages für erreicht, wenn die Staatseisenbahn-Verwaltung durch die Verhandlung veranlaßt werde, die städtischen Behörden nicht mehr über die Schulter anzusehen, und die Wärter anzuweisen, ihre Schuldigkeit zu thun.

Herr Löschigk möchte bei dieser Gelegenheit anregen, auch der Landeseisenbahn aufzugeben, innerhalb des Stadtgebietes die Wegenübergänge mit Schranken zu versehen, damit Unfälle wie der bei der Mühlenbauanstalt von Amme, Giesecke & Konegen, welchem zwei Pferde zum Opfer gefallen seien, vermieden würden.

Auf den Vorhalt des Herrn Vorsitzenden, daß dieses nicht zu dem vorliegenden Punkte des Tagesordnung gehöre, bemerkt Redner, daß er durch seine Ausführungen nur die Berechtigung des Müller'schen Antrages habe beweisen wollen. So gut jeder Bürger die Verantwortung für seine Leute trage, müsse auch die Eisenbahn-Verwaltung für ihre Angestellten eintreten. Der Uebergang an der Helmstedterstraße sei auch für einen Mann viel zu

frequent und wenn dort zwei Beamte postirt wären, könne nicht so leicht einer davon einschlafen.

Herr Rathe glaubt, daß man Herrn Müller für seinen Antrag nur dankbar sein könne. Es sei ihm aufgefallen, daß Herr Hauswaldt der Sache so zahm gegenüberstehe, da doch der Uebergang mehr als gefährlich sei und man mindestens den Magistrat auffordern müsse, für die Einstellung eines zweiten Wärters energisch einzutreten. Man dürfe hiermit nicht warten, bis der Ostbahnhof hinausgelegt sei, denn das könne noch 3—4 Jahre dauern, sondern man müsse fordern, daß an dieser höchst gefährlichen Stelle zwei Wärter postirt werden, damit den Passanten die höchstmögliche Sicherheit geboten sei.

Herr Hauswaldt will erwidern, daß man nicht immer wild sein könne und es auch einmal zahme Stadtverordnete geben müsse. Er sei sehr dafür eingenommen, das Recht der Mitbürger zu schützen, aber er halte es nicht für richtig, Beschlüsse zu fassen, denen keine Folge gegeben werden könne. Der Uebergang sei nicht so gefährlich, um dort zwei Wärter postiren zu müssen, zumal der Wärter mit einer Handbewegung beide Schlagbäume schließen könne. Wenn der Mann seine Schuldigkeit thue, so sei keine Gefahr vorhanden, erfülle er aber seine Pflicht nicht, so sei selbstverständlich die Eisenbahn-Verwaltung für den von ihm verschuldeten Schaden haftbar, jedoch könne sie nicht auch moralisch für das Versehen eines ihrer Unterbeamten verantwortlich gemacht werden. Gebe man die Möglichkeit zu, daß einmal ein Beamter seine Pflicht nicht thue, so liege auch die Möglichkeit vor, daß einmal zwei Beamte ihre Pflicht nicht thun, indem sich der Eine auf den Anderen verlasse. Man sei also derartigen Gefahren immer ausgesetzt, könne aber andererseits auch stets voraussetzen, daß die Eisenbahn-Verwaltung ihre Schuldigkeit thun werde, um ein Unglück zu verhüten und zwar schon aus dem Grunde, weil sie ganz enorme Verpflichtungen eingehe, wenn Jemand durch einen Eisenbahnzug verlegt werde oder zu Grunde gehe. Deshalb bitte er, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen,
was von der Versammlung beschlossen wird.

XX. Brand des Karstadt'schen Waarenhauses.

Vor Eintritt in die Besprechung bemerkt der Herr Vorsitzende, daß ein Antrag des Herrn Rathe vorliege, den Gegenstand in vertraulicher Sitzung zu behandeln. Es empfehle sich indessen seiner Meinung nach, denselben in breiter Öffentlichkeit zu besprechen und die Mittheilungen des Herrn Referenten zu gewärtigen, weil die Bürgerschaft sonst nicht einmal die Gründe kennen lerne, welche zu der vertraulichen Behandlung des Gegenstandes geführt haben. Sollte sich im

Laufe der Besprechung herausstellen, daß eine weitere Verhandlung in vertraulicher Sitzung angezeigt erscheine, könnte der Antrag auf vertrauliche Berathung leicht wiederholt werden.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Wie Herr Wolff Namens der Statutencommission ausführt, hat der Magistrat Veranlassung genommen, einen Bericht des Kreisbranddirectors Röttcher über das Brandunglück einzuholen und diesen Bericht der Versammlung zur vorläufigen Kenntniznahme unter einstweiligem Vorbehalt von Vorschlägen zu unterbreiten. Die Versammlung stehe dem furchtbaren Brandunglücke nicht nur mit großer menschlicher Theilnahme gegenüber, sondern es werde das pflichtmäßige Interesse derselben noch in doppelter Beziehung in Anspruch genommen, indem sie sich die Frage vorzulegen habe, ob die städtische Feuerwehr ihre Schuldigkeit gethan habe und ob einerseits die Einrichtungen der Feuerwehr, andererseits die haupolizeilichen Vorschriften für die großen Gebäude genügen, oder verbesserungsfähig erscheinen.

Was die erste Frage anlange, ob die Feuerwehr pflichtgemäß und sachgemäß verfahren sei, so sei die Angelegenheit durch die Verhandlungen des Landtages und durch Artikel der Presse genügend behandelt und aufgeklärt worden und zwar in der Richtung, daß anerkannt werden müsse, daß die Feuerwehr ihre Pflicht im vollen Maße gethan habe, sachgemäß verfahren und rechtzeitig zur Stelle gewesen sei. Da eine Verlesung des Berichtes nur zur Ermüdung der Versammlung führen würde, so habe die Statutencommission beschlossen, den Bericht auf den Tisch des Hauses niederzulegen und dadurch jedem Stadtverordneten Gelegenheit zu geben, davon Einsicht zu nehmen. Wenn er vorhin gesagt habe, es sei durch die Verhandlungen im Landtage und durch die Presse genügend klar gestellt, daß die Feuerwehr ihre Schuldigkeit gethan habe, so möchte er zum weiteren Beweise dessen auf das vorliegende Material verweisen, außerdem aber besonders hervorheben, daß nach Lage der Sache zur Rettung der verunglückten Mädchen nichts habe geschehen können. In dem Berichte des Kreisbranddirectors sei in überzeugender Weise dargelegt worden, daß unter den besonderen Verhältnissen es nicht möglich gewesen sei, sich von dem Vorhandensein der Mädchen in dem brennenden Hause Kenntniß zu verschaffen und daß, selbst wenn man das Vorhandensein der Mädchen gekannt hätte, mit höchster Wahrscheinlichkeit keine Möglichkeit gewesen wäre, dieselben zu retten, auch wenn man das Sprungtuch hätte benutzen können. Vor der Benutzung desselben wäre nämlich die Niederlegung einer ziemlich hohen Planke erforderlich gewesen und außerdem hätte sich dann unter dem Sprungtuche ein massiver Sockel befunden, der eine Zerschmetterung der unglücklichen Mädchen verursacht haben würde, wenn sie das Sprungtuch benutzt hätten.

Sinsichtlich des zweiten Punktes: Bieten unsere feuerpolizeilichen Einrichtungen und unsere baupolizeilichen Vorschriften für die großen Waarenhäuser Veranlassung, mit Verbesserungen vorzugehen? sei in ersterer Beziehung im Landtage unter Anderem zur Sprache gebracht worden, daß die Herzogliche Landesregierung nicht abgeneigt sein würde, zur Anschaffung einer zweiten Dampfspritze Mittel bereit zu stellen. Ob die Beschaffung einer solchen nöthig sei, lasse sich nicht ohne Weiteres entscheiden, jedoch habe er die Pflicht, hervorzuheben, daß die Versammlung zu dem Magistrate vertraue, derselbe werde, wenn solche Beschaffung nach gründlicher Sachuntersuchung erforderlich sein sollte, den Wink der Regierung verstehen und eine zweite Dampfspritze beschaffen. Im Uebrigen seien die Einrichtungen der Feuerwehrr nicht zu beanstanden, sondern, soweit man das nach dem vorgelegten Materiale beurtheilen könne, in jeder Beziehung als gute zu bezeichnen. Was nun den Hauptpunkt betreffe, ob es sich empfehle, baupolizeiliche Vorschriften zur Erhöhung der Sicherheit von Waarenhäusern einzuführen, so lasse sich nicht leugnen, daß dieser Punkt, welcher nach der Erklärung eines Magistratsmitgliedes demnächst noch zu einer Vorlage führen werde, die eingehendste Prüfung erfordere. Hierbei werde Jeder die Ueberzeugung gewinnen, daß an den Einrichtungen der Waarenhäuser mancherlei zu ändern sei. Wer aber einmal in die Interessentenkreise hineingegangen sei, der werde die Empfindung gewonnen haben, daß in den Kreisen dieser Herren angesichts der sehr energischen Auslassungen von Landtagsabgeordneten, der Presse und nicht an letzter Stelle des Herrn Geheimerath Hartweg vielfach die Besorgniß vorhanden sei, es könnte mit den zu erlassenden Bestimmungen vielleicht zu weit gegangen werden. Insbesondere habe sich die Befürchtung eingeschlichen, als ob man an maßgebender Stelle bestrebt sein könnte, jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Bequemlichkeit und des Comfortes der Einrichtung und Ausstattung der Geschäftshäuser einzudämmen und bei dem Bemühen auf Verminderung der Feuergefahr Anforderungen an die Zugänglichkeit und Feuericherheit der modernen Waarenhäuser zu stellen, welche besser zu vermeiden sein würden und die bei Abwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse auch unnöthig seien, kurz, man hege die Befürchtung, daß bei der Verhütung von Feuers- und Explosionsgefahr die berechtigten Interessen der Industriellen nicht genügend gewahrt werden könnten. Diese Befürchtung sei aber grundlos. Man dürfe zu der Regierung und dem Magistrate das Vertrauen haben, daß Abänderungsvorschläge zur Bauordnung zc. nur nach Benehmen mit auswärtigen Regierungen und Autoritäten zur Vorlage kommen werden, so daß ein etwa herauszugebendes Statut nicht eine Specialität für Braunschweig bilden, sondern mit den berechtigten Interessen der Betheiligten im ganzen deutschen Reiche, überhaupt in allen civilisirten Staaten im Einklange stehen werde. Wie aus dem Berichte des Kreisbranddirectors hervorgehe, haben sich Vertreter des Senates und der Baupolizei in Hannover, der Feuerwehren

in Köln, Hamburg und Dresden, sowie der Baupolizei- und Ingenieurabtheilung in Hamburg zum Studium des außergewöhnlichen Brandes hier eingefunden und sich sowohl der vorerwähnten Annahme hinsichtlich des Todes der Mädchen, als der Ursache des Brandes (Kurzschluß) in Uebereinstimmung mit den Anschauungen des Kreisbranddirectors befunden. Die erwähnten auswärtigen Vertreter seien auch der Ueberzeugung gewesen, daß in baupolizeilicher Beziehung wie in Bezug auf die Bekämpfung des Feuers nach dem Stande der hiesigen gesetzlichen und statutarischen Baubestimmungen, bezw. der Lösch- und Rettungsarbeiten Alles geschehen wäre, was gefordert werden könnte. Sämmtliche Herren haben allerdings der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man gegen den feuergefährlichen Typus der modernen Kauf- und Waarenhäuser, wie er sich in allen Großstädten nach und nach herausgebildet habe, schärfere Bestimmungen brauche, und bezeichneten es ausdrücklich als den Zweck ihres Hierseins, in dieser Beziehung Material zu sammeln, um auf Grund desselben je nach ihren Wirkungsfreien zur Vervollständigung der einschlägigen Bestimmungen beitragen zu können. Hieran anschließend habe Herr Röttcher den Entwurf einer entsprechenden statutarischen Bestimmung aus Hamburg, sowie die Berliner Polizeiverordnungen, betr. außerordentliche Anlagen und innere Einrichtungen von Theatern, Circusgebäuden und öffentlichen Versammlungsräumen vom Jahre 1891 vorgelegt und dazu eigene Vorschläge gemacht. Auch der Gewerberath Spamann sei von der Regierung beauftragt worden, in Gemeinschaft mit dem Kreisbauinspector Lieff entsprechende Vorschläge auf Aenderung der Bauordnung zu machen. Im Namen der Statutencommission gebe er nun anheim, zu vertrauen, daß die maßgebenden Organe bei Aufstellung von Vorschlägen in Bezug auf die Sicherheit in großen Waarenhäusern nicht einseitig vorgehen werden. (Beifall.)

Herr Oberbürgermeister Pockels will dazu bemerken, daß der Magistrat wohl vorausgesetzt habe, es würden den Mitgliedern der Versammlung die in der Landesversammlung stattgehabten Verhandlungen, insbesondere auch die vom Ministertische aus gegebenen Erklärungen bekannt sein, daß er aber gleichwohl geglaubt habe, der Versammlung den Bericht des Kreisbranddirectors schon jetzt vorlegen zu sollen und zwar einmal in der Hoffnung, daß auch von dieser Stelle aus anerkannt werden würde, wie die Feuerwehr mit Umsicht und Kraft ihre Schuldigkeit gethan habe, sodann aber auch, um der Versammlung noch einmal die Versicherung zu geben, daß der Magistrat nichts, was in seinen Kräften stehe, unterlassen werde, um der Wiederkehr solcher Unglücksfälle vorzubeugen. Wenn auch augenblicklich noch die Unterlagen dazu fehlen, so seien doch recht bald Regierungsvorlagen zu erwarten, welche geeignet seien, Gemeinden und Polizeibehörden die Möglichkeit zu gewähren, für die bauliche Einrichtung von solchen Gebäuden eine größere Sicherheit zu schaffen und über dieselben eine dauernde Controlle zu führen.

Herr Rathe ist durch die Ausführungen des Herrn Referenten und die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters wohl befriedigt, hält es aber angesichts der in Aussicht gestellten Vorkehrungen zum Schutze von Publicum und Angestellten in großen Waarenhäusern für erforderlich, zu untersuchen, ob die städtische Feuerwehr auch schlagfertig genug sei und allen Anforderungen genüge. In dieser Beziehung seien ihm einige Bedenken aufgestoßen, indem er glaube, daß die jetzige Feuerbereitschaft zu klein sei und um ein Viertel der Mannschaft verstärkt werden müsse. Außerdem halte er es für nothwendig, noch ein weiteres Depot zu errichten, zumal das Depot an der Münzstraße für schnelle Abfertigungen sehr ungünstig liege, indem die Geräthe besser zur Hand sein und die Geschirre gleich auf die Pferde fallen müßten, um ohne Zeitverlust ausrücken zu können. Dazu müßten auch Vorkehrungen getroffen werden, daß bei dem Brande von 4—5stöckigen Häusern die Geräthe als ausreichend zu erachten seien. Ferner sei er der Ansicht, daß der Brandmeister und dessen Feldwebel bei der Straßenreinigung nicht weiter beschäftigt werden dürfen, damit sie jederzeit, also namentlich auch Nachts zur Hand sein könnten. Die Beamten und Mannschaften der Feuerwehr, einschließlich der Kreisbranddirector, müßten einzig und allein in diesem Berufszweige beschäftigt und von jeder anderen Thätigkeit entbunden werden. Aus allen diesen Gründen bitte er, ihm zuzustimmen, daß die Berufsfeuerwehr verstärkt und schlagfertiger gemacht werde, während es ihm zweifelhaft erscheine, ob eine zweite Dampfspritze nöthig sei, da es für diese leicht an Wasser fehlen könne. Auch halte er es für angezeigt, daß bei den Uebungen der Feuerwehr die Mannschaft nicht vollzählig ausrücke, sondern eine Feuerbereitschaft auf dem Depot verbleibe.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte seine Mittheilungen noch dahin ergänzen, daß nach jedem größeren Brande, also auch nach diesem Feuer eine Versammlung der Führer der Feuerwehr stattgefunden habe, um den Brand selbst zu besprechen, die gesammelten Erfahrungen zu überlegen und zu prüfen, ob und in welcher Richtung etwa Vorschläge zu einer veränderten Organisation der Feuerwehr zu machen seien. Da eine Mittheilung über den Erfolg der stattgehabten Berathung an den Magistrat noch nicht gelangt sei, so bitte er, mit etwaigen Aenderungsvorschlägen zu warten, bis der Magistrat den Bericht erhalten habe und mit demselben vor die Versammlung trete.

Herr Brückmann vermißt in den bisherigen Ausführungen einen Hinweis darauf, daß die von der Landesbrandversicherungsanstalt vorgeschriebene Controle der elektrischen Anlagen bis jetzt unterblieben sei, da gerade hierin die Hauptgefahr liege. Man müsse Einrichtungen treffen, nach welchen eine Weiterverbreitung des Feuers bei eintretendem Kurzschluß unmöglich sei, da so mangelhafte Anlagen wie die im Karstadt'schen Geschäfte noch mehrere in der Stadt vorhanden sein können.

An den Magistrat richte er die Bitte, diesen Punkt bei der Landesbrandversicherung und dem Ministerium zur Sprache zu bringen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß dieser Gegenstand einen Hauptpunkt der bisher schon gepflogenen Verhandlungen bilde.

Herr Böschigt ist der Ansicht, daß die Ursache des Brandes bei Karstadt, also der Kurzschluß, in Zukunft ganz vermieden werden müsse und dieses sich nur durch fortgesetzte Controle erreichen lasse. Auch mit der Legung der Gasleitung müßte sorgfältiger verfahren werden, indem nur die städtische Gasverwaltung befugt sein dürfte, auch innerhalb der Gebäude die Röhren zu verlegen. In anderen Städten fordere man, daß nur eiserne, durch Luftdruck auf ihre Dichtigkeit geprüfte Röhren zur Gaszuführung verwendet werden, welche Vorschrift auch hier angebracht sein würde. Zweckmäßig würde es ihm erscheinen, wenn eine gebiegene Kraft schon jetzt mit der Prüfung der vorhandenen elektrischen Anlagen beauftragt werde, da sonst jeden Tag ein ähnlicher Fall wie bei Karstadt vorkommen könne.

Herr Baumeister muß sich wundern, daß das Obercommando der Feuerwehr noch nicht eine Erhöhung der Pferdebereitschaft, welche dringend nötig sei, beantragt habe. Die vier für die Feuerwehr bereitstehenden Pferde brächten die nothwendigsten Geräthe der Berufsfeuerwehr wohl zur Stelle, müßten aber alle anderen Geräthe nachholen, während die durch die Sturmglocken zusammengerufenen Mannschaften der Turnerfeuerwehr auf die Pferde aus dem Depot an der Taubenstraße zu warten hätten. Letztere seien natürlich in Folge der zurückgelegten großen Entfernung so erschöpft, daß sie nicht in dem gewünschten schnellen Tempo sich mit der Spritze fortbewegen könnten. Deshalb bitte er, die Pferdebereitschaft gleich jetzt wenigstens um zwei Pferde zu erhöhen, wie dies auch schon früher einmal von der Führerschaft der Feuerwehr beantragt worden sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte auf die letztere Aeußerung bemerken, daß allerdings vor längerer Zeit Anträge in Bezug auf Aenderungen in der Pferdebereitschaft von den Führern der Feuerwehr gestellt seien, daß indessen der Magistrat im Einverständniß mit der Versammlung damals eine Aenderung nicht für nötig gehalten habe. Weitere Anträge seien dem Magistrate nicht zugegangen.

Herr Koch will an der Hand von ihm gewordenen Mittheilungen darauf hinweisen, daß eine Vermehrung der Feuerwehrmannschaften nicht so nötig sei, wie die Beschaffung besserer Spritzen für die Pflichtfeuerwehr. Die Leute sollen sich an den alten Spritzen furchtbar abmühen müssen, ohne daß sie große Erfolge damit hätten, und es herrsche vielfach die Meinung, daß man keine Dampfspritzen mehr gebrauche, wenn man der Pflichtfeuerwehr nur gute Spritzen gebe.

Der Herr Vorziehende bittet, sich bei der Besprechung nicht in Einzelheiten zu verlieren und mit Wünschen auf Aenderung der bestehenden Einrichtungen zu warten, bis der Magistrat mit den in Aussicht gestellten Vorschlägen kommen werde.

Herr Niese ist bei dem Karstadt'schen Feuer im Gegensatz zu vielen anderen Großfeuern, z. B. auch zum Schloßbrande die außerordentlich regelmäßige und gleichzeitige Verbrennung aufgefallen, welche an der elektrischen Beleuchtungsanlage, speciell dem Kurzschlusse liegen müsse, indem dieser wie ein Blitzschlag, der Alles auf einmal entzündet, zu wirken scheine. (Widerspruch.) Es sei für ihn daher die wichtigste Frage, wie solcher Gefahr in Zukunft vorgebeugt werden könne und glaube er, daß Jeder einen Schauer vor der elektrischen Beleuchtung erhalten habe. In der elektrischen Anlage bei Karstadt sei kein Fehler zu finden gewesen, indem auf alle halbe Meter eine Bleisicherung gesetzt habe und an verschiedenen Stellen die Glasbirnen nach dem Feuer noch ganz gewesen seien. Wenn nun in der Presse gesagt sei, man hätte die das Rettungswesen hindernde Planke mit einigen Artzweigen beseitigen sollen, so habe das Jemand geschrieben, der es nicht verstehe, denn solche kräftige, hohe Planken lassen sich nicht so leicht entfernen. Die Hauptschuld bei diesem Brandunglück liege darin, daß die Bediensteten in dem Hause nicht bescheid gewußt und die Ausgänge nicht gekannt haben; deshalb müßte jeder Geschäftsinhaber verpflichtet werden, seinen Leuten bezüglich Instruktionen zu erteilen und diese allwöchentlich zu wiederholen, dann ließe sich in Zukunft ein solches Unglück vermeiden. Dagegen habe Niemand ein Recht, diesen Fall dahin auszunutzen, daß die Bauordnung noch weiter eingeschränkt werden solle, indem z. B. die zu bebauende Grundfläche verkürzt werde u. dgl. Wenn man in einem solchen Gebäude genug Ausgänge besitze, die stets functioniren, so ließe sich ein derartiges Unglück vermeiden und hoffe er, daß die Erfahrungen, welche hier auch von den außenstädtischen Vertretern gesammelt seien, Veranlassung zur Besserung dieser Verhältnisse bieten werden. Das Gebäude des Karstadt'schen Waarenlagers sei ursprünglich nicht einmal zu einem Waarenhause bestimmt gewesen, sonst würde man die Bauerei mit den niedrigen Kellern zc. gar nicht zugelassen haben. Wie groß die Verbrennung und Explosionsfähigkeit gewesen, beweise der Umstand am besten, daß die dicken Sandsteinpfeiler im Keller stärker vom Feuer mitgenommen seien, als die eisernen Träger oben im Gebäude. Es müsse den Technikern überlassen bleiben, die durch den Kurzschluß entstehende große Gefahr nach Möglichkeit zu beseitigen.

Herr Niese hätte gewünscht, man wäre dem Antrage Rathe gefolgt und hätte diesen Gegenstand in vertraulicher Sitzung behandelt, da dann Sachen zur Verhandlung gekommen wären, welche jetzt unterdrückt werden. Aber einen Punkt möchte er doch erwähnen, daß nämlich die erste der schweren Spritzen erst um 8¼ Uhr von Menschenhand gezogen zur Brandstelle gebracht sei, daß man also dem Anscheine nach Pferde nicht rechtzeitig zur Verfügung gehabt habe. Dieser Punkt bedürfe nothwendig der Abänderung.

Herr Böschigt bedauert, daß man der elektrischen Anlage die Schuld an dem Unglücke geben wolle und das Publicum durch solche Ansicht beunruhige. (Widerspruch). Wenn eine elektrische Anlage ordnungsmäßig gemacht sei, so könne überhaupt nichts passiren. Die Furcht gehe so weit, daß kürzlich ein Miether seinem Hauswirth erklärte habe, sofort ausziehen zu wollen, wenn eine elektrische Anlage in das Haus käme. Es gehe aber mit der elektrischen Anlage wie mit der Gasleitung, wenn aufgepaßt würde, könne nichts passiren.

Herr Rath zieht seinen Antrag vorläufig zurück und will denselben eventuell erst wieder einbringen, wenn der Magistrat den Bericht der Führer der Feuerwehr vorlege.

Die Besprechung ist damit erledigt.

XXI. Antrag Rath: Zeitgemäße Eintheilung der Feldmarken.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, bei dem Herzoglichen Staats-Ministerium den Antrag auf eine neue zeitgemäße Eintheilung und Begrenzung der Feldmarken der Stadt Braunschweig zu stellen“,

wird als genügend begründet erachtet (siehe Punkt IV der Tagesordnung, Seite 76 des Berichts) und, nach ausreichender Unterstützung, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXII. Anfrage Lord: Verzögerung des Baues der Gewerbeschule.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist es zutreffend, daß die baldige Inangriffnahme des Baues einer städtischen Gewerbeschule neuerdings wieder in Frage gestellt ist?“

führt Herr Lord aus, daß es wohl Jeden mit Freude erfüllt habe, den Ansatß von 100000 M als erste Baurate für eine städtische Gewerbeschule in dem diesjährigen Haushaltsplane zu finden, da die Verhältnisse dieser Schule dringend der Besserung bedürfen. Nun circulire aber ein Gerücht, nach welchem wegen anderweiter Inanspruchnahme des vorgesehenen Bauplatzes von dem Bau der Gewerbeschule vorläufig Abstand genommen werden solle, und möchte er den Magistrat um Auskunft bitten, ob das Gerücht begründet sei.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, der Magistrat habe durch Einstellung von 100000 M in den Etat und durch die zugehörige Bemerkung in dem Begleitschreiben zum Etat deutlich zu erkennen gegeben, daß er die Errichtung

eines einheitlichen Gebäudes für die Gewerbeschule für ein dringendes Bedürfnis erachte. Das von der städtischen Bauverwaltung daraufhin ausgearbeitete Project sei nun dahin gegangen, die Kasernencaferne auszubauen und ihr einen Neubau nach der Ritterstraße hin und von dieser aus zugänglich beizugeben, welcher eine Verbindung mit dem Hauptgebäude haben solle. Nach Eingang und Berathung dieses Projectes habe dann die städtische Bauverwaltung aus Anlaß eines vom Hofgeldschrankfabrikanten Lüders und Architekten Campe eingegangenen Vorschlages es für wünschenswerth erklärt, zunächst die Frage zu prüfen, ob das Schulgebäude an dieser Stelle überhaupt zu errichten sein möchte. Der schon früher eingegangene Vorschlag dieser Herren bezwecke, eine Straße von der Promenade durch das Casernengrundstück über die Ritterstraße, sodann durch das Lüders'sche Grundstück anzulegen, welche auf den Ackerhof hin münde. Die Ausführung dieses Projectes empfehle sich nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung allerdings durchaus nicht, jedoch meine Lektore, daß man sich auf die Dauer der Nothwendigkeit nicht werde verschließen können, einen weiteren Zufuhrweg von der Leonhardbrücke direct in die Stadt einzurichten, der gegenüber der engen Straße am Magnithore noch den Vortheil böte, ein nicht so großes Gefälle, welches für letztere Straße 1 : 30 betrage, zu haben. Bei Ausführung des von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Projectes lasse sich allerdings eine Straße mit einem Gefälle von nur 1 : 70 herrichten. Das Bedürfnis nach einer solchen neuen Verbindungsstraße werde sich nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung um so dringender herausstellen, je näher der Ausbau des Ostbahnhofes heranrücke. Wenn nun auch über das Project für den Bau der Gewerbeschule hätte Beschluß gefaßt werden können, so ließen sich doch auch die vorliegenden Straßenprojecte nicht ohne Weiteres von der Hand weisen, sondern hätten müssen zunächst dem Stadtbauamte zur Berichterstattung übersandt werden. So bedauerlich auch die Verzögerung des Baues der Gewerbeschule erscheine, müsse doch dieser Bericht erst abgewartet werden und werde derselbe schon in den nächsten Tagen erscheinen.

XXIII. Mobiliarbeschaffung für das neue Stadthaus.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat der Versammlung folgende Mittheilung zu machen: Die städtische Bauverwaltung habe den Magistrat um Anweisung in Bezug auf die Vergebung der Mobiliararbeiten für das neue Stadthaus gebeten und zwar in folgender Veranlassung. Sie habe sich in Bezug auf die Veranschlagung der Möbeln und zwar namentlich solcher, wie sie in den hervorragenderen Zimmern des neuen Stadthauses gebraucht werden, unsicher gefühlt und einen hiesigen Tischlermeister zugezogen, um auf der Grundlage von Zeichnungen deren Veranschlagung besser vornehmen zu können. Diese Veranschlagung

habe sodann mit 47805 M ihren Abschluß gefunden. Darauf seien 11 hiesige Tischlermeister und 2 hiesige Möbelhändler aufgefordert worden, Angebote zu machen, ohne daß ihnen aber der vorliegende Kostenschlag mitgetheilt worden sei. Die Folge dieser Aufforderung sei gewesen, daß die sämtlichen 13 Bewerber Preisangebote gemacht haben, welche sich mit dem Kostenschlage der städtischen Bauverwaltung in der Gesamtsumme im Durchschnitt bis auf 3 M decken. Die städt. Bauverwaltung habe darauf den Bewerbern erklärt, daß die Angebote zu hoch seien und nicht angenommen werden könnten, die Bewerber deshalb aufgefordert würden, die Forderungen herabzusetzen, wenn sie nicht gewärtigen wollten, daß gegen den Wunsch der Bauverwaltung auswärtige Firmen zur Concurrenz herangezogen würden. Das habe aber nur wenig Erfolg bei den Bewerbern gehabt, indem sie nur 2500 M im Durchschnitt von der Forderung abgesetzt und noch immer 45300 M gefordert haben. Darauf habe sich nach einer Aufforderung der städt. Bauverwaltung eine auswärtige leistungsfähige Firma bereit erklärt, die Lieferung für 31500 M zu übernehmen. Jetzt sei nun die Bauverwaltung im Zweifel, ob sie den Wünschen der städtischen Behörden gemäß handeln würde, wenn sie mit den hiesigen Gewerbetreibenden abschliesse und eine Ersparniß von 13000—14000 M preisgäbe. Obwohl der Magistrat der Ansicht sei, daß die einheimischen Tischlermeister bei Vergebung der Arbeiten unberücksichtigt zu lassen seien, sofern sie nicht ihre Angebote erheblich ermäßigen würden, so möchte er doch vor seiner endgiltigen Entscheidung die Ansicht der Versammlung hierüber hören.

Herr Nieß muß sich gegen die Heranziehung fremder Unternehmer zur Lieferung städtischer Sachen erklären, da die hiesigen Gewerbetreibenden in der Lage seien, mindestens eben so gute Sachen zu liefern, wie auswärtige Lieferanten. Da zur Beurtheilung dieser Angelegenheit ihm aber jede Grundlage fehle und er weder den Vertrauensmann der städt. Bauverwaltung, noch die zu einem Angebote aufgeforderten Gewerbetreibenden kenne, so vermöge er auch seine Ansicht hierüber nicht zu äußern.

Herr Meyerhoff muß es für einen großen Unterschied erachten, ob solche Arbeit an 13 oder an einen Unternehmer vergeben werden solle. Wenn sowohl hier als auswärts nur ein Unternehmer zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert wäre und es kämen dann solche Preisunterschiede vor, so könnte die Differenz nur in der Waare liegen, denn die hiesigen Tischlermeister seien ebenso leistungsfähig, wie die auswärtigen. Wären auswärts auch 13 Gewerbetreibende zur Bewerbung aufgefordert, dann hätte er wohl das Resultat sehen mögen. Er hoffe deshalb, daß sich in dem hiesigen Rathhause nur die heimische Industrie bethätigen möge. Die Unternehmer und Lieferanten bei dem Rathhausbau hätten bis jetzt bei den gezahlten Preisen noch nichts werden können und ließen sich in dem vorliegenden

Fälle geringere Preisangebote kaum erwarten, wenn die Lieferung in kleine Theile zerlegt werden würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß bestreiten, gesagt zu haben, daß die Lieferung in 13 Theile zerlegt werden sollte. Seiner Auffassung nach habe der von der städt. Bauverwaltung als Vertrauensmann zugezogene Werkmeister seinen Kollegen von der Höhe der Anschlagssumme Mittheilung gemacht, worauf diese dann zur Erzielung hoher Preise einen Ring gebildet hätten.

Herr Wolff ist der Ansicht, daß diese Sache für die Interessentkreise nicht nur wegen des Geldes, sondern auch wegen des Ehrenpunktes bedeutsam sei; er möchte deshalb anheimgen, aus der Mitte der Versammlung eine Commission zu bilden, welche zu den Beratungen über diese Angelegenheit zugezogen würde.

Herr Meyerhoff möchte die Sachlage noch dahin aufzuklären suchen, daß in solchen Fällen von den zur Concurrenz aufgerufenen Werkmeistern Durchschnittspreise gezogen würden und jeder Betheiligte einen Theil der Arbeit zugewiesen erhalte.

Herr Oberbürgermeister Pockels will zur Erwägung verstellen, falls die Versammlung die Ansicht des Herrn Wolff theilen sollte, ob nicht die Baucommission, welche dem Magistrate bezüglich der inneren Einrichtung des Stadthauses zur Seite gestellt sei, auch mit dieser Aufgabe betraut werden könnte.

Herr Wolff giebt anheim, zu dem Zwecke die Baucommission durch die Herren Nieß und Meyerhoff noch zu verstärken.

Herr Meyerhoff bittet, ein Mitglied der Versammlung mit in die Commission zu wählen, das mehr kaufmännische Kenntnisse besitze als er.

Herr Schmidt ist sich nicht klar, was die Baucommission in dieser Sache prüfen solle. Daß hier eine Ringbildung vorhanden sei, stehe fest und es sei auch bekannt, daß die städtischen Arbeiten gerade durch diese Ringbildung vielfach verteuert würden, was er bedauern müsse. Sobald eine Aufforderung der städtischen Behörden zur Abgabe von Angeboten erginge, setzten sich die Betheiligten darüber ins Einvernehmen, welchen Preis sie fordern wollten.

Herr Fudel muß es für naturgemäß halten, daß eine Arbeit, welche unter mehrere Meister vertheilt werde, nicht so billig hergestellt werden könne, als wenn sie an einen großen Unternehmer, der mit Maschinen arbeite, vergeben werde. Immerhin hoffe er, daß noch eine Einigung mit den hiesigen Handwerksmeistern zu Stande komme und schließe sich dem Wunsche auf Bildung einer Commission an.

Die Versammlung erklärt sich sodann damit einverstanden, daß die durch die Herren Rieß und Meyerhoff verstärkte Baucommission deputirt werde, um mit dem Magistrate die fragliche Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

1899/1900.N^o 5.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. Juli 1899.

Tagesordnung:

I.	Verlegung von Wasserrohren	Seite 102
II.	Abtretung einer Fläche an der Huzarenstraße	" 103
III.	Beitrag zu der Festgabe des Gustav-Adolf-Vereins	" 103
IV.	Ausbau der verlängerten Gartenstraße	" 103
V.	Brücke über die Oker im Bürgerparke	" 103
VI.	Verpachtung der Restauration im Bürgerparke	" 105
VII.	Ausbau der Spohrstraße	" 106
VIII.	Neubefestigung der Straßen vor dem neuen Stadthause	" 106
IX.	Änderung des Ortsbauplanes an der Capellenstraße zc.	" 106
X.	Ausbau der Göttingstraße und des Langencampes	" 107
XI.	Grunderwerb an der Eichthalstraße	" 107
XII.	Änderung des Ortsbauplanes für die nordwestliche Außenstadt	" 107
XIII.	Kurkosten aus der Luise Ottmer-Stiftung	" 109
XIV.	Aufstellung von Gasglühlichtlaternen zc.	" 110
XV.	Antrag Wollenweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches	" 110

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Baurmeister, Blasius, Boller, Engelbrecht, Hauswaldt, Böschigt, Müller, Kolte, Ohlmer, Schmidt, Seele und Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und giebt vorweg bekannt, daß der Schachtmeister Klages ein Gesuch um Uebertragung städtischer Arbeiten eingereicht habe, welchem indessen seitens der Versammlung nicht näher getreten werden könne.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Verlegung von Wasserrohren.

Der oberhalb der Gieselerbrücke zur Verbindung des Wasserrohres vom Kalenwalle nach der Wilhelmthorpromenade in die Oker verlegte Düker ist wiederholt schadhast gewesen und hat dieserhalb auch zur Zeit ausgeschaltet werden müssen. Da Reparaturen an demselben sehr schwierig und zeitraubend sind, so wird für erforderlich gehalten, die betreffende Verbindung durch ein unter der Gieselerbrücke zu legendes 300 mm weites Eisenrohr herzustellen, welches einen anschlagmäßigen Kostenaufwand von 3666,12 M verursachen wird. In der Cellerstraße reicht das 100 mm weite Wasserrohr ebenfalls nicht mehr aus, weshalb weiter empfohlen wird, von der Petri Thorpromenade ab bis zum Neustadtringe ein 200 mm weites Rohr verlegen zu lassen und hierfür 10989 M zu verwilligen. Der Magistrat giebt anheim, diese beiden neuen Einrichtungen zu genehmigen.

Namens der Finanzcommission ersucht Herr Fiedel, der Vorlage in beiden Punkten zuzustimmen.

Herr Sander muß die Vergrößerung des Wasserrohres in der Cellerstraße ebenfalls für durchaus nothwendig halten, aber bedauern, daß jetzt, nachdem die Straße kaum fertig gestellt sei, sie wieder aufgerissen werde. Der Uebelstand in der Wasserzuführung habe schon seit Jahren bestanden, weshalb das neue Wasserrohr auch vor der Instandsetzung der Cellerstraße hätte gelegt werden können.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß die Klagen über eine mangelhafte Wasserzuführung von den Bewohnern jenes Stadttheils früher nicht so intensiv hervorgetreten seien, um zu einer Aenderung schreiten zu müssen, sonst würde dieses schon eher geschehen sein. Im Uebrigen werde bei der Legung des neuen Wasserrohres nicht so viel aufgerissen werden, um eine große Schädigung der Anlieger herbeizuführen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

II. Abtretung einer Fläche an der Husarenstraße.

Der Bauunternehmer Adam Gödecke ersucht um Ueberlassung einer 9 qm großen Theilfläche an der Husarenstraße für den Einheitspreis von 6 M, welchem Antrage der Magistrat stattzugeben bittet,

und die Versammlung auf Empfehlung der Herren Rieke und Bültemann, welche in der vorberathenden Sitzung der Baucommission allein anwesend waren, zustimmt.

III. Beitrag zu der Festgabe des Gustav-Adolf-Vereins.

Von dem geschäftsführenden Ausschusse zur Vorbereitung der hier 1899 tagenden Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins ist gebeten worden, ihm zu der dieser Versammlung zu überreichenden Festgabe einen Beitrag zu überweisen. Daraufhin ersucht der Magistrat, als Beitrag der Stadt zu den Kosten der betr. Hauptversammlung, wie zu der der Letzteren zu überreichenden Festgabe die Summe von 500 M zu gewähren, auch die Kosten für Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses zc. zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Etablencommission, für welche Herr Wolff berichtet, geschieht.

IV. Ausbau der verlängerten Gartenstraße.

Auf Antrag des Bauunternehmers Weinhausen hat die städt. Bauverwaltung ein Project für den weiteren Ausbau der Gartenstraße ausgearbeitet, welches der Magistrat zu genehmigen bittet. Ebenso ersucht Letzterer, die Anwendung der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die in Rede stehende Straße zu genehmigen und zuzustimmen, daß dieselbe vor ihrem Ausbau mit Canal, Gas- und Wasserrohr versehen werde, auch die Kosten hierfür mit 4661 M zu verwilligen.

Den Anträgen wird zugestimmt, nachdem Herr Rieke dieselben, zugleich namens des Herrn Bültemann, zur Annahme empfohlen hatte.

V. Brücke über die Oker im Bürgerparke.

In der Sitzung vom 10. November 1898 — Seite 64 des Berichts — hat die Versammlung genehmigt, daß die zwischen den beiden Badeanstalten im Bürgerparke befindliche Holzbrücke abgebrochen und in der Nähe der sogenannten Theilung wieder aufgestellt werde, zu dem Zwecke auch 2200 M verwilligt. Hinterher hat indessen die Parkdeputation die Errichtung einer massiven Brücke in der Nähe

der Ostertheilung angeregt und würde das daraufhin ausgearbeitete Project 26 000 M kosten. Der Magistrat trägt umsoweniger Bedenken, die Ausführung des Projectes zu empfehlen, als durch Sammlungen, welche ein Mitglied der Parkdeputation veranstaltet hat, eine zu dem Brückenbau eventuell mit zu verwendende Summe von 12 000 M aufgebracht ist, so daß der Stadt nur 14 000 M zur Last fallen würden. Da es für zweckmäßig erachtet wird, die Fahrbahn der Brücke so schmal zu machen, daß ein gleichzeitiges Passiren derselben durch mehrere Wagen ausgeschlossen ist, und dagegen die beiderseitigen Fußwege möglichst breit anzulegen, so empfiehlt der Magistrat, die Fahrbahn 2,50 m und jeden Fußweg 1,50 m breit herzurichten. Demgemäß wird ersucht, das Project in dieser Weise zu genehmigen und zur Durchführung desselben 14 000 M zu verwilligen.

Herr Rieke giebt, zugleich im Namen des Herrn Bültemann anheim, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Lange möchte darauf hinweisen, daß die Bürger, welche zu dem Brückenbau 12 000 M zeichneten, zum großen Theile den Wunsch geäußert haben, es möchte die Brücke bei einer hiesigen Firma in Bestellung gegeben werden. Da nun das von der Deputation zuerst in Aussicht genommene System der hiesigen Firma Drenthahn & Sudhop sich bei diesem Brückenbau nicht recht anwenden lasse, so beabsichtige der Stadtbaumeister Menadier, das System Monnier in Ausführung zu bringen und in Berlin in Bestellung zu geben. Nachdem sich indessen herausgestellt habe, daß dieses System nicht mehr patentirt sei, daß es also Jedermann ausführen dürfe, habe sich die Firma Drenthahn & Sudhop bereit erklärt, dasselbe bei dieser Brücke unter jeder Garantie zur Ausführung zu bringen. Mit Rücksicht hierauf ersuche er den Magistrat, den Wünschen der betreffenden Bürger und damit wohl der meisten hiesigen Bürger überhaupt zu entsprechen und die Brücke hier am Orte in Bestellung zu geben.

Herr Ebeling steht dem Bauprojecte sehr sympathisch gegenüber und will nur bemerken, daß eine Anzahl Anwohner der Eisenbütlerstraße bereit seien, die jetzige Holzbrücke zu übernehmen und auf ihre Kosten an der Eisenbütlerstraße wieder aufzubauen, um den Bürgerpark dem Westen der Stadt besser zugänglich zu machen. Da ein solches Project von der Versammlung nur unterstützt werden könne, so bitte er, auf den Wunsch der Anwohner einzugehen und ihnen die Brücke als eine Fußgänger-Verbindung nach dem Bürgerparke zu überlassen. Selbstverständlich könne es sich dabei nur um einen Fußweg handeln, da nicht beabsichtigt werden solle, dort eine Fahrverbindung mit dem Bürgerparke anzulegen. Die Stadt habe i. B. die Bauplätze der Eisenbütlerstraße verkauft und könne den jetzigen Eigenthümern derselben diese Wohlthat um so mehr erweisen, als die Staatseisenbahn-Verwaltung den Weg an der Oster entlang für die Abend- und

Morgenstunden jezt geschlossen habe und die Anwohner dadurch in ihrer Bewegungsfreiheit behindert würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß es den Grundsätzen des Magistrates entspreche, alle Arbeiten hier ausführen zu lassen, wenn dieses ebenso billig und gut als außerhalb geschehen könne; die städt. Bauverwaltung sei daher verpflichtet, die Brücke unter diesen Voraussetzungen hier anfertigen zu lassen. Was den von Herrn Ebeling geäußerten Wunsch anlange, so liege schon seit längerer Zeit ein Project wegen Ueberbrückung der Oker an jener Stelle von Unternehmern vor, welche auf der anderen Seite Bauplätze besitzen. Da es sich hierbei um eine Fahrbrücke handle, welche der Magistrat nicht für opportun halte, so begrüße er es mit Freuden, daß Herr Ebeling für dieses Project nicht habe eine Lanze brechen wollen, sondern daß demselben nur daran liege, eine Fußgängerbrücke nach dem Bürgerparke für die Anwohner der Eisenbüttlerstraße zu erhalten. Dieses Project dürfte mehr Aussicht auf Verwirklichung haben, als das erstere. Ein Bedürfniß zur Herstellung solcher Fußgängerbrücke müsse anerkannt werden, weshalb er Herrn Ebeling nur empfehlen könne, die Anlieger der Eisenbüttlerstraße zu veranlassen, dem Magistrate eine entsprechende Offerte vorzulegen und das erforderliche Geld zur Verfügung zu stellen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

VI. Neuverpachtung der Restauration im Bürgerparke.

Der Restaurateur Andreas hat das mit ihm eingegangene Pachtverhältniß wegen der Wirthschaft im Bürgerparke zum 1. October d. Js. gekündigt. Bei der öffentlichen Ausschreibung der Pacht hat sich nur ein Bewerber in der Person des Kaufmanns Joh. Struß gefunden, welcher einen Jahrespachtpreis von 2000 M. geboten hat. Da gegen die Person des Pächters Bedenken nicht vorliegen, ersucht der Magistrat, der Verpachtung der betr. Wirthschaft an Struß zum Preise von jährlich 2000 M. zuzustimmen.

Namens der Finanzcommission schließt sich Herr Fudel der Magistratsvorlage an.

Auf die Anfrage des Herrn Bührmann, ob der Bewerber auch die Fähigkeit, eine solche Wirthschaft zu leiten, nachgewiesen habe,

erwidert Herr Koch, daß er denselben nur empfehlen könne. Herr Struß sei ein Wirthsohn und ein tüchtiger Mensch mit einem disponiblen Vermögen von 16000 M., der selbst mit zusaffe und wohl im Stande sei, die Wirthschaft im Bürgerparke hochzubringen.

Der Antrag des Magistrates wird sodann gutgeheißen.

VII. Ausbau der Spohrstraße.

Für den Ausbau der Spohrstraße ist ein Project ausgearbeitet und gleichzeitig wegen der Regulirung der Straßengrenze mit den Anliegern ein Vertrag abgeschlossen worden. Nach dem letzteren erhalten die Anlieger für das Terrain der abzutretenden Vorgärten 20 M. pro qm. Mit dem Bauunternehmer Rosenthal ist auf dessen Wunsch ein besonderes Abkommen dahin getroffen, daß ihm gegen Abtretung von 360 qm Terrain Befreiung von Straßenkosten zugesichert wurde. Auf die sofortige Erwerbung der von dem Fischenbeck'schen und dem Lorenz'schen Grundstücke abzutretenden Flächen von zusammen 7,5 qm wird einstweilen verzichtet, ebenso soll die Entschliebung über die stadtseitige Veräußerung der verfügbar werdenden Straßenflächen bis dahin vorbehalten bleiben, daß eine Neubebauung der angrenzenden Grundstücke erfolgt. Nur mit der Wittve Scholz ist schon jetzt ein Tausch vereinbart worden. Dem Ersuchen des Magistrates, das Project, die Kosten- und Vertheilungsberechnung, der zufolge der Anliegerbeitrag auf 89 M. für 1 m Frontlänge veranschlagt ist, sowie den notariellen Vertrag zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Herren Bültemann und Rieke zu.

VIII. Neubefestigung der Straßen vor dem neuen Stadthause.

Die Verbindungsstraße zwischen Ruhfäutchen- und Wilhelmsplatz bedarf der ordnungsmäßigen Befestigung, auch muß die vom Grundstücke des Rathhauses dem Langenhofe zuzulegende Theilfläche in Stand gesetzt werden. Das dieserhalb ausgearbeitete Project sieht, abgesehen von zwei kleineren Flächen in der Nähe der Burg Dankwarderode, eine Befestigung der Fahrbahn mit Stampfasphalt und der Fußwege mit Gußasphalt vor. Nur der Fußweg am Dome soll Plattenbelag erhalten. Die Kosten dieser Straßenbefestigung sind zu 49000 M. veranschlagt worden. Der Magistrat empfiehlt, das Project unter Verwilligung der geforderten Kosten zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Herren Rieke und Bültemann geschieht.

IX. Aenderung des Ortsbauplanes an der Capellenstraße u.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aenderung des Ortsbauplanes zwischen dem Leonhardplatz und der Capellenstraße sind von der Herzogl. Baudirection Einwendungen erhoben und zwar im Besonderen gegen die Zulassung der neu aufgenommenen Verbindungsstraße zwischen Leonhard- und Wörthstraße,

welche das Grundstück des Herzogl. Landgestüttes durchschneiden würde. Der Antrag des Magistrates, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und der einstweiligen Fortlassung des fraglichen Straßenzuges zuzustimmen,

wird von der Versammlung auf Empfehlung der Herren Bültemann und Riefe genehmigt.

X. Ausbau der Göttingstraße und des Langencampes.

Ueber den Ausbau der Göttingstraße und des Langencampes zwischen der Zimmerstraße und der Nordgrenze des Grundstücks *M. ass.* 3557 ist ein Project ausgearbeitet worden, nach welchem die Baukosten der Göttingstraße zu 48 000 *M.*, die Grunderwerbskosten des Langencampes zu 6500 *M.* und dessen Baukosten zu 10 500 *M.* ermittelt sind. Der Magistrat ersucht, dem Projecte zuzustimmen, sowie die Vertheilungsberechnung für den Langencamp zu genehmigen, das Project für den Ausbau des letzteren jedoch mit der Abänderung, daß auch der östliche Fußweg eine Breite von 4 m erhalten und die Fahrbahn um 1 m verschmälert werde.

Nach Befürwortung der Vorlage durch die Herren Riefe und Bültemann wird dieselbe angenommen.

XI. Grunderwerb an der Eichthalstraße.

Nachdem der hiesigen Stadt das Recht verliehen war, diejenigen Theilflächen im Wege der Zwangsenteignung zu erwerben, die zum Ausbau der von Osten nach Westen ziehenden Theilstrecke der Eichthalstraße erforderlich sind, haben sich hinterher im Güterverfahren sämtliche Anlieger bereit erklärt, die fraglichen Flächen zu dem als angemessen zu erachtenden Preise von 10 *M.* pro qm abzutreten. Daneben sind für in Wegfall kommendes Garteninventar auf Grund der Schätzung des Gartengeschworenen Dürre den Anliegern noch verschiedene Beträge zu vergüten, welche ebenfalls als angemessen erachtet werden können, so daß der Magistrat ersucht, der gütlichen Erledigung der Angelegenheit auf dieser Grundlage zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Herren Bültemann und Riefe geschieht.

XII. Aenderung des Ortsbauplanes für die nordwestliche Außenstadt.

Im Anschluß an die kürzlich erfolgte Aenderung des Ortsbauplanes für die südwestliche Außenstadt hat das Stadtbauamt im Einvernehmen mit der städt.

Bauverwaltung den Ortsbauplan auch für die nordwestliche Außenstadt umgearbeitet, wobei gleichfalls auf die thunlichste Verwerthung der vorhandenen Wege einerseits und eine Freilassung des Terrains neben der Landeseisenbahn andererseits Rücksicht genommen ist. Der Magistrat hält die in Vorschlag gebrachten Aenderungen für zweckmäßig und ersucht, dieselben zu genehmigen,

welchem Antrage sich die Herren Bültemann und Rieke anschließen.

Herr Rieke will noch besonders bemerken, daß diese Sache ein größeres Interesse insofern beanspruchen könne, als von der Kreuzstraße ab noch der alte Ortsbauplan bestehe, nach welchem den alten Grundstücken immer der Kopf abgeschnitten werde, so daß eine regelrechte Bebauung derselben nicht stattfinden könne. Nach der Magistratsvorlage lasse sich außerdem das alte Wegeterrain sehr gut wieder zur Straße benutzen, auch mache man das Terrain der Landeseisenbahn möglichst frei. Bei solchen Vortheilen und unter Berücksichtigung der dort vorhandenen verzwickten Verhältnisse brauche man nicht daran festzuhalten, daß die Straße ganz gerade angelegt werden müsse, zumal Mancher eine gerade Straße nicht einmal für sehr schön halte. Vor allen Dingen sei aber der neue Ortsbauplan deshalb sehr zu empfehlen, weil nach demselben eine rationelle Bebauung der Grundstücke stattfinden könne.

Herr Ebeling muß die Aenderung des Ortsbauplanes für eine so wichtige Sache halten, daß man derselben nur nach gründlicher Prüfung der Verhältnisse nähertreten dürfe, was in dem vorliegenden Falle seitens der Versammlung nicht habe geschehen können. Wenn er auch annehme, daß sich die beiden Mitglieder der Baucommission mit dem Projecte eingehend beschäftigt haben, so möchte er für zukünftige Fälle doch einen Modus geschaffen wissen, nach welchem die Mitglieder der Versammlung von solchen Aenderungen frühzeitig in Kenntniß gesetzt werden. Gegen die Vorlage selbst habe er Einwendungen nicht zu erheben.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte diesen Auslassungen gegenüber hervorheben, daß die Bearbeitung des abgeänderten Ortsbauplans nicht nur durch den Magistrat und die Baucommission, sondern auch durch die städtische Bauverwaltung und das Stadtbauamt erfolgt sei, also schon eine Destillation erfahren habe. Die Vorlage sei nur deshalb noch heute zur Verhandlung gestellt, weil einige Sachen vorlägen, welche die baldige Feststellung des Ortsbauplanes für jene Gegend wünschenswerth erscheinen ließen, nämlich die Errichtung eines größeren Hauses an der Hildesheimerstraße und eines größeren Werkstättengebäudes der Firma Amme, Giesecke & Konegen. Sollten indessen die Bedenken gegen eine Beschlußfassung in der heutigen Sitzung gar zu schwerwiegend sein, so müßte die Beschlußfassung heute ausgesetzt werden.

Herr **Aßmann** bittet, einem früheren Beschlusse der Versammlung gemäß den Stadtverordneten Gelegenheit zu geben, sich über solche Sachen frühzeitig informiren zu können, damit man wenigstens wisse, worüber Beschluß gefaßt werden solle. Wenn er auch glaube, daß die vorliegende Sache gut vorbereitet sei, so müsse er doch auch in der Lage sein, sich selber eine Meinung darüber zu bilden. Bei der Wichtigkeit der Sache würde es sich jedenfalls, mehr noch als bei der Spohrstraße, empfohlen haben, den Bauplan vervielfältigen zu lassen und den Mitgliedern der Versammlung zuzustellen.

Herr **Bürgermeister Kete Meyer** will darauf hinweisen, daß es bisher noch niemals üblich gewesen sei, ganze Sectionspläne zu vervielfältigen, sondern man sich bei der Vervielfältigung auf kleine Baupläne beschränkt habe. Jedenfalls gewinne man über eine Aenderung des Ortsbauplanes einen besseren Ueberblick, wenn man dieselbe in einen großen Plan mit verschiedenen Farben eingetragen finde, als wenn dieses auf einem kleineren, einfarbigen Umdruckeremulare geschehen sei. Eine Vervielfältigung von Plänen in verschiedenen Farben sei aber sehr theuer. Außerdem liegen die geplanten Aenderungen stets drei Tage zur Einsicht im Stadthause aus.

Herr **Riese** möchte nochmals betonen, daß die beabsichtigten Aenderungen des Ortsbauplanes auch wirkliche Besserungen seien, wovon sich Jeder leicht überzeugen könne. Ob aber Alles auch einmal in der geplanten Weise zu Ausführung kommen werde, stehe dahin.

Herr **Rieß** kann die Bedenken der Herren **Ebeling** und **Aßmann** nicht von der Hand weisen, möchte aber zu den geplanten Aenderungen bemerken, daß dieselben thatsächlich eine Besserung in sich schließen und er denselben daher ohne Bedenken zustimmen könne.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XIII. Kurkosten aus der Luise Ottmer-Stiftung.

Die Einkünfte der Luise Ottmer-Stiftung, deren Vermögen sich auf 290 168 M mit einem jährlichen Zinsertrage von rund 10 860 M beläuft, sollen bestimmungsgemäß zu Unterstützungen außerhalb der regelmäßigen Armenpflege und zu gemeinnützigen Zwecken nach Maßgabe des Beschlusses der städtischen Behörden verwendet werden. Nach der Ansicht des Magistrates wird es sich empfehlen, daß über Verwendungen zu gemeinnützigen Zwecken die städtischen Behörden in jedem einzelnen Falle Beschluß fassen, während die Verfügung über die zu Unterstützungen zu verwendenden Beträge im Einzelnen der Armendirection werde

überlassen bleiben können. Die endgiltige Entschlieſung hierüber und ebenso über die Theilung der Aufkünfte möchte sich indessen der Magistrat einstweilen noch vorbehalten und vorläufig nur die Zustimmung der Versammlung dazu erbitten, daß schon jetzt aus den Mitteln der Stiftung verwilligt werden: 300 M. zur Bestreitung der Kosten für zeitweilige Unterbringung von sechs unbemittelten hiesigen Kindern im Seehospiz auf Nordern und 576 M. zur zeitweiligen Unterbringung von drei hiesigen unbemittelten tuberculösen Einwohnern im Albrechts- hause bezw. Marienheim bei Stiege.

Auf Vorschlag der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, wird dem Magistratsantrage stattgegeben.

XIV. Aufstellung von Gasglühlichtlaternen etc.

Die auf dem Madamenwege noch vorhandenen, sowie die kürzlich neu bewilligten 19 Petroleumlaternen sollen zu Gasglühlicht eingerichtet werden und würden die Kosten hierfür 989 M. betragen. Ferner beabsichtigt der Magistrat, zur Verbindung der in der Kreuzstraße und dem Madamenwege zu verlegenden Gasröhren die kleine Kreuzstraße ebenfalls mit einem Gasrohr zu versehen und die beiden dort vorhandenen Petroleumlaternen zu Gasglühlicht einzurichten, wofür die Kosten 924 M. betragen werden. Endlich ist noch bei Bewilligung der Kosten für Verlegung eines 570 m langen und 100 mm weiten Gasrohres in der Kreuzstraße insofern ein Irrthum vorgekommen, als in dem Kostenanschlage ein Rohr von nur 800 mm Weite berücksichtigt war. An Mehrkosten werden anslagsmäßig 401 M. aufzuwenden sein. Dem Antrage des Magistrates, die Neueinrichtungen zu genehmigen und die angeführten Kosten zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, zu.

XV. Antrag Wollenweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, Anordnung zu treffen, daß bei sämmtlichem Fleisch, welches von Außen eingeführt wird, der besseren Untersuchung halber die Eingeweide theile Lunge, Herz, Leber und Milz, sowie Zunge und Kopf anhaftend mit eingeführt werden.“

Zur Begründung bemerkt Herr Wollenweber, daß er es für richtig halte, diesen Antrag jetzt, nach Einführung der Freibank, wieder zu erneuern. Es sei gar nicht denkbar, daß ein Stück Vieh ohne die aufgeführten Theile richtig unter-

sucht werden könne, weil sich ohne dieselben eine Krankheit des Thieres nicht in allen Fällen feststellen lasse. Da nun auch in anderen Städten solche Vorschriften bestehen, bitte er, seinem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 $\frac{1}{2}$ bis 5 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1899|1900.

N^o 6.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. September 1899.

Tagesordnung:

I.	Antrag Rath e: Zeitgemäße Eintheilung der Feldmarken	Seite 114
II.	Ausbau eines weiteren Theiles des Madamentweges	" 115
III.	Aufhebung einer projectirten Straße an der Wabestraße	" 116
IV.	Straßenbaukosten der Hagenstraße	" 116
V.	Beleuchtung der Wirthschaft des Bürgerparkes	" 116
VI.	Anschaffung von Inventarstücken für das städtische Museum	" 118
VII.	Statut, betr. die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden	" 118
VIII.	Neubau einer Bürgerschule an der Wendenmajstraße	" 118
IX.	Einsprachen gegen die proj. Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade	" 122
X.	Anschaffung eines Steinbahnbrechers	" 123
XI.	Verschiebung eines Theiles der alten Glückstraße	" 123
XII.	Straßenbaukosten für die Voigts-Rheßstraße	" 123
XIII.	Anschaffung von Mobiliargegenständen für das Rathhaus	" 124
XIV.	Verkauf eines städtischen Bauplazes	" 125
XV.	Straßenbaukosten der Bodestraße	" 128
XVI.	Uebertragung von Canalbaumitteln auf das Jahr 1899/1900	" 128
XVII.	Regung eines definitiven Canals an der Kreuzstraße	" 128

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Voller, Brückmann, Bührmann, Südel, Lange, Lupprian, Ohlmer, Seele, Semler und Wolters.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und giebt vor Eintritt in die Tagesordnung den Eingang zweier Magistratschreiben bekannt, welche folgenden Inhalt haben:

1. In Folge Anregung der Versammlung in der Sitzung vom 15. Juni d. Js. — Seite 75 des Berichts — hat sich der Magistrat an 21 deutsche Städte, in welchen öffentliche Lese- und Bücherhallen bestehen, mit der Bitte um Auskunft über solche Einrichtung gewandt. Auf Grund der eingegangenen Antworten ist derselbe zu der Ueberzeugung gelangt, daß allerdings die Schaffung einer derartigen, insbesondere den Unbemittelten zugänglichen Einrichtung auch in der hiesigen Stadt sehr wünschenswerth sei, daß es sich aber nicht empfehle, wenn die Stadtverwaltung selbst die Trägerin der Anstalt sein würde. Die überwiegende Mehrzahl der Städte beschränkt sich auf die Gewährung von Geldzuschüssen und Bereitstellung von Räumlichkeiten. Gegen die stadtseitige Uebernahme wird hauptsächlich geltend gemacht, daß das Bestehen eines die Unterhaltung der Lesehalle bezweckenden Vereins eine regere Antheilnahme weiterer Kreise der Bevölkerung an dem gemeinnützigen Unternehmen gewährleiste und daß auch, abgesehen von dem Kostenpunkte, die nothwendige Beweglichkeit der Verwaltung eines solchen Institutes die behördliche Leitung nicht zweckmäßig erscheinen lasse. Wenngleich der Magistrat daher Bedenken trägt, die Schaffung einer öffentlichen Lese- und Bücherhalle von städtischer Seite herbeizuführen, so wird derselbe der Angelegenheit doch auch fernerhin seine volle Aufmerksamkeit widmen und gegebenenfalls der Versammlung eine entsprechende Vorlage machen.

2. Aus Anlaß eines Beschlusses der Versammlung in der Sitzung vom 15. Juni d. Js. — Seite 78 des Berichts — ist der Magistrat von Neuem mit den Anliegern der Ostseite der Bertramstraße zwischen Leonhard- und Al. Bertramstraße wegen Abtretung ihrer Vorgärten in Verhandlung getreten. Da indessen diese Anlieger seit den letzten Verhandlungen im Jahre 1894 keineswegs geneigter geworden sind, Entgegenkommen zu zeigen, vielmehr einige Anlieger sogar ihre früheren Forderungen inzwischen nicht unwesentlich erhöht haben, so bedauert der Magistrat aus den früher mitgetheilten Gründen, dem Ersuchen der Versammlung auch jetzt nicht entsprechen zu können.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Antrag R a t h e: Zeitgemäße Einteilung der Geldmarken.

Wie Herr Wolff berichtet, schlägt die Statutencommission vor, über den in der Sitzung vom 15. Juni d. Js. — Seite 95 des Berichts — gestellten Antrag

mit der Begründung zur Tagesordnung überzugehen, daß es den Interessentenschaften überlassen bleiben müsse, durch einen entsprechenden Beschluß in den Interessentenschaften selbst zur Kenntniß der Behörden zu bringen, ob in der That die Umgestaltung der Interessentenschaften im Interesse und im Wunsche der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder liege. Bevor nicht eine solche Kundgebung aus den Interessentenschaften selbst hervorgehe, glaube die Statutencommission nicht, daß es Sache der städtischen Behörden sein könne, in eine Materie einzugreifen, bei der einzelne Mitglieder mit Sonderinteressen betheiligt seien.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

II. Ausbau eines weiteren Theiles des Madamenweges.

Die städtische Bauverwaltung überreicht dem Magistrate das Project über den Ausbau des Madamenweges zwischen der Altfeldstraße und der Landeseisenbahn mit dem Anheimgeben, den Anliegerbeitrag auf 119 M für 1 m Frontlänge festzusetzen. Vom Magistrate wird ersucht, das Project, sowie die Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen, dabei aber gleichzeitig bemerkt, daß er den mit 10 M pro qm in Ansatz gebrachten Preis für das im Wege der Zwangsenteignung zu erwerbende Terrain für zu hoch erachte, bei der völligen Ungewißheit darüber, welche Entschädigung schließlich zugebilligt werden könne, gegen den Kostenanschlag indessen weitere Bedenken nicht erheben wolle.

Nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen. Wenn die Commission auch den in Ansatz gebrachten Einheitspreis für das zu erwerbende Terrain ebenfalls für zu hoch halte, so erscheine es ihr doch richtiger, bei dem Kostenanschlage lieber etwas höher zu greifen, als hinterher mit Nachforderungen kommen zu müssen.

Herr Böschigt möchte fragen, ob der Canal in der Kreuzstraße als Provisorium beibehalten, oder ob später ein neuer Canal gelegt werden solle. Unter den jetzigen Verhältnissen bekommen die Anlieger schon bei weniger starken Niederschlägen die Keller voll Wasser, so daß Abhülfe noth thue. Außerdem empfehle es sich, die Kreuzstraße besser zu beleuchten, da jetzt die Candelaber nur bis zu der Conservenfabrik von Sentsch reichen.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß in Aussicht genommen sei, vielleicht in 5—6 Jahren einen weiteren und tieferen Canal zu legen, jedoch lasse sich jetzt in der Sache nichts thun.

Herr Stadtrath Haake will wegen der Beleuchtung der Kreuzstraße bemerken, daß die Arbeiten dazu im Gange seien und im Herbst noch fertiggestellt werden würden. Augenblicklich fehle es nur an Röhren, die schwer zu beschaffen seien, jedoch denke man dieselben Anfang September zu erhalten.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

III. Aufhebung einer projectirten Straße an der Wabestraße.

Der Maurer Heinrich Wille hat um Aufhebung der im Ortsbauplane vorgesehenen, von der Wabestraße nach Norden abzweigenden Straße gebeten. Nach der Ansicht des Magistrates ist die Anlegung der Straße insofern mit größeren Opfern für die Stadt verbunden, als die angrenzenden Restflächen geeignete Bauplätze nicht mehr bieten würden. Da nun überdies die Straße bis zur Carlstraße nicht durchgeführt werden soll, mithin für den öffentlichen Verkehr ohne besondere Bedeutung ist, so hat sich der Magistrat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte dahin entschieden, die Straße aufzuheben, und giebt anheim, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Engelbrecht, den Antrag zu genehmigen.

Herr Rieke möchte zu Gunsten der Aufhebung der Straße noch anführen, daß geplant sei, auf dem jetzigen Grabenterrain noch eine Verbindungsstraße anzulegen und hierdurch die allzu große Tiefe der Grundstücke, an der Niemand ein Interesse habe, von selbst wegfallen würde.

Der Antrag des Magistrats gelangt sodann zur Annahme.

IV. Straßenbaukosten der Hagenstraße.

Die Versammlung wird ersucht, die endgültige Feststellung der Kosten des Ausbaues der Hagenstraße zwischen Heinrich- und Humboldtstraße auf 57,218 M für 1 m Frontlänge gutzuheißen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, geschieht.

V. Beleuchtung der Wirthschaft des Bürgerparkes.

In der Sitzung vom 4. Mai d. Js. — Seite 54 des Berichts — ist der Magistrat ersucht worden, auf Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im Wirthschaftsgebäude des Bürgerparkes Bedacht zu nehmen. Die für eine derartige Anlage aufzuwendenden Kosten sind nun von der hiesigen Straßenbahngesellschaft zu 4500 M für die Hauptzuleitung zum Parkhause und zu 3348,65 M für die Beleuchtungsanlagen in und bei dem Gebäude, mithin zu insgesammt 7848,65 M veranschlagt worden. Wollte man gleichzeitig auf eine angemessene Beleuchtung des zum Parkhause führenden Fahrweges und der verlängerten Hennebergstraße Bedacht nehmen, so würden hierfür noch weitere 12947,05 M, oder doch wenigstens 8854,55 M aufzuwenden sein. Im Einvernehmen mit der Parkdeputation ist der Magistrat der Ansicht, daß z. B. die Aufwendung so erheblicher

Summen für die betr. Wirthschaft resp. für den Park nicht zulässig sein würde. Die Kosten einer Gasbeleuchtung würden sich auf 5544 M belaufen, jedoch muß auf diese Anlage nach der Ansicht des Magistrates schon wegen der unvermeidlichen Gefährdung der Parkanlagen verzichtet werden. Am billigsten stellt sich die Einrichtung einer Beleuchtung mittels Acetylen, deren Kosten 2226,40 M betragen würden. Bei Verwendung dieses Brennstoffes zur Beleuchtung des Sitzplatzes vor dem Wirthschaftsgebäude würden indessen die Bäume gefährdet werden und außerdem erscheint die Verwendung von Acetylen wegen des ausströmenden Geruches auch im Gebäude selbst nicht rathsam. Aus allen diesen Gründen ist der Magistrat mit der Parkdeputation der Ansicht, daß bis auf Weiteres die Petroleumbeleuchtung für den Bürgerpark und das Parkhaus beizubehalten sei.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, schließt sich die Finanzcommission der Ansicht des Magistrates an. Bei der jetzigen Finanzlage der Stadt werde wohl Niemand den Muth haben, für die Anlegung der elektrischen Beleuchtung im Bürgerparke rund 20000 M zu bewilligen. Andererseits sei die Commission zu der Ueberzeugung gekommen, daß im Bürgerparke unter keinen Umständen neue Gasröhren gelegt werden dürfen, denn man könne sich an den Promenaden durch absterbende Bäume leicht belehren lassen, was es bedeute, Gasröhren in der Nähe von Bäumen zu haben. Vor der Acetylenbeleuchtung warne aber der heute abwesende Stadtverordnete Lange auf Grund gesammelter Erfahrungen ganz besonders, weil es noch nicht gelungen sei, den pestilenzialischen Geruch, welchen diese Beleuchtungsart im Gefolge habe, zu unterdrücken. Die Finanzcommission meine, daß bei der noch nicht vollkommenen Ausgestaltung des Bürgerparkes das jetzige Provisorium der Petroleumbeleuchtung noch beibehalten werden könne und diese Frage nach Fertigstellung des Parkes und der Brücke, welche man wohl noch erleben werde, definitiv geregelt werden könne. Allerdings sei die Finanzcommission der Ansicht, daß die jetzige Beleuchtung durch Petroleum noch gebessert werden könne und dürfte wohl erwartet werden, daß, wenn der Magistrat mit einer Forderung unter diesem Gesichtspunkte an die Versammlung herantreten sollte, derselbe hier auch Unterstützung finden würde. Die Commission halte also mit dem Magistrate die Petroleumbeleuchtung des Parkhauses für zweckmäßig, sie gebe indessen dem Wunsche Ausdruck, daß diese Beleuchtung noch weiter gebessert werden möchte.

Herr Rieke erklärt sich hiermit einverstanden. Eine Besserung der Beleuchtungsverhältnisse lasse sich schon erzielen, wenn die im Parke vorhandenen Petroleumlaternen bei Dunkelheit auch wirklich angezündet würden. Man solle dieses nicht dem Wirth überlassen, sondern dem Parkwärter übertragen, damit die Laternen Abends auch wirklich brennen. Uebrigens glaube er, daß sich ohne Schädigung der Sträucher die Gasröhren recht gut hinter den Wasserreservoirs durch hätten legen lassen, wenn auch zuzugeben sei, daß die Kosten für die Rohr-

legung später hinfällig werden könnten, wenn von der Wolfenbüttlerstraße her sich die Beleuchtung besser herstellen lasse.

Der Antrag der Finanzcommission wird hierauf gutgeheißen.

VI. Anschaffung von Inventarstücken für das städtische Museum.

In Veranlassung der für den October d. Js. in Aussicht genommenen Ueberführung der städtischen Sammlungen in das alte Stadthaus ist eine Anzahl neuer, bezw. die Abänderung alter Einrichtungsgegenstände für das städtische Museum erforderlich. Es handelt sich dabei namentlich um die Aenderung von vorhandenen und die Beschaffung von acht neuen Schränken, die Beschaffung von zwei Schaukästen mit Aufsatz, von Borden, Tafeln u., welche Sachen einen Kostenaufwand von 3966,36 M. erfordern werden. Der Magistrat giebt die Verwilligung dieser Summe anheim,

und die Versammlung beschließt dieselbe auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet.

VII. Statut, betr. die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden.

Das von der Versammlung am 15. Juni d. Js. — Seite 76 des Berichts — angenommene Statut, betr. die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden in der Stadt Braunschweig, ist vom Herzogl. Staats-Ministerium unter Vorbehalt einer Aenderung genehmigt, die sich aus den §§. 101 und 102 des inzwischen veröffentlichten Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 12. Juni d. Js. *N.* 36 ergibt. Es sollen nämlich im §. 16, Abf. 2 des Statutes an Stelle der Worte: „... , falls die Belegung in den im §. 1 des Gesetzes vom 13. Juni 1890 *N.* 33 bezeichneten Schuldforderungen erfolgen soll“, die Worte treten: „... , falls die Belegung in den in den §§. 101 und 102 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 *N.* 36 bezeichneten Schuldschreibungen erfolgen soll“. Der Magistrat giebt anheim, dieser Aenderung zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Wolff den Antrag namens der Statutencommission unterstützt hatte.

VIII. Neubau einer Bürgerschule an der Wendenmaischstraße.

Nachdem das Bauprogramm für die an der Wendenmaischstraße neu zu errichtende untere Bürgerschule bei Auswahl des Bauplatzes dahin aufgestellt worden war, daß dieselbe 24 Classen und 2—4 Reserveclassen nebst Zubehör enthalten solle, hat die städtische Bauverwaltung eine Erweiterung dieses Programmes durch Einrichtung von 7 Reserveclassen mit Rücksicht darauf in Vorschlag gebracht, daß sich bei den hier üblichen dreigeschoßigen Schulgebäuden

zweckmäßig immer nur wenigstens 6 Classen angliedern lassen. Der Schulvorstand ist mit dieser Erweiterung des Bauprogramms einverstanden und giebt dessen Genehmigung mit einer geringfügigen Aenderung anheim. Der Kostenaufwand für dieses Gebäude mit Einschluß der Kosten der Mobiliareinrichtung ist zu 475 000 M veranschlagt worden. Die im Vergleich mit anderen neueren Bürgerschulen entstehenden Mehrkosten dieser Schule erklären sich aus den erhöhten Aufwendungen für die Fundamentirung, welche sich allerdings reichlich durch den verhältnißmäßig niederen Kaufpreis des Bauplatzes ausgleichen. Der Magistrat beantragt, die Ausführung des Bauprojectes zu genehmigen und dessen Kosten in anschlagsmäßiger Höhe von 475 000 M zu bewilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Nolte hat die vereinigte Bau- und Schulcommission die Vorlage durchberathen. Von einer Seite sei hervorgehoben worden, daß das Project sich zur Ausführung nicht empfehle, weil der Baugrund ein mangelhafter sei und weil trotz der vorgeesehenen Sicherheitsmaßregeln die Gefahr der Ueberfluthung des Erdgeschosses nicht ausgeschlossen erscheine. Trotzdem empfehle die große Mehrheit der vereinigten Commissionen, der Ausführung des Projectes zuzustimmen, nachdem der Stadtbaurath Winter erklärt habe, daß nach menschlichem Ermessen die von ihm vorgeschlagenen Vorsichtsmaßregeln genügen würden, um eine derartige Gefahr auszuschließen.

Herr Blasius steht in Bezug auf diesen Schulbau noch auf demselben ablehnenden Standpunkte, den er schon bei Ankauf des Grund und Bodens eingenommen habe, indem er den Baugrund in dieser Gegend, also in dem Ueberschwemmungsgebiete unterhalb der Stadt, wo das Hochwasser eventuell sogar durch die Stadt verunreinigt sein könne, zu einem Schulbau nicht für geeignet halte. Da es aber die Hauptsache sei, für eine Schule einen gesunden Baugrund zu erhalten und man diesen seiner Meinung nach hier nicht finde, so könne er der Verwilligung nicht zustimmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt, auf diese Bedenken heute nicht noch einmal näher eingehen zu brauchen, nachdem die Versammlung denselben bei der früheren Berathung über den Erwerb des Baugrundes nicht beigetreten sei.

Herr Hauswaldt möchte nähere Auskunft über den Stand des Schulhausbaufonds haben, um ermitteln zu können, ob derselbe auch die zu diesem Schulbau erforderlichen Mittel besitze.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Schulhausbaufonds augenblicklich erhebliche Mittel besitze, weil verschiedene aus demselben zu anderen Zwecken zu leistende Aufwendungen noch nicht gemacht seien. Dazu komme, daß der Abschluß des Gaswerkes vom vorigen Jahre ein außerordentlich günstiger gewesen sei. Ueber den Abschluß des Wasserwerkes könne er noch nichts mittheilen, weil derselbe erst in diesen Tagen fertiggestellt werde.

Herr Rieke kann den Standpunkt des Herrn Blasius als Hygieniker sehr wohl verstehen, aber woher solle die Stadt die Bauplätze bekommen, wenn sie solchen Platz ablehnen wolle. Der Platz, auf dem das Finanzbehördenhaus und das Rathhaus stehe, habe einen noch viel schlechteren Untergrund. Beispielsweise würden viele holländische Städte und selbst Hamburg in seinen Außentheilen keine Bauten aufführen können, wenn sie sich an solche Dinge stoßen wollten. An eine Höherlegung des Sockels brauche man auch nicht zu denken, weil der schon hoch genug sei und auch ästhetische Rücksichten dagegen sprächen. Die Sohle des Kellers liege hier immer noch 40 cm höher, als das Grundwasser im vorigen Jahre gestiegen sei, was ausreichend erscheine, zumal man auf solche außergewöhnlichen Ereignisse doch nicht immer zu rechnen brauche. Nicht allein die Willigkeit des Bauplatzes habe die städtischen Behörden bei der Wahl desselben veranlaßt, sondern auch die Lage desselben, welche verhindere, daß ein Theil der die Schule besuchenden Kinder gar zu weite Schulwege habe. Von diesem Standpunkte aus seien die Bedenken gegen den Bauplatz hinfällig und könne man unter solchen Umständen sehr gut für denselben stimmen. Eine Betonirung des Erdgeschosses in Stärke von 40 cm sei allerdings vielleicht zu schwach, da nach seinen Erfahrungen selbst eine Betonstärke von 60 cm noch Wasser durchgelassen habe und z. B. in der Casparistraße eine 75 cm starke Betonschicht durch das Wasser aufgerissen worden sei. Deshalb empfehle er, die Schicht vielleicht 10—20 cm stärker zu machen. Es erscheine ihm trotz aller zur Anwendung gebrachten Vorsicht doch fraglich, ob sich nicht bei dem Erdgeschosse des Rathhauses doch einige Risse demnächst zeigen werden.

Herr Nieß könnte die von dem Vorredner für die Wahl des Platzes angeführten Gründe noch verstärken, indem er daran erinnere, daß das Landgerichtsgebäude an der Münzstraße an einer Stelle erbaut worden sei, wo sich früher ein alter Oterlauf befunden habe. Dort seien seiner Erinnerung nach 2100 Pfähle mit der Dampftramme in den Grund eingetrieben worden, um eine Befestigung des Baugrundes zu ermöglichen, ohne daß dagegen der geringste Widerspruch erhoben worden sei. Wenn nun wirklich die Bedenken gegen den Bauplatz an der Wendemannsstraße so erheblich wären, wie Herr Blasius das annehme, dann müßte die Stadtverwaltung das Bauen auf dem Gebiete überhaupt, also auch für Privathäuser, verbieten. An der Hufarenstraße habe man s. B. einen Bauplatz für eine Schule ausgesucht, der preismäßig zu haben gewesen sei, jedoch habe man denselben auf Grund erhobener Bedenken gegen den Untergrund verworfen und nachher sei das Blindeninstitut dahin gebaut. Die Stadtverwaltung müsse sich darüber hinwegsetzen, wenn ein Baugrund einmal nicht allen Anforderungen genüge, da es in der hiesigen Stadt nicht viele Bauplätze gebe, welche allen Bedingungen der Hygiene entsprächen.

Herr Schmidt muß sich wundern, daß Herr Riefe jetzt mit technischen Einwendungen gegen die Betonstärke komme, während er in der Commissionsberatung in Gegenwart des Stadtbauraths Winter nichts davon gesagt habe. Die Versammlung könne zu solchen technischen Fragen unmöglich Stellung nehmen und müsse das der Commission, bezw. den technischen Beamten überlassen. Deshalb lehne er es ab, auf diese Einwendungen des Herrn Riefe heute noch einzugehen. Gegen eine weitere Erhöhung des Untergeschosses spreche schon der Kostenpunkt von 18—20000 M und würde es besser sein, von dem Bauplatz ganz abzusehen, wenn man mit der Betonirung den Preis des ganzen Gebäudes um 32000 M erhöhen wollte. Er empfehle daher, bei der Magistratsvorlage zu bleiben. In zwei Sitzungen seien die Gründe erwogen worden, welche für und gegen den Bauplatz sprächen, es müßten also eventuell beide Beschlüsse wieder aufgehoben werden, um zu einem dritten zu kommen, und wie der ausfallen würde, wisse man nicht. Die Nothwendigkeit der baldigen Fertigstellung der Schule sei bekannt, darum solle man diese nicht weiter hinausschieben.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bemerken, daß der Magistrat aus den Aeußerungen des Herrn Riefe Veranlassung nehmen werde, die städtische Bauverwaltung aufzufordern, zu prüfen, ob eine Verstärkung der Betondeckung angezeigt erscheine. Was das Bedürfniß nach einer Beschleunigung der Fertigstellung der Schule anbelange, so wolle er daran erinnern, daß bei Beginn des neuen Schuljahres die Zahl der die unteren Bürgererschulen besuchenden Kinder wider Erwarten stark zugenommen habe, nämlich um 387 Köpfe.

Herr Blasius möchte auf die Aeußerungen des Herrn Riefe, daß man hier nicht immer gesunde Bauplätze finden könne, erwidern, daß dieses für centrale Gebäude wohl stimmen möge, da man das Rathhaus und das Gebäude für das höchste Gericht des Landes nicht auf den Streitberg stellen könne, daß dieses aber auf eine Bürgerschule nicht passe. Für die Schulen habe man das Decentralisationsystem und daher lasse sich z. B. auf dem hohen Okerufer ein ganz tadelloser Schulbauplatz erwerben, wie das auch an der Kreuzstraße möglich gewesen sei, während alle Bauplätze, welche im Sumpfe oder im Ueberschwemmungsgebiete liegen, den hygienischen Anforderungen an einen Schulbauplatz nicht entsprächen. Aus diesem Grunde könne er für den Bauplatz nicht stimmen.

Herr Riefe will auf die Einwendungen des Herrn Schmidt entgegnen, daß von ihm angenommen sei, der Herr Stadtbaurath Winter würde hier erscheinen, um die Vorlage zu vertreten. In der Commissionsitzung habe er das Gefühl gehabt, als ob die Baucommission dort eigentlich kein Recht hätte, deshalb habe er das Wort nicht genommen.

Herr Löschigk muß es für eine große Hauptsache halten, daß die Kinder nicht zu weit zur Schule zu laufen brauchen. Wenn die Schule jetzt nach der Ham-

burgerstraße komme, müßten die Kinder theilweise 1000 Meter weiter gehen, deshalb bitte er, diesen Bauplatz beizubehalten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

IX. Einsprachen gegen die projectirte Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade.

In der Sitzung vom 15. Juni d. Js. — Seite 81 des Berichts — hat die Versammlung genehmigt, daß die projectirte Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade auf der Strecke nördlich vom Geiershagen um etwa 2 Meter nach Westen verschoben werde. In Folge dieser Aenderung mußte der Plan nochmals öffentlich ausgelegt werden, worauf verschiedene Einsprachen eingegangen sind. Die Eigenthümer der Grundstücke Nr. ord. 24—31 am Nideckenkulle haben mit ihrer Einsprache das Ersuchen verbunden, ihre Grundstücke stadtseitig anzukaufen und dann an der Westseite der geplanten Straße einen freien Platz zu schaffen. Da indessen der in Höhe von 158 000 M. geforderte Preis der Grundstücke ihren Werth nach der Schätzung der städt. Bauverwaltung um 37 800 M. übersteigt, so ersucht der Magistrat, von dem Ankaufe der Grundstücke abzusehen, auch sämtliche Einsprachen für unbegründet zu erklären und demgemäß zu verwerfen.

Wie Herr Schmidt berichtet, empfiehlt die Baucommission, diesem Antrage zuzustimmen, da die in den Einsprachen angeführten Gründe nicht stichhaltig seien. Es würde als ein Glück angesehen werden müssen, wenn die dort stehenden niedrigen Bauten endlich beseitigt werden müßten, um gesunden Bauten Platz zu machen.

Herr Rieke hat diesem Straßenzuge zugestimmt, weil er es für äußerst wichtig halte, daß von der Promenade am Gaußdenkmale her in diesen Winkel frische Luft komme. Noch mehr wäre das Straßenproject aber zu begrüßen gewesen, wenn es vom Hagenmarkte her unter Benutzung des Huch'schen Hauses hätte durchgeführt werden können, weil man dann mit den alten ungesunden und baufälligen Häusern einmal ordentlich hätte aufräumen können. Nach seiner Ansicht wäre von dem Schorse'schen Grundstücke viel mehr und billigeres Terrain zu haben gewesen, als von den Grundstücken an der Wendensstraße, da diese aber nach Abschneidung der Straßenfläche noch 40—60 Meter Tiefe behielten, so könne er gar nicht begreifen, daß die betr. Anlieger der Wendensstraße sich gegen das vorliegende Project steifen, obwohl ihr Terrain durch die neue Straße doch viel werthvoller werden würde. Wahrscheinlich seien sich die Anlieger hierüber noch nicht recht klar geworden. In Bezug auf die Einsprachen der Anlieger des Nideckenkulles müsse anerkannt werden, daß bei einem Ausbau der alten Häuser die Gefahr vorliege, sie würden theilweise einfallen, jedoch lasse sich annehmen, daß der Ausbau der Straße noch sehr lange dauern könne. Der Stadt müsse aber daran liegen, ihre Baupläze an der Kaiser-

straße endlich los zu werden, um die Zinsen zu ersparen, und das lasse sich nur erreichen, wenn man die Straße festlege. Die Forderung von 158000 M für die Grundstücke erscheine ihm an sich nicht zu hoch, nur könne er bei der jetzigen Finanzlage der Stadt seine Zustimmung zu solchem Ankaufe nicht geben. Da nun auch nach Lage der Verhältnisse eine baldige Ausführung der Straße unwahrscheinlich sei, so halte er es für's Beste, an dem vorliegenden Straßenprojecte festzuhalten und den Anliegern das Terrain als Gärten zu überlassen. Wenn man dann eine bessere Planke dorthin stelle, auch die Gegend entwässere, so würde sich ein ganz leidlicher Zustand schaffen lassen. Noch besser müßte es ja sein, wenn die ganze Straße wegrasirt würde; da das aber nicht gehe, so bescheide er sich in diesem Punkte.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

X. Anschaffung eines Steinbahnbrechers.

Das Auflockern, bezw. Aufbrechen alter Steinbahnen vor dem Aufbringen einer neuen Schüttung oder vor der Anfertigung von Kleinpflaster auf der alten Chausfirung, sowie auch das Einebnen unregelmäßig und höckerig gewordener chausfirter Fahrbahnen ist hier bisher mit einem verhältnißmäßig hohen Zeit- und Geldaufwande durch Handarbeit zur Ausführung gebracht worden. Nach Anstellung und Beobachtung verschiedener Versuche empfiehlt der Magistrat, einen von der Firma John Fowler & Co. in Magdeburg in Verkehr gebrachten Straßenaufbrecher zu beschaffen und für diesen einschließlich Anbringungskosten an die Dampfwalze 2800 M zu Lasten des nächstjährigen Stats zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Lord berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

XI. Verschiebung eines Theiles der alten Glückstraße.

Der Kaufmann Hermann Witte hatte gebeten, schon jetzt die südliche Theilstrecke der Glückstraße aufzuheben. Da diese Aufhebung aber zur Zeit noch nicht angängig ist, so wurde Herr Witte hinterher dahin vorstellig, eine geringfügige Verschiebung der Glückstraße an ihrer Einmündung in die Petristraße vorzunehmen und zwar so, daß eine 19 qm großen Wegefläche aufgehoben und ihm gegen tauschweise Abtretung einer gleich großen Fläche seines Grundstückes überlassen werde. Der Magistrat ist hiermit einverstanden und ersucht, die Verschiebung des Interessentenweges, sowie den Terrainaustausch zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Schmidt berichtet, geschieht.

XII. Straßenbaukosten der Voigts-Mühlstraße.

Nach der von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten endgiltigen Kosten- und Vertheilungsberechnung beläuft sich der Anliegerbeitrag für die Voigts-

Rheßstraße auf 114,205 M für 1 m Frontlänge und giebt der Magistrat anheim, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

was geschieht, nachdem Herr Rieße den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

XIII. Anschaffung von Mobiliargegenständen für das Rathhaus.

Für die Geschäftszimmer im neuen Rathhause sind verschiedene Mobiliargegenstände erforderlich, deren Werth die städtische Bauverwaltung auf 2300 M veranschlagt hat. Der Magistrat ersucht, die bereits in Auftrag gegebene Beschaffung der betr. Gegenstände nachträglich genehm zu halten und zu solchem Zwecke einen Credit von 2300 M zu bewilligen.

Die Baucommission hat die Vorlage geprüft und giebt durch Herrn Bültemann anheim, dieselbe zu genehmigen.

Herr Hauswaldt möchte wissen, ob es sich hier um eine neue Bewilligung handle, oder ob dieselbe mit der früher beschlossenen Bewilligung zusammenhänge.

Herr Oberbürgermeister Pockels will ergänzend bemerken, daß es möglich sein werde, das jetzige Bureaumobilium mit in das neue Rathhaus herüberzunehmen und es sich nur darum handle, einzelne Mobiliartücke aufzufrischen und zu ergänzen. Diesem Zwecke diene die gegenwärtige Vorlage. Wenn übrigens die auf der Tagesordnung der heutigen vertraulichen Sitzung stehende Vorlage, betr. die Annahme von Hülfschreibern, von der Versammlung gutgeheißen werde, so sei es erforderlich, noch weiteres Mobilium mit einem Aufwande von etwa 565 M zu beschaffen und werde die Versammlung ersucht, diesen Betrag unter der angegebenen Voraussetzung gleich mit zu bewilligen.

Herr Rieße möchte die Frage des Herrn Hauswaldt dahin beantworten, daß es sich in der früheren Sitzung darum gehandelt habe, die eigentliche neue Ausrüstung für das Rathhaus zu bewilligen. Die Sache habe sich hinterher in der Baucommission, welche die Versammlung durch Herrn Meyerhoff und ihn verstärkt habe, so abgewickelt, daß nach der dort gegebenen Aufklärung in der vorhergehenden Sitzung der Versammlung Zahlen genannt seien, welche nicht die von den betr. Gewerbetreibenden für die Möbeln geforderten Preise, sondern welche Mittelwerthe darstellten. Nachdem das aus dieser unrichtigen Auffassung hervorgegangene schiefe Bild inzwischen richtig gestellt sei, habe der Stadtbaurath Winter Auftrag erhalten, das Mobilium zu einer Summe von 40000 M in Arbeit zu geben. Diese Summe sei um ein Geringes höher, als der niedrigste Betrag, welchen die Tischlermeister ursprünglich gefordert haben. Demnach sei die Sache nach Wunsch der Versammlung erledigt worden.

Herr Schmidt will nicht anstehen, die scharfen Worte, welche er f. B. gegen die Handwerksmeister in Unkenntniß der vorliegenden Verhältnisse gebraucht habe, zurückzunehmen. Dagegen halte er Alles, was er gegen die Ringbildung gesagt

habe, vollständig aufrecht. Man habe in dem vorliegenden Falle den Handwerksmeistern nicht die nöthige Zeit gelassen, um den geforderten Anschlag mit Sicherheit ausführen zu können, denn bei einem Objecte von 40000 M sei ein Zeitraum von einigen Tagen zur Aufstellung eines zutreffenden Anschlags nicht hinreichend. Wenn die Handwerksmeister am Tage gearbeitet haben und Abends ermüdet an eine solche, ihnen nicht einmal geläufige Arbeit gehen sollen, so reiche dazu ein Zeitraum von zwei bis drei Tagen nicht hin. Aus diesem Grunde haben sich die Handwerksmeister zusammengethan, um gemeinsam die Veranschlagung vorzunehmen. Hierdurch sei es gekommen, daß die Durchschnittspreise fast genau dem vom Stadtbauamte veranschlagten Betrage gleichkommen. Mit dem Submissionswesen sei es überhaupt eine eigene Sache, denn Einer falle dabei gewöhnlich hinein und das sei fast immer der Handwerksmeister, während die Behörden das Opfer annehmen. Jedenfalls finde er es unrecht, daß man in dieser Weise gegen die Herren vorgehe und ihnen nicht wenigstens so viel Zeit lasse, um die Anschläge mit Ruhe und Sicherheit aufstellen zu können, da doch wirklich Zeit genug zur Verfügung gestanden habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bestätigen, daß nach der Erklärung des Herrn Stadtbauraths Winter in der Commission einzelne Werkmeister allerdings die Aufforderung zur Einlieferung von Angeboten nur wenige Tage in Händen gehabt haben, jedoch seien hierfür auch besondere Gründe angeführt worden, auf welche er in öffentlicher Sitzung nicht zurückkommen möchte.

Die vom Magistrate geforderten beiden Summen werden sodann bewilligt.

XIV. Verkauf eines städtischen Bauplatzes.

Von den für Straßenbauzwecke stadtseitig erworbenen Grundstücken des Kunstgärtners Rischbieter und des Rentners Hilgentag ist am Zusammenstoß von Pflegehaus- und Thomaestraße ein 16,56 a großer Bauplatz verfügbar geblieben. Bei der öffentlichen Versteigerung dieses Platzes mit Ausschluß einer 1,14 a großen Fläche, welche angemessen dem Nachbargrundstücke zuzulegen ist, hat der Bauunternehmer Bode das Höchstgebot mit 30500 M frei von Straßenkosten abgegeben. Wenngleich dem Magistrate dieser Preis recht gering erscheint, so giebt derselbe doch anheim, ihn zur Ertheilung des Zuschlages an Bode zu ermächtigen.

Die Baucommission läßt durch Herrn Bauernmeister empfehlen, dem Verkaufe nicht zuzustimmen, weil der gebotene Preis gar zu gering sei. Wenn man die Straßenkosten abrechne, so verbleibe der Stadt nur ein Betrag von rund 13000 M, der für diesen schön gelegenen Platz viel zu gering sei.

Herr Sander muß sich über die ungeheure Höhe der Straßenkosten wundern, da doch gar nicht viel Terrain zu erwerben gewesen wäre. Er möchte deshalb fragen, woher diese hohen Kosten kommen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß es fast scheine, als ob Herr Sander glaube, der Magistrat habe irgend woher die Straßenbaukosten genommen und sie diesem Grundstücke aufgepackt. Die Kosten seien von der Versammlung ordnungsmäßig bewilligt worden. Im Uebrigen komme es hierbei gar nicht auf die Höhe der Straßenkosten an, da der Platz ohne dieselben verkauft worden sei; es handle sich vielmehr nur darum, ob der gebotene Preis für den Platz angemessen oder zu gering sei. Wenn die Versammlung glaube, der Preis sei für den Platz nicht ausreichend, so möge sie den Verkauf ablehnen.

Herr Sander will dazu bemerken, daß die Straßenkosten erst nach Fertigstellung der Straßen definitiv bewilligt werden. Die unverhältnismäßige Höhe dieser Kosten könne er sich nur dadurch erklären, daß zu den Straßenbauten alte kröppelige Leute verwendet werden, die nicht mehr ordentlich arbeiten können. Wenn die städtische Bauverwaltung sich entschließen wollte, in Zukunft nur kräftige Leute einzustellen, würde sie um $33\frac{1}{3}\%$ billiger arbeiten. Man könne täglich beobachten, daß von 20 Mann höchstens 5 arbeiten und diese auch immer nur einige Minuten, um sich dann wieder auszuruhen. Den alten, kröppeligen Leuten, welche wahrscheinlich nur beschäftigt würden, um die Armenkasse zu entlasten (Widerspruch), könne man es nicht verargen, wenn sie es sich möglichst bequem machen, jedoch würden hierdurch die Straßenbaukosten erheblich verteuert.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß es für sehr bedenklich halten, wenn ein Mitglied der Stadtverwaltung die eigene Verwaltung so abfällig beurtheile und die Anlieger geradezu zu Beschwerden herausfordere. Wenn auch zugegeben werden solle, daß einzelne Arbeiter vielleicht mehr leisten können, als sie in Wirklichkeit leisten, so sei doch der Vorwurf völlig unbegründet, daß die Leute von der Armenkasse abgeschoben würden. In dem vorliegenden Falle seien die hohen Straßenkosten allein durch die Grunderwerbskosten veranlaßt worden, denn das Rischbieter'sche und das Hilgentag'sche Grundstück haben sehr viel Geld gekostet. Letzteres sollte nach einer früheren Aeußerung des Herrn Rieß für 30 000 M. zu haben gewesen sein, während die Stadt hinterher über 70 000 M. habe bezahlen müssen.

Herr Hauswaldt möchte bitten, das Grundstück für den gebotenen Preis fortzugeben, weil dasselbe sonst jahrelang liegen bleiben könne und das Capital immer noch mehr Zinsen fresse. Er wolle dabei nur an das Grundstück am Augustplatz erinnern, welches der Stadt jetzt schon sehr theuer zu stehen komme, und werde sich das hier im kleinen Maßstabe wiederholen. Die Grundstückspreise würden voraussichtlich nicht wesentlich mehr steigen und fiel es auch keinem Privatmann ein, heute mit Grundstücken zu speculiren. Es erscheine ihm nicht richtig, für den Platz einige tausend Mark mehr herauszuschlagen zu wollen und dafür die vielen Zinsen zu bezahlen; deshalb ersuche er um Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Riefe sieht sich veranlaßt, der Aeußerung des Herrn Sander wegen der Beschäftigung von alten, kröppeligen Leuten entgegenzutreten. Aus seiner 14jährigen Thätigkeit als Armenpfleger wisse er ganz genau, welche Leute Armen-geld erhalten und welche gern arbeiten. Nicht die Arbeitslöhne, sondern die Wucherpreise für den Grund und Boden machen heutzutage die Häuser theuer. Wenn den Leuten, welche durchaus nicht alt und schwach seien, für ihre Beschäf-tigung beim Straßenbau ein Stundenlohn von 22,5 S gezahlt werde, so sei das zu gering, sofern man berücksichtige, was die Leute an Miethe und für den Lebens- unterhalt zu bezahlen haben. Bei solchen Löhnen könne ein Arbeiter auch nicht solche Thätigkeit entfalten, wie bei besseren Löhnen. Wenn Jemand es nicht mehr nöthig habe zu arbeiten, so habe er es leicht, an der Thätigkeit von Arbeitern zu kritisiren, aber als Vertreter der Stadt sollte man sich doch hüten, mit solchen Reden herumzuwerfen. Da die Stadt Alles theuer bezahlen müsse, was sie anzu- kaufen habe, so müsse sie auch sehen, aus ihrem Grund und Boden möglichst viel herauszudrücken; deshalb stimme er dafür, den Verkauf des Platzes noch einmal auszusprechen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann eine alsbaldige nochmalige Aus- schreibung nicht für zweckmäßig halten, da bei dem öffentlichen Verkaufe des Platzes nur 30 500 M geboten seien, während vorher Jemand unter der Hand schon 33 000 M geboten habe. Es würde sich mehr empfehlen, wenn die Versammlung erklären wollte, welchen Preis sie für angemessen halte.

Herr Rieß möchte Herrn Hauswaldt gegenüber erklären, daß es es für eine öffentliche Verwaltung als einen großen Fehler ansehen müsse, wenn sie den ihr zu Gebote stehenden Grundbesitz fortwährend an den Markt bringe, da sich dieses hinterher oft schwer räche. Bei der Verbreiterung der Sonnenstraße z. B. hätte die Stadt die beiden in Frage kommenden Gebäude zu einem mäßigen Preise erwerben können, was aber nicht geschehen sei, nachher habe der Besitzer für den abgetretenen Theil so viel erhalten, wie das ganze Grundstück kosten sollte und dazu habe derselbe das Restgrundstück und die Landabfindung noch behalten. Das Gebiet der jetzigen Wilmerdingsstraße habe er f. B. der Stadt für 50 000 M zur Verfügung gestellt, jedoch sei ihm erklärt worden, die Stadt sei keine geeignete Körperschaft, um Grundstücke zu kaufen. Später habe die Stadt jenes Terrain erwerben müssen und kostete dasselbe dann 100 000 M , während es jetzt im Einzel- verkaufe auf 200 000 M gekommen sei. So gehe es, wenn man vorzeitig Grund- stücke aus der Hand gebe, die man besitze. Aus diesem Grunde trete er dem Beschlusse der Baucommission bei und meine, daß der Platz vielleicht mit 35 000 M angemessen bewerthet sei.

Nachdem auch die Herren Bültemann und Bauermeister gebeten hatten, dem Antrage der Baucommission zuzustimmen, bemerkt

Herr Sander, daß er nicht gewußt habe, daß die Arbeiter bei den Straßenbauten nur einen Stundenlohn von 22,5 \mathcal{M} verdienten. Für so wenig Geld könne allerdings Niemand angestrengt arbeiten und sei es nicht zu verwundern, wenn sich dafür kein kräftiger und tüchtiger Arbeiter finde.

Dem Antrage der Baucommission gemäß wird darauf die Magistratsvorlage abgelehnt.

XV. Straßenbaukosten der Bodestraße.

Der Anliegerbeitrag zu den Kosten des Ausbaues der Bodestraße zwischen Carl- und Giesmaroderstraße ist von der städtischen Bauverwaltung auf 191,57 \mathcal{M} für 1 m Frontlänge berechnet worden und giebt der Magistrat anheim, den Beitrag in dieser Höhe festzusetzen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, geschieht.

XVI. Uebertragung von Canalbaumitteln auf das Jahr 1899/1900.

Von den im Neubauetat der Canalbaucaße für das Rechnungsjahr 1898/99 vorgesehenen Bauausführungen ist die Canalisirung des Rojenthales nicht beendet worden. Es wird daher beantragt, die hierfür ausgeworfenen Geldmittel in Höhe von 824,51 \mathcal{M} auf das laufende Rechnungsjahr zu übertragen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird der Antrag genehmigt.

XVII. Legung eines definitiven Canals an der Kreuzstraße.

Es war beabsichtigt worden, die Verbindungsstraße zwischen der Kreuzstraße und dem Madamenwege westlich des Altstadttringes mit einem provisorischen Canale zu versehen, weil für den endgiltigen gemauerten Canal mit tiefer liegender Sohle die nöthige Vorfluth erst später geschaffen werden konnte. Eine weitere Durcharbeitung des Projectes hat nun aber ergeben, daß die Herrichtung des endgiltigen Canals schon jetzt bewirkt werden kann. Der Magistrat ersucht deshalb, den Mehrbetrag der Kosten für den definitiven Canal in Höhe von 9055 \mathcal{M} zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Schmidt den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6 Uhr.

1899|1900.N^o 7.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. October 1899.

Tagesordnung:

I. Hundesteuer-Erlaßgesuche	Seite 131
II. Verwendung des ehemaligen Casernengrundstücks am Magnithore	" 131
III. Bauproject für die städtische Gewerbeschule	" 134
IV. Einrichtung einer Schulklasse zum Abendunterricht für Mechaniker	" 137
V. Besuch wegen Ausführung von Installationen	" 137
VI. Aufhebung des Statuts Nr. 7	" 142
VII. Anliegerbeitrag für eine Fußwegstrecke an der Frankfurterstraße	" 142
VIII. Feststellung von Straßenbaukosten der Juliusstraße	" 142
IX. Einsprachen gegen einen Theilortsbauplan	" 142
X. Terrainaustausch an der Kaiser-Wilhelmstraße zc.	" 143
XI. Kosten für Canal-Rothauslässe und Sinktassen	" 143
XII. Aufnahme einer Anleihe	" 144
XIII. Statut, betr. die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier.	" 145
XIV. Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad	" 160
XV. Antrag Koch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen auf verschiedenen Plätzen der Stadt.	" 160
XVI. Antrag Sander: Bestimmung eines Platzes für die Choleraabraden	" 160

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer und Sievers.

Entschuldigt die Herren Blasius und Seele.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Ein Schreiben des Magistrates, nach welchem der kürzlich verstorbene Commerzienrath Haslicht der Stadt testamentarisch die Summe von 60 000 M vermacht und dazu die Bestimmung getroffen hat, daß diese Summe, an der übrigens der hinterbliebenen Wittve der lebenslängliche Nießbrauch zusteht, zur Verschönerung event. Vergrößerung des Bürgerparkes Verwendung finden soll. Der Magistrat hat dieses hochherzige Vermächtniß unter dankbarer Anerkennung des dadurch bethätigten echten Bürgerfinnes angenommen und glaubt, daß die Versammlung mit ihm das Andenken des Dahingeshiedenen dauernd in Ehren halten werde.

Der Herr Vorsitzende knüpft hieran die Bemerkung, die Versammlung könne mit Freuden Act davon nehmen, daß eine solche Bethätigung wahren Bürgerfinnes dem Anscheine nach in unserer Stadt mehrfach um sich greife. Die hier bekundete Liebe zur Heimath und zur Vaterstadt sei eine sehr erfreuliche Erscheinung gegenüber dem vielfach kritiklosen Gezeter armer und reicher hiesiger Bürger, welche glauben ihren Bürgerfinn dadurch bethätigen zu können, daß sie, wenn es sich darum handle, in dem Gemeinwesen für die erforderlichen Ausgaben Deckung zu suchen für die vielfachen reichen Wohlthaten, welche es dem Bürger erweise, nichts weiter haben, als eine abfällige Kritik und nichts weiter glauben thun zu dürfen, als sich zu verwahren gegen angeblichen Steuerdruck oder ungerechter Vertheilung der Steuerlast. Die Versammlung werde gebeten, ihrer Freude über das hochherzige Vermächtniß, dessen sich noch Kind und Kindeskind erfreuen können, dadurch Ausdruck zu geben, daß sie sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhebe. (Geschieht.)

- 2) Ein ferneres Schreiben des Magistrates zur vorläufigen Kenntnißnahme, mit welchem der Rechnungsabschluß der Cämmereicasse für 1898/99, sowie Auszüge aus den Rechnungsabschlüssen der mit der Cämmereicasse in Verbindung stehenden, sowie der sonstigen städtischen Cassen und der Kreiscommunalcasse für dasselbe Jahr mitgetheilt wird. Der Voranschlag für das Ordinarium der Cämmereicasse hatte eine Fehlsomme von 60 000 M vorgesehen, während dieselbe in Wirklichkeit 63 026,60 M beträgt, also dem Voranschlage ziemlich genau entspricht.
- 3) Endlich giebt der Magistrat in einem Schreiben noch eine Uebersicht der Gemeindesteuer-Einschätzung für 1899/1900, nach welcher durch die Hauptlisten insgesammt 1 726 479,76 M Steuern ausgeschrieben sind. Im Vorjahre betrug die Gesamtausschreibung durch die Haupt- und die Zugangslisten 2 089 872,47 M, jedoch haben hiervon bis zum 20. September 1899 schon 1 378 088,40 M in Folge von Reclamationen und von Uneingiehbarkeit abgesetzt werden müssen.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Das Gesuch der Ehefrau des Händlers Behrens um Erlass der Steuer für einen Zieh hund wird genehmigt, dagegen werden die Gesuche der Firma Leech & Schmidt und der Garnisonverwaltung um Befreiung von der Steuer für einen Wachhund, sowie des Milchwärendlers Wittendorf, welcher Steuererlaß für einen Zieh hund wünscht, abgelehnt, Letzteres weil Wittendorf als unterstützungsbedürftig nicht angesehen werden kann.

II. Verwendung des ehemaligen Casernengrundstücks am Mägnithore.

Die städtische Bauverwaltung hat dem Magistrat vier verschiedene Projecte wegen Herrichtung neuer Zugangswege von der Leonhardstraße in die Innenstadt unterbreitet. Wenngleich der Magistrat anerkennt, daß eine Besserung des jetzt dort vorhandenen Verkehrsweges wünschenswerth erscheint und wenngleich sich das Stadtbauamt für den Entwurf IV ausgesprochen hat, der die Anlegung einer 18 m breiten, nahezu geraden Verbindungsstraße zwischen der Promenade und dem Regidienmarke vorsieht, so vermag der Magistrat sich doch für keines der verschiedenen Projecte auszusprechen. Durch die Projecte I und II würde nach der Ansicht des Magistrates ohne Aufwendung ganz erheblicher Kosten dem vorhandenen Uebelstande nur theilweise abgeholfen und es würde überdies dem jetzt schon stark belasteten freien Plage am Sübende des Wohlweges ein noch stärkerer Verkehr zugeführt werden. Die Durchführung des Projectes III mit der Durchschneidung des Waisenhausgrundstücks würde jedenfalls so erhebliche Kosten verursachen, daß schon dieserhalb von seiner Annahme abgesehen werden müßte. Die Kosten des Projectes IV sind zu 850 000 M veranschlagt worden, denen nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung eine Einnahme für verfügbar werdende Bauplätze in Höhe von 975 000 M gegenüberstehen würde. Dabei ist jedoch zu beachten, daß unter diesen Bauplätzen auch die verfügbar werdenden Flächen des ehemaligen Casernengrundstücks mit berücksichtigt sind, während bei den Ausgaben der sehr erhebliche Kaufpreis für das Casernengrundstück außer Betracht geblieben ist. Bei Hinzurechnung dieses Werthes würde sich kein Ueberschuß, sondern ein nicht unerheblicher Fehlbetrag ergeben. Dazu kommt, daß die nach diesem Entwurfe in Aussicht genommene Straße zur Beseitigung des vorgedachten Uebelstandes allein nicht genügen würde, daß vielmehr nicht nur eine völlige Umgestaltung der Fahrbahn des Regidienmarktes, sondern auch eine Verbreiterung der Straßen Rosenhagen und Hintern lieben Frauen nothwendig werden würde. Aber selbst auch dann würde durch den neuen Straßenzug nur ein Theil des Verkehrs aufgenommen werden. Die Versammlung wird nun ersucht, diese Straßenbauprojecte gleichfalls einer Prüfung zu unterziehen und der Verwendung des ehemaligen Casernengrundstücks als Bauplatz für die städtische Gewerbeschule und das städtische Museum zuzustimmen.

Die vereinigte Finanz- und Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht der Ansicht des Magistrates angeschlossen und giebt anheim, der Magistratsvorlage auf Verwerfung der vier Straßenprojecte zuzustimmen. Ein wesentlicher Grund für diesen Antrag sei darin zu erblicken, daß es zwecklos sein würde, wenn das Straßenproject jetzt nur festgelegt und nicht sofort radical durchgeführt werden sollte. Letzteres würde aber ganz erhebliche Kosten verursachen, die man wahrscheinlich niemals wieder zurückerhalten würde. Das vom Geldschranzfabrikanten Lüders aufgestellte Project erscheine schon deshalb nicht wohl durchführbar, weil es in möglichst ungünstiger Weise die ganzen Grundstücke durchschneide und einen sehr großen Kostenaufwand erfordern würde. Auch bei dem das Waisenhausgrundstück durchschneidenden Projecte würden die Kosten zu hoch werden. Obwohl die städtische Bauverwaltung das auf den Aegidienmarkt zu führende Project für durchführbar erklärt habe, sei doch Magistrat und Commission dagegen, weil die weiter nach dem Innern der Stadt führenden Straßen zu eng seien, um den Verkehr aufnehmen zu können. Die übrigen Projecte kämen aber aus den in der Magistratsvorlage erörterten Gründen nicht in Betracht, zumal durch dieselben eine Zugangsstraße in das Centrum der Stadt doch nicht geschaffen würde. Für die Ablehnung dieser theuren Straßenprojecte sei auch noch der Gesichtspunkt mit maßgebend gewesen, daß sich der Güterverkehr vom Ostbahnhofe nach dem Innern der Stadt demnächst doch nicht über diese Straße bewegen, sondern seinen Weg über Campe, bezw. Salzdhulmer- und Wolfenbüttlerstraße wählen werde. Die vereinigten Commissionen würden es indessen für wünschenswerth halten, die jetzt am Magnithore vorhandenen Zufuhrstraßen zur Abstellung der thatsächlich vorhandenen Uebelstände möglichst zu verbreitern.

Herr Rathe ersucht um Ablehnung der Magistratsvorlage und um Genehmigung des Projectes nach dem Aegidienmarke zu, da man dasselbe später mit noch erheblicheren Kosten doch werde ausführen müssen. Es empfehle sich, zunächst nur die Baulinie festzulegen und mit der Durchführung des Projectes bis zur Ausführung neuer Bauten zu warten. Nach der Verlegung des Güterverkehrs auf den Ostbahnhof werde der Wagenverkehr auch auf dieser Strecke verstärkt werden. Eine Verbreiterung der vorhandenen Straßen dürfte nicht nur mit großen Schwierigkeiten, sondern auch mit ebenso großen Kosten verbunden sein, als wenn man eine neue Straße nach dem Aegidienmarke durchführe. Eine Zufuhrstraße nach dem Centrum der Stadt erscheine ihm nicht so nöthig, als eine solche nach dem Kohlmarke, er bitte deshalb, dem Projecte IV freundlich gegenüberzustehen.

Herr Meyerhoff muß sich zu der Magistratsvorlage ebenfalls ablehnend verhalten. Wenn jetzt der Bau der Gewerbeschule nach dem Vorschlage des Magistrates genehmigt werde, würde es für lange Zeit unmöglich sein, an dieser Stelle einen besseren Eingang in die Stadt zu schaffen. Man habe hier schon so viele Fehler bei der Verbreiterung der Straßen gemacht, wie das vom Stadtverordneten Nieß

neulich erst bei der Sonnenstraße gezeigt sei, daß man sich hüten solle, hier wieder einen Fehler zu machen. Die jetzige Straße am Magnithore sei sehr steil, während die sämmtlichen neuen Projecte solche Steilheit vermieden und deshalb schon aus diesem Grunde nicht einfach zurückgewiesen werden dürften. Wenn die Commission annehme, daß die Kosten für eine neue Straße zu hoch seien und deshalb lieber die vorhandenen Straßen Delschlägern und Langedammstraße verbreitert werden möchten, so hätte er wohl gewünscht, einen Kostenüberschlag über dieses Project zu erhalten und glaube er, daß dasselbe nicht billiger sein könnte. Wenn die südöstliche Ecke des Pohlweges durch die Straße wirklich zu schwer belastet werden sollte, so müßte eben auch dort eine Verbreiterung ins Auge gefaßt werden. Aus diesen Gründen empfehle er, den Bau der Gewerbeschule so einzurichten, daß die Möglichkeit offen bleibe, später noch eine breitere Zufuhrstraße in die Stadt zu schaffen.

Herr Löschigt schließt sich dieser Ansicht an. Er wünsche nicht, daß die Straße schon jetzt durchgebrochen werde, aber man solle doch die Möglichkeit offen lassen, sie später einmal zu bauen. Am Hohenhore sei auch durch die Bebauung des früheren freien Platzes geholt worden, indem dort eine schwierige Passage geschaffen sei. Seiner Meinung nach empfehle sich nicht so sehr das Project nach dem Wohlwege, als nach dem Megidienmarke zu, welches er zu genehmigen bitte.

Herr Rieke kann nicht begreifen, daß die Nivellementsverhältnisse der projectirten Straßenzüge günstiger sein sollen, als die des jetzigen Straßenzuges, nämlich 1 : 30 gegen 1 : 17. Jetzt lasse sich dort überhaupt nicht viel mehr machen, das hätte müssen vor dem Umbau des Scheele'schen Hauses geschehen. Selbst wenn man rund 600000 M für einen neuen Straßenzug aufwenden würde, wäre man noch nicht zu Ende, weil der Rosenhagen u. dann für den Verkehr doch nicht ausreichte. Viel richtiger würde es sein, an der Dttmerstraße eine feste Brücke zu bauen und dann nach der Auguststraße durchzubrechen, weil man dadurch eine neue Verkehrsstraße in die Stadt schaffe, die den Verkehr vom Ostbahnhofe mit aufnehmen könne. Auch müßte dafür eingetreten werden, daß die Beschränkungen in Bezug auf das Befahren der Wallpromenaden überall dort wegfallen, wo sie dem Verkehre und der Entwicklung der Stadt hinderlich seien. Uebrigens glaube er, daß die Reitbahn an der Langedammstraße auch nicht zu haben sein würde und außerdem habe man damit zu rechnen, daß die Mülbürger, wenn sie ihre Grundstücke bei der Stadt anbringen können, ihre Forderungen recht hoch zu schrauben pflegen. Die Verbreiterung der Straße „Hintern lieben Frauen“ würde voraussichtlich auch nicht mehr lange auf sich warten lassen, so daß man dann eine gute Verkehrsstraße erhalte.

Herr Lange hat dem von der städtischen Bauverwaltung befürworteten Straßenprojecte zuerst sympathisch gegenübergestanden, hinterher aber eingesehen, daß durch dasselbe der Zweck, nach Westen zu Luft zu schaffen, nicht erreicht werde, weil man

auf dem Megidienplatze festsetze. Ehe man vom Ostbahnhofe durch diese Straßen komme, sei man über Elm- und Wolfenbüttlerstraße längst hier angelangt, weil man hier freie Bahn und gut gepflasterte Straßen besitze. Dem Gedanken des Herrn Riefe stimme er zu; da das Project augenblicklich aber nicht zur Discussion stehe, so bitte er, es wenigstens im Auge zu behalten und die Magistratsvorlage anzunehmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage genehmigt und damit gleichzeitig ausgesprochen, daß die Stadt den Platz auch zur Errichtung eines Museums sich reserviren will, ohne indessen sich hinsichtlich dieses Baues schon jetzt zu binden.

III. Bauproject für die städtische Gewerbeschule.

Im Hinblick auf das schon seit Jahren hervorgetretene Bedürfniß nach Errichtung eines besonderen Heims für die städtische Gewerbeschule hat die städtische Bauverwaltung auf Veranlassung des Magistrates ein Project ausgearbeitet auf der Grundlage, daß die ehemalige Husarencaferne umgebaut und hinter derselben ein Neubau errichtet werde. Die Ausführung dieses Projectes würde einen Kostenaufwand von 340 000 M. erfordern. Für die Schule sind 15 Unterrichtsräume, 3 Säle zur Unterbringung der Modelle und Vorbildersammlungen, 3 Arbeitszimmer für das Lehrpersonal und eine Dienstwohnung für den Bedell erforderlich. Außerdem erscheint es dem Magistrate sachgemäß, in dem Gebäude einige Räume für die Innungen und für den Kunstgewerbeverein zur Verfügung zu stellen, sowie auf die Beschaffung der sonstigen durch den Schulbetrieb bedingten Räume Bedacht zu nehmen. Der Schulvorstand legt ferner der thunlichst nahen Verbindung der städtischen Gewerbeschule mit dem städtischen Museum besondere Bedeutung bei und hält es auch für wünschenswerth, daß schon jetzt bei Auswahl des Bauplatzes auf eine künftige Erweiterung des Schulgebäudes Rücksicht genommen werde. Ein diesem Programme entsprechendes Grundstück ist dasjenige des ehemaligen Husarenetablissements am Magnithore, vorausgesetzt, daß das Grundstück nicht durch eine in das Innere der Stadt führende Straße zerstückelt wird. Nach dem Projecte soll der Neubau wesentlich zur Unterbringung der eigentlichen Unterrichtszimmer, die umzubauende Caferne aber zur Beschaffung der sonstigen Räume dienen, wozu das Bauwerk durchaus geeignet erscheint. Gegen den vorgelegten Kostenanschlag, welcher sich in Folge Erhöhung des Neubaus von 20 auf 21 m. insgesammt auf 345 000 M. beläuft, findet der Magistrat nichts zu erinnern, ist jedoch der Ansicht, daß von Schaffung noch weiterer, nicht unbedingt erforderlicher Räume, insbesondere auch von Herrichtung eines größeren Ausstellungsraumes zur Zeit Abstand zu nehmen sei. Die Versammlung wird nun ersucht, das in Rede stehende Project mit der Aenderung in Bezug auf die Höhe des Neubaus zu genehmigen und behufs seiner Ausführung die Summe von 345 000 M. zu bewilligen.

Namens der vereinigten Bau- und Schulcommission berichtet hierüber Herr Nolte: Die Gewerbeschule, welche seit über 20 Jahren bestehe, sei recht eigentlich ein Schmerzenskind der Stadtverwaltung gewesen, denn schon sei dem Jahre 1887 schwebten Verhandlungen über die Nothwendigkeit eines Schulneubaues. Wenn sich nun auch bis dahin ein bestimmtes Bauproject nicht habe ermöglichen lassen, so glaube er aber im Sinne der Versammlung zu sprechen, wenn er sage, daß die jetzige Vorlage von allen Mitgliedern der Versammlung mit Freuden begrüßt werde. Es dürfte auch allgemein zugestanden werden, daß ein dringendes Bedürfniß zur Errichtung des Schulbaues vorliege. Die Schule sei besucht worden im Winter 1868 von 262 Schülern, 1886/87 von 298, 1894/95 von 629, 1895/96 von 634, 1896/97 von 654 und 1897/98 von 660 Schülern und habe der Director der Schule ganz besonders hervorgehoben, daß er schon seit Jahren immer eine ganze Menge Anmeldungen habe zurückweisen müssen. Ferner stehe fest, daß die bislang zur Verfügung stehenden Räume in dem Hause, Kuhstraße 14, mit höchstens 150 Schülern gleichzeitig besetzt werden könnten, weshalb auch schon eine Anzahl Zeichensäle hiesiger städtischer Schulen für die Gewerbeschule haben gemiethet werden müssen. Hierdurch werde aber die Benutzung der erforderlichen Modelle und Muster, welche von großem Umfange und Gewichte seien, außerordentlich erschwert und endlich lasse sich nicht verkennen, daß es für 17 jährige junge Leute unzuträglich sei, wenn sie auf Kinderbänken in der Schule sitzen müßten. Auch die Beleuchtungs-, sowie die Heizungs- und Ventilationseinrichtungen in den Räumen an der Kuhstraße seien in jeder Beziehung ungenügend, außerdem passe das Mobiliar nicht und endlich fehle dort eine Pedellenwohnung. Hiernach sei die Bedürfnisfrage zweifellos als erbracht anzusehen. Das hier vorliegende Bauproject sei ebenso wie der in Aussicht genommene Platz als durchaus geeignet zu erachten und empfehle sich Letzterer namentlich auch deshalb besonders, weil er noch genügenden Raum für den Bau eines städtischen Museums und für eine etwa erforderlich werdende Erweiterung der Gewerbeschule biete.

Die vereinigte Commission gebe nun anheim, der Magistratsvorlage in allen Punkten zuzustimmen und dabei nur dem Wunsche Ausdruck zu geben, das Gebäude nicht mit einem glatten Cementputz, welcher schon nach kurzer Zeit unansehnlich werde, zu versehen, sondern den Putz ähnlich wie an der Hagenmarkikapothek auszuführen, da dieser sehr gut aussehe und auch sehr practisch sein solle. Das Mobiliar für die Schule würde noch 20—25 000 M. kosten, so daß insgesammt 370 000 M. aufzuwenden wären. Die Handelskammer habe auch gebeten, die kaufmännische Fortbildungsschule in dem Gebäude mit unterzubringen, was sich vielleicht werde durchführen lassen, da diese Schule den Unterricht zu anderen Tagesstunden erteile, als die Gewerbeschule. Wenn nun auch die Kosten für die Schule recht hoch seien, obwohl dieselbe in keiner Weise luxuriös ausgestattet werde, so lasse sich doch nicht verkennen, daß eine Gewerbeschule mindestens so wichtig für das wirthschaftliche Leben der Stadt sei, wie eine neue Volksschule und deshalb die geforderten Mittel auch unbedenklich aufgewendet werden könnten.

Herr Niese hat dem Projecte trotz der für dasselbe geforderten hohen Summe zugestimmt, weil die Einzelpreise nicht zu hoch seien. Er würde es aber für richtig halten, wenn bei so wichtigen Vorlagen die zuständigen städtischen Beamten ihre Vorlagen hier an Ort und Stelle verträten, um etwa auftauchende technische Fragen sofort zu beantworten. So z. B. sei es nicht jedem Laien verständlich, weshalb die Fenster des Gebäudes erst in einer Höhe von 1,70 m angeordnet seien und nehme er an, daß man dadurch besseres Licht zu erzielen hoffe. Uebrigens sei bis jetzt noch an keinem staatlichen oder städtischen Gebäude mit Cement gepußt worden, sondern es seien dieselben aus Felsen- oder aus Backsteinen ohne Puß hergestellt; er möchte deshalb rathen, auch hier dabei zu bleiben, zumal da es unschön aussehe, und auch nicht sehr haltbar sei, solide Backsteinbauten in der einen oder anderen Weise zu übersehen. Da nun nach der Mitterstraße zu ein Erdgeschloß von 4,5 m Höhe entstehe, welches anscheinend von der Stadt nicht gebraucht werde, so empfehle er dessen Vermietung zur besseren Verzinsung des Gebäudes. Sonst erkläre er sich mit dem Bau der Schule einverstanden. Um der Bürgerschaft sofort eine Uebersicht über den geplanten Gesamtbau zu geben, würde es sich empfohlen haben, wenn man den Museumsbau hier gleich mit angereicht hätte.

Herr Göcke bedauert, daß der Magistrat nicht zugleich mit der Vorlage auch einen Situationsplan vorgelegt habe, aus welchem man erkennen könne, wie die Verwendung des ganzen Grundstücks namentlich auch hinsichtlich des Museums gedacht sei. Ueber das Project des Schulbaues freue er sich, jedoch bitte er darauf zu verzichten, daß hier auch Versammlungslocale für Innungszwecke hergerichtet werden, weil in eine Schule, also in eine Bildungsanstalt, nicht Räume gehören, in welchen die Innungen ihre Meinungen auseinandersetzen. Es empfehle sich mehr, dem früheren Antrage des Herrn Meyerhoff zu folgen und in dem ehemals Demmer'schen Hause nach seinem Wiederaufbau Innungszimmer einzurichten.

Herr Nolte bittet, von einer Discussion hierüber abzugehen, weil es sich nur um einen Vorschlag des Magistrates handle und die betr. Räume, sofern sie zu Innungszwecken nicht gebraucht werden sollten, zu Schulzwecken bald Verwendung finden würden.

Herr Niese kann nichts darin finden, daß hier Zimmer zu Innungszwecken vorgesehen werden. Das Project für den Bau einer Gewerbeschule sei schon mindestens zehn Jahre alt und damals sei keine Aussicht vorhanden gewesen, an anderer Stelle solche Räume vorzusehen. Wenn auch wirklich den Innungen in der Gewerbeschule Räume überwiesen werden sollten, würde es doch nur einige Jahre dauern, bis diese Räume zu Schulzwecken Verwendung finden müßten und die Innungen sich nach anderen Räumen umzusehen hätten.

Herr Stadtrath Meyer will Herrn Niese gegenüber nur hervorheben, daß in der Commissionsberatung Zweifel hinsichtlich des Bauprojectes nicht mehr bestanden haben und auch von Herrn Niese der Wunsch auf Zuziehung eines Sach-

verständigen zu der heutigen Berathung nicht geäußert sei, andernfalls würde es ein Leichtes gewesen sein, einen solchen vorzuladen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

IV. Einrichtung einer Schulklasse zum Abendunterricht für Mechaniker.

In Folge einer als nothwendig erkannten Erweiterung des Unterrichts für Mechaniker auf die Instrumentenkunde soll an wöchentlich zwei Abenden je zwei Stunden ein Unterrichtslocal in der Schule an der Ottmerstraße eingeräumt werden. Dem Ersuchen des Magistrates, zuzustimmen, daß für diese Classe Gasbeleuchtung angelegt und hierfür eine Summe von etwa 300 M bewilligt werde, entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Nolte berichtet.

V. Gesuch wegen Ausführung von Installationen.

Die vereinigten Klempner und Installateure der hiesigen Stadt haben sich nach Ablehnung ihres Gesuches durch den Magistrat an die Versammlung mit der Bitte gewandt, dafür einzutreten, daß die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke veranlaßt werde, hinfort Arbeiten auf Grundstücken von Privatpersonen und auf solchen, die nicht Eigenthum der Stadt seien, zu unterlassen.

Namens der Statutencommission giebt Herr Engelbrecht anheim, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen. Bei dem Gesuche seien zwei Punkte zu erwägen, einmal, ob es allgemein im Principe als unzulässig erscheinen könnte, daß eine Commune solche gewerblichen Anlagen ausführe und dann, ob etwa die Verhältnisse hiesiger Stadt solches als unthunlich erscheinen lassen könnten. Die erstere Frage müsse verneint werden, da die praktische Erfahrung eine solche Thätigkeit als nothwendig erwiesen habe. Die Stadt liefere z. B. den Einwohnern das Gas und das Wasser gegen Entschädigung und die Rehrichtabfuhr sei wohl auch unter den Gewerbebetrieb zu rechnen. Hieraus ergebe sich aber, daß man nicht in der Lage sei, im Princip zu erklären, die Commune solle solche Arbeiten nicht ausführen. Hinsichtlich der Frage, wie es gerade mit diesem Gesuche stehe, habe sich die Commission den Gründen angeschlossen, welche der Magistrat f. B. bei dem ersten Gesuche vorgebracht habe. Zunächst müsse das bisherige Verfahren mit Rücksicht auf die Einwohner selbst beibehalten werden. Die Gas- und Wasseranlagen seien seitens der städtischen Arbeiter bis zu einem gewissen Theile nach wie vor auszuführen und liege sehr vielen Hauseigenthümern daran, die Sachen bis zu Ende einheitlich herstellen zu lassen, welche Möglichkeit denselben dann genommen werden würde. Außerdem sei die Stadt gezwungen, stets geeignete Arbeitskräfte und Monteure bereit zu halten, um genügend geschulte Leute zu haben, welche im Nothfalle einspringen könnten. Da diese Leute aber auch Beschäftigung und Uebung finden müssen, wenn kein Nothfall vorliege, so habe

man die Leute nöthig. Welchen Unwillen würde es wohl hervorrufen, wenn die Stadtverwaltung bei Rohrbrüchen zc. erklären müßte, sie hätte keinen Arbeiter zur Verfügung. Außerdem seien einige Punkte in dem Gesuche richtig zu stellen. Wenn dort gesagt werde, daß die von der Stadt ausgeführten Einrichtungen weiter gingen, als es nothwendig sei, indem z. B. auch Kronleuchter geliefert würden, so treffe das nicht zu. Vor längeren Jahren sei das wohl einmal geschehen, aber seit etwa zehn Jahren nicht mehr, sondern man habe sich darauf beschränkt, nur die Einrichtungen zu liefern, welche zur Gasbeleuchtung, zu Closets zc. gehören. Die Commission theile deshalb mit dem Magistrate die Ansicht, daß diese Arbeiten der Stadt verbleiben müßten.

Herr R o c h kann es nur begreiflich finden, wenn die Installateure sich gegen die Concurrenz der städtischen Arbeiten wehren. Man möge den städtischen Arbeitern doch wenigstens aufgeben, daß sie sich den Hauseigenthümern mit der Arbeit nicht aufdrängen und sagen: „Lassen Sie uns die Arbeit machen, dann haben Sie keine Schererei“.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will erklären, daß der Magistrat ein derartiges Vorgehen der städtischen Angestellten mißbillige und er bitte, den Namen des betr. Angestellten zu nennen, damit die Sache untersucht werden könne. Früher sei schon einmal ein ähnlicher Vorwurf erhoben worden, jedoch habe der Magistrat nicht eingreifen können, weil ihm dazu die Unterlagen fehlten. Hinsichtlich der Aeußerung des Herrn Engelbrecht über die Kehrrihtabfuhr, nach welcher diese als ein Gewerbe anzusehen sei, möchte er doch verhüten, daß das Herzogliche Steuercollegium vielleicht morgen einen Gewerbesteuerzettel schicke, und bemerken, daß ein Gewerbe nur vorliege, wenn man Geld verdienen wolle; diese Absicht aber liege der Deputation bei der Kehrrihtabfuhr vollständig fern.

Herr G ö d e muß es für selbstverständlich halten, daß die Installateure mehr Arbeit bekommen, wenn die Stadt auf diese Arbeiten verzichte. Hiermit könne er sich indessen nur dann einverstanden erklären, wenn die Arbeiten unter der Leitung der städtischen Bauverwaltung von Privaten ausgeführt werden, oder doch eine behördliche Abnahme der Arbeiten stattfinde, damit die Hauseigenthümer gegen schlechte Arbeiten geschützt werden. Er bitte deshalb, daß die Stadtverwaltung auf solche Privatarbeiten verzichte, aber eine entsprechende Controle über dieselben einführe. Die Arbeiter, welche zur Beseitigung von Rohrbrüchen gebraucht werden, könnten in der übrigen Zeit bei der Feuerwehr oder in anderen Betrieben Verwendung finden.

Herr Stadtrath S a a k e will bestätigen, daß seitens der Licht- und Wasserwerke nur noch ganz einfache Armleuchter zc., sowie Wadefen und Badewannen, also namentlich keine Kronleuchter geliefert werden.

Herr Böschigt will zunächst eine in dem Berichte über die Sitzung vom 15. Juni d. J. — Seite 93 — unrichtig wiedergegebene Aeußerung dahin richtig-

stellen, daß er thatsächlich gesagt habe, die Gasanlagen, welche durch Private gemacht seien, müßten durch einen zu diesem Zwecke angestellten städtischen Beamten revidirt werden, nicht aber, daß die Stadt sämtliche Gasanlagen machen solle. Er halte es für richtig, die Privatarbeiten der Stadt hinter der Gasuhr sobald als möglich, wenn auch erst nach und nach aufzuheben, dagegen die Rohrarbeiten bis zur Gasuhr auch in Zukunft stadtseitig auszuführen. Die Stadt könne die zu den Erdarbeiten nöthigen Arbeiter, und die bildeten das Hauptcontingent bei diesen Arbeiter, stets leicht beschaffen. Der Hauseigentümer habe allerdings das Gefühl, daß die vom Gas- und Wasserwerke ausgeführten Arbeiten gut seien, aber die hiesigen Installateure würden schon durch die Concurrenz gezwungen sein, ebenfalls gute Arbeiten zu liefern und nicht zu pfuschen. Da nun auch andere Städte mit der Abschaffung dieser Privatarbeiten unter Einführung einer Controle vorangegangen seien, so bitte er, den Gesuchstellern in jeder Weise entgegenzukommen.

Herr Hauswaldt bittet ebenfalls, über das Gesuch nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen, da in demselben ein gesunder Kern liege. Man könne diese Arbeiten nicht ohne Weiteres mit der Zuführung von Gas und Wasser vergleichen, da bei denselben die Concurrenz der Stadt nicht nöthig sei. Wenn er auch die Schwierigkeiten der Durchführung des Gesuches nicht verkenne, so dürfte die Versammlung über dasselbe doch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müßte es dem Magistrate wenigstens mit dem Ersuchen überweisen, die Privatarbeiten bei dem Gas- und Wasserwerke thunlichst einzuschränken. Das gehe natürlich nicht von heute auf morgen, oder von einem Jahre auf das andere, sondern müsse sich allmählich entwickeln. Vielleicht könnte man eine Einschränkung schon durch wesentliche Erhöhung der Preise erzwingen. Er beantrage deshalb, die Eingabe dem Magistrate mit dem Ersuchen zu überweisen, die Privatarbeiten bei dem Gas- und Wasserwerke weiter möglichst einzuschränken.

Herr Meyerhoff schließt sich diesen Ausführungen vollständig an. Dem Kleingewerbe sei die Concurrenz der Stadt gar zu drückend, da diese billige Lagerplätze für ihre Materialien besitze, deren Kosten aus dem Stadtsäckel verzinst werden und sie außerdem auch im Großen einkaufen könne. In früheren Jahren habe der Director Reuter einmal einen Preiscourant für diese Arbeiten herausgegeben, mit welchem die Installateure recht gut hätten concurriren können, aber jetzt bestünde anscheinend eine solche Preisübersicht nicht mehr und werde es den Installateuren daher recht schwer gemacht, ihr Brot zu verdienen. Man möge darum dem Antrage Hauswaldt zustimmen und den Magistrat veranlassen, das Heer von Monteuren nachgerade zu vermindern. Die Concurrenz der Stadt sei auch um so schwerer, weil sie sich die besten Kunden aussuchen könne, was den Installateuren nicht möglich sei.

Herr **Altmann** findet es begreiflich, daß sich die Installateure die Concurrenz der Stadt vom Halse halten wollen, glaubt aber, daß bei der Aufgabe dieses Betriebes durch die Stadt die kleinen Gewerbetreibenden davon doch keinen Vortheil haben würden, sondern dieser allein den großen Geschäften zufalle. Seiner Meinung nach überschreite es die Befugniß der Versammlung, ein so großes leistungsfähiges Institut der Stadt aufzuheben. Möge doch der Bürger selbst prüfen, wo er die Arbeit am besten bekomme. Nach seiner Erfahrung haben übrigens die städtischen Arbeiter eher abgewinkt, als sich zu solchen Arbeiten gedrängt. Da nun von der Abschaffung der städtischen Concurrenz doch nur einige wenige große Firmen Vortheil haben würden, stehe er auf dem Standpunkte der Commission und bitte, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.

Herr **Kieße** glaubt, daß sich die Installateure über diese Frage selbst noch nicht klar geworden seien, da sie wohl nicht bedacht hätten, daß die Stadt für die Ausführung der Arbeiten jede Garantie abgelehnt habe, was den Installateuren nicht möglich sein würde. Außerdem bestreite er entschieden, daß diese heute schon die nöthigen Arbeitskräfte besäßen. Man habe dieses auch bei der Asphaltirung der Straßen um das Stadthaus herum bestätigt gefunden. Nach seiner Meinung würde bei einer Nachprüfung der Arbeiten von Privaten in Duzenden von Fällen Puscharbeit constatirt werden. Er habe nichts dagegen, wenn das städtische Institut nicht noch mehr erweitert werden solle, aber von einer Aufhebung desselben würde für die meisten, namentlich die kleineren Installateure doch nichts abfallen. Es gebe hier so viele Tischler-, Klempner-, Schlossermeister u., aber bei den Submissionen würden doch nur die allerwenigsten berücksichtigt und die große Masse bleibe dabei zurück.

Herr **Füdel** will darauf aufmerksam machen, daß schon bei der Verathung eines früheren gleichartigen Gesuches hervorgehoben sei, es werde von jeder Theiligung der Stadt bei einer Submission ohne Weiteres abgesehen und auch den städtischen Beamten zur Pflicht gemacht, sich nicht um solche Arbeiten zu bemühen. Wenn er nun auch bereit sei, dem Hauswaldt'schen Antrage zuzustimmen, so müsse er es doch für sehr schwer halten, die vielen an das Gas- und Wasserwerk gelangenden Gesuche um Ausführung von Arbeiten zurückzuweisen. In der Commissionssitzung sei auch schon mitgetheilt worden, daß sich die Stadt um keine Arbeit bemühe, sondern sie nur ausführe, wenn sie von ihr verlangt werde. Hieraus gehe aber klar hervor, daß ein großer Theil der Bürger ein Interesse daran haben müsse, solche Arbeiten von der Stadt ausführen zu lassen.

Herr **Löschigt** glaubt die Eingabe so auffassen zu sollen, daß man nur die städtische Concurrenz fortwünsche, während die Installateure die Concurrenz unter sich dann schon aufnehmen würden. Er bitte deshalb um Genehmigung des Antrages Hauswaldt, der den Gesuchstellern ausreichend erscheinen werde.

Herr Rieß stimmt dem Hauswaldt'schen Antrage zu. Wenn übrigens von der Concurrenz der Stadt die Rede sei, so habe man dabei noch nicht erwähnt, daß sie hauptsächlich auch deshalb drückend werde, weil die Stadt niemals mit ihren Mitteln zu rechnen brauche. Der Stadt sei es ganz gleich, wie hoch der Bankdiscout stehe, sie erhalte ihre Mittel ohne diesen, und habe niemals Bankpfeßen zu zahlen.

Herr Göcke muß bedauern, daß Herr Rieße behauptet habe, es werde außer von der Stadt hier nur Pfscharbeit geliefert. Das sei nicht richtig, denn es gebe hier Installateure, welche gute und tüchtige Arbeit liefern. Im Uebrigen stehe er auf dem Standpunkte des Herrn Hauswaldt und bitte den Magistrat, die Angelegenheit daraufhin näher zu prüfen, bei Aufhebung oder Einschränkung der städtischen Arbeiten aber Bedingungen aufzustellen, welche den Bauherren vor Schaden schützen. In solchem Falle würden schon keine minderwerthigen Arbeiten geliefert werden. Man dürfe den Stand der Installateure nicht einfach zur Seite schieben, sondern müßte den Leuten das Recht auf Arbeit ebenfalls zugestehen und das gehe nur, wenn die Stadt ihre Thätigkeit auf diesem Gebiete einstelle. Dabei wolle er allerdings noch bemerken, daß die Arbeiten der Stadt stets musterhaft gewesen seien.

Herrn Asmann kommt der Antrag des Herrn Hauswaldt so vor, als ob man der Stadt den Pelz waschen, sie dabei aber nicht naßmachen wolle. Bei der Annahme des Antrages würde die Stadtverwaltung nicht wissen, was sie eigentlich machen solle, ob sie eine ihr angetragene Arbeit annehmen dürfe oder nicht. Wenn man die von Herrn Göcke gewünschte Controle einführen wolle, so sei es zweifelhaft, ob dieselbe bei jeder kleinen Reparatur eintreten solle, in welchem Falle die kleinen Unternehmer erst recht erschossen sein würden. Es frage sich hierbei auch, wer die Controle bezahlen solle. Jedenfalls meine er, daß man durch solche Controle den kleinen Mann nur noch weniger concurrenzfähig mache.

Herr Rieße muß sich gegen die Aeußerung des Herrn Göcke verwahren, daß er behauptet haben solle, es würde von den Installateuren nur Pfscharbeit geliefert. Er habe nur gesagt, er könne in Duzenden von Fällen Pfscharbeit nachweisen und diese Behauptung halte er aufrecht. Wenn Herr Göcke die städtischen Arbeiten als musterhaft bezeichne, so komme derselbe eben zu dem Schlusse, der ihm in den Mund gelegt werden solle.

Herr Sander steht auf dem Standpunkte des Hauswaldt'schen Antrages. Es lasse sich nicht bestreiten, daß die Arbeiten der hiesigen Installateure gegenüber den stadtseitig ausgeführten Arbeiten zum größten Theile als minderwerthiger zu bezeichnen seien und könne man es einem Bauherren nicht verdenken, wenn er sich seine Arbeiten da machen lasse, wo er sie gut und preiswürdig erhalte. Den Installateuren wolle er keinen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht so gute Arbeiten wie die Stadt leisten, das liege hauptsächlich auch mit daran, daß dieselben

nicht ein so gut geschultes Personal haben können, wie die Stadt und zwar deshalb, weil bei ihnen die Arbeiten zu selten vorkommen, indem ihnen die Stadt Alles vorweg nehme. Deshalb bitte er, die Thätigkeit der Stadt allmählig einzuschränken.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Commission abgelehnt, der Antrag Hauswaldt dagegen angenommen.

VI. Aufhebung des Statuts Nr. 7.

Nach Artikel 9 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche vom 10. Mai 1897 wurden in die Reichsgewerbeordnung Vorschriften eingeschaltet, welche eine reichsgesetzliche Regelung der Bezeichnung gewerblicher Geschäftsstellen zum Gegenstande hat. Da das städtische Statut Nr. 7 vom 2. April 1896 zum Theil mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch steht, zum Theil aber durch dieselben entbehrlich wird, so giebt der Magistrat anheim, sich mit der Aufhebung des Statuts Nr. 7 vom 1. Januar 1900 ab einverstanden zu erklären.

Dem Antrage wird auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, entsprochen.

VII. Anliegerbeitrag für eine Fußwegstrecke an der Frankfurterstraße.

Für die Befestigung des nördlichen Fußweges der Frankfurterstraße zwischen der Südostecke des Grundstücks Nr. 39 und der Cammannstraße ist ein Aufwand von 10,²⁰ M für 1 m Frontlänge entstanden. Da indessen bei früherer Gelegenheit zugestanden ist, daß den Anliegern nur ein Kostenbeitrag von 9 M erwachsen soll, so ersucht der Magistrat, den Beitrag in dieser Höhe festzusetzen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Niede berichtet, geschieht.

VIII. Feststellung von Straßenbaukosten der Juliusstraße.

Nach der von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Berechnung beträgt der Beitrag zu den Straßenkosten der Juliusstraße zwischen Frankfurter- und Kalandstraße 83,⁸⁸¹ M für 1 m Frontlänge in der Straße und 158,⁸³² M für 1 m Frontlänge der dem projectirten Plaze gegenüberliegenden Grundstücke. Dem Ersuchen des Magistrates, den Beitrag in dieser Höhe festzusetzen,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Bauernmeister den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

IX. Einsprachen gegen einen Theilortsbauplan.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Umgestaltung des Ortsbauplanes für die westliche und nordwestliche Außenstadt haben der Holzhändler Sazinger und der Kaufmann Walther Einsprache erhoben und zwar Herr Sazinger sowohl wegen der Neugestaltung der Ringstraße, als auch wegen der Aenderung,

welche die Richtung der sein Wohnhaus, Hildesheimerstraße 6, berührenden projectirten Straße erhalten hat. Der Kaufmann Walther aber wünscht, daß sein an der Maienstraße N 7 gelegenes Grundstück nicht zur Anlegung eines freien Platzes verwandt, sondern dieser verschoben werde. Vom Magistrate wird anheimgegeben, die erstere Einsprache Sazingers und die Einsprache Walthers zu verwerfen, der zweiten Einsprache Sazingers aber insofern stattzugeben, daß die das Sazinger'sche Wohnhaus berührende projectirte Quersstraße nur in ihrem vorderen Theile beibehalten, in ihrem weiteren Verlaufe aber entsprechend verlegt werde.

Bei dieser Gelegenheit ersucht der Magistrat weiter, die nördlich von der Landeseisenbahn projectirte Verbindungsstraße zwischen Roß- und Cellerstraße etwas weiter nördlich von der Roßstraße abzweigen zu lassen, weil früher nicht beachtet worden sei, daß an der jetzt projectirten Stelle schon zwei Wohnhäuser an der Roßstraße stehen. In Folge solcher Aenderung erscheint dann aber auch eine Umgestaltung der westlich der Roßstraße projectirten Straßenzüge angezeigt und werden die der Versammlung näher dargelegten Aenderungen zur Genehmigung empfohlen.

Herr Schmidt giebt namens der Baucommission anheim, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen,

was nach einigen erläuternden Bemerkungen des Herrn Bürgermeisters Retschmeier geschieht.

X. Terrinaustausch an der Kaiser-Wilhelmstraße 2c.

Mit dem Rentner Heinrich Cramer ist vereinbart worden, daß derselbe die an der Westseite seines Grundstücks, Kaiser-Wilhelmstraße 37, gelegene städtische Grundfläche zu 7,55 a ankauft und dagegen die von seinem Grundstück abzutrennende 54 qm große Theilfläche der Stadt überläßt. Herr Cramer hat hierfür der Stadt einen Betrag von 8195 M. zuzuzahlen und muß auch die auf sein Grundstück entfallenden Straßenkosten tragen. Dem Antrage des Magistrates, den mit Herrn Cramer abgeschlossenen Kaufvertrag zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Bültmann, welcher für die Baucommission berichtet, zu.

XI. Kosten für Canal-Rothauslässe und Sinkkasten.

Unter Verwerfung des früher in Aussicht genommenen Projectes der Schaffung eines größeren Rothauslasses für die nordöstliche Außenstadt ersucht der Magistrat, ein neues Project der städtischen Bauverwaltung zu genehmigen, welches die Einrichtung besonderer Rothauslaß-Canäle in der Wilhelmstraße, Fallersleberstraße, Abelnkarre, Gildentlinke, auf dem Steinwege und am Hoftheater vorsieht. Dieses Project erscheint zweckmäßiger und erfordert nur einen Kostenaufwand von 215 450 M. gegenüber 265 000 M. des früheren Projectes. Ferner ist die Her-

richtung von fünf neuen Straßensinkkasten auf der Schöppenstedterstraße und Wilhelmstraße behufs schnellerer Abführung des Regenwassers erforderlich, wofür 750 M aufzuwenden sein werden. Die Bewilligung dieser beiden Summen wird vom Magistrat anheimgegeben

und von der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, empfohlen.

Herr Meierhoff will diese Forderung gern bewilligen, möchte aber wissen, was mit dem Wendenmühlengraben werden solle, da dieser doch auf einer Strecke immer noch nicht canalisirt sei und eine unangenehme Aussicht biete.

Herr Bürgermeister Kete Meyer erwidert, daß die Stadt verschiedene Okergräben canalisirt habe, soweit dieses aus sanitären oder anderen Gründen für erforderlich gehalten sei, während man in anderen Fällen das den Anliegern überlassen habe. Wenn der Nothauslaß in der Wilhelmstraße hergerichtet sei, habe die Stadt ihre Schuldigkeit gethan und komme dann in den Wendenmühlengraben höchstens noch Straßenwasser hinein, so daß sanitäre Rücksichten zur Canalisirung desselben nicht vorlägen. Dennoch erscheine die Canalisirung des Wendenmühlengrabens wohl wünschenswerth, aber nicht nothwendig und sei die Stadt nicht in der Lage, hierfür große Opfer zu bringen. Er habe immer geglaubt, es würde sich ein Unternehmer finden, welcher den Graben canalisirte und auf demselben eine Straße anlegte, jedoch habe er vergeblich gewartet.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XII. Aufnahme einer Anleihe.

Unter genauer Begründung des Bedarfs empfiehlt der Magistrat, die Aufnahme einer Anleihe im Nennwerthe von vier Millionen Mark zu beschließen und beantragt, zur Ausführung dessen, folgende beiden Beschlüsse zu fassen:

- 1) Namens des Kreiscommunalverbandes: daß der Kreiscommunalverband unter Zutritt der Garantie der Stadt den auf vier Millionen Mark berechneten Geldbedarf der letzteren mit Verpflichtung zu einer annoch näher zu bestimmenden Amortisation durch bedarfsmäßige Ausgabe von Inhaberpapieren anleihe und der Stadt gegen urkundliche Gewähr wegen Erstattung der ihm aus Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe erwachsenden Kosten als Darlehn überweise;
- 2) Namens der Stadtgemeinde: daß die Stadt dieses vorgedachte Darlehn unter den angeführten Bedingungen aufnehme.

Ueber die Frage, in welcher Höhe die Anleihe zu verzinsen und unter welchen sonstigen Bedingungen dieselbe aufzunehmen, sowie über die weitere Frage, in welchem Theilbetrage und zu welchem Course dieselbe zunächst (d. i. zum 2. Januar 1900) zu begeben sein möchte, wird der Magistrat später, nach vorgängiger Berathung mit der Finanzcommission, sich äußern.

Wie Herr Födel berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, dem principiellen Antrage auf Aufnahme einer Anleihe zu vier Millionen Mark zuzustimmen. Mit solcher Beschlußfassung binde sich übrigens die Versammlung hinsichtlich ihres Bewilligungsrechtes bei den einzelnen Ausgaben in keiner Weise, da hierüber demnächst noch besondere Magistratsvorlagen zu erwarten seien.

Der Herr Vorsitzende will noch darauf hinweisen, daß er annehme, der Magistrat werde aus der Bewilligung dieser Anleihe nicht den Schluß ziehen, es müßten die in der Vorlage im Einzelnen aufgeführten Geldbedürfnisse allein aus der Anleihe befriedigt werden, auch wenn dazu andere Mittel, wie der Schulhausbaufonds 2c., vorhanden wären.

Sodann gelangen die Magistratsanträge zur Annahme.

XIII. Statut, betr. die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier.

Auf Grund des Beschlusses der Versammlung vom 13. April d. Js. — Seite 33 des Berichts — nach welchem dieselbe eine Neuordnung bezw. Erhöhung der Gehälter der seminaristisch gebildeten Lehrer und einiger Gruppen anderer städtischen Beamten für dringend erwünscht hält und, da die Beschaffung der hierzu nöthigen Mittel durch eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer nicht angängig erscheint, sich im Principe bereit erklärt, auch einer indirecten Steuer, insbesondere einer Biersteuer, ihre Zustimmung zu ertheilen, hat der Magistrat den Entwurf zu einem Statute, die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier betreffend, ausgearbeitet und legt denselben zur Genehmigung vor.

Zu dieser Vorlage sind, wie der Herr Vorsitzende mittheilt, folgende Eingaben bei ihm eingegangen:

- 1) Der Verein der hiesigen Gastwirthe bittet, die Biersteuer abzulehnen, da sie für den Wirthstand keine indirecte Steuer, sondern eine ganz directe sei und dieselbe unmöglich auf den Consumenten übertragen werden könne.
- 2) Der Vorsitzende des socialdemokratischen Arbeitervereins, August Deumeland, übersendet Listen mit angeblich 5771 Unterschriften, welche in einer Eingabe gegen die Einführung der Biersteuer Protest erheben.

Der Herr Vorsitzende bemerkt dazu, daß er weder die Anzahl der Unterschriften, noch die Frage habe prüfen können, ob die Unterscribenen sämmtlich Bürger seien.

- 3) Der Vorsitzende des Deutsch-socialen Reformvereins, Herr Walterscheid, übersendet eine Resolution gegen die Biersteuer, welche in einer zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung einstimmig gefaßt sei.

Wie der Herr Vorsitzende hierzu ausführt, würde er diese Resolution nicht weiter erwähnen, wenn in derselben nicht ein Passus enthalten wäre, der ihm einigermaßen unpassend erschiene. Derselbe laute: „Die Anwesenden erklären, daß sie niemals wieder bei einer Stadtverordnetenwahl einem Candidaten ihre Stimme

geben werden, der jetzt als Stadtverordneter für die Biersteuervorlage eintritt“. Die Herren mögen das thun, dagegen könne Niemand etwas sagen, aber man fasse Resolutionen doch in der Absicht, daß sie Eindruck machen sollen. Nun müsse er aber sagen, daß es doch eine etwas despectirliche Anschauung sei, wenn die Herren meinen, ein Stadtverordneter handle seiner Ueberzeugung zuwider nur mit Rücksicht darauf, daß er entweder die Stimmen einzelner Leute oder sein Mandat verlieren könne. Er meine, es handle jeder Stadtverordnete so, wie es seine Ansicht und Ueberzeugung ihm vorschreibe, nicht aber, wie es dieser oder jener Bürger wolle. (Zustimmung.)

Das Wort erhält nunmehr Herr Föbel, um namens der Finanzcommission über die Vorlage zu berichten: In der Sitzung vom 13. April d. Js. habe sich die große Mehrheit der Versammlung nur entschließen können, ihre Vereitwilligkeit für die Genehmigung einer Biersteuer mit Rücksicht darauf auszusprechen, daß sie, obwohl sie sich der schwerwiegenden Bedenken gegen eine solche Steuer wohl bewußt sei, keinen Weg habe finden können, um die gleichfalls als durchaus nothwendig erscheinenden Gehaltserhöhungen zu decken. Es werde nun die Pflicht der Versammlung sein, zu prüfen, ob die damaligen Verhältnisse heute noch zutreffen, und könne hierbei eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer nicht in Frage kommen. Da seitens der Landesregierung anderen braunschweigischen Städten die Erhebung einer Einkommensteuer von 300 % der Staatseinkommensteuer zugestanden sei, so frage es sich wohl zunächst, ob man Aussicht haben würde, auch die Genehmigung dieses Sages zu erreichen. Dabei sei aber zu beachten, daß die Erlaubniß zur Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer bis auf 300 % der Staatseinkommensteuer nur für das erste, also das Uebergangsjahr, erteilt worden sei. Außerdem habe das Herzogliche Staats-Ministerium in dem Ansprechen, mit welchem der hiesigen Stadt der Haushaltsplan genehmigt worden sei, ausdrücklich hervorgehoben, daß ein fernerer Bedarf an Geldmitteln durch indirecte Steuern zu decken sein werde. Da nun hier schon 260 % an Gemeindeeinkommensteuer erhoben werden, das Landesgesetz aber ausdrücklich erkläre, daß mit Rücksicht auf die Ueberweisung von $\frac{3}{4}$ der Realsteuern an die Gemeinden, diese nicht mehr als den doppelten Betrag der Staatseinkommensteuer erheben dürfen, so würde man sich nach Ansicht der Finanzcommission mit dem Geseze in einen Widerspruch setzen, sofern man eine weitere Erhöhung der directen Einkommensteuer vorschlagen wollte. Er wolle hoffen, daß wenigstens der jetzige Betrag der hiesigen Einkommensteuer bestehen bleibe und erscheine der Finanzcommission die Genehmigung einer Erhöhung derselben ganz aussichtslos. Würde man einen solchen Antrag stellen, so würde der Versammlung dadurch allerdings das Odium genommen, die Biersteuer bewilligt zu haben, aber es würde wahrscheinlich dahin kommen, daß uns dieselbe aufgetrogt werden könnte.

Nun habe man ferner zu prüfen, ob etwa die Einnahmen heute in einem anderen,

günstigeren Verhältnisse zu den Ausgaben stehen. Es lasse sich mit einiger Sicherheit annehmen, daß unter Berücksichtigung aller Verhältnisse im laufenden Jahre die Einkommensteuer einen Mehrbetrag von rund 80 000 M, die Gewerbesteuer von etwa 10 000 M und die Grundsteuer von 30 000 M ergeben werde, so daß die Hoffnung bestehe, mit einem nicht unerheblichen Ueberschusse abschließen zu können. Dagegen dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß aus dem Jahre 1897/98 ein Fehlbetrag von 63 000 M resultire und das laufende Jahr für unsere Entschlüsse nicht maßgebend sein dürfe, sondern auf das Jahr 1900/1901 Rücksicht zu nehmen sei. Wenn man nun für 1900/01 auch mit einer Mehreinnahme von etwa 155 000 M zu rechnen habe, so würde in dem Jahre außer dem vorhin erwähnten Fehlbetrage von 63 000 M noch die nachgewiesene ständige Mehrausgabe von 85—90 000 M, sowie die Verzinsung der eben beschlossenen Anleihe mit 40 000 M mit in die Ausgabe einzustellen sein, so daß der Mehreinnahme von 155 000 M eine Mehrausgabe von mindestens 185—190 000 M gegenüberstehe. Nun könne sich aber eine Stadtverwaltung bei ihren Berechnungen nicht auf die allernächsten Jahre beschränken, sondern sie müsse auf eine etwas längere Periode von vielleicht 8—10 Jahren Rücksicht nehmen und da stelle sich die Sache noch erheblich ungünstiger. Zunächst trete im Jahre 1902 die Amortisation verschiedener Anleihen in Kraft, welche eine Ausgabe von 18 000 M erfordere, dazu komme die übliche Steigerung der Ausgaben, die erfahrungsgemäß rund 50 000 M mehr betrage als die Mehreinnahmen; allein die Schulen kosten 45 000 M und die Armenanstalt 12 000 M jährlich mehr als im Vorjahre. Dazu komme, daß die ganzen Berechnungen sich stützen auf Jahre gewerblichen Aufschwunges, wie man ihn seit langer Zeit nicht gehabt habe, und wenn man nun durch das richtige Princip des dreijährigen Durchschnitts der Einnahmen bei der Steuerbemessung auch nicht in die Lage kommen werde, auf einen zu großen plötzlichen Ausfall zu rechnen, so wisse man doch aus Erfahrung, daß eine Blüthezeit nicht allzu lange dauere und man, wenn dieselbe vorbei sei, nicht mehr mit den heutigen Einnahmen zu rechnen habe. So z. B. sei die Einnahme aus den Actiengesellschaften auf das laufende Jahr mit etwa 200 000 M veranschlagt worden, jedoch lasse sich nicht annehmen, daß die bisherige glückliche Lage derselben, obwohl man es wünschen möchte, allzu lange anhalte; wenn nun die Ertragnisse derselben nur auf die Hälfte heruntergingen, so würde die daraus für die Stadt resultirende Mindereinnahme schon sehr lästig empfunden werden. Dazu komme, daß in den späteren Jahren die Amortisationen noch in erhöhtem Maße an die Stadt herantreten würden.

Aus allen diesen Gründen glaube die Finanzcommission, daß sich die Verhältnisse seit der Sitzung vom 13. April d. Js. nicht geändert haben und empfehle sie daher in ihrer großen Mehrheit die Annahme der Viersteuervorlage, da sie kein anderes Mittel wisse, um die Beträge für die Gehaltserhöhungen zu decken.

Herr Wolterz: Seitens des Magistrates werde an die Frage der Gehalts-

erhöhungen die Voraussetzung geknüpft, daß die entstehenden Kosten durch die Einführung einer Biersteuer gedeckt werden sollen, anderenfalls ziehe der Magistrat seine Einwilligung zu den Gehaltserhöhungen zurück. Diesem Standpunkte entsprechend habe die Versammlung am 13. April d. Js. die Einführung einer Biersteuer im Principe beschlossen. Kurz vorher, nämlich am 13. März d. Js., sei ein städtisches Statut angenommen, welches das Gesetz vom 11. März commentire. Damals habe man weder den Sinn von Gesetz und Statut, noch auch die ziffermäßige Wirkung von beiden übersehen können. Zunächst fehlte dabei der Abschluß des vorjährigen Etats, ferner das Ergebnis der Einschätzung seitens des Staates aus den neuen Steuern, außerdem das Ergebnis aus der neuen Gemeindeeinkommensteuer, auch sei der neue Haushaltsplan noch nicht vorhanden gewesen. Deshalb lasse sich behaupten, daß der damalige Beschluß nicht zu einer Zeit gefaßt sei, als ein klares Bild über die städtische Finanzlage vorgelegen habe. Heute sei das anders. Denn inzwischen habe das Herzogl. Finanzcollegium das Ergebnis der Steuereinschätzung bekannt gemacht, ferner liege die Bekanntgabe des Magistrates über den Executionsetat des vorigen Jahres und die Schätzung der Einkommensteuer dieses Jahres vor, so daß nur noch die Schätzung der Realsteuern fehle. Auf Grund dieser neuen Verhältnisse habe er dann eine Tabelle über die staatlichen und communalen Steuerverhältnisse der Jahre 1895—1900 zusammengestellt und zur Vertheilung gebracht, welche einen Anspruch auf absolute Sicherheit allerdings nicht erheben könne, weil z. B. für 1900 noch die Bekanntgabe der Realsteuern fehle. Die Wirkung würde um so mehr zu Tage treten, wenn auch diese Steuern bekannt gewesen wären. Im laufenden Jahre sei die Veränderung eingetreten, daß die hiesige Stadt etwas weniger Steuern zu tragen habe als vorher und werde sich die Steuerlast der Stadt ungefähr dem Vorjahre gleichstellen. Interessant sei die Veränderung der Steuerarten, denn es habe sich herausgestellt, daß die Stadt an Einkommensteuer im laufenden Jahre etwa 160—170 000 M weniger aufzubringen habe als im Vorjahre, denn die Staatseinkommensteuer betrage 584 000 M gegen 549 000 M des Vorjahres und die Gemeindeeinkommensteuer 1610 000 M gegen 1920 000 M des Vorjahres. Dem gegenüber erfahre aber der Grundbesitz und das Gewerbe eine erhebliche Mehrbelastung, indem diese 140 000 M mehr als im vergangenen Jahre zu zahlen haben. Es handle sich nun darum, für das vorhandene Bedürfnis Deckung zu suchen und wolle er besonders darauf hinweisen, daß die Besteuerung pro Jahr und Kopf der Bevölkerung in der Stadt Braunschweig außerordentlich niedrig zu nennen sei. Wenn in einer anderen Tabelle gesagt worden, Braunschweig erhebe 95 % an Einkommensteuer, andere preussische Städte aber nur etwa die Hälfte, so müsse man dabei berücksichtigen, daß Braunschweig damals als einzige Besteuerung die Einkommensteuer gehabt habe, während die preussischen Städte noch die Realsteuern besaßen. Deshalb dürfe man also noch nicht sagen, die Einkommensteuer dürfe nicht mehr erhöht

werden. Der Procentsatz ändere sich sofort, wenn die Realsteuern einbezogen werden, und könne man sehr wohl behaupten, daß das Einkommen hier recht niedrig besteuert werde. Wenn nun gegen die Erhöhung der Einkommensteuer angeführt werde, daß dieselbe unzulässig, weil im Widerspruch mit §. 46 des Communalabgabengesetzes stehend, sei, so wolle er darauf erwidern, daß die hier niedergelegten Grundsätze schon jetzt verschiedentlich nicht beachtet und durchbrochen seien. So z. B. sollen nach dem Gesetze nicht mehr als 200 % der Staatseinkommensteuer an Gemeindeeinkommensteuer erhoben werden, trotzdem erhebe man hier 232 % und dazu die Realsteuer in voller Höhe. Hätte man nur 200 % erhoben, würde die Summe der Steuer nur 1388000 M. betragen haben und gehe schon hieraus hervor, daß es nothwendig gewesen sei, das Princip zu durchbrechen. Dieser höhere Procentsatz werde erst dann verschwinden, wenn die Gemeinden die Realsteuern in voller Höhe erhalten werden. Es sei also falsch, zu sagen, principiell stehe die Vorschrift des Communalabgabengesetzes der Erhebung von mehr als 200 % entgegen, da für die nächsten Jahre einer Erhöhung thatsächlich nichts im Wege stehe. Ferner werde gesagt, der Staat wolle das Einkommen als seine wesentlichste Steuerquelle nicht vergeben. Wenn aber demnächst den Gemeinden noch die letzten 25 % aus den Realsteuern überwiesen werden, so werde als Ersatz dafür doch das Einkommen wieder höher besteuert werden müssen, also mache die Stadt nur ein Tauschgeschäft, wenn sie schon jetzt die Einkommensteuer erhöhe, denn was sie demnächst wieder verliere, gewinne sie an Realsteuern. Sofern aber später eine Erhöhung der Einkommensteuer statthast sein solle, müsse es auch jetzt gehen. Wenn Herr Fiedel meine, es würde uns wohl eine indirecte Steuer vom Staate aufgedrungen werden, so sei das ein Irrthum, denn das Recht der Aufsichtsbehörden sei nach §. 68 geregelt und dort heiße es, die Einführung anderer Steuern dürfe nicht vorgeschrieben werden. Da nun auch Grundbesitz und Gewerbe erheblich zur Steuer herangezogen seien, so halte er es für einen Act der Gerechtigkeit, auch das Einkommen stärker zur Steuer heranzuziehen und die Einkommensteuer je nach Bedarf um eine halbe oder eine ganze Einheit zu erhöhen, von der Einführung indirecter Steuern aber abzusehen.

Herrn Meyerhoff ist die Steuer auf Bier nicht sympathisch, namentlich aber auch, weil sie mit der Erhöhung der Gehälter verbunden sei. Er stehe aber nicht nur für sich selber hier, sondern es ständen noch Hunderte hinter ihm, die schwer belastet seien, nämlich die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden. Man wolle hier wieder einen Stand belasten und dabei handle es sich wieder um Diejenigen, welche schon die meisten Lasten zu tragen haben und zwar nicht nur in Folge der Arbeitsverhältnisse, sondern durch die Steuern. Wenn es nun richtig sei, daß der Stadt vom nächsten Jahre ab auch die letzten 25 % der Realsteuern vom Staate überwiesen würden, so trete doch die Frage heran, ob nicht eine Entlastung der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden erfolgen könne. Solche Gründe könnten ihn

wohl veranlassen, für die Biersteuer zu stimmen. Er möchte nun aber noch etwas vortragen, da er gewohnt sei, sich seiner Haut zu wehren. Heute Morgen lese er in einem Berichte der Landeszeitung über eine Versammlung des hiesigen Gastwirthverbandes u. A. Folgendes:

„Stadt v. Lössigk erklärt sich ebenfalls gegen die Biersteuer und spricht sein Bedauern aus, daß mehrere Stadtverordnete, die früher gegen die Biersteuer gewesen, jetzt eine andere Stellung einnehmen. Er empfiehlt, künftig nur solche Stadtverordnete zu wählen, die völlig unabhängig dastünden, also keinerlei Arbeiten für die Stadt übernahmen“.

Dem geehrten Collegen könne er nur empfehlen, doch ein bißchen vorsichtiger in seinen Aeußerungen zu sein, denn wer würde es ihm übelnehmen, wenn er unter Bezug hierauf sage: Der Stadtverordnete Lössigk, wäre er nicht Lieferant für die Wirth, würde er sich wohl zu solchen Aeußerungen nicht hinreißen lassen. (Zustimmung.) Er müsse das sagen und wenn er ein anderes Mittel hätte, würde er sich noch in anderer Weise dagegen zu verwahren wissen, denn die Aeußerung des Herrn Lössigk sei eine Beleidigung und er halte solche agitatorische Bemerkung für verwerflich. Möge ein Jeder stimmen, wie er wolle, das thue er auch und zwar ohne Rücksicht darauf, ob ihn seine Wähler wiedewählen oder nicht. Er müsse sich dagegen verwahren, daß in solcher Weise Agitation getrieben und gegen einzelne Mitglieder der Versammlung vorgegangen werde. (Zustimmung.)

Herr Lord: Das Stimmenverhältniß in der Commission sei 6 : 2 gewesen und sei er bei seiner Opposition gegen die Biersteuer in der Commission ohne Unterstützung geblieben. Er stehe aber noch heute auf demselben Standpunkte wie früher, daß die Biersteuer verwerflich sei und werde deshalb gegen dieselbe stimmen. Da er indessen einen Erfolg der Gegner der Biersteuer für ausgeschlossen halte und ihm außerdem körperliche Verhältnisse Schonung auferlegen, so werde er keine längere Rede mehr gegen die Biersteuer halten.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Ueber die von Herrn Wolters der Versammlung unterbreitete Uebersicht der directen Steuern der Stadt Braunschweig könne er sich nicht aussprechen, weil sich die Zahlen im Augenblicke nicht controliren lassen und ebenso könne er die Schlußfolgerungen des Herrn Wolters einer Beleuchtung nicht unterwerfen. Jedenfalls sei derselbe aber bei seinen Ausführungen in factischer und rechtlicher Beziehung etwas fehlgegangen. Zunächst habe er sich wissentlich oder unwissentlich auf den Standpunkt gestellt, daß der Bedarf des Staates an Einkommensteuer ein stabiler sei, das sei nicht richtig, denn der Bedarf wechsle alljährlich. Sodann habe Herr Wolters das Gemeindeeinkommensteuergesetz unrichtig ausgelegt, indem derselbe habe nachweisen wollen, daß zur Aufbesserung der in Vorschlag gebrachten Gehälter die Mittel auch sonst vorhanden sein würden und daß sie, wenn sie etwa doch nicht vorhanden sein sollten, durch eine verstärkte Heranziehung der Gemeindeeinkommensteuer ergänzt werden könnten. Beides müsse

er aber entschieden in Abrede stellen. Die Einnahmen der Stadt, soweit sie aus der Nutzung ihres Vermögens und aus den sonstigen eigenen Einnahmen herrühren, seien nahezu unveränderlich und wenn die Steuern in normalen Jahren auch einer Steigerung unterlägen, so wüchsen sie doch nicht in demselben Maße wie die Ausgaben. Vor einigen Jahren habe er auf Grund einer sehr genauen, zehn Jahre umfassenden Statistik nachgewiesen, daß die städtischen Ausgaben alljährlich um rund 52 000 M mehr wachsen, als die städtischen Einnahmen. Bei dieser Gelegenheit habe sich klar erwiesen, daß man aus einem Jahre die Leistungsfähigkeit der Stadt nicht erkennen könne und dazu ein längerer Zeitraum erforderlich sei, so daß Herr Wolters, der nur das vorausgegangene Rechnungsjahr zum Vergleiche herangezogen habe, ein zutreffendes Ergebnis nicht habe erhalten können. Es kämen eben in den Ausgaben und auch in den Einnahmen zu große Schwankungen vor, indem man bald mit einem Ueberschusse, bald mit einem Deficit zu rechnen habe. Im letzten Jahrzehnt haben sich Einnahme und Ausgabe bei unseren Abschlüssen nie ausgeglichen, indem drei Mal mit einem Ueberschusse und sieben Mal mit einem Deficit abgeschlossen sei.

Wenn nun Herr Wolters hinsichtlich der rechtlichen Frage der Ansicht sei, daß das Gemeindeabgabengesetz bezw. dessen §. 49 hinsichtlich der Festsetzung der Einkommensteuer der Gemeinde Spielraum ließe, so müsse er das ebenfalls befreiten. Das Gemeindeabgabengesetz enthalte über Ausbringung und Vertheilung des Steuerbedarfs ganz bindende Vorschriften und besage, daß Zuschläge über den doppelten Satz der Einheit der Staatseinkommensteuer hinaus nicht erhoben werden dürfen. Der §. 49 des Gesetzes laute dann: „Weitere Abweichungen von den im §. 46 getroffenen Bestimmungen können nur im Wege des Statuts angeordnet oder im Einzelfalle durch das Staatsministerium gestattet werden“. Diese Bestimmung lege Herr Wolters so aus, daß die Gemeindeeinkommensteuer noch erhöht werden könne und meine derselbe, daß das Herzogl. Staatsministerium das im §. 46 niedergelegte Princip schon selbst durchbrochen habe. Das sei aber nicht richtig, indem das Ministerium nur von der Vorschrift Gebrauch gemacht habe, nach welcher in einem Jahre einmal im Einzelfalle eine Abweichung von der Bestimmung des Gesetzes getroffen werden könne und zwar sei dieses geschehen, weil die neue Steuergesetzgebung so rasch eingeführt sei, daß die Gemeindeverwaltungen gar nicht hätten zur Besinnung kommen können. Die hiesige Stadt habe ihre Anordnungen allerdings im Wege der Statutargesetzgebung rechtzeitig getroffen, aber die übrigen Städte seien in die größte Verlegenheit gekommen. Jedenfalls glaube er bestimmt, daß die Landesregierung nicht geneigt sein würde, in späteren Jahren eine andere Vertheilung des Steuerbedarfs zuzugestehen, als sie durch Gesetz vorgeschrieben sei. In dieser Beziehung sei ein ausdrückliches Rescript des Ministeriums ergangen, in dem es heiße: „Die von den städtischen Behörden beschlossene Vertheilung der Steuerbedürfnisse wollen wir für diesmal, ohne uns

für die Zukunft zu binden, genehmigen. Das Bestreben der städtischen Behörden muß aber darauf gerichtet sein, das Gemeindeabgabewesen so zu gestalten, daß nicht mehr als der doppelte Satz der Staatseinkommensteuer erhoben zu werden braucht“.

Damit sei aber ein deutlicher Hinweis auf die Einführung von indirecten Steuern gegeben. Wenn Herr Wolters sage, ein Zwang auf die Einführung indirecter Steuern könne von der Landesregierung nicht geübt werden, so wolle er demselben gern recht geben, denn das glaube er auch nicht; die Regierung sei indessen in der Lage, zu sagen, daß sie neue Ausgaben der Stadt nur genehmigen werde, wenn dieselben ohne Heranziehung der directen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer bestritten werden können. Dann werde die Ausgabe einfach im Etat gestrichen und die Stadt müsse wohl oder übel zu der indirecten Steuer übergehen. Außerdem habe Herr Wolters auch nicht berücksichtigt, was im §. 13 des Statuts, betreffend die Ordnung der directen Gemeindesteuern in der Stadt Braunschweig, gesagt worden sei. Dort heiße es: „Die Vertheilung des Steuerbedarfs auf die in §. 1 bezeichneten Steuerarten erfolgt in der Weise, daß, so oft ein der Einheit der Staatseinkommensteuer entsprechender Betrag der Gemeindeeinkommensteuer erhoben wird, 3,5 vom Hundert des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuercapitals und 35 vom Hundert des vollen Betrages der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbsteuer zu erheben sind. Abweichungen von dieser Bestimmung können die städtischen Behörden mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bezw. des Herzogl. Staatsministeriums für solche Rechnungsjahre beschließen, in denen der Bedarf directer Steuern bei Anwendung des vorstehenden Vertheilungsmaßstabes die Erhebung von mehr als 7,5 vom Hundert des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuercapitals, sowie mehr als 75 vom Hundert der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbsteuer erfordern würde“. Hierdurch würde es also möglich sein, im Falle einer Verlegenheit der Stadt die Einkommensteuer in einem einzelnen Jahre einmal dadurch vor einer stärkeren Inanspruchnahme zu verschonen, daß die Grund- und die Gewerbsteuer statt mit 35 % mit 40 % herangezogen würde. Seiner Ueberzeugung nach werde die Regierung die vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen nur dann genehmigen, wenn sich die Stadt gleichzeitig darüber ausweisen könne, daß Mittel vorhanden seien, ohne eine schärfere Heranziehung der Gemeindesteuer oder der Realsteuern zu erfordern.

Herr Löschigk will den Ausführungen des Herrn Meyerhoff voll und ganz recht geben, wenn Alles so richtig wäre, wie es in der Zeitung stehe. Nebenbei bemerkt sei die Versammlung nicht öffentlich gewesen und außerdem sei ihm selbst der Satz in dem Zeitungsreferate derart aufgefallen, daß er eine Ergänzung desselben vorgenommen und sie einem Collegen gezeigt habe, welcher deren Richtigkeit bestätigte. Herr Meyerhoff habe früher selbst einmal geäußert, wenn kein

stenographischer Bericht vorliege, so könne man nicht auf die Richtigkeit eines Referates bauen. Hier handele es sich darum, daß verschiedene Äußerungen, welche er in größeren Zwischenräumen und ohne jeglichen Zusammenhang gethan habe, zusammengelegt seien. Zuerst habe er seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß verschiedene Collegen bei der Berathung der Biersteuer jezt anderer Ansicht geworden seien als früher und die Biersteuer in Folge dessen wohl durchkommen werde. Viel später habe er dann gesagt, daß er noch denselben Standpunkt einnehme wie früher und wie ihn ehemals auch Herr Meyerhoff im Grundbesitzerverein eingenommen habe, daß nämlich keinem Stadtverordneten Arbeiten oder Lieferungen seitens der Stadt übertragen werden sollten. Wenn die Presse solche Äußerungen in der Weise entstelle, so könne er nichts dazu. Vor einigen Jahren sei er anlässlich seiner Wiederwahl zum Stadtverordneten auch von den Gastwirthen darüber interpellirt worden, ob er für oder gegen die Biersteuer sei, worauf er erwidert habe, daß man ihn aus seiner sechsjährigen Thätigkeit als Stadtverordneter kennen müsse, wenn das nicht der Fall wäre, so bedauere er das sehr, aber binden würde er sich nicht. Die Äußerungen in der Gastwirtherversammlung seien weit davon entfernt gewesen, Jemanden zu kränken, wenn aber Herr Meyerhoff glaube, er oder ein anderes Mitglied der Versammlung sei damit gemeint gewesen, so irre er sich, denn es habe Niemand beleidigt werden sollen. Sollte sich aber trotzdem Jemand beleidigt fühlen, so bitte er um Entschuldigung, mehr könne er nicht. Im Uebrigen werde er sich sein Recht, in geschlossenen Gesellschaften seine Ansicht zu äußern, nicht nehmen lassen. Da er aber von den anderen Collegen stets gut gedacht habe, so könne er sich nicht freuen, daß ihm hier, ohne ihn nur zu hören, von verschiedenen Seiten das Mißfallen ausgedrückt worden sei und meine er, daß doch jedem Angeklagten zunächst das Recht der Vertheidigung zustehe. — Zur Biersteuer selbst habe er wohl nicht zu sagen, auf welchem Standpunkte er stehe. Uebrigens bildeten die Gastwirth in seinem Geschäfte nur einen minimalen Kundenkreis, das Hauptgeschäft liege bei ihm im Großhandel. Wissen möchte er wohl, weshalb diese Vorlage jezt mitten im Etatsjahre erscheine und der Magistrat damit nicht bis zum Beginne des neuen Etatsjahres gewartet habe, da doch dann ein anschaulicheres Bild von der finanziellen Lage der Stadt gegeben werden könne. Er stelle deshalb den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß die Vorlage: Statut, betreffend die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier, heute noch so lange ausgesetzt werde, bis Erhebungen über die zu erwartenden Einnahmen der Stadt für das nächste Etatsjahr uns vorgelegt sind“.

Herr Oberbürgermeister Pockels will nochmals hervorheben, daß man auf Grund eines einjährigen Rechnungsabchlusses oder Etats sich kein Bild davon machen könne, ob die Stadt in der Lage sei, eine bestimmte Mehrausgabe zu bestreiten oder nicht. Hätte der Magistrat mit dieser Vorlage bis zur Einbringung

des nächstjährigen Etats gewartet, dann würde aus der Gehaltserhöhung für das nächste Jahr kaum etwas geworden sein, weil zunächst die staatliche Aufsichtsbehörde und dann die Schulaufsichtsbehörde ihre Genehmigung zu den Gehaltserhöhungen zu erteilen haben und das eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb glaubte der Magistrat, die Vorlage so rasch wie möglich einbringen zu sollen. Irgend welche Klärung der finanziellen Lage der Stadt werde auch bei Einbringung des nächsten Etats noch Niemand erwarten können.

Herr Fädel möchte zunächst nochmals darauf hinweisen, daß die jährliche Mehrausgabe der Stadt nach den angestellten Ermittlungen die Mehreinnahme um 52000 M übersteige. Wenn Herr Wolters dann meine, daß durch die Ueberweisung der letzten 25 % der Gewerbe- und der Grundsteuer an die Stadt eine Verschiebung der Steuerverhältnisse eintreten könne, so werde in diesem Falle allerdings die Verschiebung eine derartige sein, daß der Staat sich gezwungen sehen werde, seine Einkommensteuer zu erhöhen und würde sich hierdurch auch der Procentsatz unserer Einkommensteuer herabmindern. In dieser Erwartung habe die Regierung den hohen Procentsatz jetzt zwar zugelassen, würde aber in Zukunft eine weitere Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer nur in dem Rahmen gestatten, wie ihn das Gesetz vorschreibe.

Herr Rathe ist bei Beurtheilung dieser Frage von der Ueberzeugung ausgegangen, daß durch die Ueberweisung der Realsteuern an die Stadt die Mittel derselben beträchtlich erhöht werden würden. Nach den von Herrn Wolters aufgestellten Zahlen betrage die Gemeindecinkommensteuer für 1898/99 = 1920561 M und für 1899/1900 anschlagsmäßig nur 1610250 M, also rund 300 000 M weniger, dazu komme aber für letzteres Jahr die communale Grund- und Gewerbesteuer mit 527250 M, so daß die Stadt im Jahre 1899/1900 eine Mehreinnahme von 216939 M haben müßte. Wenn dieses in Wirklichkeit der Fall wäre, so könne er nicht finden, daß man jetzt schon nach dem Rettungsanfer der indirecten Steuer zu greifen habe. Deshalb meine er, man solle sich die Biersteuer für Zeiten aufsparen, in denen der Bedarf der Stadt größer sei als jetzt, und in dem jetzigen Augenblicke, wo die Stadt in den Realsteuern eine neue Einnahmequelle erhalte, lasse sich auch ein Vergleich mit den voreufgegangenen zehn Jahren gar nicht ziehen, sondern man müsse sich an das halten, was vor uns liege. Eine große Nothwendigkeit zur Erhebung der Biersteuer könne er also zur Zeit nicht anerkennen.

Herr Riese muß das in der geplanten Biersteuer liegende Princip der indirecten Besteuerung, welches in den 70er Jahren durch Abschaffung der Schlacht- und Wählsteuer beseitigt worden sei, bekämpfen, weil er dasselbe für unrichtig halte. Die Regierung und der Landtag hielten hier an einem Principe fest, welches der heutigen Zeit nicht mehr Rechnung trage und das nach Bismarck'schen Grundfragen die Steuern nehme, wo man sie finde. Wenn Jemand von einem Einkommen zu mehreren hunderttausend Mark 12—16000 M Steuern zahle, so merke der es gar nicht, sofern er noch einige tausend Mark mehr zu zahlen habe. Jedenfalls

hätten die Einwohner mit den großen Einkommen die Verpflichtung, im Falle des Bedürfnisses höhere Steuern zu zahlen, als daß sie sich hinter einem Thüreschilde gegen Vettelei für ein paar Mark gegen die Unterstützung Armer verschanzen. Wenn die höchsten Einkommen mit 10 % statt mit 6 % zur Steuer herangezogen würden, so hätte der Magistrat so viel Geld, daß er mit dieser Steuer nicht zu kommen brauchte. Das Unsympathischste an der Vorlage sei ihm aber, und dieser Zug gehe durch die ganze Bevölkerung, daß man hiermit die Gehaltserhöhungen für die Lehrer und die Beamten verquicke. Wenn man bei unseren Geistlichen eine Gehaltserhöhung in solcher Weise durchdrücken wollte, so würde ein Sturm der Entrüstung losbrechen, aber bei den Lehrern glaube man das thun zu können, obwohl doch die Lehrer unsere Jugend erst heranbilden, bis sie in die Hände der Geistlichen komme. Da aber die Jugend das Wichtigste für uns sei, so solle man auch darauf Rücksicht nehmen, daß den Lehrern ihre Gehaltsaufbesserung in ebenso würdiger Weise bewilligt werde, wie das anderwärts geschehe. Der Berliner Magistrat gehe dem gegenüber in anderer Weise vor, indem derselbe den Standpunkt vertrete, daß die städtischen Beamten besser bezahlt werden müßten als die Staatsbeamten, weil Letztere neben ihrem Gehalte mehr Aussicht auf eine Rangsteigerung oder sonstige Auszeichnung haben als Erstere. Als vor zwei Jahren die Biersteuer eingebracht sei, habe man der Versammlung das damalige große Deficit vorgerechnet, aber nach Ablehnung der Biersteuer habe es nach Auskragung der Ecken auch ohne Biersteuer gereicht und möge man, da die Verhältnisse jetzt noch genau so liegen, nur zusehen, dann werde man schon mit den directen Steuern auskommen. So z. B. lasse sich der Schmuck der Kaiser-Wilhelmbrücke immer noch hinausschieben, da die Brücke auch in ihrer jetzigen Ausstattung ihren Zweck vollkommen erfülle. Anscheinend sei man sich auch der Verantwortung nicht klar, welche man durch die Bewilligung der Biersteuer auf sich nehme, da eine indirecte Steuer immer demoralisirend wirke, weil sie nur auf einzelne Bevölkerungsklassen entfalle. Ehe der Tabak blutete, habe er niemals auf den Schnapsdielen Tabaksarbeiter gesehen, aber jetzt habe man diese Leute, welche sich das Bier nicht mehr leisten können, den Schnapsläden zugetrieben und so werde das auch nach Einführung der Biersteuer mit vielen anderen Arbeitern gehen. Der Appetit komme beim Essen, reiche das Geld zum Biere nicht aus, so komme der Schnaps an die Reihe wie bei den Tabaksarbeitern. Habe man aber erst einmal diese abschüssige Bahn mit den indirecten Steuern betreten, so gebe es kein Halt mehr.

Herr Nieß will auf diese Schnapsgeschichte nicht näher eingehen, weil Herr Nieße nicht den Nachweis erbracht habe, ob die betr. Tabaksarbeiter nicht von vorzuziehen lieber Schnaps als Bier getrunken haben. Wenn nun Herr Nieße meine, daß sich die Mehrausgaben leicht durch eine weitere Erhöhung des Procentfußes der Einkommensteuer herauschlagen lassen, so erscheine es ihm einigermaßen zweifelhaft, ob das rätlich sein würde, andererseits aber siehe dem das Landesgesetz ent-

gegen und das könne die Versammlung nicht ändern. Es sei recht erfreulich, daß das Programm des Herrn Rieke noch nicht in das bürgerliche Leben übergeführt sei, sonst würde es manchem Einwohner und auch der ganzen Stadt Braunschweig schlecht gehen. Aus den Steuerlisten der Stadt gehe hervor, daß einige hundert Steuerzahler erster Classe schon jetzt ein Drittel der städtischen Einkommensteuer aufbringen, daß einige tausend andere Steuerzahler der zweiten Classe das zweite Drittel zahlen und dieser verhältnißmäßig kleinen Zahl von Einwohnern, welche zwei Drittel des Steuerbedarfs decken, die große Menge der Steuerzahler dritter Classe gegenüberstehen, welche das letzte Drittel tragen. Wenn nun eine Erhöhung des Procentsatzes der Einkommensteuer nach dem Wunsche des Herrn Rieke hier eintreten sollte, so könnte doch Niemand einen Theil der Steuerzahler erster und auch zweiter Classe hindern, von hier fortzuziehen und dann würden die von diesen bisher gezahlten Steuern von den übrigen Einwohnern mit bezahlt werden müssen. Ebenso würden in solchem Falle Leute mit größerem Vermögen sich sicherlich nicht nach hier wenden, sondern sich in einer anderen Stadt mit besseren Steuerverhältnissen niederlassen. Hierdurch würde aber auch der kleine Mann empfindlichen Nachtheil haben, da doch die reichen Leute die Steuern zum erheblichen Theile tragen und ihr Geld auch nicht äßen, sondern Anderen davon zu verdienen gäben. Es könnte dann leicht vorkommen, daß hier eine Menge von Arbeitern keine Beschäftigung werde finden können.

Trotzdem stimme er aber gegen die Biersteuer und zwar deshalb, weil ihm bei Einschätzung der Realsteuern, soweit er daran habe theilnehmen können, noch nicht die Ueberzeugung gekommen sei, daß es neben den Realsteuern nöthig sei, zur Erhöhung der Gehälter eine neue Steuer einzuführen. Diese Verquickung der Gehaltserhöhungen mit der Biersteuer sei ihm außerordentlich unsympathisch, auch könne er es nicht verstehen, weshalb ein Stadtverordneter keine städtische Beschäftigung solle annehmen dürfen. Es sei ihm auch nicht klar, wie die Sachlage sich eigentlich stelle, wenn die großen Grundstücke, welche noch nie zur Grundsteuer gezahlt haben, ebenso wie die fruchttragenden Grundstücke nach dem gegenwärtigen Pachtwerthe zur Steuer herangezogen werden, und möchte er erst sehen, ob es nach dem Ergebniß dieser Steuern nothwendig sei, zur Deckung der Gehaltserhöhungen noch neue Steuern zu bewilligen. Angesichts dieser Verhältnisse komme es ihm fast vor, als ob jeder Passagier eines Rheindampfers bei schönstem Sonnenschein mit einem Rettungsringe um den Hals auf Deck spazieren ginge, weil vielleicht Jemand davon ins Wasser fallen könnte. Er lehne die Biersteuer ab.

Herr Meyerhoff ist Herrn Böschigt dankbar für seine Entschuldigung und hofft, daß sich die Sache noch weiter aufklären werde. Wenn er übrigens ein Lehrer wäre, würde er angesichts der vorliegenden Verhältnisse lieber auf die Gehaltserhöhung verzichten und abwarten, wie sich die Finanzlage im nächsten

Jahre stellen werde. Deshalb meine er, man schiebe die Beschlußfassung über die Biersteuervorlage lieber bis zum nächsten Jahre hinaus, die Lehrerschaft bescheide sich bis dahin und man könne den finanziellen Effect des nächsten Jahres abwarten. Die Lehrer seien auch nicht mit dem zufrieden, was der Magistrat vorgeschlagen habe, und die Commissionen haben ja auch für die Lehrer noch 34 000 M. mehr herausgearbeitet. Die Lehrerschaft sage aber selbst in ihrer Denkschrift: „Die Lehrerschaft beauftragt ihre Vertreter, die Herren Stadtverordneten dringend zu bitten, der Magistratsvorlage ihre Zustimmung zu versagen und eine solche Scala zu schaffen, die den Wünschen der Lehrer gerecht wird, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die ganze Vorlage fällt und die schon längst als nothwendig anerkannte Gehaltsregelung bedauerlicherweise abermals hinausgeschoben wird“. Wahrscheinlich würden die Lehrer und Beamten auch nichts dagegen haben, wenn sich die Sache bis Neujahr noch nicht regeln lasse, sofern ihnen versprochen werde, daß die Beträge vom 1. April d. Js. ab nachgezahlt werden und sie keinen Schaden erleiden sollen. Damit könne sich wohl ein Jeder begnügen.

Herr Alßmann muß es mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse als nothwendig anerkennen, daß die Stadt für die Beschaffung der zu den Gehaltserhöhungen erforderlichen Mittel Sorge zu tragen habe, da die Nothwendigkeit dieser Erhöhungen von keiner Seite bestritten werde. Was die Aufbringung der Gelder anlange, so habe man einmal damit zu rechnen, daß der Etat vielleicht eine höhere Einnahme bringen werde, als veranschlagt worden sei. Sodann meine er, wenn wirklich der Staat die Gemeinden hindern sollte, die Einkommensteuer zu erhöhen, so müßten darunter Alle leiden, damit Jeder dazu beitrage, solche Zustände abzuschaffen. Er würde lieber die Gehaltsvorlage zu Falle bringen, als daß eine indirecte Steuer eingeführt würde. Wenn der Landtag solche Gesetze schaffe, so habe auch die Commune das Recht, dagegen zu protestiren und empfehle es sich, bei der bevorstehenden Landtagswahl hieran zu denken. Gegenüber der Aeußerung des Herrn Meyerhoff, daß derselbe glaube, die Lehrer würden unter den vorliegenden Verhältnissen mit einer einstweiligen Zurückstellung der Gehaltsvorlage einverstanden sein, möchte er betonen, daß doch Jedermann zu sehr Egoist sei und erst einmal nehme, was er erhalten könne. Er vertrete den Stadtpunkt, die Vorlage der Gehaltserhöhungen abzulehnen, wenn sie sich ohne Einführung indirecter Steuern nicht durchführen lasse und stehe dann zu hoffen, daß die hiervon Betroffenen mit dazu beitragen würden, die betr. Gesetze zu ändern, damit die Einwohner mit höherem Einkommen auch höhere Steuern zu zahlen haben. Wenn Herr Rieß meine, es würden bei weiterer Erhöhung der Einkommensteuer viele hochbesteuerte Einwohner von hier fortziehen, so liege es doch wohl auf der Hand, daß die Capitalisten und Fabrikanten dort wohnen, wo sie ihre Fabriken haben, bzw. wo sich ihnen Gelegenheit biete, etwas zu verdienen. Obwohl nach der Ansicht des Herrn Rieß Hundertausende hiervon Schaden haben sollen, so würden

doch Millionen Vortheil daraus ziehen. Indem er sich für die Gehaltserhöhungen ausspreche, gebe er seiner Meinung dahin Ausdruck, daß sich diese auch ohne indirecte Steuern würden aufbringen lassen, wenn man nur ruhig abwarte, wie der laufende Etat abschließen werde. Wenn das Ministerium einsehe, daß das Einkommensteuergesetz verkehrt sei und die Einwohnerschaft gegen indirecte Steuern opponire, so werde dasselbe sich schon bequemen müssen, das Gesetz zu ändern.

Herr Schöttler möchte gegenüber der Aeußerung des Herrn Meyerhoff in Bezug auf das Schreiben der Lehrerschaft darauf hinweisen, daß nach der ihm gewordenen Information die Lehrerschaft habe sagen wollen, durch die Annahme der Magistratsvorlage werde eine volle Zufriedenheit unter den Lehrern nicht erreicht, sondern die Frage der Gehaltserhöhungen werde nach wie vor auf der Tagesordnung bleiben, was man in Lehrerkreisen gern vermieden sehen möchte, damit nicht die Lehrerschaft der Unzufriedenheit geziehen würde. Man verhalte sich also in den Lehrerkreisen der Magistratsvorlage gegenüber nicht direct ablehnend, sondern man wünsche nur, daß die Vorschläge des Magistrates schon jetzt eine Erweiterung erfahren möchten, damit volle Zufriedenheit unter den Lehrern erzielt werde.

Nachdem Herr Jüdel noch bemerkt hatte, daß die Versammlung auch im April noch nicht in der Lage sein werde, das Ergebniß dieses Jahres kennen zu lernen und Herr Rathe vergessen habe, der Berechnung des Ueberschusses die Mehrausgabe der beiden Jahre gegenüberzustellen, wird die Berathung geschlossen.

Persönlich bemerkt Herr Riese, daß ihm die Belehrung des Herrn Nieß in dem von diesem angeschlagenen Tone überflüssig sei, da er sehr wohl wisse, daß Herr Nieß Landtagsabgeordneter sei.

Die nun folgende Abstimmung ist auf Antrag eine namentliche.

Für den Antrag Löschigt auf einstweilige Vertagung der Beschlußfassung über die Biersteuervorlage stimmen die Herren Bauermeister, Bues, Ebeling, Rathe, Löschigt, Lord, Meyerhoff, Nieß, Wagner, Wollenweber und Wolters; gegen den Antrag die Herren Ahmann, Boller, Brückmann, Buchler, Bührmann, Bültmann, Engelbrecht, Göde, Hauswaldt, Jüdel, Koch, Lange, Lupprian, Müller, Nolte, Ohlmer, Ribbentrop, Riese, Sander, Schmidt, Schöttler und Wolff,

so daß der Antrag mit 22 : 11 Stimmen abgelehnt ist.

Für den Antrag des Magistrates auf Genehmigung der Biersteuer stimmen sodann die Herren Boller, Brückmann, Buchler, Bührmann, Bültmann, Engelbrecht, Göde, Jüdel, Hauswaldt, Koch, Lange, Lupprian, Müller, Nolte, Ohlmer, Ribbentrop, Sander, Schmidt, Schöttler und Wolff; gegen diesen Antrag die Herren Ahmann, Bauermeister, Bues, Ebeling, Rathe, Löschigt, Lord, Meyerhoff, Nieß, Riese, Wagner, Wollenweber und Wolters.

Der Magistratsantrag ist demnach mit 20 : 13 Stimmen angenommen.

Nunmehr geht die Versammlung über zur Berathung des im Entwurfe vorliegenden Statuts, die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier betreffend.

Zum §. 1 bemerkt Herr Wolters, daß es ihm zweckmäßig erscheinen würde, bis zur Schaffung von Klarheit über den Steuerbedarf nicht den durch das Reichsgesetz zugelassenen Höchstbetrag von 65 S Steuer pro Hektoliter zu nehmen, sondern diesen Satz vorerst auf 25 S zu bemessen.

Herr Meyerhoff will vorschlagen, für hiesige Biere 50 S und für fremde Biere 65 S Steuer zu erheben, welche Sätze den vorliegenden Geldbedarf wohl decken würden. Die größere Belastung der fremden Biere treffe dann diejenigen Kreise, welche dieselbe besser tragen können.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte darauf erwidern, daß der Geldbedarf nach den Vorschlägen des Magistrats rund 92000 M , nach den Vorschlägen der Commission aber rund 132000 M jährlich betragen werde. Hiermit sei aber der Bedarf noch nicht vollständig gedeckt, weil auch einer Aufbesserung der academisch gebildeten städtischen Lehrer nähergetreten werden müsse, was unter Zugrundelegung der preussischen Sätze eine weitere Mehrausgabe von 15000 M erfordern würde. Da nun bei einem Satze von 65 S pro Hektoliter Bier sich eine voraussichtliche Nettoeinnahme von nur 92000 M für die Stadt ergeben werde, so könne man von diesem Satze nicht noch heruntergehen.

Herr Wolters erwidert darauf, daß er den Maximalsteuersatz nicht für alle Zukunft festgelegt wissen möchte und der von ihm vorgeschlagene Satz für das gegenwärtige Jahr ausreichen dürfte.

Der §. 1 wird darauf ebenso wie der §. 2 in der Magistratsfassung angenommen.

Zum §. 3 beantragt die Commission, als Absatz c noch die Worte „für den Hausstrunk in Brauereien“ hinzuzufügen. Die Versammlung erklärt sich hiermit, sowie auch mit den §§. 4—15 des Entwurfes einverstanden.

Zum §. 6 fragt Herr Wolters an, wie demnächst die Steuercontrole gehandhabt werden solle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß den Bierfahrern die Verpflichtung auferlegt werden solle, die an der nächsten Meldestelle erhaltene Nachweisung stets bei sich zu führen. Voraussichtlich würden die Brauereien mit dem Magistrate ein Abkommen treffen und demselben die Bücher vorlegen, damit hiernach die Steuer bezahlt werden könne. Controleposten sollten nicht ausgestellt werden. Das Bier, welches in's Thor komme, spiele keine große Rolle. Die Eisenbahnverwaltung habe sich schon bereit erklärt, eine Nachweisung der hier ankommenden Biere zu liefern und werde sich die Controle schon überall leicht durchführen lassen, wenn die Brauereien dem Magistrate entgegenkämen.

Herr Wolters erklärt sich zu solchem Entgegenkommen für seine Person wohl bereit, weiß aber nicht, ob das allseitig geschehen werde. Meldestellen müßten seiner Meinung nach jedenfalls eingerichtet werden.

Herr Bürgermeister Kete Meyer bemerkt, daß Meldestellen auch eingerichtet werden sollten, daß indessen die Einzelheiten über die Durchführung der Steuer nicht in das Statut brauchen aufgenommen zu werden.

Nachdem sodann noch der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts dem Magistrate überlassen wurde, ertheilt die Versammlung dem Statut im Ganzen ihre Genehmigung unter dem Vorbehalte, daß eine Verständigung zwischen Magistrat und Stadtverordneten über die Erhöhung der Gehälter erzielt werde.

XIV. Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, wenn irgend möglich den an der nordöstlichen Ecke des neuen Gewerbeschulgebäudes zwischen diesem und den alten Häusern der Ritterstraße verbleibenden Platz dem Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen zur Erbauung eines dritten Volksbades überweisen zu wollen“.

XV. Antrag Koch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen auf verschiedenen Plätzen der Stadt.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in den nächstjährigen Stadthaushaltsetat Mittel einzustellen, um verschiedene Plätze der Stadt, so namentlich den Hagenmarkt und den Burgplatz, mit gärtnerischen Anlagen zu versehen“.

XVI. Antrag Sander: Bestimmung eines Platzes für die Cholerabaracken.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, für die neubeschafften sogenannten Cholerabaracken schon jetzt außerhalb der Stadt einen bestimmten Platz festzulegen und herrichten zu lassen, so daß dieselben im Falle einer hereinbrechenden Epidemie sofort aufgebaut werden können“.

Die Begründung und weitere Behandlung dieser drei Anträge wird wegen vorgerückter Zeit, ebenso wie die Berathung der Gehaltsvorlage auf die nächste Sitzung verschoben

und sodann die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8¼ Uhr.

1899|1900.

Nr. 8.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. November 1899.

Tagesordnung:

I.	<u>Normaletats über die Besoldung der Lehrkräfte und Beamten</u>	Seite 162
II.	Herausgabe einer Pergamenthandschrift	176
III.	Antrag Wollenweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches	176
IV.	Ortsbauplan für die östliche Außenstadt	177
V.	Instandsetzung eines Fußweges der Bertramstraße	177
VI.	Klage wegen Straßenbaukosten	179
VII.	Erwerb einer Grabenfläche am Stadtwärte	179
VIII.	Erwerb von Flächen zur Hoch- und Giersbergstraße	180
IX.	Anschaffung einer Centesimalwaage	180
X.	Aufwendungen für ein städtisches Grundstück	180
XI.	Aufhebung der östlichen Theilstrecke der alten Grünstraße	181
XII.	Einführung fester Sätze für die directen Gemeindesteuern	181
XIII.	Rückzahlung von Canalkosten	182
XIV.	Gleiserweiterung für zwei Straßenbahnstrecken	182
XV.	Inventarien-Gegenstände für das Rathhaus	184
XVI.	Annahme von Militärانwärtern bei der Stadtverwaltung	184
XVII.	Festsetzung des Zinsfußes u. für die neue Anleihe	185
XVIII.	Verkauf einer Fläche des Rathhausgrundstücks	186
XIX.	Verlängerung des Gasrohrs u. in der Hildesheimerstraße	187
XX.	Legung eines Wasserrohrs auf dem Madamenwege	187
XXI.	Vervielfältigung von Wählerlisten	187
XXII.	Geschäftliche Angelegenheiten	188

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Siebers und von Franken-
berg.

Entschuldigt die Herren Blasius und Semler.

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, geleitet.

I. Normaletats über die Besoldung der Lehrkräfte und Beamten.

Unter Vorlegung von Entwürfen zur Umgestaltung der Normaletats über die Besoldung der Lehrkräfte und Schuldiener, sowie der Gehaltsbestimmungen für die städtischen Beamten ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß die z. Bt. bestehenden Besoldungsetats der Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen und den gehobenen Mädchenschulen, sowie der Schuldiener und der städtischen Hilfs- und Unterbeamten nach Maßgabe der unterbreiteten Vorschläge und unter gleichzeitiger Einführung der dazu empfohlenen neuen Dienstvorschriften abgeändert werden.

Namens der vereinigten Finanz- und Schulcommission berichtet Herr Kolte über die Vorschläge des Magistrates zur Umgestaltung des Normaletats für die Besoldung der Lehrkräfte und Schuldiener, während Herr Hauswaldt den Bericht über die Aenderung der Beamtengehälter übernommen hat.

Herr Kolte: Es dürfte einleuchten, daß ein dringendes Bedürfnis vorhanden sei, die Gehälter der Lehrkräfte an den städtischen Schulen aufzubessern, zumal auch aus dem von der Lehrerschaft ermittelten statistischen Materiale hervorgehe, daß die hiesige Stadt in Bezug auf die Lehrergehälter erheblich gegen andere größere Städte zurückgeblieben sei. Da nun auch angenommen werden könne, daß durch die Genehmigung der Biersteuer die nöthigen Mittel vorhanden seien, um eine erhebliche Aufbesserung der Lehrergehälter zu bewilligen, so liege kein Grund vor, davon abzusehen. Die große Mehrheit der Commissionen sei aber der Ansicht, daß die Vorschläge des Magistrates nicht weit genug gehen und die Lehrergehälter noch mehr aufgebessert werden müßten, als der Magistrat in Aussicht genommen habe, um hierdurch auch die berechtigten Wünsche der Lehrerschaft auf eine längere Ruhe zu bringen. Dazu trete noch der Umstand, daß in vielen anderen Städten von gleicher Größe die Besoldungen der Lehrkräfte erheblich höher seien als hier und in einem großen Theile dieser Städte auch noch höher als der Magistrat die Besoldungsaufbesserungen vorschläge, obwohl es auch nicht ausgeschlossen sein werde, daß in manchen anderen Städten die Besoldungen der Lehrer noch geringer als hier sein möchten.

Wenn nun der Magistrat beabsichtige, die Dienstordnung für die Lehrkräfte u. A. dahin abzuändern, daß den Schulinspectoren die Ertheilung von entgeltlichem Privatunterricht, als mit deren Stellung nicht wohl vereinbar, unterschiedslos verboten sein solle, so meinen die Commissionen, daß solche Bestimmung Härten in sich schließe, welche man den Schulinspectoren nicht gut zumuthen könne, denn bisher seien dieselben mit Genehmigung des Schulvorstandes berechtigt gewesen, Unterricht an Fortbildungsschulen zc. zu ertheilen. Nach einer vom Herrn Oberbürgermeister abgegebenen Erklärung beabsichtige der Magistrat indessen, diese Vorschrift fallen zu lassen, die bisherige Bestimmung bis auf Weiteres beizubehalten und in einer demnächst zu erlassenden neuen Dienstordnung diese Angelegenheit von Neuem zu regeln, womit sich die Versammlung wohl einverstanden erklären werde. Bezüglich der Schulinspectoren schlagen die Commissionen weiter vor, die Gehälter derselben so festzusetzen, daß das Höchstgehalt nicht 4800 M., sondern 5100 M. betrage und dieser Satz vor Zurücklegung des 56. Lebensjahres erreicht werde.

Herr Oberbürgermeister Pöckels möchte vorweg mittheilen, daß er soeben eine an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung gerichtete Eingabe im Umfange von zwei Bogen hier vorgefunden habe, welche nach einer oberflächlichen Durchsicht gegen die beabsichtigte Erhöhung der Lehrergehälter protestire, aber nicht unterschrieben sei. Wenn deshalb die Versammlung keine andere Gepflogenheit habe als der Magistrat, so sei auf eine solche Eingabe keine Rücksicht zu nehmen. (Zustimmung.)

Was den Privatunterricht der Schulinspectoren anlange, so habe der Magistrat erst auf Anregung des Schulvorstandes beabsichtigt, solchen Unterricht zu verbieten. Nachdem dem Magistrate aber bekannt geworden sei, daß aus den Kreisen der Schulinspectoren heraus hiergegen Widerspruch erhoben werden sollte, habe derselbe Veranlassung genommen, dem Schulvorstande nochmals die Frage vorzulegen, ob nicht die jetzige Bestimmung, nach welcher den Schulinspectoren mit Genehmigung des Schulvorstandes die Erlaubniß zur Ertheilung von Privatunterricht gegeben werden könne, beizubehalten sei und habe sich Schulvorstand und Magistrat hiermit einverstanden erklärt.

Herr Nolte fortfahrend: Was die einstweilig angestellten Lehrer betreffe, so bitten die Commissionen im Einvernehmen mit dem Schulvorstande, die Anfangsgehaltsklasse von 900 M. auf 1000 M. zu erhöhen und danach nur vier Gehaltsklassen von 1000 M., 1100 M., 1200 M. und 1300 M. einzustellen. Außerdem habe der Magistrat nachträglich in seiner Vorlage die Worte „und nach dem Beginne ihres 21. Lebensjahres“ gestrichen, so daß die Bestimmung laute: „Die einstweilig angestellten Lehrer erhalten, unter Anrechnung der vor ihrer Annahme bereits anderweit im öffentlichen Schuldienste innerhalb des Herzogthums verbrachten Zeit im 1. Jahre 1000 M., im 2. Jahre 1100 M., im 3. Jahre

1200 M, im 4. Jahre 1300 Mⁿ. Die Commissionen bitten, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bestätigen, daß der Magistrat die Gehaltsätze von 1000—1300 M acceptirt habe. Hinsichtlich der Erhöhung der Gehaltsätze der Schulinspectoren um 300 M könne er nur seine persönliche Ansicht äußern, da der Magistrat hierzu noch nicht Stellung genommen habe. Nach den neuerlichen Verhandlungen im Schulvorstande könne der Magistrat allerdings möglicherweise dazu kommen, dem Höchstsatz von 5100 M zuzustimmen, weil der Schuldirector mit Rücksicht auf den fortwährend steigenden Umfang seiner Dienstgeschäfte immer mehr entlastet werden müsse, was zur Folge habe, daß die Verantwortlichkeit der Schulinspectoren zu erhöhen sei.

Zu den Gehaltsätzen der einstweilig angestellten ordentlichen Lehrerinnen und Fachlehrerinnen haben die Commissionen nach dem Berichte des Herrn Kolte nichts zu bemerken.

Bezüglich der Gehaltsätze der ordentlichen Lehrer schließen sich die Commissionen den Wünschen des Schulvorstandes an und beantragen gegenüber der Magistratsvorlage, den Mindestsatz von 1500 M auf 1600 M und den Höchstsatz von 3500 M auf 3600 M zu erhöhen, die Zwischensätze aber von 3 zu 3 Jahren auf 1900, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000, 3200 und 3400 M festzusetzen. Bei Genehmigung dieser Gehaltsätze würde den Lehrern in den mittleren Lebensjahren ein wirklich auskömmliches Gehalt gewährt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte bei dieser Gelegenheit einer Eingabe Erwähnung thun, welche, wie er höre, im angeblichen Auftrage der Lehrerschaft den Mitgliedern der Versammlung in je einem Abzuge solle zugegangen sein und von der auch der Magistrat durch Zufall Kenntniß erhalten habe. Er nehme an, daß die Mitglieder der Versammlung die Eingabe auch wirklich bekommen haben. (Zustimmung.) Dann wolle er erklären, daß er seinerseits von dem in dem hiesigen Lehrerstande herrschenden Geiste und Takte zu gut denke, als daß er annehmen möchte, jene Eingabe habe bei der Mehrheit oder auch nur bei einer erheblichen Minderheit der hiesigen Bürgerschullehrer Billigung gefunden. Wie der Magistrat über die Eingabe denke, darüber habe er die ihm bekannt gewordenen Verfasser derselben nicht im Unklaren gelassen und würden sie wohl zu der Einsicht gekommen sein, in der Uebereilung gefehlt zu haben.

Was die Vorschläge der Commissionen anlange, so gehen dieselben dahin, das Anfangs- und das Endgehalt der Lehrer je um 100 M zu erhöhen. Aus den in der Commissionsitzung gepflogenen Verhandlungen dürfe er wohl entnehmen, daß hierbei wesentlich maßgebend gewesen sei der Hinblick auf die Gehaltsverhältnisse in anderen Städten. In dieser Beziehung habe nun eine frühere Denkschrift der Lehrer vorgelegen, in der mitgetheilt worden sei, wie in hundert Städten Deutsch-

lands die Gehaltsverhältnisse der Lehrer geordnet worden seien und zwar mit der Wirkung, daß das Anfangsgehalt durchgehends höher als bei uns und bei einem Drittheile auch das Endgehalt höher sei, als der Magistrat jetzt vorgeschlagen habe. Die Wichtigkeit der Denkschrift vorausgesetzt, habe er aus derselben doch den Eindruck gewonnen, als sei bei den zur Vergleichung herangezogenen Städten eine einseitige Auswahl getroffen worden; wenigstens haben diejenigen in der Denkschrift nicht aufgeführten Städte, bei denen der Magistrat angefragt habe, mitgetheilt, daß bei ihnen die Lehrer in der großen Mehrzahl ganz erheblich schlechter im Gehalte stehen, als sie hier nach den Vorschlägen des Magistrates stehen würden. Von der Ausführung dieser Städte wolle er absehen und nur diejenigen drei Großstädte herausgreifen, in denen die Anstellungsbedingungen und das Ausrücken in die höheren Gehaltsklassen den hiesigen Verhältnissen entsprächen: das seien die Städte Halle a. S., welches 1490 *M*—3200 *M*, Erfurt, welches 1470 *M*—3050 *M* und Magdeburg, welches 1500 *M*—3350 *M* den Lehrern an Gehalt (einschließlich Wohnungsgeldzuschuß) zahle. Bemerken wolle er dazu, daß Erfurt seit etwa 1½ Jahren durch Zulegung von Nachbarortschaften u. in die Zahl der Großstädte eingetreten sei. Eine vorsichtige Finanzwirthschaft müsse aber bei den Zielen, welche sie erreichen wolle, stets nach den Mitteln sehen, welche ihr zur Erreichung dieser Ziele ohne Schädigung anderer Interessen zur Verfügung stehen. Das sei ein Fundamentalsatz auch für die Auswerfung von persönlichen Ausgaben. Auf Grund der angestellten Ermittlungen sei nun der Magistrat zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine Vorschläge sowohl den hiesigen Verhältnissen, als auch den berechtigten Ansprüchen der Lehrer entsprächen, er gebe deshalb anheim, den Vorschlag der Commission abzulehnen.

Herr Nieß will mittheilen, daß er kürzlich in einer vom Professor Julius Wolff in Breslau herausgegebenen Zeitschrift eine Zusammenstellung der in 30 deutschen Großstädten gezahlten Gehälter gefunden habe, in welcher Braunschweig an letzter Stelle erschienen sei. Das habe auf ihn keinen angenehmen Eindruck gemacht; denn solche Verhältnisse würden, wenn der Zustand ein dauernder werden sollte, dahin führen, daß die Stadt Braunschweig bei der Besetzung eines städtischen Amtes immer erst dann an die Reihe kommen werde, wenn in anderen Städten kein Bedarf mehr vorliege. Den von dem Herrn Oberbürgermeister aufgestellten Grundsatz wolle er nicht weiter in die Besprechung ziehen, da es sich dabei um eine persönliche Ansicht handle. Die Ausführung der Gehaltsverhältnisse von Magdeburg, Erfurt und Halle könne indessen auf die Beschlußfassung der Versammlung keinen Einfluß ausüben, weil diese Städte, wenn sie noch nicht auf der erforderlichen Höhe ständen, demnächst schon nachfolgen und ihre Gehaltsätze erhöhen würden. Wenn übrigens in der Kritik, welche der Herr Oberbürgermeister an der Eingabe der Lehrer geübt habe, auch inbegriffen sein sollte, daß die Lehrer ihre Wünsche

der Versammlung nicht unterbreiten dürften, so müsse er dagegen Einspruch erheben. Die Lehrer haben dasselbe Recht, sich in einem Gesuche an die Versammlung zu wenden, wie jeder andere Bürger und wenn es auch Gemeindebeamte seien. Selbst in dem Falle, daß sie, wie hier, in Vertretung berechtigter Interessen, einmal einen fehlerhaften Ausdruck gebraucht haben, dürfe ihnen ihr Recht, sich an die Versammlung zu wenden, in keiner Weise gekürzt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß er den Lehrern das Recht, sich in einer Eingabe an die Versammlung zu wenden, nicht bestritten habe; aber darüber, daß der Ton in der betr. Eingabe ein ungehöriger gewesen sei, könne doch wohl kein vernünftiger Mensch zweifelhaft sein. (Zustimmung.)

Herr Nolte muß auch erklären, daß der Ton der Eingabe auf die Commission den Eindruck gemacht habe, als ob etwas über das Ziel hinausgeschossen sei und zwar um so mehr, als es sich um städtische Beamte handle, die das nicht hätten thun sollen. Nach den der Commission gemachten Mittheilungen werde indessen zur Ehre der Betreffenden angenommen, daß die Aeußerungen im Eifer des Gefechtes und in der Eile gemacht seien, jedenfalls bitten die Commissionen, aus der Form dieser Schrift nicht einen Grund herzuleiten, die Erhöhung der Gehälter abzulehnen. Es dürfte dieses um so weniger geschehen, als die Schrift anonym sei und die meisten Lehrer von ihr nichts wissen. Die von den Commissionen gestellten Anträge auf weitere Erhöhung der Lehrergehälter erscheinen im Interesse der Stadt selbst berechtigt zu sein, weil es derselben sonst in Zukunft schwer sein dürfte, gute Lehrkräfte für ihre Schulen zu erhalten, was doch durchaus nicht im Interesse der Stadt liege.

Herr Schöttler will bemerken, daß die Kritik, welche der Herr Oberbürgermeister an der betr. Eingabe der Bürgerschullehrer geübt habe, durchaus nicht unberechtigt erscheine. Indessen möchte er in die Erinnerung zurückrufen, daß er in der vorigen Sitzung ein Schreiben der für diese Schrift verantwortlichen Personen verlesen habe, in welchem diese dem angefochtenen Schlusssatz der Eingabe eine Deutung geben könne, gegen die man nichts mehr sagen könne und die sehr wohl Veranlassung geben könne, die Sache etwas milder zu beurtheilen. Im Uebrigen stehe er auf dem Boden der Commissionen und glaube, daß es unbedingt nothwendig sei, die Gehälter der Lehrer etwas kräftiger aufzubessern, weil man sonst Gefahr laufe, daß unsere vorzüglichen Bürgerschulen zurückgehen, was bedauerlich sein würde. Die hiesigen Bürgerschulen stehen in dem Rufe, zu den besten Schulen zu gehören und den sollte man sich nicht rauben lassen, auch wenn größere finanzielle Opfer gefordert würden. Er bitte deshalb dringend, die Vorlage der Commissionen anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte noch ausdrücklich hervorheben, daß es sich bei den Vorschlägen der Commissionen um eine Mehrausgabe von jährlich 26 300 M gegenüber den Anträgen des Magistrates handle.

Herr Nieke schlägt vor, den Fachlehrerinnen noch 700 M zuzulegen, dann betrage die Mehrausgabe rund 27000 M. (Heiterkeit). Schon seit Jahren habe die Stadtverwaltung diese Frage beschäftigt und es sei ihr stets schwer geworden, tüchtige Lehrkräfte zu finden, wenn sie solche gebrauchte. Aus der Denkschrift der Lehrer habe er sehen, daß die Anstellung der jungen Lehrer in anderen Städten früher erfolge als hier und auch das Maximalgehalt höher sei als bei uns. Dadurch müsse aber der gute Ruf der hiesigen Bürgerschulen schwinden. Als früher einzelnen Classen von Lehrern Gehaltserhöhungen bewilligt werden sollten, sei schon darauf hingewiesen, daß solche Erhöhungen bei den 200 Lehrern und 40 Lehrerinnen der Bürgerschulen schwer auf die Finanzen wirken würden. Schließlich müsse man aber ein altes, wahres Wort beherzigen: „Bildung macht frei“ und die Bildung sei vor Allem von Staat und Gemeinde zu fördern. Die Forderungen der Commissionen könne er nicht zu hoch finden. Dagegen möchte er auf etwas Anderes verweisen. Die Stadt habe jetzt 16 Bürgerschulen und 16 Schulinspectoren und bald würden es deren 20 sein, dann koste aber der Apparat der 20 Schulinspectoren allein 100000 M. Schon bei der letzten Magistratsvorlage über den Bau einer Bürgerschule sei erklärt worden, es sollten 7 überschüssige Classenzimmer gebaut werden, um dort Reserveclassen hineinzulegen. Es sei aber das Verdienst der Bürgerschullehrer, die einzelnen Classen auf der Höhe erhalten zu haben und deshalb könne er es sehr wohl begreifen, daß man bei der Gehaltsbemessung nicht nach Städten sehen dürfe, welche bald nachkommen werden. Dagegen erscheine es ihm doch fraglich, ob es nöthig sei, daß bei jeder Bürgerschule ein Inspector fungire und ob es nicht genüge, wenn immer nur zwei Schulen zusammen einen Inspector haben. Auch halte er es nicht für nöthig, daß die Schulinspectoren noch Privatstunden geben und für ihre journalistische Thätigkeit viel Geld verdienen, wie z. B. die Herren Rahmeier und Schulze, welche jährlich Tausende verdienen sollen. Ein solcher Apparat sei nicht erforderlich und glaube er, daß man mit 8 Schulinspectoren ganz gut auskommen könne, wodurch sich erheblich würde sparen lassen. Derartige Verhältnisse sprächen gegen die ganze Entwicklung der heutigen Zeit, denn man dürfe nicht vergessen, daß man, wenn man die Lehrer und Beamten zu sich herauf ziehen wolle, vorwiegend ihre sociale Lage verbessern müsse. Wenn aber die Schulinspectoren 1400 M oder gar 1500 M höher im Gehalte kommen könnten, als die Lehrer, so sei die Luft eine zu große und werde zu Mißstimmungen unter den Lehrern Veranlassung geben. Aus diesem Grunde halte er eine Aufbesserung der Inspectorgehälter nicht für nöthig und werde nur für die Aufbesserung der Lehrergehälter stimmen.

Herr Nolte berichtet sodann weiter, daß sich gegen die für die ordentlichen Lehrerinnen erster Classe vorgesehenen Gehaltsätze nichts ein-

zuwenden finde, daß die Commissionen indessen bitten, das Höchstgehalt der ordentlichen Lehrerinnen zweiter Classe ebenfalls auf 2100 M (statt 2000 M) zu erhöhen, da es sich hierbei nur um 7 Damen handle, welche dasselbe leisteten, wie die Lehrerinnen erster Classe und die nur die Prüfung im Englischen nicht abgelegt haben. Diese Kategorie von Lehrerinnen werde außerdem nach und nach aussterben.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet im Einvernehmen mit dem Schulvorstande, den Unterschied im Gehalte zwischen den Lehrerinnen erster und zweiter Classe beizubehalten. Es handle sich allerdings nur um eine geringe Geldsumme, da in Zukunft Lehrerinnen zweiter Classe nicht mehr würden eingestellt werden. Es fehle eben an einem Grunde, die Lehrerinnen, welche die formellen Anforderungen nicht erfüllt haben, den übrigen gleichzustellen und liege darin kein Princip. Deshalb müsse der Magistrat bei seinem Antrage beharren. Bemerkt solle noch werden, daß der Unterschied in den Prüfungen der Lehrerinnen erster und zweiter Classe nicht nur darin bestehe, daß Letztere nicht im Englischen geprüft, sondern daß bei ihnen in allen Fächern geringere Anforderungen gestellt wären, als bei den Lehrerinnen erster Classe.

Herr Nieß möchte bitten, für den Antrag der Commissionen einzutreten. Soweit ihm bekannt geworden, liegen die Verhältnisse so, daß den in Frage kommenden sieben älteren Lehrerinnen vor ihrer Anstellung nicht diejenigen Kenntnisse in der Prüfung abgefordert seien, welche man heute von den Lehrerinnen fordere, so daß dieselben gar nicht in die Lage gekommen seien, ihre Befähigung in den betr. Fächern nachzuweisen. Das dürfe man den Lehrerinnen heute aber nicht als Strafe anrechnen, zumal alle Lehrerinnen, gleichviel ob sie die höheren Forderungen nachgewiesen haben oder nicht, denselben Dienst thun müssen. Es wäre also ein Princip darin zu finden, daß für gleiche Leistungen im Dienste auch ein gleiches Gehalt gewährt würde.

Herr Hauswaldt will darauf hinweisen, daß der Schulvorstand ganz der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters gewesen sei und nicht beabsichtige, die beiden Classen von Lehrerinnen ganz gleich zu stellen, dagegen sei der Wunsch, der letzten Gehaltsklasse der Lehrerinnen zweiter Classe von 2000 M noch eine weitere Gehaltsstufe von 2100 M aufzusetzen, berechtigt, so daß dieselben diese Stufe nach 21 Jahren erreichen würden. Soviel er wisse, habe eine minderwerthigere Prüfung dieser Lehrerinnen im Allgemeinen nicht stattgefunden, sondern sie seien nur im Englischen nicht geprüft worden. Der von dem Herrn Oberbürgermeister und dem Schulvorstande gewünschte Unterschied in den beiden Classen von Lehrerinnen sei also gewahrt und gleichzeitig der Wunsch der sieben Lehrerinnen berücksichtigt, wenn man, wie er empfehle, den Gehaltsjah von 2100 M den Lehrerinnen zweiter Classe nach 21 Jahren gewähre.

Herr Oberbürgermeister Bockels möchte dem Vorredner gegenüber bemerken, daß ein Beschluß des Schulvorstandes auf Bewilligung des Sages von 2100 M für die Lehrerinnen zweiter Classe nicht vorliege, sondern der Schulvorstand so beschlossen habe, wie der Magistrat in Vorschlag bringe.

Herr Nolte will sein Referat noch dahin ergänzen, daß beantragt werde, den Lehrerinnen zweiter Classe nach 21 Dienstjahren 2100 M zu bewilligen.

Was die Fachlehrerinnen anlange, so laute die Magistratsvorlage:

„Die Fachlehrerinnen gelangen zu fester Anstellung nur, wenn Gelegenheit gegeben ist, dieselben voll zu beschäftigen. Das Gehalt soll, unter Anrechnung einer mit voller Stundenzahl verbrachten Probezeit, 1000 M betragen und nach Umlauf von je 3 Jahren um 100 M bis zum Höchstsatze von 1800 M steigen“.

Die Commissionen wünschen nun in dem zweiten Sage die Worte: „einer mit voller Stundenzahl verbrachten Probezeit“ zu streichen und dafür zu setzen: „ihrer Probezeit, auch wenn sie nicht voll beschäftigt gewesen sind“, damit auch den aus rein zufälligen Gründen nicht voll beschäftigten Lehrerinnen die Zulagen zu Gute kommen.

Herr Oberbürgermeister Bockels erklärt sich mit dieser Aenderung einverstanden, bittet aber, den von den Commissionen beantragten Zwischensatz „auch wenn sie nicht voll beschäftigt gewesen sind“ als überflüssig fortzulassen, sowie den letzten Absatz unter 2c der Magistratsvorlage, welcher laute:

„Für die nicht voll beschäftigten Fachlehrerinnen wird die Besoldung „nach Stundenzahl“ mit der Bestimmung beibehalten, daß denselben, dafern sie zu voller Beschäftigung und demzufolge zu einer Besoldung „nach Dienstjahren“ kommen, die in nicht voller Beschäftigung verbrachte Dienstzeit bei Bemessung des Gehalts angerechnet werden soll“

wie folgt zu fassen:

„Für die nicht voll beschäftigten Fachlehrerinnen wird die Besoldung „nach Stundenzahl“ beibehalten“.

Herr Nolte schließt sich namens der Commissionen diesen Vorschlägen an.

Was den Abschnitt II, betreffend die Lehrkräfte an den gehobenen Mädchenschulen, anlange, so ersuche er im Einverständniß mit dem Magistrat, dem Absätze unter 1 im Eingange folgende Fassung zu geben:

„1. Diejenigen Lehrer, welche neben dem Volksschullehrer-Examen die Rectorprüfung bestanden haben und entweder Classenlehrer an einer Oberstufe sind, oder aber wissenschaftlichen Unterricht am Lehrerinnen-Seminar erteilen, beziehen . . .“

Diese Fassung entspreche einem vor einigen Jahren gefaßten Beschlusse der Versammlung.

Da das Referat über die Lehrergehälter damit beendet sei, so möchte er zum Schluß nur nochmals bitten, den Vorschlägen der Commissionen zuzustimmen, weil damit den berechtigten Ansprüchen der Lehrerschaft auf eine längere Reihe von Jahren Genüge geschehe und die in der Lehrerschaft seit lange betriebene, dem ganzen Schulwesen zweifellos zum Nachtheil reichende Agitation wegen Erhöhung der Gehälter dann endlich zur Ruhe kommen werde.

Der Herr Vorsitzende schließt die Besprechung und bemerkt, daß er über die Vorschläge der Commissionen in Eins abstimmen lassen werde, sofern Widerspruch nicht erfolge.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte zu der Art der Abstimmung noch bemerken, daß zwischen dem Magistrate und den Commissionen eine abweichende Ansicht hinsichtlich der Gehälter für die Schulinspectoren, Lehrer und Lehrerinnen zweiter Classe bestehe. Dabei werde weiter in Frage kommen, ob die Versammlung die Magistratsvorlage unter Hervorhebung der strittigen Punkte genehmigen, oder dieselbe ablehnen wolle, falls der Magistrat den Anträgen der Versammlung nicht in allen Punkten beitreten könne.

Herr Hauswaldt bemerkt dazu, daß er der wenig angenehmen Vorlage über die Biersteuer nur unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß auch die Lehrergehälter in der von den Commissionen vorgeschlagenen Weise aufgebeßert würden.

Der Herr Vorsitzende ist der Meinung, daß — wenn die Magistratsvorlage mit den Commissionsvorschlägen genehmigt werde — die Versammlung den unveränderten Inhalt der Vorlage auf jeden Fall genehmigt haben wolle, auch dann, wenn der Magistrat die Commissionsvorschläge ablehne. (Widerspruch.) In Folge des Widerspruches der Versammlung constatare er, daß event. die Vorlage mit den Commissionsvorschlägen und als Ganzes Annahme finden solle.

Herr Rieke ersucht, über die Gehälter der Schulinspectoren getrennt abzustimmen.

Bei den nun folgenden Abstimmungen werden die sämtlichen Anträge der vereinigten Commissionen einschließlich der Gehälter der Schulinspectoren und Schuldiener genehmigt.

Herr Nolte verliest sodann noch eine ihm persönlich zugegangene Eingabe, in welcher die pro rectoratu geprüften Lehrer der städtischen Mädchenschule um Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche bitten, welchem Ersuchen sich Herr Nolte anschließt.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann dazu mittheilen, daß dem Magistrate seiner Zeit eine Eingabe gleichen oder ähnlichen Inhalts zugegangen und von diesem auch geprüft sei.

Nunmehr geht die Versammlung über zur Berathung der Gehaltsbestimmungen für die städtischen Beamten und hat hierüber namens der Finanzcommission Herr Hauswaldt zu berichten.

Vortweg werden auf Antrag des Herrn Fiedel die Abtheilungen IV und V, 2 der Gehaltsbestimmung, betr. den Stadtarchivar, den Director des Museums, die Abtheilungsvorstände der städtischen Bauverwaltung und die geprüften Baumeister, aus der heutigen Berathung zurückgezogen, weil, wie

Herr Oberbürgermeister Pockels annimmt, die staatlichen Beamten dieser Kategorien einer Gehaltsaufbesserung unterzogen werden sollen und dann eine Vergleichung der Gehälter stattfinden könne.

Wie Herr Hauswaldt darauf berichtet, hat die Finanzcommission die Magistratsvorschläge mit dem Magistrate in eingehender Berathung überlegt und ist dieselbe zu der Ueberzeugung gekommen, daß es ihr unmöglich sei, die einzelnen Organisationen der Beamten zu prüfen. Dazu würde es nöthig sein, die Geschäftsführung in ihren einzelnen Theilen zu kennen, was bei der Commission nicht der Fall sei. Dieselbe wisse, daß die Stadtverwaltung sehr tüchtige Beamte habe und der Herr Oberbürgermeister ein warmes Herz für seine Beamten besitze; deshalb könne sich die Commission nur über die allgemeinen großen Gesichtspunkte äußern und entziehe sich alles Andere ihrer Beurtheilung.

Zu den Abtheilungen V—IX sind Aenderungsvorschläge seitens der Commission nicht zu machen; jedoch wird unter VIII, 7 auf Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters statt „Verwalter der Hauptregistratur“ gesagt „Vorsteher der Hauptregistratur“.

Zu X, 3 (Werkmeister) und 4 (Sonstige technische Hilfsbeamte) bittet Herr Löschigk, die beiden Beamtenkategorien zu trennen, da doch die technischen Hilfsbeamten, welche eine technische Fachschule besucht haben, nicht gut mit den Werkmeistern gleichgestellt werden könnten.

Herr Oberbürgermeister Pockels tritt für die Beibehaltung der bisherigen Gleichstellung der beiden Beamtenkategorien ein, da die technischen Hilfsbeamten, obwohl sie eine bessere Schulbildung haben möchten als die Werkmeister, doch immer nur Hilfsbeamte ihrer Vorgesetzten seien, während die Werkmeister eine selbstständige verantwortliche Stellung innehaben.

Die Abtheilung XI soll auf Antrag des Magistrates folgenden Wortlaut erhalten: „1. Der Vorsteher der Magistratskanzlei. 2. Die Registratoren des Steuerbüreaus, der Registrator der Bauverwaltung, der Armenverwaltung, des Stadtarchivs, des Standesamts. 3. Der erste Assistent im Rechnungsbüreau und in der Hauptregistratur. 4. Die Cassenbuchhalter.“

Die Finanzcommission schlägt nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt vor, diese Kategorie von Beamten nicht von 1400 M bis 3000 M, sondern von 1500 M bis 3100 M im Gehalte aufrücken zu lassen, weil dieselben meistens in dieser Stellung dauernd verbleiben und es sich empfehle, deren Gehälter etwas höher zu bemessen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann sich über diesen Antrag der Commission noch nicht äußern, weil der Magistrat noch nicht Stellung dazu genommen habe.

Zur Abtheilung XII „Büreaugehülfsen“ beantragt die Finanzcommission, das Gehalt auf 1500 M bis 2900 M, statt auf 1400 M bis 2800 M festzusetzen, da auch diese Beamten meistens dauernd in ihrer Stellung verbleiben. Die finanzielle Tragweite beziffere sich dabei nur auf einige tausend Mark.

Herr Löschigt möchte anfragen, ob von den Anwärtern auf Büreaugehülfsstellen der Berechtigungsschein für den einjährigen Militärdienst gefordert werde oder nicht.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß bei der Annahme der Beamten kein Unterschied gemacht werde zwischen solchen, die den Berechtigungsschein haben und solchen, die ihn nicht besitzen, da die Anwärter 5—8 Jahre sich als Schreiber oder Hilfschreiber verwenden lassen müssen und dabei zeigen können, ob sie für den Dienst brauchbar seien. Von der staatlichen Finanzverwaltung werde dagegen der Berechtigungsschein bei der Annahme der Aspiranten gefordert. Im großen Ganzen müsse man sich sagen, daß Diejenigen, welche den Berechtigungsschein erworben haben, immer eine gewisse größere Gewähr für die demnächstige Tüchtigkeit im Amte bieten werden, da aber die Anstellung erst nach einer Probefristzeit von 5—8 Jahren erfolge, so könne Jeder seine Brauchbarkeit nachweisen und da müsse er bekennen, daß die Büreaugehülfsen ohne den Berechtigungsschein dasselbe leisten, wie die Büreaugehülfsen mit dem Berechtigungsscheine.

Herr Kiefe fühlt sich veranlaßt, im Interesse der Büreaugehülfsen darauf hinzuweisen, daß bis jetzt jährlich 8—9000 M an Schreibgebühren für außerhalb der Büreaustunden gefertigte Arbeiten ausgegeben worden seien, welche sich auf die verschiedenen Beamten vertheilt haben und die nun in Wegfall kommen sollen. Wenn deshalb diesen Beamten nur mäßige Gehaltsaufbesserungen gewährt würden, so könnten dieselben bei Fortfall der Nebeneinnahmen als wirkliche Aufbesserungen des Einkommens kaum in Frage kommen. Man habe zur Durchführung dieser Maßnahme eine besondere Classe von Beamten unter der Bezeichnung „Reinschreiber“ in der Abtheilung XIII geschaffen und werde diese jungen Leute je nach ihrer Befähigung und Entwicklung später in einer anderen Beamtenategorie zur Anstellung bringen. Er finde es aber nicht in der Ordnung, daß die Gehaltsdifferenz zwischen den Büreauchefs und diesen Angestellten 1200 M betragen solle. Wenn man diese Leute zu sich heraufziehen und zu gewissenhaften Beamten heranbilden wolle, so müsse man es machen wie der Magistrat in Berlin, der besonders betont habe, daß der staatliche Beamte ein viel breiteres Feld des Weiterkommens vor sich habe, als der städtische Beamte und deshalb Letzterer dafür besser bezahlt werden müsse. Aus diesem Grunde ersuche er, die Gehaltsätze der Büreaugehülfsen auf 1600—3200 M festzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Bockels muß sich trotz seines Herzens für die Beamten gegen diesen Antrag aussprechen. Es sei richtig, daß die Büreaugehülfen in den verflossenen Jahren eine Nebeneinnahme von insgesamt 7—8000 M jährlich für außerhalb der Büreaustunden gefertigte Schreibereien gehabt haben, jedoch sei daran eine sehr große Zahl der vorhandenen 42 Büreaugehülfen und der Hilfschreiber betheiligt gewesen, so daß, wenn auch einzelne Beamte eine ganz nette Nebeneinnahme gehabt haben mögen, diese doch vollständig durch die Gehaltserhöhungen ausgeglichen würde. Bisher seien die Büreaugehülfen bis 2400 M gekommen, während sie nach dem Antrage der Commission jetzt auf 2900 M kommen sollen.

Herr Böschigt möchte noch einmal fragen, ob der Magistrat etwa früher auf die Veibringung des Berechtigungsscheines bestanden habe. (Nein).

Herr Ahmann hält es für richtig, die Feierabendarbeit der Bureaugehülfen ganz abzuschaffen. Da aber bei Fortfall derselben die Bureaugehülfen keine wesentliche Einkommensverbesserung durch die Magistratsvorlage erfahren würden, so halte er es für richtig, den Anfangssatz der Gehülfen gemäß dem Antrage Nieke auf 1600 M zu normiren.

Herr Oberbürgermeister Bockels will daran erinnern, daß vor nicht langer Zeit der Magistrat die Vermehrung der Zahl der Bureaubeamten um fünf Köpfe von der Versammlung erwirkt und dabei hervorgehoben habe, er hoffe dadurch in die Lage zu kommen, die bisherige Ausgabe für Nebenschreibereien, welche sich auf 7—8000 M erhöht habe, ganz oder doch zum wesentlichsten Theile streichen zu können. Es lasse sich indessen schon jetzt übersehen, daß das doch nicht ganz gehe, denn um die Vorarbeiten für die nächstjährige Einschätzung der Steuer erlebigen zu können, müssen die Beamten jetzt schon eine Stunde Ueberdienst thun und außerdem würde es sich nicht umgehen lassen, noch fernere Ueberstunden gegen Entgelt zu fordern, mit anderen Worten: die geplante Ersparniß werde nicht vollständig eintreten. Es sei aber immer noch das Billigste, solche in den regelmäßigen Bureaustunden nicht fertig zu bekommenden Arbeiten durch Ueberstundenarbeit besorgen zu lassen, weil man dazu dann geschulte Beamte nehmen könne, während man sonst junge Leute annehmen müsse, die die halbe Arbeit leisten würden.

Herr Hauswaldt kann mittheilen, daß sich auch die Finanzcommission mit dieser Frage beschäftigt habe und Herr Ahmann irre, wenn derselbe meine, daß die Gehaltssätze von 1500 M bis 2900 M, wie sie die Commission beantrage, nichts als ein Ausgleich für entgangene Nebenarbeiten sein würden. Da die jüngsten Bureaugehülfen von den Nebenarbeiten meist nichts abgekriegt haben, so glaubte die Commission, gerade den billigen Wünschen dieser Beamtenkategorie durch Erhöhung des Anfangsgehalts von 1400 M auf 1500 M Rechnung zu tragen. Er bitte deshalb, dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Herr Rathe möchte für eine Erhöhung des Anfangsgehaltes auf 1600 M eintreten, da die Schreiber nach 5—8jähriger Dienstzeit bei der Anstellung immerhin ein Lebensalter von 28 Jahren erreicht haben und an die Gründung einer Familie denken könnten, so daß ein Anfangsgehalt von 1600 M dann nicht zu hoch sein würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, dieses nur mit Einschränkungen zu verstehen. Die jungen Leute würden auf Drängen ihrer Väter öfter schon bald nach der Confirmation vom Magistrate angenommen und könne sich Jeder selber sagen, was man mit solch einem Jünglinge zu leisten vermöge. Da die jungen Leute etwa ein Jahr nach ihrem Eintritte eine Remuneration erhalten, die den Anforderungen an sie entspreche, so bitte er, es bei dem von der Commission vorgeschlagenen Satze bewenden zu lassen.

In der Abtheilung XIII ersucht der Magistrat nachträglich, die „Reinschreiber“ zu streichen, gegen welchen Vorschlag die Finanzcommission nichts einzuwenden hat.

Zur Abtheilung XIV, „Vollziehungsbeamte“, bemerkt Herr Hauswaldt, daß diese Beamten um 100 M höher im Gehalte gestellt seien, weil es nach einer Bestimmung des Herzoglichen Staatsministeriums nicht mehr angängig sei, die Executionsgebühren von einem Steuerzahler zu erheben, der die Steuern, wenn auch verspätet, so doch noch so früh einzahle, daß der Executor noch nicht gemahnt habe. Hierdurch gehe aber dem Executor ein Theil seines Verdienstes verloren.

Herr Oberbürgermeister Pockels will dazu erwähnen, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, festzustellen, wie hoch sich die Einbuße der Executoren in Folge dieser Bestimmung belaufe, jedoch könnte sie immerhin 70—80 M betragen.

Herr Hauswaldt hat dagegen erfahren, daß die Executoren diese Einbuße auf 300—400 M tagiren. Wenn die Executoren jetzt die Listen der Rückständigen erhalten, pflegen sie zuerst Diejenigen aufzusuchen, von denen sie annahmen, daß sie inzwischen noch bezahlen könnten.

Herr Rieke findet den Unterschied zwischen den Stadtdienern und den Executoren doch zu groß, da Letztere 4000—5000 M Einkommen besitzen und in einem Jahre sich besser als der Stadtsecretär gestanden haben sollten. Er halte es deshalb nicht für nöthig, die Gehälter dieser Beamten noch weiter aufzubessern. Die Handwerksmeister könnten solche Einnahmen häufig nicht erzielen und wenn sie eine größere Anzahl Gesellen beschäftigten. So mühevoll sei doch die Arbeit der Executoren nicht, daß sie dafür besonders gut gestellt werden müßten. Uebrigens würde er es für zweckmäßig erachten, solche Ministerialverfügung in Zukunft auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Da nun die Stadtdiener ebensoviel Schuß-

werk ablaufen, als die Executoren, so ersuche er, das Anfangsgehalt dieser Beamtenklasse auf 1300 M zu erhöhen.

Herr Gbeling hält es nicht für richtig, daß man den Vollziehungsbeamten, welche schon ein Einkommen von 4000 M beziehen sollen, ein noch höheres Gehalt geben wolle. Der Unterschied zwischen den Vollziehungsbeamten und den Stadtdienern sei doch gar zu groß und schließe er sich dem Antrage Riefe an, den Anfangsatz der Letzteren auf 1300 M zu erhöhen. Ebenso möchte er für die Erhöhung des Gehaltes der Bureaugehülfen eintreten, welche theilweise eine große Sachkenntniß besitzen. Gerade in den unteren Classen dürfe man nicht geizen, wenn er auch nicht verkennen wolle, daß das Handwerk und der kleine Bürgerstand überhaupt leide und der Beamte am wohlsten daran sei. Bei den Handwerkern und Gewerbetreibenden finde sich aber immer einmal eine besondere Einnahme, die den Beamten vollständig entgehe.

Herr Nolte muß aus den schon hervorgehobenen Gründen und auch um deshalb eine Aufbesserung der Executoren für geboten halten, weil diese Beamtenklasse ein unangenehmes und ganz besonders verantwortungsreiches Amt bekleide.

Herr Oberbürgermeister Pockels will zugeben, daß die Executoren erhebliche Gebühren beziehen, jedoch erreichen dieselben nicht die hier angegebene Höhe. Der Umfang dieser Gebühren hänge von der Tüchtigkeit, dem Fleiße und der Gesundheit des betr. Executors ab, denn wenn derselbe z. B. krank sei, so erhalte er außer seinem geringen Gehalte gar nichts. Dazu komme, daß sich die Vollziehungsbeamten früher absorbiren als andere Beamte, die im Bureau arbeiten und sich nicht jeder Witterung aussetzen haben. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß der Executor bei Hitze und Kälte Trepp auf und Trepp ab zu gehen habe, daß er aus einem überhitzten Zimmer wieder in die Kälte gehen müsse und sich sehr leicht Rheumatismus holen könne. Deshalb sei die Steigerung des Gehaltes um 100 M wohl gerechtfertigt.

Herr Hauswaldt kann keinen Grund einsehen, die Vollziehungsbeamten, welche sich thatsächlich schneller abnutzen, als andere Beamtenklassen, von der kleinen Gehaltsaufbesserung auszuschließen. Bei den Stadtdienern komme auch in Frage, daß vier derselben eine miethsfreie Wohnung inne haben.

Nunmehr wird zur Abstimmung geschritten. Die Gehälter der Abtheilungen V—XI setzt die Versammlung nach den Vorschlägen der Finanzcommission fest. Zu der Abtheilung XII (Bureaugehülfen) wird der Antrag Riefe, das Gehalt auf 1600—3200 M festzusetzen, abgelehnt und der Vorschlag der Commission (1500—2900 M) angenommen. Bei der Abtheilung XIII (Stadtdiener und Aufseher) wird das Anfangsgehalt nach dem Antrage Riefe auf 1300 M und das

Schätzgehalt auf 1800 M und die Abtheilung XIV nach der Magistratsvorlage festgesetzt.

Herr Rathe will darauf hinweisen, daß die Erhöhung des Anfangsgehaltes der Stadtdiener auf 1800 M wahrscheinlich ein schwer wieder gut zu machender Fehler sei, da sich für diese Stelle nun leichter Militäranwärter finden würden, während sie bisher stets mit schon anderweitig bewährten Kräften besetzt seien.

Der Herr Vorsitzende macht dem gegenüber darauf aufmerksam, daß die Debatte und Abstimmung hierüber geschlossen sei und nicht wieder eröffnet werden könnte.

Zum Schluß werden noch die Gehaltsbestimmungen für die städtischen Beamten im Ganzen und mit den vom Magistrate dazu gestellten besonderen Anträgen (unter 3, Absatz 3 und 5) ohne Widerspruch angenommen.

II. Herausgabe einer Pergamenthandschrift.

Bei der Vergebung der schon früher beschlossenen Herausgabe der Handschrift des Abtes Berthold Meier von St. Aegidien hat sich herausgestellt, daß für die Nachbildung des Bides und der bunten Initialen ein zu geringer Kostenbetrag angenommen war, und daß derselbe sich um etwa 100 M erhöhen wird. Ferner sind für die Nachbildung des vorderen Deckels der Handschrift noch 40 M erforderlich. Dem Ersuchen des Magistrates um Nachverwilligung dieser 140 M

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet.

III. Antrag Wollenweber: Untersuchung des eingebrachten Fleisches.

Die Statutencommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Wolff mit dem in der Sitzung vom 13. Juli d. Js. — Seite 110 des Berichts — gestellten Antrage befaßt und ist der Ansicht, daß die von dem Herrn Antragsteller gewünschte Untersuchung der Eingeweide theile zc. im Interesse unserer Mitbürger sich empfehle, der Magistrat deshalb ersucht werden solle, der Sache näher zu treten und eine entsprechende Anordnung in geeigneter Form zu treffen. Dabei sei aber ausdrücklich zur Sprache gebracht worden, daß der Magistrat, wenn er der Sache nähere treten wolle, den Modus der Untersuchung noch weiter zu prüfen habe. Durch die Annahme des Antrages habe die Commission nur geglaubt, den Stein ins Rollen bringen zu sollen.

Herr Ahmann will bemerken, daß derartige Beschlüsse doch nur gefaßt würden, um das Publicum bei dem eingebrachten Fleische vor Täuschung zu warnen und ihm Fleisch von außerhalb zu bieten, welches den Verhältnissen entspreche. Er halte es indessen nicht für recht, daß einzelne Geschäfte, wie sich das neuerlich in einem hier geführten Proceß gezeigt habe, von der Untersuchung ihrer Fleischwaaren ausgeschlossen würden, denn bei solcher Handhabung der polizeilichen

Bestimmungen genieße man nicht die Sicherheit, wirklich untersuchte Waaren zu erhalten. Derartige Ausnahmen dürften nicht geduldet werden. Wenn man es mit den Untersuchungen der von Außen eingeführten Fleischwaaren, wie es scheine, nicht ernst nehmen wolle, so solle man das Kind nur beim rechten Namen nennen und statt der Untersuchungsgebühr gleich einen Eingangszoll auf eingeführtes Fleisch erheben. Bei der heutigen Untersuchung im Schlachtehause, wo die Kisten nur oberflächlich, theilweise nur von Außen angesehen würden, habe man keine Garantie dafür, daß die in denselben befindlichen Waaren auch genießbar seien. Deshalb solle man gründlich vorgehen und auch die Verkaufsräume der Händler zeitweise untersuchen lassen. Schließlich möchte er wissen, welche Gründe vorliegen, um einzelne Geschäfte von der Untersuchung ihrer Fleischwaaren zu befreien.

Der Antrag der Commission wird darauf genehmigt.

IV. Ortsbauplan für die östliche Außenstadt.

Mit der Gemeinde Glesmarode sind längere Verhandlungen gepflogen, um eine einheitliche Ausgestaltung und Festlegung des Ortsbauplans für die beiderseitigen, südlich der Glesmaroderstraße und, diesseits der Gishorner Bahn gelegenen Gebietstheile und andererseits eine angemessene Grenzregulirung zu erreichen. In Bezug auf den ersten Gegenstand ist eine Einigung insofern erzielt worden, als der Magistrat sich damit einverstanden erklärt hat, daß der Ortsbauplan entsprechend ausgestaltet werde und auch die Gemeinde Glesmarode bereit ist, für ihr angrenzendes, diesseits der Bahn gelegenes Gebiet bestimmte Straßenzüge festzulegen. Hinsichtlich der Grenzregulirung hat ein Uebereinkommen nicht erzielt werden können. Die Versammlung wird deshalb erjucht, nur den vorgelegten Theilortsbauplan zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, geschieht.

V. Instandsetzung eines Fußweges der Bertramstraße.

Die Wittve des Amtsvoigts Bindseil, Bertramstraße 56, hat in einer Eingabe gebeten, die Instandsetzung der Bertramstraße wenigstens von der Leonhardstraße bis zur Roch'schen Fabrik anzuordnen und begründet das Gesuch damit, daß durch den außerordentlich regen Fuhrverkehr dieser Straßenstrecke die Passanten erheblich gefährdet würden und auch ihr Haus, welches hart an der Straße liege, bei dem Mangel eines abgetrennten Fußweges Gefahr laide. Auf Empfehlung der Stadt-Bauverwaltung beantragt der Magistrat, den westlichen Fußweg durch alte Bordquader gegen die Fahrbahn abzugrenzen und hierfür 200 M. zu verwilligen.

Namens der Baucommission berichtet Herr Bültmann, daß die Vorlage zur Annahme empfohlen werde, da eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit

den Anliegern wegen der Abtretung des Terrains zwecklos sein würde. Die Forderungen derselben hätten sich von Jahr zu Jahr gesteigert, denn während der Conservenfabrikant Koch für sein Terrain früher 15 M pro qm gefordert habe, wolle er dasselbe jetzt nur für 40 M abtreten. Die Baucommission habe sich mit dem Magistrate dahin geeinigt, daß die Bordsteine mindestens 1,5 m von den Häusern entfernt gesetzt werden; auch empfehle die Commission, den Magistrat um Herbeiführung einer Vorschrift zu ersuchen, nach welcher die Straßenstrecke nur einseitig befahren werden dürfe.

Herr Meyerhoff bittet um Ablehnung der Vorlage, da mit derselben nichts gebessert werde. Man solle den Ausbau der Straße beschließen und das zu derselben erforderliche Terrain expropriiren, weil die Anlieger sonst ihre Forderungen immer noch weiter steigern.

Herr Bürgermeister Kietemeyer will daran erinnern, daß die Verhandlungen mit den Anliegern nun schon zwei Mal gescheitert seien, weil der Magistrat die hohen Forderungen der östlichen Anlieger nicht gern den westlichen Anliegern, welche kein Terrain abzutreten haben, aufbürden möchte. Es empfehle sich deshalb, den von der Commission beantragten Versuch einmal zu machen: wenn hierdurch eine gewisse Schädigung der Grundstücke herbeigeführt werden sollte, so würden die Anlieger dadurch vielleicht gefügiger gemacht werden.

Herr Meyerhoff kann die große Rücksichtnahme des Magistrates auf die westlichen Anlieger der Vertramstraße im Hinblick auf die Anlieger der Juliusstraße, welche so horrende Straßenkosten tragen müßten, nicht verstehen. Er bitte den Ausbau der Straße zu beschließen, da die hier in Aussicht genommene Maßnahme nicht stark genug wirke, wenn nicht ein 3 m breites Trottoir angelegt werden solle. Das einseitige Befahren der Straße habe gegen sich, daß dann eine lange Wagenreihe auf derselben halten werde.

Herr Bürgermeister Kietemeyer möchte hinsichtlich der Juliusstraße bemerken, daß den dortigen Anliegern fast so weit entgegengekommen sei, als ob das neue Statut gar nicht vorhanden wäre. Man wisse aber nicht, was man dazu sagen solle, wenn ein Anlieger der Juliusstraße aufgefordert werde, die Forderung der Stadt als Caution auf sein Grundstück eintragen zu lassen und derselbe dann schleunigst noch für seinen Sohn eine Hypothek vorweg eintragen lasse.

Herr Engelbrecht muß es als eine Pflicht der Stadt ansehen, die Vertramstraße wenigstens auf der einen Seite in einen erträglichen Zustand zu versetzen, damit dort die Passanten ungefährdet gehen können. Wenn sich das mit 200 M erreichen lasse und man zu gleicher Zeit einen gewissen Druck auf die Anlieger der anderen Seite durch Anordnung einseitigen Befahrens der Straße ausüben könne, so müsse das als willkommene Gelegenheit aufgegriffen werden. Jedenfalls

müsse man hier endlich einmal handeln und die Sache nicht mehr hinauschieben.

Herr Bültemann tritt nochmals für den Antrag der Commission ein und hebt hervor, daß nach Legung der Bordsteine die Wagen wenigstens nicht mehr dicht an die Häuser fahren können.

Herr Ebeling hält die Verkehrsbeschränkung, die Straße nur von einer Seite befahren zu dürfen, für eine sehr lästige und kann sich deshalb nicht dazu verstehen. Sobald auf der einen Straßenseite Bordsteine gelegt würden, könne der Ausbau der Bertramstraße noch auf Jahre hinausgeschoben werden und das würde zu beklagen sein. Man brauche die Einleitung der Expropriation wirklich nicht zu fürchten, denn die von den Anliegern gestellten hohen Forderungen würden schon auf das rechte Maß zurückgeführt werden. Da der Ausbau dringend nothwendig sei, so bitte er, unter Ablehnung der Vorlage, denselben zu beschließen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

VI. Klage wegen Straßenbaukosten.

Die Firma Voigtländer & Sohn hat vor Kurzem ihr an der Campestraße gelegenes Fabrikgebäude um ein Geschöß erhöhen lassen und ist deshalb angehalten, die auf dem Grundstücke ruhenden Straßenkosten von 1461,28 M einzuzahlen. Sie hat der Zahlungsaufgabe, allerdings unter Protest, Folge geleistet und fordert nunmehr den eingezahlten Betrag auf dem Klagewege zurück. In der Klage wird bestritten, daß die Aufsetzung eines halben Geschosses auf das erste Geschöß, unter Beibehaltung des früheren Daches, als eine „einer Erneuerung gleichzuachtende Erhöhung des früher schon vorhanden gewesenen Gebäudes“ anzusehen sei, weshalb die stadtseitig geltend gemachte Forderung zur Zeit noch nicht fällig erscheine. Der Magistrat ist entgegengesetzter Ansicht und ersucht, unter näherer Begründung derselben, die Versammlung, ihn zur Aufnahme des Processes zu ermächtigen,

was auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, geschieht, und zwar besonders mit Rücksicht auf eine nach Erlaß des Statuts bereits vor einigen Jahren erfolgte weitere bebauung im räumlichen Umfange. Dabei wird besonders bemerkt, daß auf Grund der Prüfung der Rechtslage gemäß früheren Entscheidungen des Oberlandesgerichtes in dieser Sache nur der Verwaltungsgerichtshof zuständig sein könne, welche Ansicht auch der Magistrat theile.

VII. Erwerb einer Grabensfläche am Stadtparke.

Bei dem Ausbau der östlichen Theilstrecke der Kaiser-Wilhelmstraße ist der im Zuge derselben liegende Theil des am Stadtparke entlang ziehenden Interessentengrabens zugeschüttet und befestigt. Die Stadt ist daher verpflichtet, die

betreffende, 1,25 a haltende Grabensfläche anzukaufen und giebt der Magistrat anheim, ihn zum Ankauf dieser Fläche für den Preis von 625 M zu ermächtigen, was geschieht, nachdem Herr Rieke den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

VIII. Erwerb von Flächen zur Hoch- und Giersbergstraße.

Der Maurermeister Wedler beabsichtigt, sein an der Ecke von Hoch- und Giersbergstraße gelegenes Grundstück neu zu bebauen und hat deshalb die den beiden Straßen zuzulegende Theisfläche des Grundstückes im Umfange von 1,21 a an die Stadt abgetreten. Dem Ersuchen des Magistrates, den mit Wedler abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß der Preis der Flächen nach Verhältniß der für die benachbarten Flächen stadtseitig aufzumwendenden Vergütung bemessen und mit den Straßenkosten verrechnet werden solle, stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, zu.

IX. Anschaffung einer Centesimalwaage.

Auf Antrag der Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke giebt der Magistrat anheim, für das Gaswerk an der Bahnhofstraße eine Centesimalwaage zum Preise von 2200 M zu beschaffen, damit größere Mengen von Coals, Theer und schwefelsaurem Ammonial damit verwogen werden können.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Sander berichtet, zugestimmt.

X. Aufwendungen für ein städtisches Grundstück.

In dem von dem Revisionsassessor a. D. Wiegandt bewohnten städtischen Hause am H. Exercierplatz 7 sollen zwei Oefen durch andere, im Besitze der Stadt befindliche Oefen ersetzt werden, wofür 25 M veranschlagt sind. Außerdem ersucht der Magistrat, für die Herrichtung eines Knüppelstackets auf der östlichen Zwischengrenze noch 95 M zu bewilligen,

welchen Anträgen sich die Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, anschließt.

Herr Meyerhoff fragt an, ob sich noch keine Möglichkeit ergeben habe, die Straße durchzulegen, da dem Vernehmen nach sich früher schon einmal ein Unternehmer gefunden haben solle.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß der Magistrat bis jetzt auf den von Herrn Rieß schon vor einigen Jahren in Aussicht gestellten Unternehmer vergeblich gewartet habe. Da es für einen Unternehmer schwer halten werde, dort etwas zu machen, das Grundstück aber seine Unkosten decke und ein Bedürfniß

zu einer neuen Straße dort nicht vorliege, so könne man ganz ruhig eine abwartende Stellung einnehmen.

Darauf wird die Magistratsvorlage genehmigt.

XI. Aufhebung der östlichen Theilstrecke der alten Grünstraße.

Die dem Ortsbauplane zufolge in Wegfall kommende östliche Theilstrecke der alten Grünstraße konnte bislang nicht aufgehoben werden, weil einzelne Anwohner Einsprache gegen Einziehung des Weges erhoben hatten und eine Einigung der Betheiligten nicht zu erzielen war. Da jetzt aber die sämtlichen Interessenten mit Aufhebung des Weges einverstanden sind, so wird ersucht, dieselbe zu genehmigen, was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bültemann berichtet, geschieht.

XII. Einführung fester Sätze für die directen Gemeindesteuern.

Das Herzogliche Staatsministerium hat darauf hingewiesen, daß der im §. 10 des Statuts vom 22. März d. Js., „Ordnung der directen Gemeindesteuern in der Stadt Braunschweig betreffend“, aufgestellte, den Steuerfuß für die einzelnen Stufen der Gemeinde-Einkommensteuer in Procenten des steuerpflichtigen Einkommens festsetzende Tarif zu einem der Absicht des Gemeindeabgabengesetzes nicht entsprechenden Verfahren insofern führen könne, als bei procentualer Berechnung der Steuereinheit für die einer Steuerstufe angehörenden Einkommen die Höhe des einzelnen Einkommens entsprechend verschieden zu bemessen sei, indem der Zweifel bestehe, von welchem Einkommen innerhalb der einzelnen Steuerstufe der Steuerfuß für dieselbe berechnet werden müsse. Bei dieser Sachlage erscheine es aber zweckmäßig, an Stelle der procentual zu berechnenden Steuereinheit für jede Steuerstufe wie bei der Staatsinkommensteuer einen festen Steuerfuß im Statut vorzuschreiben.

Der Magistrat stimmt dieser Ansicht des Ministeriums bei und beantragt, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß an Stelle der procentual zu berechnenden Steuereinheit ein fester Steuerfuß und zwar nach dem mittleren Einkommen jeder einzelnen Steuerstufe in dem Statute vorgeschrieben werde. Bei Zugrundelegung eines solchen festen Steuerfußes würde sich bei Ausdehnung einer Einheit der Gemeinde-Einkommensteuer im laufenden Jahre ein Mehr von rund 3500 M ergeben haben. Da sich in dem Statute auch noch einige Redactions- bzw. Druckfehler vorfinden, so giebt der Magistrat anheim, mit dem 1. April 1900 eine neue Redaction des Statutes herauszugeben und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären.

Die Statutencommission hat die Vorlage nach dem Berichte des Herrn Wolff durchberathen und empfiehlt deren Annahme. Wenn der geplanten Aenderung auch

keine große sachliche Bedeutung beizumessen sei, so werde doch eine geringe Entlastung der unteren Steuerstufen dadurch herbeigeführt, daß die oberen Stufen etwas mehr und die unteren etwas weniger an Steuern aufzubringen haben. Hierdurch komme man den Wünschen Derjenigen in etwas entgegen, welche eine größere Belastung der höheren Einkommen wünschen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIII. Rückzahlung von Canalkosten.

Auf Antrag des Holzhändlers Severin und des Fabrikanten Meyer ersucht der Magistrat, die von denselben für einen etwa 100 m langen Canal der Giesmaroderstraße veranschlagten Kosten zu 1771,57 M zurückzuerstatten,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Wagner berichtet, zustimmt.

XIV. Gleiserweiterung für zwei Straßenbahnstrecken.

Die hiesige Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat gebeten, ihr zur Erzielung eines geregelten Fuhrverkehrs die Herrichtung eines zweiten Gleises zu gestatten und zwar für die Friedhofsstrecke auf dem Altstadtmarkte und für die Giesmaroderstrecke auf dem Hagenmarkte. Vom Magistrate wird ersucht, dem Antrage die Genehmigung zu erteilen.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff befürwortet die Statutencommission den Antrag bezüglich des Hagenmarktes ohne jeden Vorbehalt, während sie bezüglich des Altstadtmarktes von der Erwartung ausgegangen sei, daß eine weitere Belastung dieses Platzes mit Masten durch die Gleiserweiterung nicht notwendig würde. Da sich jetzt herausstelle, daß dieses doch der Fall sei, so habe die Commission einen bestimmten Antrag nicht zu stellen.

Herr Bürgermeister Metemeyer kann hierzu mittheilen, daß nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung ein wesentlich schlechterer Anblick des Altstadtmarktes nicht eintrete, obwohl durch die Gleiserweiterung eine gewisse Vermehrung der Drähte notwendig werde. Wenn nun auch das ganze Drahtnetz zur Verschönerung der Stadt nicht beitrage, so seien doch die früher vielfach gehegten Befürchtungen, daß das Drahtnetz uns den Aufenthalt in der Stadt verleiden würde, nicht eingetroffen, da das Publicum sich sehr bald an die Leitung gewöhnt habe. Da man sich aber nicht gefürchtet habe, die ganze Anlage zuzulassen und das häufige lange Warten der Wagen auf den Haltestellen unangenehm sei, so empfehle es sich, der hier beantragten Gleiserweiterung zuzustimmen.

Herr Lange muß anerkennen, daß das Drahtnetz hier so geschickt angebracht sei, daß es nur wenig auffalle. Trotzdem sei aber die Aufstellung eines weiteren Mastes auf dem Altstadtmarkte gerade nicht schön zu nennen, wenn man denselben nicht gleich zu der elektrischen Beleuchtung des Platzes mit benutzen

wolle. Deshalb möchte er an die Genehmigung zur Aufstellung eines fernerer Mastes auf dem Altstadtmarkte die Bedingung geknüpft sehen, daß die Straßenbahn den Platz auf ihre Kosten elektrisch beleuchte. (Heiterkeit.)

Herr Bürgermeister Ketemeyer hält eine solche Bedingung nicht für angängig. Dagegen lasse sich vielleicht etwas Anderes erreichen. Seit zwei Jahren spiele der Kampf zwischen der Direction der Straßeneisenbahn und der städtischen Bauverwaltung über die Ausgestaltung der Masten, welche Sache noch nicht erledigt sei. Die Stadtverwaltung könne nun die Genehmigung der Gleiserweiterung vielleicht davon abhängig machen, daß zunächst eine Verständigung über die großen Masten erzielt werde. Man wünsche die Masten so zu gestalten, daß sie zu Trägern von Laternen gebraucht werden können.

Herr Ribbentrop möchte erläuternd bemerken, daß durch die Gleiserweiterung auf dem Altstadtmarkte nur das lange Halten der Wagen in der Sackweiche vermieden werden solle. Die Straßenbahn sei mit diesem, früher schon einmal abgelehnten Plane nicht selbst hervorgetreten, sondern die städtische Bauverwaltung, jedoch habe Erstere den Gedanken mit Vergnügen begrüßt. Was nun die strittigen Masten auf dem Ruhfäutchenplatze anlange, so liegen die Verhältnisse so, daß die Straßenbahn gebeten habe, die Frage bis zur Einführung des elektrischen Lichtes zu vertagen, weil sonst Masten aufgestellt werden könnten, welche sich für die elektrische Beleuchtung nicht eigneten. Man beabsichtige nämlich, oben an den Masten einen Hirtenstab anzubringen, welcher eine Laterne tragen könne. Die städtische Bauverwaltung habe für den Ruhfäutchenplatz einen Mast gefordert, der 800—1000 M kosten sollte, welche Forderung der Straßenbahn zu hoch gewesen sei; sie habe deshalb gebeten, darauf nicht zu beharren. Zur Hebung der Verkehrsverhältnisse bitte er um Genehmigung der beiden Anträge auf Gleiserweiterungen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ist der Ansicht, daß diese Sache etwas anders liege. Ursprünglich habe die Straßenbahn gebeten, die Weiche am Alts Stadtrathause wesentlich ausziehen zu dürfen und darauf erst habe die städt. Bauverwaltung den Vorschlag gemacht, noch weiter zu gehen und das Doppelgleis bis an die Görtelingerstraße zu führen. Was den Mast auf dem Ruhfäutchenplatz anlange, so habe die städt. Bauverwaltung allerdings eine zu hohe Anforderung gestellt, die Straßenbahn aber zu wenig geboten, jedoch werde der Magistrat, wenn die Sache an ihn herantrete, auch hier einen Ausgleich anstreben.

Herr Lange hält es für eine bekannte Thatsache der Straßenbahn, daß sie angeblich nie etwas für sich thue, sondern stets für die hiesige Einwohnerschaft. Sollten vielleicht die häufigen Kurzschlüsse, welche auf dem Altstadtmarkte stattgefunden haben, die Veranlassung für die Anlegung des zweiten Gleises sein? (Herr Ribbentrop: Nein.) Dann werde wohl ein anderer Grund vorliegen. Man müsse aus der

Bürgererschaft so oft die Bemerkung hören, daß die Stadt von den Einnahmen der Straßenbahn einen Theil sich hätte sichern müssen, was nicht geschehen sei, deshalb sehe er z. B. nicht ein, warum man bei dieser Gelegenheit nicht etwas herausholen, die Beleuchtung des Altstadtmarktes fordern solle. Wenn er recht verstanden habe, sei diese Forderung von Herrn Ribbentrop gewissermaßen auch schon zugestanden worden. (Heiterkeit). Sollte das aber nicht der Fall sein, so bitte er, an die Magistratsvorlage die Beleuchtung als Bedingung zu knüpfen.

Der Herr Vorsitzende muß es für bedenklich halten, eine solche Belastung der Gesellschaft jetzt einführen zu wollen, nachdem ihr die Concession ohne diese Bedingung erteilt worden sei.

Herr Seele stellt den Antrag, die Magistratsvorlage unter der Bedingung zu genehmigen, daß zuvor eine Verständigung zwischen Stadt und Straßenbahn über die Ausgestaltung der großen Masten erzielt werde.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Lange abgelehnt, die Magistratsvorlage aber mit dem Antrage Seele genehmigt.

XV. Inventarien-Gegenstände für das Rathhaus.

Vom Magistrate wird um die Ermächtigung ersucht, die Anschaffung von Schreibpulten, Arbeitstischen und Stühlen, Actenregalen und sonstigen zur ersten Einrichtung der Bureaus im neuen Rathhause unabweisbar erforderlichen Gegenständen, bezw. die Umarbeitung vorhandener Inventarien-Gegenstände selbstständig anordnen zu dürfen,

welchem Antrage sich Herr Bues namens der Statutencommission anschließt.

Herr Niese möchte anfragen, ob sich diese Bewilligung in dem Bereiche der für die Einrichtung des Rathhauses bewilligten 163000 M. bewegen solle. Uebrigens werde es nun bald Zeit, in das neue Rathhaus zu kommen, da in dem alten Stadthause schon alle Ecken und Winkel voll Möbel ständen.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß die gestellte Frage verneinen. Der Fonds von 163000 M. sei nur zu Neueinrichtungen bestimmt, während noch eine Summe von 15000 M. zur Uebersiedelung des Magistrats in das neue Rathhaus und des städtischen Museums in das alte Stadthaus bewilligt worden sei. Da nun außerdem fast täglich neue Forderungen für Regale, Schränke zc. an den Magistrat herantreten, so möchte derselbe für solche Beschaffungen freies Verfügungsrecht haben.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

XVI. Annahme von Militäranwärtern bei der Stadtverwaltung.

Am 1. April 1900 treten die von dem Bundesrathe beschlossenen Grundsätze, betr. die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Communal-

behörden mit Militäranwärtern, in Kraft. Seitens der Stadtbehörde sind nunmehr die zur Ausführung dieser Grundzüge nöthigen Beschlüsse zu fassen und ist ein Verzeichniß der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung vorzulegen. Der Magistrat unterbreitet der Versammlung drei Verzeichnisse zur Feststellung und giebt hierzu entsprechende Erläuterungen bezw. Ausführungsbestimmungen. In das Verzeichniß I der ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzenden Stellen sind Reinschreiber, Stadtdiener und Bureauboten, Schuldiener, Aufseher im Pfllegehause, beim Straßenreinigungsinstitute und im Schlachthause, Krankenwärter, Laternencontroleure und Heizer aufgenommen. Das Verzeichniß II der mindestens zur Hälfte mit Militäranwärtern zu besetzenden Stellen enthält nur Bureauehelfen und das Verzeichniß III umfaßt diejenigen Stellen, zu denen Militäranwärter in einem unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes festzustellenden Umfange zugelassen werden sollen. Es sind dieses: der Brandmeister, der Marstallverwalter, die technischen Hülfbeamten beim Straßenbau, der Vorsteher der Magistratskanzlei, die Registratoren bei den von der Centralstelle abgezweigten Verwaltungen, der erste Assistent im Rechnungsbureau und in der Hauptregistratur, die Cassenbuchhalter, Executoren und die mit den Eincassirungsgeschäften bei den Licht- und Wasserwerken betrauten Controleure.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, findet die Statutencommission an den vorgelegten Verzeichnissen nichts zu erinnern. Wenn die ganze Sache auch der Commission nicht sehr sympathisch sei, so lasse sich daran doch nichts ändern, weil es sich um die Ausführung eines Reichsgesetzes handle. Dabei sei noch besonders zu bemerken, daß das Wahlrecht der Versammlung bei der Besetzung von Beamtenstellen insofern beeinträchtigt werde, als jetzt ein sich zu einer Stelle des Verzeichnisses I meldender Militäranwärter genommen werden müsse, wenn er eine genügende Befähigung für das Amt nachweise und sich sonst für die Stelle eigne.

Auf die Frage des Herrn Löschigt, ob die Militäranwärter aus ganz Deutschland von der Stadt angenommen werden müßten, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß für die Stadt nur Diejenigen anstellungsberechtigt seien, welche schon zwei Jahre lang die braunschweigische Staatsangehörigkeit erworben haben.

Darauf wird die Magistratsvorlage genehmigt.

XVII. Festsetzung des Zinsfußes u. für die neue Anleihe.

Unter Bezugnahme auf die früher beschlossene Anleihe im Nennwerthe von 4 Millionen Mark — Seite 144 des Berichts — ersucht der Magistrat, noch eine Vereinbarung darüber zu treffen, in welcher Höhe die Anleihe zu verzinsen und unter welchen Bedingungen sie aufzunehmen sei. Nach reiflicher Erwägung des

Für und Wider sei der Magistrat mit der Finanzcommission der Ansicht, daß es für die Stadt vortheilhafter sein werde, den Zinsfuß auf $3\frac{1}{2}\%$ mit Bestimmung der üblichen Tilgung in 61jähriger Frist festzusetzen, auch die Tilgung der Anleihe erst im Jahre 1905 beginnen zu lassen. Die Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß die Anleihe mit jährlich $3\frac{1}{2}\%$ verzinst und durch eine im Jahre 1905 beginnende Ausloosung von $\frac{1}{2}\%$ getilgt werde, auch zu beschließen, daß die Festsetzung der sonstigen Anleihebedingungen einer vom Magistrate mit der Finanzcommission der Versammlung zu treffenden Vereinbarung überlassen bleiben solle. Wegen der Verwendung der Anleihesumme und über die Höhe des bei Begebung von Theilbeträgen der Inhaberpapiere zu fordernden Kaufpreises soll die Versammlung noch gehört werden.

Herr Fiedel ersucht namens der Finanzcommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Böschigt möchte anfragen, ob man schon wisse, zu welchem Coursfaze die Anleihe begeben werden solle.

Herr Fiedel erwidert, daß es schwer sei, in öffentlicher Sitzung einen bestimmten Satz zu nennen. Jedenfalls sei eine $3\frac{1}{2}\%$ ige Anleihe einer 4% igen vorzuziehen und habe die Möglichkeit, daß in den nächsten Jahren eine Aenderung des Zinsverhältnisses eintreten könnte, die Finanzcommission mit veranlaßt, eine Anleihe zu $3\frac{1}{2}\%$ vorzuschlagen. Zunächst solle nur eine Million begeben werden, in den Jahren 1900 und 1901 habe man vielleicht gar keinen Bedarf und dann bestehe noch die Hoffnung, daß später die Anleihe zu einem erheblich höheren Course begeben werden könne. Keinesfalls würde aber der Fall eintreten, daß eine $3\frac{1}{2}\%$ ige Anleihe im Verhältniß niedriger zu begeben wäre, als eine 4% ige Anleihe. Die Unterbringung der $3\frac{1}{2}\%$ igen Anleihe würde nicht auf Schwierigkeiten stoßen und es liege durchaus im Interesse der Stadt, bei diesem Zinsfaze stehen zu bleiben.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XVIII. Verkauf einer Fläche des Rathhausgrundstücks.

Der Architekt Eggeling hat gebeten, ihm vom Grundstücke des Rathhauses eine 5 qm große Theilfläche gegen Zahlung von 100 M pro qm käuflich zu überlassen und gleichzeitig die Bebauung dieser sowie der angrenzenden Fläche mit einem einstöckigen Anbau im Anschluß an das Eggelingsche Hauptgebäude zu gestatten. Da der Magistrat hiergegen nichts einzuwenden findet und es ihm zweckmäßiger erscheint, anstatt der vereinbarten 2,5 m hohen Mauer ein solches Gebäude in der Nachbarschaft des Rathhauses zu erhalten, so giebt derselbe anheim, den Verkauf der Theilfläche für den als angemessen zu erachtenden Preis von 500 M und die Bebauung der Nachbarfläche unter den im Interesse der Stadt getroffenen

besonderen Baubefchränkungen gutzubeißen, sowie demnächst das ganze Eggelingsche Grundstück dem Bankier Magnus aufzulassen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

XIX. Verlängerung des Gasrohrs 1c. in der Hildesheimerstraße.

Die Firma Wullbrandt & Seele beabsichtigt, in ihren an der Hildesheimerstraße gelegenen Lagerhäusern 1c. Gasbeleuchtung anzulegen und ersucht, das Gasrohr bis an dieses Grundstück um 80 m zu verlängern. Dem Antrage des Magistrates, für diesen Zweck 476 M und für die Aufstellung von zwei Gas-
candelabern noch 272 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, zu.

XX. Legung eines Wasserrohres auf dem Madamenwege.

Auf dem Madamenwege bleibt nach Verlegung des verlängerten Wasserrohres in 150 mm Weite noch eine Strecke von 84 m Länge übrig, welche nur 80 mm weit ist. Die Auswechselung dieser 80 mm weiten Röhren, welche ursprünglich nicht beantragt war, weil in den Plänen die Röhren als 100 mm weit angegeben waren, würde etwa 1000 M kosten und ersucht der Magistrat, dieselbe unter Bewilligung des Betrages zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, geschieht.

XXI. Vervielfältigung von Wählerlisten.

Wie Herr Stadtrath Meyer mittheilt, sind bei dem Magistrate Anträge eingegangen, in welchen um Abschrift der Urwählerlisten für die bevorstehenden Landtagswahlen gebeten wird. Der Magistrat habe diese Anträge, obwohl er die damit verfolgten Interessen anerkennen müsse, abgelehnt, weil es ihm unmöglich sei, die Abschrift in- oder außerhalb der Dienststunden anfertigen zu lassen. Eine Veröffentlichung der Liste durch die Braunschw. Anzeigen würde nach den eingezogenen Erkundigungen etwa 1700 M kosten, während bei der Herstellung von 100 Druckexemplaren in Buchform etwa 800 M Kosten entstehen würden. Eine Vervielfältigung der Liste durch Umdruck würde sich voraussichtlich innerhalb 200 M bewegen. Da nun der Bedarf an Listen nicht allzu groß sein könnte und schon etwa 30 Abzüge vollständig genügen, so werde die Versammlung ersucht, den Betrag für 30 Abzüge zu bewilligen,

was geschieht.

XXII. Geschäftliche Angelegenheiten.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt, die Begründung der in der vorigen Sitzung eingebrachten Anträge noch zu verschieben, weil nothwendigerweise die vorliegenden Steuerreclamationen heute erledigt werden müßten. (Zustimmung.)

Herr Lord möchte bitten, in Zukunft weniger Punkte auf die Tagesordnung zu bringen und dafür einige Sitzungen im Jahre mehr abzuhalten, damit man nicht wichtige Gegenstände über das Knie zu brechen brauche.

Herr Engelbrecht giebt anheim, unter diesen Verhältnissen die Sitzungen erst um 5 oder 6 Uhr beginnen zu lassen, damit der Einzelne dann nicht so sehr in seinen Geschäften gestört werde.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¹⁴ Uhr.

1899|1900.

. 12 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. November 1899.

Tagesordnung:

I.	Hundsteuer-Erlaßgesuche	Seite 190
II.	Abkommen wegen Lieferung von Wasser nach Delper	" 190
III.	Instandsetzung eines städtischen Gebäudes	" 190
IV.	Verwendung der Auktionssteine der Luise Ottmer-Stiftung	" 191
V.	Biersteuer und Gehaltserhöhungen	" 191
VI.	Ordnung für die Straßenbesprengung	" 192
VII.	Uebnahme von Proceßkosten	" 192
VIII.	Statut, betr. die Bildung eines Gemeindevorstandes	" 193
IX.	Canal in der Hamburgerstraße	" 194
X.	Einführung fester Sätze für die directen Gemeindesteuern	" 194
XI.	Canal für die National-Actien-Bierbrauerei	" 195
XII.	Entschädigung für Reinigung zweier Bürgerhäuser	" 196
XIII.	Aufwendungen für das Parkhaus	" 196
XIV.	Brunnenanlage für das Kühlhaus	" 198
XV.	Erweiterung des Gasrohrs in der Wörthstraße	" 202
XVI.	Veränderungen beim Feuerlöschgebäude	" 202
XVII.	Vergabung der neuen städtischen Anleihe	" 202
XVIII.	Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad	" 203
XIX.	Antrag Koch: Verrichtung gärtnerischer Anlagen innerhalb der Stadt	" 203
XX.	Antrag Sander: Bestimmung eines Platzes für die Cholerabaracken	" 204
XXI.	Antrag Niese und Hgmann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten	" 204

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister
Netemeyer und Stadträthe Götte, Paake, Meyer, Sievers und
von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Voller, Brückmann, Löschigt und Wollenweber.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet.

I. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Ehefrauen Kruse und Poliga, sowie der unverehelichten Theresie Höppner um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund werden mit Rücksicht auf die hilfsbedürftige Lage der Wittstellerinnen genehmigt.

II. Abkommen wegen Lieferung von Wasser nach Delper.

Nachdem der Sitz der Bierbrauerei Franz Steger nach Delper verlegt worden ist, verliert der mit dem Brauereibesitzer Franz Steger am 1. October 1889 abgeschlossene Vertrag wegen Abgabe von Wasser durch das städtische Wasserwerk seine Gültigkeit, da in dem Vertrage besonders vereinbart wurde, daß die Abgabe des Wassers auf diejenige Zeit beschränkt sein solle, während welcher Herr Steger bezw. dessen Rechtsnachfolger der kommunalen Steuerpflicht in der hiesigen Stadt unterliege. Der jetzige Inhaber der Firma möchte indessen den Anschluß an die städtische Wasserleitung für das Brauereigrundstück gern behalten und ist bei dem Magistrate daherhalb vorstellig geworden. Letzterer giebt anheim, den Anschluß unter folgenden Bedingungen bestehen zu lassen: Die Brauerei hat für das entnommene Wasser den in der Stadt Braunschweig geltenden Wasserpreis, auf alle Fälle jedoch den von der Größe des Wassermessers abhängigen Mindestbeitrag von z. B. 750 M zu zahlen. Neben diesem Wasserzinse hat die Brauerei eine Pauschalvergütung von jährlich 500 M an die Stadt zu leisten und außerdem soll die Entnahme von Wasser, welche für die Brauerei im Allgemeinen zeitlich unbegrenzt ist, auf die Nachtstunden beschränkt sein, wenn solches von der Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke für nothwendig erachtet wird.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, empfiehlt die Statutencommission die Genehmigung dieses Abkommens und zwar mit Rücksicht darauf, daß s. B. die Brauerei das Wasserrohr auf ihre Kosten für 6000 M angelegt habe und verschiedene städtische Häuser diesem Rohrstrange angeschlossen seien.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

III. Instandsetzung eines städtischen Gebäudes.

Die von der Stadt erworbenen und verpachteten Gebäude des ehemals Seeve'schen Grundstücks an der Kreuzstraße befinden sich in einem sehr vernachlässigten Zustande. Auf Empfehlung der städtischen Bauverwaltung beantragt der Magistrat, für die bereits angeordnete Instandsetzung der Gebäude nachträglich 500 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, geschieht.

IV. Verwendung der Einkünfte der Luise Ottmer-Stiftung.

Die Einkünfte der Luise Ottmer-Stiftung sollen bestimmungsgemäß zu Unterstützungen außerhalb der regelmäßigen Armenpflege und zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden. Was den letzteren Zweck betrifft, so hält der Magistrat eine Beschlussfassung der beiden städtischen Körperschaften in jedem einzelnen Falle für angebracht und zweckmäßig; dagegen dürfte ein gleiches Verfahren bei Verfügungen über die zu Unterstützungen zu verwendenden Mittel nicht am Platze sein. Der Magistrat schlägt vielmehr vor, ihm die Verwilligung der einzelnen Unterstützungsbeträge von Fall zu Fall und je nach Bedarf zu überlassen und zwar mit der Maßgabe, daß mehr als 5000 M. der rund 10 900 M. betragenden Gesamteinkünfte der Stiftung, wovon übrigens zwei Renten in Höhe von zusammen 825 M. jährlich zu zahlen sind, für Unterstützungszwecke nicht verwendet werden dürfen und daß von dem zu Unterstützungen zu verwendenden Theilbetrage vorweg die beiden Renten gezahlt werden.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Bues berichtet, angenommen.

V. Biersteuer und Gehaltserhöhungen.

Der Magistrat macht in einem Schreiben darauf aufmerksam, daß der in dem Antwortschreiben der Versammlung vom 2. November d. Jz. nicht vollständig wiedergegebene Beschluß der Versammlung in Bezug auf die Festsetzung der Besoldung für die pro rectoratu geprüften Lehrer in Wirklichkeit lautet: „Diejenigen Lehrer, welche neben dem Volksschullehrerexamen die Rectorprüfung bestanden haben und entweder Klassenlehrer an einer Oberstufe sind, oder aber am Lehrerinnenseminar wissenschaftlichen Unterricht erteilen, beziehen . . .“ — Seite 169 des Berichts. — Indem ersucht wird, diesen Punkt in dem angedeuteten Sinne klarzustellen, giebt der Magistrat die Erklärung ab, daß er bereit sei, den von der Versammlung wegen Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer und städtischen Hülfs- und Unterbeamten gefaßten, über seine Vorschläge hinausgehenden Beschlüssen zuzustimmen und zwar in der Hoffnung, daß es demnächst gelingen werde, eine Vereinbarung wegen Deckung der daraus erwachsenden erheblichen Mehrausgabe — sei es durch Erhöhung des Schulgeldes, sei es durch Erschließung von neuen Einnahmequellen — zu Stande zu bringen. Schließlich bittet der Magistrat, zu erklären, daß der Vorbehalt, unter welchem der Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier in der Versammlung vom 5. October d. Jz. zugestimmt sei, seine Erledigung gefunden habe.

Auf Empfehlung des Herrn Roste wird der Magistratsvorlage in allen Punkten zugestimmt.

VI. Ordnung für die Straßenbesprengung.

Nach §. 46 h. des Gesetzes vom 5. März 1895, betreffend die Verwaltungspflege, ist die Klage gegeben gegen die Entscheidung der städtischen Behörden wegen Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindeanstalten. Da es bezüglich der Straßenbesprengung bislang an festen Normen über den Umfang der Leistungen der Stadt einerseits und der Rechte der einzelnen Einwohner andererseits fehlt und schon mehrfach Zweifel darüber aufgetaucht sind, wie weit die Straßenbesprengung auszudehnen sei, so hält der Magistrat für nothwendig, daß für den Betrieb dieser städtischen Anstalt bestimmte Vorschriften erlassen werden. Die Versammlung wird deshalb ersucht, einer im Entwurfe vorgelegten Ordnung für die Straßenbesprengung die Zustimmung zu ertheilen. Nach dieser Ordnung soll das Sprenggebiet alle Straßen und Plätze innerhalb des bebauten Stadtgebietes mit folgenden Ausnahmen umfassen: Nicht eingeschlossen sind diejenigen freien Plätze, welche für den Fahrverkehr nicht freigegeben sind, ferner diejenigen Straßen der Innenstadt, in denen wegen zu geringer Breite die Besprengung unthunlich erscheint, auch die Feld- und Interessentenwege, die Privatstraßen, die Straßen, in denen kein Wasserrohr liegt, diejenigen Straßen und Straßentheile der Außenstadt, an denen nur einzelne Wohnhäuser oder solche Häusergruppen liegen, die durch größere unbebaute Zwischenräume von den in regelmäßiger Folge bebauten Stadttheilen getrennt sind. Die stadtheilig zu reinigenden Straßen werden kurz vor der Reinigung in den Abendstunden, wenn nöthig, besprengt. Die Promenaden und außerstädtischen Straßen sollen, falls nöthig, täglich zwei Mal besprengt werden, um die Stauberregung durch Wind und Fuhrwerke zu vermindern. Im Allgemeinen soll die Besprengung aller im Sprenggebiete liegenden Straßen eine gleichmäßige sein, wenn auch die Hauptverkehrsstraßen unter Umständen häufiger als andere Straßen zu besprengen sind.

Namens der Statutencommission giebt Herr Wolff anheim, dieser Besprengungsordnung zuzustimmen, da Abänderungswünsche nicht vorzutragen seien.

Nachdem Herr Bürgermeister Ketemeyer auf Anfrage des Herrn Rathes erklärt hatte, daß unter „Privatstraßen“ nur das Rosenthal, die Pawelstraße und die Straße am Windmühlenberge, nicht aber auf Kosten von Unternehmern ausgebaut, stadtheilig noch nicht übernommene Straßen zu verstehen seien, wird die Vorlage unverändert angenommen.

VII. Uebernahme von Proceßkosten.

In dem Proceße gegen Germann's Erben, welchen der Magistrat auf das Risiko des Landgerichtsdirectors Hofmann geführt hat, ist vom Oberlandesgerichte der Stadt ein geringfügiger Theil der Kosten auferlegt worden, obwohl die Stadt in der Sache selbst ein obliegendes Erkenntniß erstritten hat. Der Landgerichts-

director Roßmann bittet nun, diesen Kostenantheil aus Billigkeitsrücksichten stadtseitig zu übernehmen, da die Stadt aus dem Prozesse einen erheblichen Nutzen gezogen habe. Der Magistrat stellt der Versammlung die Entscheidung in dieser Frage anheim.

Die Statutencommission beantragt durch Herrn Wolff, die Uebernahme der fraglichen Kosten im Betrage von gegen 70 M. zu beschließen. Die Commission sei mit dem Magistrate und mit Herrn Landgerichtsdirector Roßmann der Ansicht, daß das Urtheil, ohne demselben selbst zu nahe treten zu wollen, in Bezug auf diesen Punkt sachlich nicht richtig sei; es empfehle sich daher aus Billigkeitsgründen, die Angelegenheit durch Bewilligung des geringfügigen Betrages aus der Welt zu schaffen.

Die Kosten werden darauf bewilligt.

VIII. Statut, betr. die Bildung eines Gemeindewaisenrathes.

In Ausführung der Vorschriften der §§. 80 ff. des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 hat der Magistrat den Entwurf eines Statuts wegen Bildung eines Gemeindewaisenrathes in der Stadt Braunschweig ausgearbeitet und ersucht um Genehmigung desselben, dabei Folgendes bemerkend: Bei dem Herzoglichen Amtsgerichte Braunschweig werden z. B. etwa 4000 Vormundschaften geführt, so daß die Erledigung der dem Gemeindewaisenrathes gesetzlich zugewiesenen Aufgaben in Braunschweig so umfangreich sein wird, daß es im Interesse einer den Absichten des Gesetzgebers möglichst nahe kommenden Bearbeitung der Materie wünschenswerth erscheint, den wesentlichen Theil der Geschäfte nicht einer Centralstelle, sondern den einzelnen Mitgliedern des Gemeindewaisenrathes unter eigener Verantwortung aufzuerlegen. Bei dieser Auffassung konnte ein Zweifel nur darüber bestehen, ob es gerathener sei, der Organisation eine locale Unterlage zu geben in der Weise, daß die Stadt in Bezirke eingetheilt und für jeden Bezirk ein Waisenrath eingesetzt wird, oder eine rein persönliche so, daß der unabhängig von der Wohnung einmal bestellte Waisenrath die ihm zugewiesenen Vormundschaften dauernd behält, gleichviel, ob ein Bündel aus dem Bezirke zieht oder nicht. Der Magistrat hat sich für die letztere Einrichtung entschieden und zwar nicht unwesentlich mit beeinflusst durch die damit in der Stadt Hildesheim gemachten Erfahrungen.

Die Statutencommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Wolff die Annahme des Statutes. Die Geschäftsführung des Waisenrathes in Hildesheim gestalte sich etwa folgendermaßen: Der Waisenrath werde gebildet durch ein Magistratsmitglied als Vorsitzenden und 36 von den städtischen Collegien auf je sechs Jahre zu wählende Mitglieder aus der Bürgerschaft. Dem Vorsitzenden liege vorzugsweise die Vertheilung der Geschäfte, die Beaufsichtigung der Geschäftsführung, die Leitung der Verhandlungen in den Sitzungen, die Sorge für die Ausführung der gefassten Beschlüsse und die Vertretung nach Außen ob, den

übrigen Mitgliedern dagegen vorzugsweise die unmittelbare Wahrnehmung der im §. 53 der Vormundschaftsordnung gedachten Geschäfte. Diese Einrichtung habe sich in Hilbesheim durchaus bewährt. Die Zahl der Mitglieder sei in dem Statutentwurfe nicht festgelegt worden, weil sich noch nicht übersehen lasse, welchen Umfang die Geschäfte annehmen werden und die Zahl davon abhängig gemacht werden solle. Im Absatz 2 des §. 2 des Entwurfes ersuche die Commission, den Eingang wie folgt zu fassen: „Den übrigen Mitgliedern dagegen liegt es ob, die dem Gemeindewaisenrathe gefeßlich übertragenen Geschäfte bezüglich der ihnen zugewiesenen Vormundschaften selbstständig wahrzunehmen . . .“. Da es nöthig sei, das Statut schleunigst einzuführen, auch etwaige auf Grund der gesammelten Erfahrungen wünschenswerth erscheinende Aenderungen später leicht vorgenommen werden könnten, so gebe die Statutencommission anheim, dem Entwurfe in der vorliegenden Form mit der commissionsseitig beantragten Aenderung zuzustimmen.

Herr Nolte erklärt sich mit der von der Commission befürworteten Fassung des Entwurfes einverstanden, bittet aber den Magistrat, die zu wählenden Gemeindewaisenräthe möglichst eingehend über ihre Rechte und Pflichten zu instruiren, damit dem Vormundschaftsgerichte nicht zu viele Schwierigkeiten erwachsen.

Herr Stadtrath Meyer kann darauf erwidern, daß den Vormundschaftsrichtern noch Gelegenheit gegeben werden solle, ihre Wünsche zu erkennen zu geben, sobald auf beiden Seiten erst Erfahrungen gesammelt sein würden.

Der Antrag der Statutencommission gelangt darauf zur Annahme.

IX. Canal in der Hamburgerstraße.

Der Vorstand des Schwesternhauses vom Rothen Kreuz hat den Antrag auf Genehmigung zu einem an der Hamburgerstraße zu erbauenden Schwestern- und Krankenhaus gestellt und vom Stadtbauamte die Genehmigung dazu unter der Bedingung erhalten, daß zuvor die Entwässerung des Grundstücks durch Herstellung eines Canals gesichert, im Uebrigen aber das Gebäude parallel zur Straße gestellt werde. Nachdem sich der Vorstand mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt hat, ersucht der Magistrat, der Verlegung eines provisorischen Canals auf Kosten des Schwesternhauses zuzustimmen.

Die Statutencommission schließt sich der Magistratsvorlage an und giebt anheim, dieselbe zu genehmigen, was geschieht.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

X. Einführung fester Sätze für die directen Gemeindesteuern.

Nach dem Beschlusse der Versammlung vom 2. d. Mts. — Seite 181 des Berichts — ist auf Antrag des Magistrates beschlossen worden, für die Veranlagung der Gemeinde-Einkommensteuer an Stelle der nach §. 10 des Statuts vom

22. März 1899 procentual zu berechnenden Steuereinheit einen festen Steuerfuß nach dem mittleren Einkommen jeder Steuerstufe statutarisch vorzuschreiben und war man hierbei allseits von der Voraussetzung ausgegangen, daß dadurch eine Entlastung der unteren Steuerclassen eintreten werde. Hinterher hat sich aber herausgestellt, daß die so beschlossene Festsetzung der Steuerfüße im Vergleiche mit der Wirkung des vom Magistrat für das laufende Jahr eingeschlagenen Verfahrens nicht eine Entlastung der unteren Steuerclassen, vielmehr eine Belastung derselben herbeiführen werde. Da der Magistrat diese Wirkung der Einführung fester Steuerfüße nicht gewollt hat, so empfiehlt er die Wiederaufnahme der Verhandlungen über diesen Punkt und beantragt, unter Aufhebung des Beschlusses vom 2. d. Mts., sich damit einverstanden zu erklären, daß für jede Steuerstufe an Stelle der procentual zu berechnenden Steuereinheit ein fester Steuerfuß nach demjenigen Einkommen vorgeschrieben werde, mit welchem die vorhergehende Steuerstufe abschließt, bezw. bei dessen Ueberschreitung die Steuerpflicht überhaupt erst beginnt und daß die betr. Vorschrift dem §. 10 des neu zu redigirenden Statuts in entsprechender Form einverleibt werde.

Außerdem ersucht der Magistrat, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß dem §. 10 nachstehender Satz angehängt werde: „Die Steuerbeträge werden dergestalt abgeändert, daß an der Pfennig-Einerstelle des ermittelten Steuerfolls 1–5 \mathcal{M} gar nicht, 6–9 \mathcal{M} für 10 \mathcal{M} gerechnet werden“, weil sonst die Zulässigkeit dieser, der seitherigen Praxis entsprechenden Abrundung ohne statutarische Festlegung möglicherweise würde bestritten werden können.

Der Vorlage wird auf Empfehlung der Finanz-Commission, für welche Herr Südel berichtet, zugestimmt.

XI. Canal für die National-Actien-Bierbrauerei.

Die National-Actien-Bierbrauerei Braunschweig, vormalig F. Fürgenz, hat um Verleihung eines Wassernutzungsrechtes an der Oker dahin nachgesucht, daß ihr gestattet werden möchte, die völlig reinen Betriebsabwässer dem Flusse am Fallersleberthore zuzuführen. Nachdem der Firma dieses Recht von der zuständigen Staatsbehörde erteilt worden ist, hat erstere gebeten, behufs Ermöglichung der fraglichen Entwässerung auf ihre Kosten in der Nebenstraße einen 21 cm weiten Thonröhrencanal verlegen zu dürfen, der die Abwässer dem im Bültenwege, auf dem Gaußplatze und in der Uliesmaroderstraße liegenden, als Rothauslaß dienenden Plattencanale zuführen soll. Der Magistrat hält dieses für unbedenklich und giebt anheim, die erbetene Erlaubniß zur Herrichtung des Privatcanals in der Nebenstraße und zur Mitbenutzung des Plattencanals im Bültenwege widerruflich zu erteilen, dabei die Kosten der Herrichtung, Reinigung und Unterhaltung des Canals in der Nebenstraße der Brauerei aufzuerlegen, während sie zu den Kosten der Reinigung und Unterhaltung des Plattencanals einen magistratsseitig festzusetzenden

jährlichen Beitrag zu leisten hat. Die Versammlung wird ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären,

welchen Antrag Herr Wagner namens der Finanzcommission unterstützt.

Herr Kieke will für die Vorlage nur mit Rücksicht darauf stimmen, daß die Concession widerruflich ertheilt werde, da er bezweifeln müsse, daß der Platten-canal im Bültenwege dauernd im Stande sein werde, den Anforderungen zu genügen.

Die Vorlage gelangt sodann zur Annahme.

XII. Entschädigung für Reinigung zweier Bürgerschulen.

Die den Schuldienern an den Bürgerschulen in der Heinrichstraße und der Bürgerstraße für die Reinigung der Schulhäuser u. gewährte Entschädigung von jährlich 1200 M, bezw. 1125 M hat sich als zu niedrig erwiesen. Unter eingehender Begründung ersucht der Magistrat, die Jahresentschädigung für die Reinigung der Schulhäuser an der Heinrichstraße auf 1528 M und an der Bürgerstraße auf 1450 M vom 1. April d. Js. ab mit der Maßgabe festzusetzen, daß daneben die jährlich zwei Mal unter Controle der städt. Bauverwaltung auszuführende Einreibung der Fußböden mit Firniß einschließlich der Lieferung der erforderlichen Materialien auf Attest der städt. Bauverwaltung mit jährlich 90 M für jede Schule vergütet werden solle.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Blasius berichtet, gutgeheißen.

XIII. Aufwendungen für das Parkhaus.

Der ehemalige Pächter des Wirthschaftsgebäudes im Bürgerparke hat ersucht, ihm für verschiedene, auf eigene Kosten hergerichtete Anlagen aus Billigkeitsgründen Ersatz zu leisten. Der Magistrat giebt anheim, demselben eine Gesamtentschädigung von 270 M zuzubilligen, während die Aufwendungen 642 M Kosten verursacht haben sollen. Außerdem hält es der Magistrat für erforderlich, für verschiedene Ausbesserungen an dem Gebäude noch 900 M aufzuwenden. Neuerdings ist sodann seitens der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft die Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für das Parkhaus zu 2158,10 M veranschlagt worden, wenn in und vor dem Wirthschaftsgebäude 33 Glühlampen angebracht werden. Da der Pächter bereit ist, diese Summe während der Dauer seiner Pachtzeit mit 4 % jährlich zu verzinsen, so erklärt sich der Magistrat mit der Anlage einverstanden. Endlich hat die Partdeputation auch die Beleuchtung des zum Parkhause führenden Weges jenseits der Brücke neben der ehemaligen Reinigungsstation mittels 4 Bogenslampen angeregt und würden die Anlagelosten hierfür 908,70 M, die Betriebskosten aber etwa 1752 M betragen. Zur Aufwendung dieser Summe kann sich der Magistrat indessen nicht verstehen, hält aber eine Verbesserung der Beleuchtung des

Weges auch seinerseits für geboten und wird der Versammlung eine Vorlage unterbreiten, sobald die jetzt mit zwei Spiritus-Glühlampen angestellten Versuche abgeschlossen sein werden. Die Anträge des Magistrates gehen also vorläufig dahin, für die vorerwähnten Aufwendungen 270 M + 900 M + 2158,10 M zu bewilligen.

Namens der Finanzcommission giebt Herr Hauswaldt anheim, diese drei Summen zu bewilligen. Durch die Einrichtung einer elektrischen Beleuchtung des Parkhauses werde das Etablissement erst in moderner und würdiger Weise ausgestattet. Die Commission hege auch den dringenden Wunsch, den Zugangsweg zum Parkhause besser beleuchtet zu sehen und ersuche den Magistrat, der Lösung dieser Frage in der einen oder anderen Weise bald näher zu treten.

Herr Lange möchte ebenfalls bitten, die Entscheidung wegen der besseren Beleuchtung des Zugangsweges recht bald herbeizuführen. Wenn diese Frage vom Magistrate einstweilen zurückgestellt worden sei, um den Erfolg der mit der Beleuchtung durch Spiritusglühlicht angestellten Versuche abzuwarten, so sei das zu billigen. Nach seiner Kenntniß der Verhältnisse stelle sich diese Beleuchtungsart aber sehr theuer, indem die Brennstunde 6—7 S zu stehen komme, was theurer sei, als die Beleuchtung durch elektrisches Licht. Wie er vom Baurath Mitgau wisse, solle der an den Magistrat zu erstattende Bericht fertiggestellt sein und wegen der hohen Kosten gegen die Beleuchtung durch Spiritusglühlicht Stellung nehmen, dagegen die Einführung elektrischer Beleuchtung empfehlen. Wenn die Sache aber so liege, empfehle es sich, schon heute die Frage zu erledigen und sich für die Einführung elektrischer Beleuchtung zu entscheiden.

Herr Koch schließt sich diesen Ausführungen an und bittet, recht bald in der Beleuchtungsfrage Entscheidung zu treffen, damit der Zugangsweg zum Parkhause auch in den Abendstunden benutzt werden könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bittet, in der Frage der Beleuchtung des Zugangsweges zum Parkhause die Entscheidung noch offen zu lassen, da der Magistrat zu dem in Aussicht stehenden Berichte der Direction der Licht- und Wasserwerke doch erst selbst Stellung nehmen müsse. Dem Pächter des Parkhauses sei es einerlei, wie der Weg beleuchtet werde und es komme nun darauf an, zunächst die Kosten für die verschiedenen Beleuchtungsarten festzustellen. Wenn diese Kosten für die Beleuchtung durch Bogenlampen sich so hoch stellen sollten, wie der Magistrat angenommen habe, so würde wohl auch die Mehrheit der Versammlung Bedenken tragen, dieselben zu bewilligen. Es drehe sich hierbei namentlich um die Frage, ob sich bei den Bogenlampen mit einer geringeren Zahl Ampère, als zuerst angenommen, auskommen lasse, oder ob etwa Glühlampen für die Beleuchtung genügen. Alle diese Fragen müssen erst noch geprüft werden, weshalb heute eine Entscheidung noch nicht herbeigeführt werden könne, jedoch solle die Sache nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Herr Südel möchte ebenfalls bitten, von einer Beschlußfassung über diesen Punkt heute abzusehen, da die Frage noch nicht spruchreif sei.

Herr Lange ist mit der Zurückstellung der Entscheidung gleichfalls einverstanden.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIV. Brunnenanlage für das Kühlhaus.

Die Hoffnung, mit den beiden beim Kühlhause vorhandenen Brunnen auch den erweiterten Betrieb desselben befriedigen zu können, hat sich nicht in vollem Maße erfüllt, weshalb es angezeigt erscheint, auf die Beschaffung eines größeren Quantum Wasser Bedacht zu nehmen. Die städt. Bauverwaltung schlägt vor, einstweilen von einer Vermehrung der Brunnenanlagen abzu sehen und vorerst den Versuch zu machen, das nöthige Wasser durch eine Umwandlung der beiden vorhandenen Brunnen in Röhrenbrunnen nach dem System der Brunnenbauanstalt von L. Otten in Bremen zu gewinnen. Da diese Umwandlung nur 9000 M kosten soll, während die Anlage eines dritten Schachtbrunnens 14000 M kosten würde, so erscheint es dem Magistrat rathlich, dem gemachten Vorschlage für den Fall zu entsprechen, daß Herr Otten eine genügende Garantie hinsichtlich der Menge des zu beschaffenden Wassers übernimmt. Mit Rücksicht darauf, daß der Genannte sich schon früher bereit erklärt hat, die nothwendigen Versuchsbohrungen gegen die Verpflichtung der Stadt, bei Erzielung günstiger Ergebnisse ihm die Umwandlung der vorhandenen Schachtbrunnen in Röhrenbrunnen zu übertragen, unentgeltlich auszuführen, hält es der Magistrat für angezeigt, hierauf einzugehen und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, auch die demnächst event. erforderlich werdenden 9000 M zur Verfügung zu stellen.

Die Finanzcommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Wolters, der Vorlage zuzustimmen. Es sei nicht vortheilhaft, die Dampfmaschinen auch ferner mit Hochdruck arbeiten zu lassen, weil dadurch ca. 600 M Mehrkosten entstehen. Eine Bedienung der Dampfmaschinen durch städtisches Leitungswasser empfehle sich aber ebenfalls nicht, weil auch dadurch der Etat des Schlachthauses zu sehr belastet werden würde. In Bezug auf die Frage, ob Röhren- oder Schachtbrunnen vorzuziehen seien, theile er die Meinung, daß sich in dem vorliegenden Falle Röhrenbrunnen mehr empfehlen dürften. Ein Schachtbrunnen würde außerdem 14000 M kosten und müßte eine Tiefe von 18 m erhalten.

Herr Schmidt möchte fragen, ob die Sache technisch geprüft worden sei und ob es nicht noch andere Wege gebe, um Wasser zu beschaffen, bezw. ob sich das Wasser nicht nachher noch anderweit benutzen lasse.

Herr Wolters erwidert, daß sich eine technische Auseinandersetzung in den Acten nicht vorfinde. Seines Wissens seien die vorhandenen Brunnen nicht im

Stande, noch mehr Wasser zu liefern, weil dem Vernehmen nach ein Brunnen in der Nachbarschaft diesem Brunnen das Wasser abziehe.

Herr Lange ersucht, die Otten'schen Anerbietungen schon deshalb anzunehmen, weil die Stadt dabei nichts riskire. Nach den Bohrarten von Professor Kloos, sowie nach anderen Wahrnehmungen lasse sich ein gutes Resultat erwarten.

Herr Stadtrath Meyer will bemerken, daß ein Brunnensachverständiger zu dieser Sache nicht zugezogen sei, daß man indessen zu der Leistungsfähigkeit des Herrn Otten volles Vertrauen haben könne, da sich derselbe bei seinen Bohrungen am Domesee und an anderen Stellen hinreichend bewährt habe. Leitungswasser zu nehmen, empfehle sich auch schon aus dem Grunde nicht, weil dasselbe zu warm sei.

Herr Nieß möchte Herrn Wolters gegenüber hervorheben, daß man nicht sagen könne, ein Brunnen in der Nachbarschaft nehme den Schlachthausbrunnen das Wasser, sondern daß mit demselben Rechte behauptet werden dürfe, diese Brunnen nehmen dem Brunnen der benachbarten Jürgens'schen Brauerei das Wasser, da Letzterer ebenfalls auf der Sohle von 18 m stehe. Wenn der Herr Referent ferner bemerke, daß bei dem Arbeiten der Maschinen unter Hochdruck eine Mehrausgabe von 600 M entstehe, so wisse er nicht, ob die Rechnung stimme. Eine Ausgabe von 9000 M für eine anderweitige Wasserversorgung verlange doch auch eine Verzinsung von 450 M. Uebrigens habe es gar keinen Werth, anderweitig Wasser aufzuschließen, wenn dasselbe in den Schachtbrunnen nicht höher steige als bisher, weil sonst die Kühlhausanlage keinen Tropfen Wasser mehr als jetzt erhalte. Da er zu dieser Sache nicht zugezogen sei, so habe er auch keine Auskunft darüber geben können und tappe deshalb im Dunkeln.

Herr Stadtrath Meyer möchte noch erwähnen, daß die Brunnen in Folge sehr starker Inanspruchnahme stark versandet seien und schon deshalb weniger Wasser geliefert haben. Durch die Versandung seien aber erhebliche Reinigungskosten entstanden. Wegen der Mehraufwendung von etwa 600 M bei stärkerer Inanspruchnahme der Maschinen möchte er sich auf das Urtheil des Herrn Schöttler berufen.

Herr Wolters ist der Ansicht, daß das Fehlen des Wassers in den beiden Schachtbrunnen sich auch nicht durch eine tiefer liegende Pumpe werde beseitigen lassen. Daß der Jürgens'sche Brunnen doch vielleicht den Schlachthausbrunnen das Wasser entzogen haben könne, gehe daraus hervor, daß es hier erst an Wasser fehle, seitdem der Jürgens'sche Brunnen tiefer gelegt worden sei.

Herr Schöttler möchte die Sache technisch folgendermaßen erläutern: Es sei eine neue kleinere Kühlmaschine zu der großen Maschine hinzugekommen, um die untere Etage des Kühlhauses zu bedienen. Die Veriefelungscondensatoren für die Kältemaschine haben sich bewährt und arbeiten für beide Maschinen mit

demselben Wasser, was früher für eine Maschine nöthig gewesen sei, aber die Dampfcondensation der großen Maschine gebrauche so viel Wasser, daß für die kleine Maschine nichts übrig bleibe. Es sei auch wohl davon gesprochen, daß die Pumpen zu hoch ständen, aber das erscheine ihm nicht zutreffend, da dieselben sonst Luft saugen würden. Aus der Versandung der Brunnen lasse sich vielmehr schließen, daß sie nicht mehr Wasser hergeben könnten. Die mehrermähnten 600 M müßten nun nach den vorhin gehörten Äußerungen ein Capital von 9000 M decken, aber es erscheine ihm doch fraglich, ob man ein Capital von 9000 M aus gebe, nur um 600 M zu sparen. Die 600 M seien aber durchaus nicht das eigentliche Motiv, um die Brunnen ergiebiger zu machen, sondern das sei der fortwährende Mangel an Wasser im Schlachthausbetriebe selbst. Hier sei das Wasser schon immer etwas knapp gewesen, so daß das Schlachthaus stets etwa 1000 M jährlich für Wasser habe an die Stadt zahlen müssen. Es wäre wohl wünschenswerth, das Schlachthaus hiervon zu entlasten, und um diesen Mangel zu beseitigen, empfehle er die Vorlage. Vielleicht könne man das von der Condensation ablaufende Wasser entfetten und im Schlachthause zum Scheuern zc. verwenden, wodurch man beiden Zwecken zugleich entsprechen würde.

Herr Blasius möchte rathen, die Magistratsvorlage anzunehmen, weil das Risiko nicht die Stadt, sondern Herr Otten übernehme. Nach der von ihm früher vorgenommenen Untersuchung entsamme das Wasser des Schlachthausbrunnens und des Jürgensschen Brunnens demselben unterirdischen Wasserbassin und zwar sei noch niemals hier in der unmittelbaren Nähe der Stadt ein so gutes Trinkwasser gefunden, wie dieses. Hiernach sei es doch aber klar, daß der eine Brunnen dem anderen das Wasser entziehe, denn ein Bassin könne nicht mehr Wasser hergeben, als es selbst besitze. Wenn später ein anderer Nachbar seine Röhren noch tiefer setze, so entziehe er wieder diesen jetzt bestehenden Brunnen das Wasser. Dagegen lasse sich aber rechtlich nichts machen.

Herr R i e ß hält diese Annahme nicht für richtig. Wenn das Schlachthaus seine Pumpen vor Jürgens einsetzen lasse, so werde diesem das Wasser entzogen. Diese Verhältnisse seien ihm bekannt, weil er den Jürgensschen Brunnen selbst auf das Niveau herunter gebracht habe. Die Pumpen im Kühlhause lägen aber nur 2—3 m unter der Erdoberfläche und saugen 7—8 m, während die Brunnen 18 m tief seien. Das Wasser werde auf 10—11 m Tiefe in Anspruch genommen, während der übrige Theil des Wasservorrathes für das Kühlhaus nicht vorhanden sei. Deshalb könnten die Brunnen den Anforderungen nicht genügen. Er würde es für zweckmäßig halten, bei der neuen Anlage die alte gar nicht zu tangiren, denn unter der Sohle von 18 m folge eine Thonschicht, die erst durchbrochen werden müsse, um in einer tieferen Schicht Wasser anzuschneiden, von dem man nicht wisse, welche Qualität es besitze. Dieses Wasser könne das oberhalb der Thonschicht gefundene gute Wasser verderben. Es empfehle sich deshalb mehr, die neue

Rohrbrunnenanlage nebenher gehen zu lassen und mit der jetzigen Anlage nicht in Zusammenhang zu bringen. Er werde für die Vorlage stimmen, lehne aber die Verantwortung für deren eventuelle Folgen ab, denn es könne sich nachträglich doch herausstellen, daß die Pumpenstube 2—3 m tiefer angelegt werden müßte, um mehr Wasser zu erlangen.

Herr Ribbentrop bittet, der Magistratsvorlage zuzustimmen, wenn Herr Otten sich verpflichte, daß die Brunnen auch ein größeres Quantum Wasser liefern. Die 18 m tiefen Brunnen des Schlachthauses stehen auf einer undurchlässigen Thonschicht und man könne sich leicht vorstellen, daß das Wasser sich in dem Jürgensschen Brunnen zuerst ansammle, weil dieses Grundstück tiefer liege als das Schlachthausgrundstück.

Herr Wolters möchte darauf aufmerksam machen, daß die von Herrn Nieß angegedeutete Gefahr, es könnte durch das neue Rohr eine Verschlechterung des jetzigen Wassers eintreten, nicht von der Hand zu weisen sei. Da sich indessen die Qualität des Wassers sofort feststellen lasse, so könne man von der Ausführung des Brunnens zurücktreten, sobald sich das Wasser als schlecht oder minderwerthig erwiesen habe.

Herr Schmidt bedauert, daß seine Frage, ob man nicht auch auf anderem Wege zum Ziele kommen könne, eine Beantwortung nicht gefunden habe. Ihm scheine, als ob die Sache von der technischen Seite her nicht genügend geklärt sei, weshalb er um Zurückweisung der Vorlage und um Einsetzung einer Deputation zur Prüfung der Angelegenheit ersuche.

Herr Buchler würde bei der Schwierigkeit der Wasserfrage dafür sein, die Condensation ganz fortfallen zu lassen, da man dann ein ganz erheblich größeres Quantum Wasser habe und für Bohrungen nichts zu bezahlen brauche.

Herr Lange bittet nochmals um Genehmigung der Vorlage. Im Schlachthause habe es schon immer an Wasser, namentlich aber an kaltem Wasser gefehlt, weshalb endlich etwas geschehen müsse, um dem Mangel abzuhelfen. Da außerdem der Versuch nichts koste, sofern er nicht gelinge, so sehe er nicht ein, weshalb man denselben nicht machen solle. Wenn man im Schlachthause vielleicht auch Wasser ersparen könne, so reiche das doch nicht aus, um den gesammten Bedarf zu decken. Schon bei Anlegung der Brunnen habe er seinem Zweifel Ausdruck gegeben, ob man wohl genug Wasser erzielen werde.

Herr Blasius möchte ersuchen, dem Vorschlage des Herrn Lange Folge zu geben, zugleich aber auch den Magistrat bitten, das Wasser, welches nach Durchbohrung der Thonschicht in dem neuen Kieslager angeschnitten werde, einer gründlichen chemischen und bakterioskopischen Untersuchung unterwerfen zu lassen.

Auf die Frage des Herrn Kathe, ob nicht die Terrainverhältnisse am Dowesee die gleichen seien, wie hier und welche Erfahrungen man dort gemacht habe, erwidert

Herr Lange, daß man am Doweſee 20—21 m tief bis zu einer nicht durchbrochenen Thonſchicht gegangen ſei und die Bodenverhältniſſe mit denen am Schlachthauſe nicht übereinſtimmen.

Herr Schmidt will ſeinen Antrag mit Rückſicht darauf zurückziehen, daß die Vorunterſuchungen nichts koſten, wird aber von

Herrn Stadtrath Meyer darauf aufmerkſam gemacht, daß mit der Genehmigung der Vorlage auch die 9000 M für die Unterſuchungen bewilligt ſeien, worauf

Herr Schmidt ſeinen Antrag aufrecht erhält.

Herr Stadtrath Meyer giebt anheim, an die Bewilligung der 9000 M eventuell die Bedingung zu knüpfen, daß das gefundene Waſſer nicht nur in Bezug auf Quantität, ſondern auch in Bezug auf Qualität den Anforderungen an ein gutes Waſſer genügen müſſe.

Bei der nun folgenden Abſtimmung wird der Antrag Schmidt auf Zurückweiſung der Vorlage abgelehnt und die Magiſtratsvorlage mit dem von Herrn Stadtrath Meyer empfohlenen Zuſaß angenommen.

XV. Erweiterung des Gasrohrs in der Wörthſtraße.

Um der Fiedelſchen Fabrik in der Ackerſtraße eine ausreichende Menge Gas zuführen zu können, wird beantragt, die in der Wörthſtraße liegenden 100 mm weiten Röhren gegen 200 mm weite Röhren auszuwechſeln und die dafür erforderliche Summe von 4451 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung des Herrn Lord geſchieht.

XVI. Aenderungen beim Feuerlöſchgebäude.

Die z. B. offene Miſtſtätte des Feuerlöſchgebäudes hat zur Beläſtigung der Anwohner geführt und ſoll daher nach einem Antrage der ſtädt. Bauverwaltung abgedeckt werden. Der Magiſtrat ſtimmt dieſem Antrage zu und erſucht, zu dem Zwecke 330 M zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Baucommiſſion, für welche Herr Schmidt berichtet, geſchieht.

XVII. Vergebung der neuen ſtädtiſchen Anleihe.

Wie Herr Oberbürgermeiſter Pockels mittheilt, iſt zu der kürzlich beſchloſſenen Ausgabe von vier Millionen Mark Landeſſchuldverſchreibungen des Kreiscommunalverbandes Braunschweig die landeſherrliche Ermächtigung eingegangen. Da zum 2. Januar 1900 davon eine Million Mark an den Markt gebracht werden ſollen, der Magiſtrat auch im Einvernehmen mit der Finanzcommiſſion dieſerhalb ſchon Verhandlungen eingeleitet habe, ſo werde zur Beſchleunigung der

Sache anheimgegeben, den Magistrat zu ermächtigen, den Preis für den Nennwerth von einer Million Mark mit der Finanzcommission der Versammlung zu vereinbaren.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

XVIII. Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad.

Den in der Sitzung vom 5. October d. Jz. — Seite 160 des Berichts — gestellten Antrag begründet Herr Lange wie folgt: Durch die Errichtung eines dritten Volksbades auf dem Terrain neben der alten Husarencaferne am Magnithore würde der in der Versammlung früher einmal geäußerte Wunsch, diese Volksbäder gleichmäßig über das ganze Stadtgebiet zu vertheilen, erfüllt werden. Ein geeigneterer Platz lasse sich nicht finden und es werde auch in absehbarer Zeit kaum möglich sein, in der dortigen Gegend wieder einen Platz zur Verfügung zu haben. Bei der Verwendung dieses Platzes für ein Volksbad lasse sich dasselbe zwischen den an der Ritterstraße stehenden Häusern und dem neu zu errichtenden Gebäude der Gewerbeschule recht gut in der Größe des Bades an der Kaiserstraße herstellen. Der Segen dieser Volksbäder sei zweifellos und ergebe sich am besten aus ihrer außerordentlich großen Frequenz. Es seien hier durchschnittlich in jedem Volksbade 35 000 Bäder im Jahre gegeben worden und trotz der Billigkeit der Tagen habe man durch eine sparsame Verwaltung noch einen Ueberschuß von 1000 M. für jedes Bad erzielt, so daß die beiden Bäder zu der Errichtung des dritten Bades einen Zuschuß von 6000—8000 M. leisten könnten. Außerdem wolle das Herzogliche Staats-Ministerium 4000 M. zusteuern und werde er wegen Deckung des Restes später noch mit einem Antrage vor die Versammlung treten.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberatung überwiesen.

XIX. Antrag Koch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen innerhalb der Stadt.

Herr Koch führt zur Begründung seines in der Sitzung vom 5. October d. Jz. — Seite 160 des Berichts — eingebrachten Antrages an, daß viele große Städte, wie Magdeburg, Hannover, Cassel, Dresden zc., bemüht seien, ihre innenstädtischen Plätze mit gärtnerischen Anlagen zu versehen und eine derartige Ausschmückung der Stadt auf Jedermann einen schönen Eindruck mache. Während der Magistrat schon früher die Absicht geäußert habe, den Burgplatz mit gärtnerischen Anlagen zu versehen, empfehle es sich, außerdem auch den Hagenmarkt, einen Theil des Altstadtmarktes zc. hierbei in's Auge zu fassen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baucommission zur Vorberatung.

XX. Antrag Sander: Bestimmung eines Platzes für die Cholerabaracken.

Wie Herr Sander zur Begründung des in der Sitzung vom 5. October d. Js. — Seite 160 des Berichts — gestellten Antrages bemerkt, sollen die beiden neuen Baracken eingetroffen und versuchsweise auf dem Grundstücke des Pflegehauses aufgestellt sein. Zu dieser Aufstellung sei er nicht zugezogen, obwohl er als Mitglied des Gesundheitsrathes wohl geglaubt habe, mit zugezogen zu werden. Im Interesse einer gewissen Schlagfertigkeit bei dem Ausbruche von Epidemien halte er es für nothwendig, schon jetzt für die Baracken einen geeigneten Platz und zwar mit Rücksicht auf die vielen Westwinde im Osten der Stadt auszuwählen. Der Platz im Pflegehausgarten sei schon um deswillen für diesen Zweck nicht geeignet, weil er inmitten eines stark bevölkerten Stadttheils und in unmittelbarer Nähe von drei Schulen liege. Wenn auch die Ansteckungsgefahr nach der Anschauung des Herrn Blasius nicht allzu groß sein solle, so spiele doch bei Epidemien die Angst eine so große Rolle, daß viele Menschen schon aus Angst krank würden.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberatung überwiesen.

XXI. Antrag Rieke und Ahmann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, nach der auch die Gehälter, bezw. Löhne der Gascontroleure, der städtischen Wegewärter, sowie die Lohnverhältnisse der gesamten städtischen Arbeiter entsprechend aufgebessert werden“.

Zur Begründung des Antrages bemerkt Herr Rieke, daß nach der Aufbesserung der Lehrer- und Beamtengehälter auch die vorerwähnten Hülfsebeamten und Arbeiter eine Einkommensaufbesserung erfahren müßten. Die Gascontroleure hätten eine beschwerliche und verantwortliche Arbeit und brauchten zur Verrichtung ihres Dienstes viel Zeug und die Wegewärter könnten mit einem Höchsteinkommen von 780 M unmöglich auskommen. Auch der Stundenlohn der Friedhofsarbeiter entspreche mit 25 S den heutigen Lebens- und Miethsverhältnissen nicht mehr. Da es die Pflicht der städt. Behörden sei, nicht nur für ihre Beamten, sondern auch für ihre Arbeiter zu sorgen und deren Löhne zeitgemäß aufzubessern, so ersuche er, auch für diese ein warmes Herz zu bethätigen.

Den Antrag erhält, genügend unterstützt, die Finanzcommission zur Vorberatung.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 6 Uhr.

1899/1900.№ 10.

Be richt

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 11. Januar 1900.

Tagesordnung:

I.	Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad	Seite 206
II.	Antrag Koch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen innerhalb der Stadt . .	" 206
III.	Antrag Sander: Bestimmung eines Platzes für die Choleraabraden . .	" 206
IV.	Antrag Rieke und Altmann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten	" 209
V.	Aufhebung der Reihertstraße	" 209
VI.	Auswechselung des Gasrohrs im Bültenwege	" 210
VII.	Rückzahlung von Gasrohrkosten	" 211
VIII.	Baulinie für ein Grundstück am Wilhelmsplatze	" 211
IX.	Fischereiverpachtung unterhalb der Stadt	" 211
X.	Erhöhung bezw. Nachverwilligung von Mitteln für Bibliothekszwecke . .	" 214
XI.	Verkauf einer Fläche des Rathhausgrundstücks	" 215
XII.	Erwerb einer Fläche zur Stobenstraße	" 215
XIII.	Miethe zc. für einige Räume im Rathhause	" 215
XIV.	Reinigungskosten für die Räume des Rathhauses	" 215

XV. Verpachtung der Eisenhüttler Mühlen	Seite 216
XVI. Petroleumlaternen an der Koffstraße	" 216
XVII. Verkauf von städtischem Terrain an der Pflgehaus- und Thomaestraße	" 216
XVIII. Wiederaufstellung eines Stallgebäudes auf dem städtischen Vorrathshofe	" 217

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Aßmann, Bauermeister, Bues, Engelbrecht, Semler und Wagner.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet und leitet die Versammlung.

I. Antrag Lange: Ueberweisung eines Bauplatzes für ein drittes Volksbad.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 187 des Berichts — berichtet Herr Fudel, daß nach der Ansicht der Finanzcommission die Erfolge, welche die beiden hier schon bestehenden Volksbäder sich errungen haben, wohl Veranlassung dazu geben können und auch müssen, ein drittes Volksbad zu errichten. Die Finanzcommission halte auch den von Herrn Lange für dieses Volksbad in Aussicht genommenen Platz auf dem Terrain der alten Husarencaferne am Magnithore für durchaus geeignet, da die örtliche Lage der beiden bestehenden Bäder auf diesen Platz geradezu hinweise. Aus diesen Gründen empfehle die Commission, den Magistrat zu ersuchen, bei Bebauung des für die Gewerbeschule in Aussicht genommenen Grundstücks darauf Rücksicht zu nehmen, daß sich die Erbauung eines Volksbades auf dem Platze ermöglichen lasse.

Dieser Antrag wird genehmigt.

II. Antrag Koch: Herrichtung gärtnerischer Anlagen innerhalb der Stadt.

Wie Herr Bültmann berichtet, hat die Baucommission den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 187 des Berichts — berathen und dabei Folgendes erwogen: Wenn für die gärtnerische Verschönerung der innerstädtischen Plätze Mittel in den städtischen Etat eingestellt werden sollen, so würden dazu nicht unbedeutende Summen Geldes gehören und außerdem würde die Unterhaltung dieser Anlagen noch viel mehr Aufwendungen erfordern. Dazu komme, daß eine gärtnerische Bepflanzung der Plätze den Verkehr auf denselben nicht unwesentlich

beschränken und auch ihre alterthümliche Umgebung erheblich beeinträchtigen würde. Die Baucommission schlage deshalb vor, über den Antrag Koch zur Tagesordnung überzugehen, daneben aber den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob vielleicht bei der Neupflasterung des Burgplatzes um den Löwen herum und des Platzes vor dem landschaftlichen Hause demnächst dort gärtnerische Anlagen angebracht seien.

Herr Koch will bemerken, daß er mit seinem Antrage nicht die Absicht gehabt habe, große Mittel für solche Anlagen in den Etat eingestellt zu sehen, sondern daß ihm nur daran liege, es möchte auch hier wie in anderen Städten der Anfang mit solchen Anlagen gemacht werden. Da er nun in der Commissionsitzung gehört habe, daß der Magistrat in dieser Sache schon Schritte gethan habe, so sei er mit dem Commissionsantrage einverstanden und bedauere nur, daß die Baucommission sich der Sache so kühl gegenübergestellt habe. Wenn mit dem Burgplatze der Anfang gemacht werde, sei er vorläufig zufrieden und hoffe, daß dann mit der Zeit noch weitere Plätze folgen werden.

Herr Löschigt kann nicht einsehen, daß die Baucommission meine, es werde durch solche gärtnerischen Anlagen der Verkehr gehindert werden. In Berlin seien verschiedene Plätze, welche früher wie Sandwüsten ausgesehen haben, sehr schön geworden und haben die Anlagen auch den Vortheil mit sich gebracht, daß der Verkehr besser geregelt sei. Wenn der Magistrat z. B. die Kosten für die Anlagen nicht in den Etat einstellen könne, so erkläre sich Redner schon dadurch befriedigt, daß mit dem Burgplatze erst einmal der Anfang gemacht werden solle und stehe zu hoffen, daß der Magistrat etwaigen späteren Bitten der Versammlung um Fortsetzung der Anpflanzungen Gehör schenken werde. Wenn z. B. der Kohlmarkt mit gärtnerischen Anlagen versehen würde, lasse sich hierdurch der Verkehr insofern günstig regeln, als dann der Uebergang über den Platz nicht mehr mit Lebensgefahr verbunden sein werde. Hoffentlich finde der Antrag des Herrn Koch bei späterer Gelegenheit mehr Unterstützung in der Versammlung.

Herr Bültemann weiß nicht, wie sich der Verkehr auf dem Altstadt- und Kohlmarkt durch gärtnerische Anlagen solle regeln lassen. Wenn man fortfahre, die Straßen der Stadt in bisheriger Weise mit Bäumen zu bepflanzen, so werde Braunschweig ein besseres gärtnerisches Ansehen bekommen, als wenn seine alten ehrwürdigen Plätze durch gärtnerische Anlagen verunziert würden.

Herr Blasius möchte wohl wünschen, daß dieser und jenes Platz mit gärtnerischen Anlagen versehen werde, jedoch müsse er es bedauern, wenn dadurch die Spielplätze innerhalb der Stadt fortfielen. Namentlich halte er es für wünschenswerth, daß die Plätze an der Andreaskirche und der Bräuerntirche als Spielplätze

erhalten blieben. Aus diesen Gründen könne man den Antrag der Baucommission mit gutem Gewissen annehmen.

Herr Lord muß auch jetzt noch auf seinem schon früher vertretenen Standpunkte beharren, daß mit der Herrichtung gärtnerischer Anlagen auf den Plätzen der Stadt vorzugehen sei, wo sich Gelegenheit dazu biete. Ueber die Auswahl der Plätze lasse sich wohl streiten, nur gebe er nicht zu, daß die Straßen und Plätze der Stadt zu Spielplätzen der Kinder da seien. Wenn das auch vor 50 und 100 Jahren zutreffend gewesen sein möge, so passe es doch heute nicht mehr, denn heute sollen sie dem öffentlichen Verkehre dienen und der werde durch die Kinder nur gehemmt. Der Verkehr lasse sich thatsächlich durch solche Anlagen günstig regeln. Wenn auch große Mittel hierfür nicht aufgewendet werden können, so lasse sich doch wohl hier und da eine Dase in der Stadt schaffen, wie das anderwärts, selbst in Berlin, auch geschehe. In Berlin werde selbst der kleinste Winkel mit solchen Anlagen versehen. Er möchte bitten, dem Koch'schen Antrage zuzustimmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Baucommission genehmigt.

III. Antrag Sander: Bestimmung eines Platzes für die Cholerabaracken.

Nach dem Berichte des Herrn Blasius ist die Statutencommission, welche den in der vorigen Sitzung gestellten Antrag — Seite 188 des Berichts — vorberathen hat, der Ansicht, daß die Baracken, welche nur ein Mal probeweise aufgestellt seien, um zu sehen, ob sie sich auch zu raschem Gebrauche eignen, vorläufig an ihrem Aufbewahrungsorte in der Kl. Burg verbleiben und es dem Magistrate überlassen bleiben müsse, zu passender Zeit einen geeigneten Platz auszuwählen. Es würde nicht richtig sein, für die Baracken schon jetzt einen bestimmten Platz festzulegen, weil alle Bedenken, welche Herr Sander gegen den Pflegehausgarten vorgebracht habe, auch gegen jeden anderen Platz erhoben werden könnten. Die Statutencommission ersuche deshalb, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Sander erklärt sich mit dem Antrage der Statutencommission einverstanden, da aus der vom Magistrate in der Commission abgegebenen Erklärung hervorgegangen sei, daß das Pflegehausgrundstück zur Aufstellung der Baracken nicht benutzt werden solle, damit aber der Zweck seines Antrages im Wesentlichen erreicht sei. Uebrigens bemerke er, daß der Chefarzt des städtischen Krankenhauses an den Magistrat berichtet habe, es möchte zur Aufstellung der Baracken ein mit Bäumen beplanzter Platz gewählt werden, der an einer befestigten Straße liege und einen Anschluß an das Canalsnetz ermögliche.

In Folge dieser Erklärung gilt der Antrag als erledigt.

IV. Antrag Riefe und Aßmann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten.

Wie Herr Fiedel berichtet, empfiehlt die Finanzcommission im Einvernehmen mit den Antragstellern, den in der letzten Sitzung gestellten Antrag — Seite 188 des Berichts — für heute von der Tagesordnung abzugeben, weil der Commission die zur Beurtheilung des Antrages nöthigen Unterlagen gefehlt haben.

Der Antrag wird darauf zurückgestellt.

V. Aufhebung der Reiherstraße.

Die Firma S. Reinhold in Celle und Hannover hat beantragt, die Reiherstraße als Ortsstraße aufzuheben, so lange das Magazin des Proviantamtes dort stehe. Dem Magistrat erscheint eine solche Aufhebung zulässig, zumal in absehbarer Zeit auf ein Eingehen des Magazines nicht zu rechnen sei, während seines Bestehens aber aus feuerpolizeilichen Rücksichten eine Freigebung der Straße an den öffentlichen Verkehr nicht statthaft erscheine. Sollte dagegen wider Erwarten das Magazin dereinst eingehen, so würden an Stelle der jetzigen Gebäude voraussichtlich Wohn- oder Fabrikgebäude errichtet werden und der Eigenthümer dann genöthigt sein, zunächst die Straße ordnungsmäßig auszubauen. Der von der städt. Bauverwaltung empfohlenen dinglichen Belastung der Straße, dahingehend, daß dieselbe jeden Augenblick wieder in den Ortsbauplan aufgenommen werden könne, legt der Magistrat einen besonderen Werth nicht bei, ist aber trotzdem bereit, einen entsprechenden Vorbehalt zu machen. Es wird deshalb anheimgegeben, der Aufhebung der Reiherstraße unter solchem Vorbehalt zuzustimmen.

Wie Herr Schmidt berichtet, hat die Baucommission gegen die Aufhebung der Straße im großen Ganzen nichts einzuwenden, weil dieselbe dem Verkehre auch bislang nicht gedient habe. Im Uebrigen schlägt die Baucommission vor, dem Magistrat zu überlassen, entweder die dingliche Last eintragen zu lassen, oder dem Proviantamte nur das Zugeständniß zu machen, daß die Straße so lange nicht ausgebaut werden solle, wie das Magazin dort stehe.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob die Reiherstraße dem Verkehre geöffnet bleiben solle, auch wenn die dingliche Last auf das Grundstück eingetragen werde. Er müsse es für nothwendig halten, die Straße dort so lange offen zu halten, bis eine Parallelsstraße entstanden sei, weil sonst verschiedene, im Hagenwinkel wohnende Arbeiter einen weiteren Weg zu ihren Arbeitsstellen bekommen würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann darauf erwidern, daß der Durchgang durch die Straße schon immer verboten gewesen sei und man bis vor Kurzem nur eine etwas mildere Praxis beobachtet habe. Wenn man wünsche, die Straße über

kurz oder lang für den Verkehr geöffnet zu sehen, so dürfe man auf den Vorschlag des Magistrates nicht eingehen und müsse das Terrain expropriiren. In diesem Falle würden aber die Gebäude für den Fiskus werthlos sein, weil die Feuergefahr für dieselben zu groß sei. Man thue deshalb besser, auf den Ausbau einer der beiden Parallelstraßen Bedacht zu nehmen und die Reiherstraße in ihrem jetzigen Zustande zu belassen. Auf die drei Häuser im Hasenwinkel könne man aber unmöglich Rücksicht nehmen.

Auf die Frage des Herrn Vorsitzenden, welchen Zweck die zweite Eventualität haben solle, nach welcher ein Ausbau der Straße nicht erfolgen solle, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß die Stadt sich nicht werde dazu verstehen können, die Straße, so lange die Magazine dort stehen, auszubauen, auch wenn der gänzlichen Aufhebung derselben heute nicht zugestimmt werden sollte; wohl aber könne die Stadt der jetzigen Eigenthümerin gegenüber die vertragsmäßige Verpflichtung eingehen, auf den Ausbau der Straße für eine bestimmte Reihe von Jahren verzichten zu wollen. Das Grundstück sei von den Claus'schen Erben an die Firma S. Reinhold in Hannover verkauft worden und diese wiederum habe auf längere Jahre mit der Militärverwaltung einen Pachtvertrag abgeschlossen. Jetzt reichen nun die Magazine nicht mehr aus und man wolle noch eine Bäckerei dorthin bauen, sowie ein Anschlußgleis an die Landeseisenbahn legen, jedoch wolle sich die Militär-Intendantur auf solche Erweiterung nur einlassen, wenn man ihr die Sicherheit gewähre, daß die Straße nicht dem öffentlichen Verkehre übergeben werde.

Herr Rathe muß gegen die Aufhebung und Beschränkung der Reiherstraße stimmen, weil sich durch dieselbe die günstigste Verbindung von der Hamburgerstraße nach der Oster zu herstellen lasse und sie als erste Durchgangsstraße von der Hamburgerstraße durchaus nothwendig sei. Die früher von den Claus'schen Erben in dieser Richtung gestellten Anträge seien seines Wissens auch stets abgelehnt worden.

Herrn F ü d e l scheint die Beibehaltung solcher Magazine für Braunschweig doch so erheblich zu sein, daß man dafür auch ein kleines Opfer bringen könne.

Nachdem auch noch Herr L ö s c h i g t gebeten hatte, dem Antrage der Baucommission zuzustimmen,

wird derselbe von der Versammlung angenommen.

VI. Auswechselung des Gasrohrs im Büldenwege.

Für die nothwendig gewordene Auswechselung des 50 mm weiten Gasrohrs im Büldenwege zwischen der Neben- und der Zimmerstraße gegen ein 150 mm weites Rohr fordert der Magistrat einen Betrag von 2492 M,

welcher auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Sander berichtet, bewilligt wird.

VII. Rückzahlung von Gasrohrkosten.

Der Kaufmann Heinrich Aug. Meyer hat ersucht, ihm die Kosten des in der Voigts-Rheßstraße verlegten Gasrohres im Betrage von 1933,85 M zurückzahlen, da die bestimmungsmäßigen Voraussetzungen dazu vorhanden seien. Der Magistrat kann nicht anerkennen, daß diese Voraussetzungen schon vollständig zutreffen und giebt anheim, dem Genannten aus Billigkeitsgründen zunächst 1224,32 M zurückzuerstatten,

was von der Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für die Herr Züdel berichtet, genehmigt wird.

VIII. Baulinie für ein Grundstück am Wilhelmsplatz.

Auf Antrag des Rentners Hermann Rieß empfiehlt der Magistrat, für das Grundstück *Nr.* 4 am Wilhelmsplatz eine neue Baulinie festzusetzen, welchem Antrage Herr Riese Namens der Baucommission zuzustimmen bittet.

Herr Meyerhoff möchte ersuchen, dahin zu wirken, daß die scharfe Ecke des Grundstücks abgerundet oder coupirt werde, da dieses keine erheblichen Kosten verursachen könne, aber als sehr zweckmäßig zu erachten sein dürfte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will dazu bemerken, daß sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt habe, der Eigenthümer werde die Ecke schon von selbst abschragen. Geschehe das nicht und wolle die Stadt solche Abschragung veranlassen, so koste das Geld und habe keinen großen Nutzen, denn der Verkehr sei dort so bedeutend nicht. Wenn die Versammlung anderer Meinung sei, so gebe er anheim, einen entsprechenden Beschluß zu fassen; es lasse sich indessen annehmen, daß der Eigenthümer eine Coupirung der Ecke von selbst vornehmen werde, wenn er an die Ecke einen Laden bringen wolle.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

IX. Fischereiverpachtung unterhalb der Stadt.

Am 31. März 1900 läuft der mit dem Schornsteinfegermeister Meyer wegen der Fischerei in der Oker unterhalb der Behre am Wenden- und Petriithore vereinbarte Pachtvertrag ab, demzufolge der Pächter jährlich 75 M Pachtgeld zahlt. Bei der Ausschreibung der Neuverpachtung hat die Actien-Zuckerfabrik Eichthal das Höchstgebot mit 400 M jährlich abgegeben. Der Magistrat giebt anheim, zu genehmigen, daß der genannten Fabrik auf die folgenden sechs Jahre der Zuschlag erteilt werde,

welchem Antrage sich die Finanzcommission, für welche Herr Sander berichtet, anschließt.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob die Stadt in Folge dieser Verpachtung auch genügend geschützt sei gegen die Vergiftung des Okerwassers durch die Abwässer der Zuckersfabrik Eichthal. Dem Vernehmen nach solle es gerade wegen des Einlasses solcher Abwässer in die Oker Differenzen gegeben haben und müsse eventuell eine Entschädigung an die Fischereipächter unterhalb des Münzberges aus dem Stadtsäckel gezahlt werden.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß gegen die Ansprüche der Fischereipächter unterhalb des Münzberges die Stadt durch nichts geschützt werde, gleichviel an wen die Fischerei hier verpachtet werde. Da ein solcher Anspruch schon geltend gemacht sei, so habe der Magistrat bereits die nöthigen Schritte gethan, um die Fischerei unterhalb des Münzberges von der Herzoglichen Kammer käuflich zu erwerben.

Herr Ribbentrop ist der Meinung, daß die Zuckersfabrik die Fischerei nur pachten wolle, um ihre Abwässer ungehindert in die Oker einlassen zu können. Dagegen müsse aber Front gemacht werden, zumal hierunter die ganze Fischerei leiden würde.

Herr Bürgermeister Metemeyer will dazu bemerken, daß sich der Magistrat diese Frage auch vorgelegt habe, da sich wohl annehmen lasse, daß sich die Zuckersfabrik Eichthal nicht constituirt habe, um Fische zu fangen, sondern durch die Pachtung beabsichtige, etwaige Ansprüche des Fischereipächters unterhalb der Wehre auszuschließen. Damit habe die Fabrik aber nur denselben Weg betreten, welchen die Stadt schon seit Jahren eingeschlagen habe, denn in allen von der Stadt abgeschlossenen Fischereicontracten finde sich die Bestimmung, daß der Pächter auf jede Entschädigung für solchen Schaden zu verzichten habe, der durch Einlauf von Abfallwasser in die Oker entstehe. Wenn der Pachtvertrag mit der Fabrik abgelehnt werde, so könne diese durch Vorschreibung eines Strohmanns doch in das Pachtverhältniß kommen. Die Hebung der Fischerei sei an sich sehr schön, aber es könnten bei einer Stadtgemeinde doch Fälle eintreten, in welchen sich das Princip nicht immer aufrecht halten lasse. So z. B. sei von einem Fischereipächter unterhalb des Münzberges eine Schadenersatzforderung von 200 M bei der Stadt geltend gemacht, weil an einem Tage einmal ein Nothauslaß functionirt habe, während die Oker abgelaufen gewesen sei. Der Magistrat habe sich mit dem Pächter, welcher selbst nur 50 M Pacht zahle, auf eine Entschädigung von 100 M geeinigt und dadurch einen Proceß zweifelhaften Ausgangs vermieden. Jedenfalls müsse der Stadt das Recht gewahrt bleiben, die Oker nöthigenfalls zum Auslauf der Schmutzwässer zu benutzen, wenn die Canäle einmal nicht ausreichen. In ähnlicher Lage befinde sich auch die Zuckersfabrik Eichthal, welche ihre Schmutzwässer ebenfalls nicht ohne triftigen Grund in die Oker einleiten werde. Wenn sie aber doch einmal dazu gezwungen sein sollte,

so stehe der dadurch für den Fischereipächter entstehende Schaden in keinem Verhältnisse zu der Schädigung, welche sonst einem so großen Etablissement erwachsen würde. Aus diesen Gründen habe der Magistrat keine Veranlassung, das Gebot der Fabrik abzulehnen. Die Verhältnisse liegen hier ebenso, wie bei den Zuckerfabriken oberhalb Braunschweigs, denn, obwohl die Oker auch jetzt wieder verunreinigt sei, müsse man doch sagen, daß es bedenklich sei, mit Gewalt gegen die Fabriken vorzugehen und sie zu zwingen, ihre Abwässer nur in gut gereinigtem Zustande dem Okerbette zuzuführen, also die Fischerei nicht zu stören, weil solche harte Maßregel doch auch eine große Schädigung des Gemeinwohlens im Gefolge haben würde, indem auch hier eine Menge Leute direct und indirect von den Zuckerfabriken leben. Die Stadt müsse sehen, sich möglichst unabhängig von der Oker zu machen, aber man dürfe nicht so weit gehen, die Oker absolut rein von schädlichen Substanzen halten zu wollen.

Herr Lange ist von dem Director der Zuckerfabrik Eichthal ermächtigt worden, zu erklären, daß die Fabrik ihre gesammten Abwässer in den Canal laufen lasse und nur die reinen Condenswässer und die Himmelswässer der Oker zugeführt werden. Hieran solle aber im Falle der Erpachtung der Fischerei nichts geändert werden.

Herr Meyerhoff möchte die Stadt vor Processen mit den Pächtern der Fischerei hinter dem Müngberge bewahren und kann dem Vertrage mit der Zuckerfabrik nur zustimmen, wenn diese etwaige Prozesse übernehmen wolle.

Herr Sander will bemerken, daß in der Finanzcommission solche Bedenken auch aufgetaucht, aber durch die Erklärungen des Magistrates beseitigt seien.

Herr Bültmann bittet, dem Vertrage zuzustimmen. Schon seit Jahren sei die Fabrik fortwährenden unberechtigten Mörgeleien der Fischereipächter ausgesetzt gewesen, so daß sie sich entschlossen habe, die Pachtung selbst zu übernehmen. Seiner Ueberzeugung nach werde die Fabrik der Oker schädigende Abwässer nicht zuführen.

Herr Ribbentrop will nach diesen Ausführungen seine Bedenken fallen lassen, da es sich anscheinend um Sportliebende Leute handle, welche die Okerfischerei zu ihrem Vergnügen pachten wollen. Uebrigens schaden die auf der Oker schwimmenden sog. Zuckerschwäne den Fischen durchaus nichts.

Herr Nieß möchte die Genehmigung des Vertrages anheimgeben. Die Wasserläufe müßten allerdings rein gehalten werden, aber Alles habe seine Grenzen. Wenn man in industriereichen Gegenden, wie bei Gera, Barmen &c., die Flußläufe so rein halten wollte, wie das hier zum Ausdruck gebracht sei, würde man die ganze deutsche Industrie bald ruiniert haben.

Herr Nieke muß bezweifeln, daß diese Ansicht vom wirthschaftlichen Standpunkte aus die richtige sei. Da das Reich sich herbeigelassen habe, die Flußläufe durch gesetzliche Vorschriften gegen Verunreinigungen zu schützen, so müsse man auch auf diesem Standpunkte verharren und es als einen Fortschritt betrachten, für industrielle Zwecke besondere Wasserläufe herzustellen, nicht aber die Flußverunreinigungen weiter zu dulden. Jedenfalls sei dies nicht der richtige hygienische und wirthschaftliche Standpunkt und er müsse sich wundern, daß dazu Herr Blasius nicht das Wort genommen habe.

Herr Blasius will bemerken, daß ihm nach der Erklärung des Herrn Lange die Sache ganz klar gelegen und er deshalb keine Veranlassung gehabt habe, dazu noch das Wort zu nehmen. Die Zuckerfabrik Eichthal wolle die Okerfischerei nur pachten, um den fortwährenden Quengeleien der Pächter aus dem Wege zu gehen und sie beabsichtige, der Oker nur Condenswasser zuzuführen, wogegen sich nichts erinnern lasse. Im Uebrigen könne es der Stadt einerlei sein, wer die Fischerei erhalte. Es liege ihm daran, noch zu constatiren, daß durch die Schritte, welche die Regierung gegen die oberhalb Braunschweigs gelegenen Zuckerfabriken gethan habe, das Okerwasser bedeutend besser geworden sei und daß auch das Wasser unterhalb der Stadt seit der Zeit sich erheblich gebessert habe. Da dieses Wasser aber nur durch die Zuckerfabrik Eichthal ver schlechtern werden könne, so lasse sich auch für die Zukunft das Beste erhoffen. Auch der Fischereibestand in der Oker habe sich jetzt bedeutend gehoben und es wäre recht gut, wenn man den Fischen etwas mehr Interesse zuwenden und die Fischerei noch weiter in die Höhe bringen wollte, weil die Fische ein vorzügliches Volksnahrungsmittel seien.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

X. Erhöhung bezw. Nachverwilligung von Mitteln für Bibliothekszwecke.

Der Stadtarchivar Hänßelmann hat gebeten, die Etatsposition für die Bibliothek vom 1. April 1900 ab auf 4000 M jährlich zu erhöhen und zur Deckung des sich im laufenden Jahre ergebenden Fehlbetrages die Summe von 2500 M nachzuverwilligen. Dem Ersuchen des Magistrates, diesen Anträgen zu entsprechen, stimmt Herr Blasius namens der Statutencommission zu.

Herr Hauswaldt bittet, solche Nachforderungen möglichst zu vermeiden und sich in den Ausgaben dem Etat anzuschließen, da Nachverwilligungen immer unangenehmer Art seien.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß das Vorgehen des Stadtarchivars auch vom Magistrate durchaus nicht gebilligt werde, und der Magistrat dieser Ansicht in dem Antwortschreiben an den Stadtarchivar in nicht mißzuverstehender Weise Ausdruck gegeben habe. Uebrigens sehe man einem so gelehrten Herrn

die Ueberschreitung des Stats wohl noch am ersten nach, beim Magistrate komme das ja nicht vor.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XI. Verkauf einer Fläche des Rathhausgrundstücks.

Dem Antrage des Schirmfabrikanten Seger, ihm eine hinter seinem Grundstücke gelegene 22 qm große Theilfläche des Rathhausgrundstücks zum Einheitspreise von 130 M käuflich zu überlassen, ersucht der Magistrat zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, und nach Empfehlung durch Herrn Rieke geschieht,

XII. Erwerb einer Fläche zur Stobenstraße.

Von dem Grundstücke der Firma Martinus & Co. sind der Stobenstraße 3,6 qm zuzulegen. Auf Antrag des Magistrates beschließt die Versammlung, diese Fläche zum Gesamtpreise von 600 M anzukaufen,

nachdem der Antrag von Herrn Rieke namens der Baucommission unterstützt worden war.

XIII. Miethen für einige Räume im Rathhause.

Die Gemeinde Kirchencasse hat für die dem Stadtkirchenbuchamte und der Friedhofserpediton im Rathhause überwiesenen Zimmer **Nr** 52—54 eine angemessene Miethen und zugleich eine Entschädigung für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Zimmer zu zahlen. Dem Antrage des Magistrates, die Gesamtentschädigung auf 900 M jährlich festzustellen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wolters berichtet.

XIV. Reinigungskosten für die Räume des Rathhauses.

Nachdem der Magistrat die Anordnung und Ueberwachung der Reinigung sämtlicher Räume des Rathhauses dem Magistrate'sdiener Henze übertragen hat, wird die Versammlung ersucht, die Kosten dieser Reinigung nebst deren Ueberwachung mit jährlich 7000 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wolters berichtet, geschieht.

XV. Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen.

Der Pächter der Eisenbüttler Mühlen, dessen Pachtzeit am 1. April 1900 abläuft, hat beantragt, ihm die Mühlen auf längere Zeit zu überlassen, weil durchgreifende Reparaturen dringend erforderlich seien, welche er bei längerzeitiger Pachtung auf seine Kosten ausführen lassen wolle. Da die Mühleneinrichtung indessen ganz veraltet ist und den jetzigen Anforderungen nicht mehr entspricht, so wird man über kurz oder lang der Frage näher treten müssen, ob das Mühlengrundstück nicht eine anderweitige Verwerthung finden könne, und hält es der Magistrat deshalb nicht für rathsam, sich auf längere Zeit die Hände zu binden. Es wird demnach beantragt, zu genehmigen, daß der Pachtvertrag gegen das bisherige Pachtgeld von jährlich 1000 M auf zwei Jahre, also bis 31. März 1902 verlängert werde.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

XVI. Petroleumlaternen an der Roßstraße.

Mehrere Anwohner des unteren Theiles der Roßstraße haben um Aufstellung von Laternen jenseits der Mühlenbauanstalt gebeten. Da der Magistrat das Bedürfnis hierzu anerkennt, so ersucht derselbe, die Aufstellung von vier Petroleumlaternen mit einem Kostenaufwande von 380 M zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Seele den Antrag namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

XVII. Verkauf von städtischem Terrain an der Pflegehaus- und Thomaestraße.

Bei der am 16. August 1899 vorgenommenen Versteigerung des am Zusammenstoß der Pflegehaus- und Thomaestraße gelegenen 15,42 a großen Bauplatzes hatte der Bauunternehmer Heinrich Bode das Höchstgebot mit 30 500 M abgegeben, welcher Preis jedoch von der Versammlung als zu gering bezeichnet wurde. Da sich Herr Bode jetzt bereit erklärt hat, für den Platz die Summe von 35 000 M zu zahlen, dieser Preis aber in der Sitzung vom 7. September 1899 als angemessen bezeichnet wurde, so ersucht der Magistrat, dem Verkaufe des Platzes für 35 000 M zuzustimmen.

Gleichzeitig hat der Schlachtermeister Kriegshoff um Ueberlassung einer an sein benachbartes Grundstück stoßenden Dreiecksfläche von 114 qm gebeten und sich bereit erklärt, einen Kaufpreis von 1752 M zu erlegen und auf die seinem Grundstücke

mit 4177,87 M zur Last gefallenen Straßentkosten, wegen deren Zahlung Krieghoff auf längere Zeit befristet ist, die Summe von 2400 M abzutragen. Wenn auch die Fläche für den Genannten einen höheren Werth haben muß, so giebt der Magistrat bei Lage der Umstände doch anheim, dieselbe an Krieghoff für den bezeichneten Preis zu überlassen.

Beide Anträge werden auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, angenommen.

XVIII. Wiederaufstellung eines Stallgebäudes auf dem städtischen Vorrathshofe.

Die Errichtung eines Gewerbeschulgebäudes auf dem Grundstück der ehemaligen Husarencajerne am Magnithore bedingt die Beseitigung der dort noch vorhandenen Stallgebäude, sowie der Reitbahn. Da der nördliche Stall bislang zur Unterbringung der Canalbaugeräthschaften und der im Freien nicht aufzubewahrenden Reubaumaterialien benutzt ist, so wird die Beschaffung eines neuen überdeckten Lagerraumes erforderlich. Nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung eignet sich dazu sowohl die überdeckte Reitbahn, als auch der nördliche Stallflügel und ist als Bauplatz der Lagerplatz am Westbahnhofe in Aussicht genommen. Mit Rücksicht auf die dortigen Raumverhältnisse empfiehlt der Magistrat die Wiederaufstellung des schmalen Stallgebäudes, welche einen Kostenaufwand von 18530 M erfordern würde. Da im laufenden Etat für diesen Zweck schon 12000 M ausgeworfen sind, so würden noch 6530 M in den nächstjährigen Etat einzustellen sein. Die Versammlung wird ersucht, der Wiederaufstellung des betreffenden Stallgebäudes auf dem Vorrathshofe am Westbahnhofe zuzustimmen.

Herr Bültmann beantragt namens der Baucommission, die Vorlage zu genehmigen.

Herr Lange möchte bitten, auch hieran die Bedingung zu knüpfen, daß das Gebäude nicht zu Kranken- und Lagerzwecken benutzt werden dürfe, wie das bei den früheren Gebäuden auf dem Westbahnhofe auch geschehen sei.

Herr Böschigt muß die Umbaufkosten von 18530 M für zu hoch halten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will auf die letztere Aeußerung erwidern, daß in der Summe von 18530 M etwa 6500 M für die Pflasterung der ganzen Umgebung des Schuppens enthalten seien, so daß für die Wiederaufstellung des Schuppens etwa 12000 M verbleiben würden. Diese Summe erscheine nicht zu hoch, wenn man berücksichtige, daß es sich um ein umfangreiches Gebäude handle, dessen Mauern nicht wieder verwendet werden könnten. Was nun die Verpflichtung

des Magistrates, die Gebäude des Vorrathshofes nicht zu Krankenzwecken verwenden zu wollen, anlange, so sei der Magistrat auf solche Verpflichtung nicht eingegangen, sondern es sei nur vereinbart worden, daß sich der Magistrat an die Versammlung wenden werde, sofern er die Benutzung der Gebäude zu dem angegebenen Zwecke für nöthig halte. Uebrigens würden sich in diesem Gebäude Kranke gar nicht unterbringen lassen, weil ihm Keller und Fußböden fehlen.

Darauf wird die Magistratsvorlage gutgeheißen
und die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 5^{1/2} Uhr.

1899/1900.N^o 11.

Bericht

über die

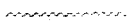
Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. Februar 1900.



Tagesordnung:

I. Aufhebung der Wache auf dem Andreasthurm	Seite 220
II. Entlastung der Direction der Licht- und Wasserwerke für 1898/99 zc. . .	" 221
III. Neueinrichtung für Bürgererschulclassen	" 222
IV. Kosten der Kirchenbaupläge für St. Johannis und St. Pauli.	" 222
V. Antrag Rieke und Ahmann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten	" 223
VI. Anschließung von Wohnhäusern auf Delper Feldmark an die Wasserleitung	" 228
VII. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 229
VIII. Terrainerwerb zur Ringstraße und zum Hohenstiege	" 229
IX. Geschäftsordnung und Kosten des städtischen Arbeitsamtes	" 229
X. Terrainaustausch an der Hildesheimerstraße.	" 230
XI. Terrainaustausch an der Mauernstraße	" 230
XII. Auswechselung der Gas- und Wasserrohre zc. in der Spohrstraße . . .	" 231
XIII. Statut, betr. die Bildung eines Gemeindevorstandes	" 231
XIV. Erwerb und Umbau der Warte Halle auf dem Kohlmarkt.	" 231
XV. Ergänzung des Ortsbauplanes der östlichen Außenstadt	" 235
XVI. Ausbau eines Theiles der Broitzemerstraße	" 236
XVII. Uebernahme der Beleuchtungskosten für einen Theil der Kaiser-Wilhelmstraße.	" 238



Am Magistratstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenbergr.

Entschuldigt die Herren Lupprian, Müller, Nieß, Seele und Wagner.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst bekannt, daß von der Firma Bannow & Schminke eine Eingabe in Betreff der Kaiserstraße eingegangen sei, welche er der Baucommission zur Vorberathung überweise. Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Aufhebung der Wache auf dem Andreasthurm.

In Folge Herrichtung der öffentlichen und privaten Feuermelder in der hiesigen Stadt, deren Zahl zur Zeit 131 beträgt, binnen Kurzem aber 153 betragen wird, ist nach der Ansicht des Magistrates die Thurmwatche für die Stadt selbst nahezu vollständig werthlos geworden, was namentlich auch aus einer vergleichenden Zusammenstellung der Leistungen der Thurmwatche und der Feuermelder hervorgeht. Aber auch für die im Umkreise von 7,5 km liegenden 36 Ortschaften, welchen die Stadt Feuerhülfe zu leisten hat, ist der Werth der Thurmwatche dadurch ziemlich hinfällig geworden, daß 23 von diesen Ortschaften Gelegenheit geboten ist, telephonisch oder telegraphisch hier Feuerhülfe anzufordern, wenn solches mit Rücksicht auf die eigenen Wehren überhaupt noch nöthig sein sollte. Da überdies die Wache nicht unwesentliche Unterhaltungskosten fordert, nebenbei auch, selbst bei aller Vorsicht, für den Thurm eine erhebliche Gefahr bildet und andererseits bei Ausbruch eines Feuers daselbst auf das Aeußerste gefährdet ist, so hält der Magistrat mit dem Kreisbranddirector und im Einverständniß der Herzoglichen Polizeidirection die Thurmwatche für überflüssig und ersucht, sich mit deren Aufhebung einverstanden zu erklären.

Wie Herr Lord berichtet, ist die Finanzcommission der Ansicht, daß die Aufhebung der Feuerwatche bei Lage der Verhältnisse nur empfohlen werden könne und die Commission daher bitte, der Vorlage zuzustimmen. Nach dem Brande der Kreuzkirche in Dresden habe man eingesehen, daß zum Schutze der Wachleute gegen ein im Thurm etwa ausbrechendes Feuer etwas geschehen müsse und sei auch bereits ein zu 5000 M veranschlagtes Project ausgearbeitet worden, welches bei Aufhebung der Wache nicht zur Ausführung zu kommen brauche. Wie unzuverlässig überhaupt der Schutz der Stadt durch die Thurmwatche sei, gehe daraus hervor, daß in den 11 Jahren von 1888—1898 von der Thurmwatche nur 135 erste Feuermeldungen für das Stadtgebiet gekommen seien, von denen sich 98 als blinder Alarm herausgestellt haben. Aus der Umgebung der Stadt habe die Thurmwatche 21 Feuermeldungen gemacht, unter denen 11 auf blinden Alarm zurückgeführt seien. Von den bei der Feuerwehr gemeldeten 1686 Schadenfeuern sei in 778 Fällen

die Feuerwehr alarmirt worden und haben sich dabei 182 blinde Alarmmeldungen ergeben. Durch Boten seien 199 Feuermeldungen (darunter 29 Mal blinder Alarm) und durch die Feuermelder 444 Meldungen (darunter 55 Mal blinder Alarm) erstattet. 10 große, 20 mittlere und 63 kleinere Feuer (selbst den Brand der Fute-spinnerei) habe die Wache gar nicht bemerkt. Hieraus gehe zur Genüge hervor, daß die Beibehaltung der Wache durchaus nicht nothwendig sei.

Herr Bauermeister muß sich gegen die vollständige Aufhebung der Feuerwache erklären, da er sich zu erinnern wisse, daß dieselbe öfter gute Dienste geleistet habe. So z. B. habe die durch die Thurmwache alarmirte Feuerwehr bei dem Brande an der Weberstraße die Thür des Vorderhauses einschlagen müssen, um an den im Hinterhause wüthenden Brand kommen zu können. Namentlich bei großen Hinterhäusern könne die Wache gute Dienste leisten, wenn man den Ausbruch eines Feuers von der Straße aus nicht frühzeitig genug zu bemerken vermöge. Aehnlich liege es in der Außenstadt, wo die Feuermelder noch weiter von einander entfernt liegen und ein Feuer daher nicht so schnell gemeldet werden könne. Deshalb schlage er vor, die Wache des Nachts noch ferner beziehen zu lassen, für den Tag aber aufzuheben. In dieser Einrichtung würde auch keine Schädigung für die Mannschaften liegen, da es nicht schlimm sei, wenn der einzelne Wachmann alle 10—12 Tage einmal eine Nacht durch wachen müsse. Was die Gefährlichkeit des Aufenthaltes auf dem Andreasthurm anlange, so sei in 25 Jahren nichts vorgekommen und werde man wohl auch in Zukunft davor bewahrt bleiben.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

II. Entlastung der Direction der Licht- und Wasserwerke für 1898/99 u.

Unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerkes und der Neustadtmühle für das Finanzjahr 1898/99 berichtet Herr Hauswaldt, daß zunächst die Rechnung des Gaswerkes zu Bedenken keinen Anlaß gebe. Die von der Direction des Werkes gehegte Befürchtung, es werde der Verbrauch des Gases zurückgehen, habe sich erfreulicherweise nicht erfüllt, indem sogar ein Mehrverbrauch gegenüber dem Voranschlage zu constatiren sei. Die ganzen Fabrikanlagen ständen heute nur noch mit 1486 738 M zu Buche, so daß man auch hiermit zufrieden sein könne. Beantragt werde, von dem Gewinn- und Verlustconto 76000 M auf den Reservefonds zu übertragen.

Auch das Wasserwerk habe besser gearbeitet, als beim Etatsvoranschlage angenommen sei. Da der Betriebsfonds von 60000 M entschieden zu gering sei, so sollen im nächsten Jahre vom Gewinne Verstärkungen zum Betriebsfonds vorgesehen werden. Mit Rücksicht auf den Beschluß der Versammlung vom 5. October 1899 — Seite 142 des Berichts —, nach welchem der Magistrat ersucht worden

sei, das Privateinrichtungsconto nach Möglichkeit einzuschränken, habe er Veranlassung genommen, auf diesen Geschäftszweig sein besonderes Augenmerk zu richten und dabei festgestellt, daß in den beiden letzten Jahren eine erhebliche Einschränkung nicht stattgefunden habe. Es bestehe bei der Deputation und auch beim Magistrat nicht der Wunsch, einer Einschränkung im größeren Maße zu entsprechen, weshalb er gebeten habe, den hiesigen Installateuren wenigstens dadurch entgegenzukommen, daß man städtischerseits bei Abschätzungen und Kostenanschlägen scharf scheide zwischen den Kosten, welche vom Hauptrohre bis in das Haus und von hier ab innerhalb des Hauses entstehen. Nach der Mittheilung von Installateuren lasse sich bei solchem Verfahren die Privatconcurrentz leichter ermöglichen. Von dem Magistrat und der Deputation sei ihm zugesagt worden, daß man der Sache nähertreten werde.

In Bezug auf die Neustadtmühle sei der Wunsch geäußert worden, in Zukunft nicht nur eine Gewinn- und Verlustrechnung, sondern auch einen Ueberblick über die gesammte Geschäftsthätigkeit und eine Bilanz vorzulegen, damit sich auch diese controliren lasse, welchem Wunsche entsprochen werden solle.

Der Antrag der Finanzcommission gehe dahin, der Uebertragung der 76 000 M aus dem Gewinn- und Verlustconto des Gaswerkes auf den Reservefonds zuzustimmen und die Direction der Licht- und Wasserwerke in Bezug auf die Rechnungslegung für 1898/99 zu entlasten.

Herr Stadtrath Haake will bemerken, daß die Direction der Licht- und Wasserwerke angewiesen sei, streng darauf zu halten, daß nur solche Arbeiten ausgeführt werden, welche die Interessenten fordern.

Der Antrag der Finanzcommission gelangt sodann zur Annahme.

III. Neueinrichtung von Bürgerschulclassen.

Für das kommende neue Schuljahr sind 3 Classen in den mittleren und 8 in den unteren Bürgerschulen neu einzurichten und werden dazu 7 provisorische Lehrer und 4 provisorische Lehrerinnen erforderlich. Der Magistrat ersucht, für jede Lehrkraft 1200 M, für den Transport von Mobiliar und für die aller- nothwendigsten Einrichtungskosten 400 M, sowie für die Beschaffung von Unterrichtsmitteln 100 M zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Kolte be- richtet, geschieht.

IV. Kosten der Kirchenbaupläze für St. Johannis und St. Pauli.

Zum Zwecke einer Auseinandersetzung zwischen der Stadthauptcasse und dem Kirchencassen-Collegium wegen Deckung der durch den Erwerb von Kirchenbaupläzen für die Gemeinden St. Johannis und St. Pauli erwachsenen, einstweilen aus der Stadthauptcasse bestrittenen Kosten von 77 010 M + 53 130 M

= 130 140 M bringt der Magistrat in Vorschlag, ihn zum Abschlusse eines Darlehensvertrages mit dem Kirchencassen-Collegium auf folgender Grundlage zu ermächtigen: Die Stadtgemeinde gewährt aus der Cämmereicasse dem Kirchencassen-Collegium zur Bestreitung der Kosten der beiden Kirchenbauplätze auf den Credit der Gemeinde Kirchencasse ein Darlehn von baar 130 140 M zum Nennwerthe von 140 000 M gegen urkundliche Verpflichtung, dieses Darlehn im angegebenen Nennwerthe vom 2. Januar d. Js. ab aus der Gemeinde Kirchencasse mit jährlich $3\frac{1}{2}\%$ zu verzinsen und mit jährlich $\frac{1}{2}\%$ und den dadurch ersparten Zinsen vom Jahre 1905 an gerechnet zu tilgen. Bei dem Ausbau der den Kirchenbauplatz für die Johannisgemeinde umgebenden Straßen wird dem Kirchencassen-Collegium der Werth der zu denselben erforderlichen Theilflächen dieses Bauplatzes nach dem Selbstkostenpreise von 15 M pro qm erstattet, bezw. auf die Straßenbaukosten in Anrechnung gebracht.

Namens der Finanzcommission berichtet Herr Hauswaldt, daß es sich für die Versammlung nur darum handeln könne, der Vorlage in Consequenz eines früheren Beschlusses zuzustimmen, da die politische Gemeinde verpflichtet sei, die Geldmittel für die Kirchengemeinden aufzubringen. Die Commission schlägt deshalb vor, die Magistratsvorlage zu genehmigen. Dabei wolle er erwähnen, daß seitens des Theiles der Bürgerschaft, welcher die Verhältnisse nicht verstehe, vielfach der Vorwurf gegen die Versammlung erhoben werde, als ob derselben die Vertrödelung oder richtiger gesagt Verzögerung des Baues der Johanniskirche zur Last falle. Im Interesse der Versammlung möchte er daher direct erklären, daß von ihrer Seite Alles geschehen sei, um den Bau nach Möglichkeit zu fördern und sie daher an der Verzögerung keine Schuld trage. Gleichzeitig wolle er aber auch vor dem Optimismus warnen, daß der Bau durch diese Vorlage vielleicht beschleunigt werden könnte, denn die Vorlage habe damit gar nichts zu thun. Jedenfalls sei die Versammlung nicht in der Lage, auf die Beschleunigung des Baues einwirken zu können.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

V. Antrag Riecke und Mann: Aufbesserung des Einkommens verschiedener Bediensteten.

Ueber den in der Sitzung vom 30. November 1899 — Seite 204 des Berichts — gestellten Antrag, nach welchem der Magistrat ersucht werden sollte, die Gehälter bezw. Löhne der Gascontroleure, der städtischen Wegewärter und der gesammten städtischen Arbeiter entsprechend aufzubessern, berichtet namens der Finanzcommission Herr Wolters: Auf Grund einer vom Magistrate gelieferten Zusammenstellung der jetzt gezahlten Löhne sei der Antrag einer sehr eingehenden, mehrstündigen Prüfung unterzogen worden, jedoch habe man bei der Berathung

die Gehälter der Gascontroleure ausgeschieden, weil diese anderweitig eine Regelung erfahren. Was nun die einzelnen Kategorien von Arbeitern betreffe, so habe die Commission beschlossen, von der Prüfung der den Rieselgutarbeitern gezahlten Löhne einstweilen abzusehen, weil erst noch verschiedene landwirthschaftliche Verhältnisse durch die Deputation aufgeklärt werden müssen.

In Bezug auf die übrigen Arbeiterclassen sei man in der Commission der Meinung gewesen, daß die Bezahlung derselben bisher nicht nur eine ausreichende, sondern darüber hinausgehend eine durchweg sehr gute genannt werden könne. Besonders in den industriellen Betrieben der Stadt würden Löhne gezahlt, welche in der Privatindustrie kaum, oder doch nur in den besten Betrieben möglich seien. Eine Erhöhung dieser Löhne habe man deshalb auch für das nächste Jahr nicht für angemessen erachten können und zwar um so weniger, als dieselben den in anderen Städten gezahlten Löhnen vollständig entsprächen. Dazu komme noch der Umstand, daß, unabhängig von dem Antrage, in verschiedenen Abtheilungen des nächstjährigen Etats eine Lohnerhöhung vom Magistrat ohnehin vorgesehen sei und zwar im Wesentlichen bei den Fahrern des Straßenreinigungsinstitutes und bei den Arbeitern der städtischen Bauabtheilungen, während die Arbeiterlöhne bei den Licht- und Wasserwerken schon in den letzten Jahren erhöht worden seien. Da man nun in der Commission nicht der Ansicht gewesen sei, durchgehends eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen, sondern es für angemessen gehalten werde, die Arbeit mehr nach ihrem Werthe zu bezahlen, so empfehle die Commission, dem Antrage im Allgemeinen nicht zuzustimmen, vielmehr den Magistrat nur zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht für die Hilfsarbeiter der städtischen Wegewärter und für die Arbeiter beim Straßenneubau eine Erhöhung des bisherigen Höchstlohnsatzes stattfinden könne, von einer Entscheidung über die Erhöhung der Löhne für die Rieselgutarbeiter aber zunächst noch abzusehen.

Herrn Riefe ist es nicht verständlich, weshalb bei der allgemeinen Erhöhung der Beamten- und Lehrgelöhne nicht auch die Gehälter der Gascontroleure mit berücksichtigt seien, jedoch lasse sich erwarten, daß dieses noch nachgeholt werde. Wenn man die Erhöhung der Beamtengehälter als nothwendig anerkannt habe, so müßten selbstredend auch die städtischen Arbeiter so entlohnt werden, wie die betreffenden Beamtenkategorien solches erheischten und das sei z. B. nicht der Fall. Unter den heutigen Verhältnissen müßten die Arbeiter ein Jahreseinkommen von mindestens 900 M. haben, wenn sie den Anforderungen an Lebensunterhalt und Miete gerecht werden wollten, denn unter 180 M. könne man keine annehmbare Wohnung erhalten und mehr als 20 % des Einkommens dürfe für die Miete nicht verloren gehen, wenn die Familie nicht Schaden leiden solle. Dem gegenüber zahle aber die Stadt beim Straßenbau Tagelöhne von 2,25 M., 2,50 M. und 2,70 M., welche einem Jahreseinkommen von 675 M., 750 M. und 810 M. entsprächen und daher als ausreichend nicht anerkannt werden könnten. Wenn man aus Gründen

der Humanität halbinvalide Arbeiter für niedrigere Lohnsätze beschäftigen, so sei dagegen nichts zu erinnern, aber den gesunden, kräftigen Arbeitern müßten höhere Lohnsätze gezahlt werden. Dagegen habe er keine Veranlassung für die Aufbesserung der Löhne für die Straßengehrer und Feuerwehrleute einzutreten, auch habe er sich um die Löhne der Rieselgutarbeiter nicht bekümmert. Für ihn handle es sich hauptsächlich um die Kategorie der Gascontroleure, der städtischen Wegewärter und deren Hilfsarbeiter, der Arbeiter beim Straßenbau, der Fahrer des Fuhrparkes und der bei den Schulen thätigen Heizer, welche bei dem Magistrate um eine Lohnerhöhung vorstellig geworden seien. Außerdem möchte er für die am allerschlechtesten bezahlten Arbeiter, nämlich die Friedhofsarbeiter, eintreten, und wenn die städtischen Behörden auch ein Verfügungsrecht über deren Lohnsätze nicht besäßen, so bitte er doch, bei der Deputation dahin vorstellig zu werden, daß diese Sätze aufgebessert würden. Man müsse zugeben, daß der Bildungsgrad der Arbeiter zunehme, jemeher man diesen in den Stand setze, etwas für seine Bildung zu thun. Wenn aber heute dieser und jener Unternehmer bekannt mache, daß er so und so viel Dividende bezahle, so sei es erklärlich, wenn sich der Arbeiter sage, daß auch er seinen Antheil an dem Gewinne habe, da auch ein Theil seiner Leistung darin stecke. Wenn solchen Wünschen nicht Rechnung getragen werde, so müsse es der Arbeiter auf einen Kampf ankommen lassen und seine Forderung zu erzwingen suchen. Es sei dieses geradezu als ein Fortschritt zu bezeichnen, da hierdurch das Standesinteresse des Arbeiters mehr und mehr gefördert werde, und brauche man auf Charaktere, welche in moralischer Beziehung noch zurück seien, keine Rücksicht zu nehmen. Um nun die Interessen aller Classen, auch der Arbeiter, zu wahren, eruche er, dafür einzutreten, daß denselben entsprechende Lohnsätze gezahlt werden.

Herr Brückmann ist der Ansicht, daß die Antragsteller bei ihrem Bestreben, die Lohnverhältnisse der Arbeiter zu bessern, in der Versammlung stets Entgegenkommen gefunden haben, sobald man sich überzeugt habe, daß solche Aufbesserungen nothwendig seien. Dem Commissionsantrage vermöge er in dem vorliegenden Falle indessen nicht zuzustimmen, weil ihm und wohl auch den übrigen Mitgliedern der Versammlung die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter nicht genügend bekannt seien. Deshalb bitte er, die Sache noch einmal an die Commission zurückzuverweisen, damit diese in den Stand gesetzt werde, der Versammlung die erforderliche Aufklärung zu geben.

Herr Wolters muß diesen Vorschlag für unnöthig halten, da die Commission schon heute in der Lage sei, über die Lohnverhältnisse Auskunft zu erteilen. In Bezug auf eine Aeußerung des Herrn Riese wolle er zunächst mittheilen, daß ein Lohnsatz von 2,25 M für die Hilfsarbeiter der Wegewärter gar nicht bestehe, sondern die niedrigste Stufe derselben 2,35 M betrage und nur 6 Mann dieser Gehaltsstufe angehören, während 18 Mann je 2,50 M und 17 Mann je 2,60 M Lohn erhalten. Von den Wegewärtern selbst bezögen 18 Mann einen Lohnsatz von

2,70 M und nur 2 Mann 2,50 M, außerdem bekäme aber jeder Wegewärter 46,20 M jährlich für seine Dienstkleidung. Die Bezahlung der Arbeiter bei den Straßenbauten verhalte sich folgendermaßen: 32 Mann erhielten 2,40 M, 17 Mann 2,50 M, 9 Mann 2,70 M, 7 Mann 2,60 M und 3 Mann 2,25 M, während von den Vorarbeitern 2 Mann 4,50 M, 1 Mann 3,50 M und 1 Mann 3,20 M bezögen. Den Hilfsarbeitern der Wegewärter werde von der Stadt außerdem das Werkzeug vorgehalten. Aus einer ebenfalls vorliegenden Zusammenstellung der Löhne in 40 Städten Deutschlands und der Schweiz gehe ferner hervor, daß sich die Löhne in anderen Städten mit den hiesigen im Jahre 1899 fast vollständig deckten. Aus allen den vorgebrachten Gründen glaube er, daß eine wesentliche Lohnerhöhung hier nicht mehr vorgenommen werden könne.

Herr Hauswaldt hat die Empfindung, daß die beiden Antragsteller mit der Finanzcommission bis auf einen principiellen Unterschied einverstanden seien und dieser im Folgenden bestehe: Die Finanzcommission wünsche den untersten Lohnsatz von 2,25 M, welcher allerdings sehr niedrig sei und unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht ausreichen würde, beizubehalten, weil dieser Lohnsatz nicht gezahlt werde an Arbeiter, welche sich im Besitze der Vollkraft ihrer Jahre befinden, sondern an alte invalide Arbeiter, welche beim Straßenbau, im Bürgerparke und beim Straßenreinigen noch Beschäftigung finden. Nach der Ansicht der Commission würde es verkehrt sein, den niedrigen Lohnsatz in Wegfall zu bringen, weil man sich sonst für volle Lohnsätze auch volle Arbeitskräfte aussuchen würde und die vielen alten invaliden Leute, welche gern ihren kärglichen Lohn noch weiter verdienen wollen, dann der Armenverwaltung zur Last fallen müßten. Wenn man sich auch in die Thätigkeit der Deputationen nicht einmischen und ihnen vorschreiben könne, welche Arbeiter sie annehmen sollen, so empfehle es sich doch, denselben anheimzugeben, einen höheren Höchstlohnsatz als bisher zu zahlen und dabei die Qualität der einzelnen Arbeiter zu berücksichtigen. Geschehe dieses, so habe man sowohl für die tüchtigen, kräftigen Arbeiter, als auch für die invaliden Arbeiter nach Möglichkeit gesorgt.

Herr Abmann will sich den Ausführungen des Herrn Brückmann anschließen, da auch er glaube, daß die große Mehrzahl in der Versammlung nicht wisse, welche Löhne von der Stadt gezahlt werden. Wie man bei den Gehaltserhöhungen der Lehrer und Beamten eine Uebersicht über die gezahlten Gehaltsätze aufgestellt habe, hätte dieses auch hier geschehen müssen, da das Wohl und Wehe der Arbeiter den Stadtoberordneten ebenso am Herzen liegen müsse, wie bei den Lehrern und Beamten. Gegenüber einer Aeußerung des Referenten, daß die Commission die Erhöhung der Mindestlohnsätze ablehnen und eine Bezahlung nach der Qualität der Arbeiter wünsche, wolle er bemerken, daß auch den Antragstellern nicht eingefallen sei, eine Gleichmacherei der Arbeitslöhne anzustreben und den faulen und untüchtigen Arbeitern ebenso viel wie den fleißigen Arbeitern zu zahlen. Wenn aber Herr Hauswaldt

meine, daß man die älteren Arbeiter aus purer Humanität für 2,25 M beschäftigen und diese bei Erhöhung des Mindestlohnsatzes entlassen werden würden, so erscheine es ihm doch sonderbar, daß die Stadt solche Grundsätze aufstellen wolle, da es dieser unmöglich schwer fallen könne, 30—40 M Lohn für jeden der wenigen älteren Arbeiter mehr zu bezahlen. Auch verstehe er nicht, daß Herr Hauswaldt eine Einmischung der Versammlung in die Arbeiterverhältnisse der Deputationen für unangebracht halte, da die höchsten städtischen Behörden Magistrat und Stadtverordnetenversammlung seien und die Deputationen von diesen ihre Directiven zu erhalten haben. Die Deputationen könnten sich daher durchaus nicht beleidigt fühlen, wenn Magistrat und Versammlung beschließen würden, ihnen aufzugeben, ihren Arbeitern höhere Löhne zu zahlen und trotzdem die älteren Arbeiter nicht zu entlassen. In Bezug auf die noch besonders zu behandelnden Gehaltsaufbesserungen der Gascontroleure gebe er der Commission eine wohlwollende Prüfung anheim und bemerke, daß diese Beamten etwa vor einem Jahre an den Magistrat ein Gesuch um Gehaltserhöhung eingereicht haben. Schließlich wolle er noch hervorheben, daß den Antragstellern fern gelegen habe, mit dem Antrage eine Gleichmacherei oder einen agitatorischen Zweck zu verfolgen.

Herr Ebeling möchte darauf hinweisen, daß die Rieselfeldarbeiter neben ihren Baarbezügen noch eine Anzahl Emolumente beziehen, deren Werth sich nicht ohne Weiteres bemessen lasse, und daß diese Leute mit ihren Bezügen durchaus zufrieden seien.

Herr Brückmann will nach den vom Referenten gemachten Mittheilungen seinen Antrag zurückziehen, da er sich überzeugt habe, daß die von der Stadt gezahlten Löhne den Verhältnissen entsprächen. Auch die Löhne der älteren, invaliden Arbeiter seien so hoch, wie sie keine Privatindustrie bezahlen könne. Durch die heutigen Verhandlungen werde seiner Ueberzeugung nach bei den sämtlichen städtischen Arbeitern eine gewisse Beruhigung eintreten.

Herr Jüdel ist der Meinung, daß durch die Annahme des Commissionsantrages auch die einzelnen Deputationen einen Hinweis erhalten würden, daß sie berechtigt seien, für tüchtige, fleißige Arbeiter den höheren Lohnsatz zu bewilligen. Eine Erhöhung des Minimallohnsatzes müßte nothwendig das Verhältniß der minderwerthigen Arbeiter zu den fleißigen und tüchtigen Arbeitern ohne jeden Grund verschieben und das sei zu vermeiden. Er bitte deshalb um Annahme des Commissionsantrages.

Herr Kiefe will noch einmal hervorheben, daß der Antrag sich auf die Rieselgutarbeiter nicht mit bezogen habe, da deren Einkommensverhältnisse ihm nicht bekannt gewesen seien. Wenn die Begewärter einen Lohn von etwa 780 M und 46 M für Uniform erhielten, so entspreche dieses Einkommen immer noch nicht dem Betrage, welchen er für nothwendig halte. Daß der Antrag gerecht-

fertigt sei, gehe auch schon daraus hervor, daß der Magistrat, unabhängig von demselben, verschiedene Lohnerhöhungen in den nächstjährigen Etat eingestellt habe. Jedenfalls dürfe man aber unter ein paar alten Leuten nicht das Groß leiden lassen und solle lieber den alten Invaliden, unter denen, sich auch hier und da noch ein Unicum finde, welches man beschäftige, um es nicht zum Spott der Mitmenschen herumlaufen zu lassen, einige Groschen mehr geben, um diese nicht auch kräftigen Leuten vorenthalten zu müssen. So z. B. müsse ein gesunder Arbeiter bei dem Chausseebau täglich 3 M. verdienen, das wisse er aus eigener Erfahrung und deshalb gebe er anheim, den Magistrat zu ersuchen, die Deputation anzuweisen, daß die Lage der ihnen unterstellten Arbeiter baldmöglichst aufgebessert werde, wie dies bei den Beamten und Lehrern auch geschehen sei. Der Glaube, die Socialdemokraten wollten theilen, herrsche wohl nur noch bei nicht ganz normal veranlagten Leuten und deshalb wolle er hierauf nicht mehr näher eingehen.

Herr Hauswaldt bittet nochmals um Genehmigung des Commissionsantrages. In dem Antrage, die Löhne der sämtlichen städtischen Arbeiter aufzubessern, liege unter allen Umständen eine bittere Kritik gegenüber unserer städtischen Verwaltung, und habe die Commission den Eindruck gehabt, daß eine solche Kritik der städtischen Verwaltung gegenüber nicht am Platze gewesen sei, weil die von der Stadt gezahlten Löhne als gut und auskömmlich bezeichnet werden müßten. Da die hier gepflogene Debatte für die Außenwelt mit berechnet sei, so erscheine es zweckmäßig, zu constatiren, daß die Versammlung keinen Tadel in Bezug auf die Lohnzahlungen gegenüber der städtischen Verwaltung auszusprechen habe. Im großen Ganzen habe die Commission den Eindruck gewonnen, daß in dieser Hinsicht auch für die Zukunft hier Alles werde gethan werden, was nur möglich sei.

Der Antrag der Finanzcommission wird hierauf angenommen.

VI. Anschließung von Wohnhäusern auf Oelper Feldmark an die Wasserleitung.

Die Braunschweigische Actiengesellschaft für Fute- und Flachsendustrie hat beantragt, ihre an der Gellerstraße auf Oelper Feldmark gelegenen Wohnhäuser an die städtische Wasserleitung anzuschließen. Der Magistrat trägt keine Bedenken, dem Antrage zu willfahren und giebt anheim, die Zuführung von Wasser unter folgenden Bedingungen zu genehmigen: Die Lieferung erfolgt unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs zu den regulationsmäßigen Preisen und die Anschlußleitung wird bis 1 m hinter den aufzustellenden Wassermesser auf Kosten der Antragstellerin ausgeführt.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

VII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Gemäß dem Antrage des Herrn Vorsitzenden wird das Gesuch der Wittve des Schuhmachers Rohde um Erlaß der Steuer für einen Ziehund genehmigt, während die Gesuche des Maurers Wilhelm Zapfe und des Schlossers Gustav Scheer um Erlaß der Steuer für einen Wachhund verworfen werden.

VIII. Terrainerwerb zur Ringstraße und zum Hohenstiege.

Dem Antrage der Versammlung vom 16. Februar 1899 entsprechend, ist der Magistrat wegen Ausbaues der Ringstraße zwischen Kreuzstraße und Madamenweg mit den Essen'schen Erben und dem Maurer Julius Köhler in Verhandlung getreten und hat ein Abkommen dahin erzielt, daß das für die Straße erforderliche Terrain vorläufig der Stadt unentgeltlich abgetreten, den Genannten aber bei Feststellung der Straßenkosten mit 12 M pro qm gut gerechnet werde. Außerdem haben die Essen'schen Erben noch eine 120 qm haltende, zur Verlängerung des Hohenstieges erforderliche Grundfläche unter den gleichen Bedingungen abgetreten. Da die Preise als angemessen zu bezeichnen sind, so ersucht der Magistrat, dem abgeschlossenen Verträge zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bauernmeister berichtet, geschieht.

IX. Geschäftsordnung und Kosten des städtischen Arbeitsamtes.

Nachdem der nöthige Raum für die mit der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichtes zu verbindenden Geschäfte der Arbeitsvermittlung im neuen Rathhause gewonnen ist, beabsichtigt der Magistrat am 1. April d. J. auf Grund der in der Versammlung vom 22. April 1897 genehmigten Vorschriften, betreffend das städtische Arbeitsamt, mit dem Nachweise von Arbeit zu beginnen. Zu diesem Zwecke legt derselbe einen Entwurf der Geschäftsordnung des Arbeitsamtes mit dem Bemerken vor, daß dieselbe im Wesentlichen gemäß den Vorschlägen des für diese Angelegenheit eingesetzten Gewerbegerichts-Ausschusses aufgestellt worden sei. Die Kosten des Arbeitsamtes werden sich auf etwa 1800 M jährlich belaufen und setzen sich zusammen aus 1250 M für einen Hülfschreiber, 400 M für Druckkosten, 100 M für Gebühren der Beisitzer und 50 M für Verschiedenes. Der Versammlung wird anheimgegeben, die Geschäftsordnung zu genehmigen und sich mit der Einstellung der 1800 M in den nächstjährigen Stadthaushaltsplan einverstanden zu erklären.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff empfehlen, die Geschäftsordnung in der vorliegenden Fassung gutzuheißen, sofern nicht ganz zwingende Bedenken dagegen geltend zu machen seien, da sie sich naturgemäß erst noch in der Praxis bewähren müsse und der Magistratsvertreter zugesagt habe, für die Be-

seitigung etwa zu Tage tretender Mängel sorgen zu wollen. Wenn auf einer Seite die Bedenken geäußert seien, es möchte für viele Arbeiter mit Rücksicht auf die Knappheit ihrer freien Zeit schwierig sein, das Arbeitsamt aufzusuchen, so solle dem gegenüber hervorgehoben werden, daß jeder Arbeiter das Recht habe, zu diesem Zwecke Urlaub zu beanspruchen. Gegen die §§. 1—3 des Entwurfes sei commissionsseitig nichts zu erinnern, jedoch beantrage die Commission zum §. 4, in die Meldefarten der Arbeitgeber die Worte „zu wann Arbeiter gesucht“ und in die Karten der Arbeitnehmer die Worte „zu wann Arbeit gesucht“ aufzunehmen. Weitere Aenderungen oder Ergänzungen habe die Commission nicht vorzuschlagen. Bemerkt solle noch werden, daß man beabsichtige, den Betheiligten in jeder Beziehung entgegenzukommen, ihnen z. B. die Ausfüllung der Meldefarten im Bureau zu erleichtern, resp. durch das Büreaupersonal besorgen zu lassen. Die Statutencommission empfehle, der Geschäftsordnung in der vorliegenden Fassung mit der erwähnten Ergänzung zuzustimmen,
 was ohne weitere Besprechung geschieht.

X. Terrainaustausch an der Hildesheimerstraße.

Der Tischlermeister Kronjäger beabsichtigt, seine an der Hildesheimerstraße gelegenen Grundstücke zu bebauen und hat in diesem Falle verschiedene Theilflächen derselben zur Verbreiterung der Hildesheimerstraße und zur Anlegung einer von dieser nach Süden abzweigenden Straße an die Stadt abzutreten, dafür aber auch einige der Stadt gehörige Flächen seinen Grundstücken zuzulegen. Es wird ersucht, den mit Kronjäger abgeschlossenen Vertrag, nach welchem die an denselben zu zahlende Entschädigung demnächst mit den Straßenkosten verrechnet und nach Verhältniß derjenigen Vergütung bemessen werden soll, welche die Stadt demnächst für die benachbarten, zur Straßenanlage erforderlichen Flächen zahlen wird, zu genehmigen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Schmidt berichtet, entspricht.

XI. Terrainaustausch an der Mauernstraße.

Von dem Brückner'schen Grundstücke an der Mauernstraße sind der Straße zwei 1 qm große Flächen zuzulegen, während ihm 0,2 qm anzuschneiden sind. Der Magistrat ersucht, sich mit dem Ankaufe der überschießenden Fläche von 0,8 qm zum Preise von 40 M, sowie ferner damit einverstanden zu erklären, daß auf die Besitzergreifung der einen Theilfläche von 0,2 qm bis zur Neubebauung der angrenzenden Grundstückstheile verzichtet werde.

Die Vorlage wird auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, gutgeheißen,

XII. Auswechselung der Gas- und Wasserröhren etc. in der Spohrstraße.

Für die nothwendig gewordene Auswechselung der Gas- und Wasserröhren in der Spohrstraße, sowie für die Aufstellung von noch zwei Laternen und Hydranten werden vom Magistrate 3075 M. gefordert

und von der Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für die Herr Fiedel berichtet, bewilligt.

XIII. Statut, betr. die Bildung eines Gemeindewaisenrathes.

Das Herzogliche Staatsministerium hat Bedenken getragen, die von den städtischen Behörden beschlossene Organisation des Gemeindewaisenrathes gutzuheißen, weil dasselbe grundsätzlich auf dem Standpunkte steht, daß ein Gemeindewaisenrath die localen Unterlagen nicht gut entbehren könne. Da es dem Magistrate nicht gelungen ist, diese Bedenken völlig zu zerstreuen, hat er sich schließlich bereit erklärt, einem Vergleichsvorschlage zuzustimmen, dahingehend, daß Waisenrathsbezirke eingerichtet werden, daneben aber bestimmt wird, daß der einzelne Waisenrath die ihm einmal zugewiesene Vormundschaft auf alle Fälle bis zum Ablauf seiner Amtszeit beibehält und daß außerdem dem Magistrate das Recht eingeräumt wird, nach bestem Ermessen in dazu geeignet erscheinenden Fällen Vormundschaften einem anderen, als dem zuständigen Waisenrath zu übertragen. Dem Ersuchen des Magistrates, den durch diesen Vorschlag bedingten Aenderungen des Statuts zuzustimmen und dasselbe in der neuen Fassung zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Wolff, welcher namens der Statutencommission berichtet, zu.

XIV. Erwerb und Umbau der Wartehalle auf dem Kohlmarke.

Bei Vorlegung eines Projectes, betreffend die Einrichtung von Bedürfnisräumen in der ehemaligen Wartehalle auf dem Kohlmarke, giebt die städtische Bauverwaltung zur Erwägung anheim, das dort stehende Gebäude mit Rücksicht auf seine das Straßenbild in erheblichem Maße beeinträchtigende Größe zu beseitigen und dafür ein weniger stark wie die gedachte Wartehalle in die Erscheinung tretendes Häuschen zu errichten. Die Wartehalle könnte dann an einer anderen, geeigneteren Stelle, z. B. auf dem Leonhardsplatz oder im Bürgerparke mit verhältnißmäßig geringen Kosten wieder aufgebaut werden. Die etwa freibleibenden Theile der Halle würden eventuell zur Unterbringung von Geräthen, welche bei den Schulspielen auf dem Leonhardsplatz benutzt werden, dienen können. Sollte man die Halle aber, entgegen diesem Vorschlage, auf ihrem jetzigen Platz belassen wollen, so würden noch drei neue Pissoirbecken, drei Clojeträume für Frauen und zwei solche für Männer, sowie ein zweiter Eingang anzubringen sein, welche Aenderungen einen Aufwand von 3200 M. erforderten. Der Magistrat ist der Ansicht, daß sich eine Verlegung des Gebäudes an eine andere Stelle nicht

empfiehlt, vielmehr das von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagene Umbauproject auszuführen ist. Zu dem Zwecke wird die Stadt das Gebäude für den als mäßig zu bezeichnenden Preis von 400 M anzukaufen haben. Der Antrag des Magistrates geht dahin, das Umbauproject zu genehmigen, sowie den Kaufpreis für das Gebäude mit 400 M und die Kosten des Umbaues mit 3200 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht befindet sich die Baucommission bei dem der Versammlung zu unterbreitenden Antrage auf Genehmigung der Magistratsvorlage in sehr gedrückter Stimmung, nicht etwa aber veranlaßt durch die Erinnerung daran, daß dieses Gebäude einst der Knotenpunkt der hiesigen Pferdebahn gewesen sei (Seiterkeit), sondern weil dasselbe dem Kohlmarke thatsächlich nicht zur Bierreiche. Man habe zu berücksichtigen, daß auf dem Kohlmarke eine Bedürfnisanstalt verbleiben müsse und daß eine neue Anstalt etwa 8000 M kosten werde, während das jetzige Gebäude bei seinem Abbruche nur höchst kümmerliche Ueberreste ergeben würde. Eine solche Ausgabe erscheine aber der Baucommission zu hoch, weshalb sie um Genehmigung des Magistratsantrages ersuche.

Herr Meyerhoff steht auf dem Standpunkte, daß die jetzige Wartehalle den Kohlmarkt verunziere und deshalb beseitigt werden müsse, zumal er nicht annehme, dieselbe werde bei dem Abbruche ruinirt. Die Neuerrichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Kohlmarke halte er für überflüssig (Widerspruch), da sich in der Nähe drei Wirthschaften befänden, welche man nöthigenfalls aufsuchen könne. Für Fremde, die vom Bahnhofe kommen, brauche man auf dem Kohlmarke solche Anstalt nicht, da diese die Anstalt auf dem Bahnhofe benutzen können und die Einheimischen vermöchten auch ohne Anstalt an jener Stelle auszukommen. Außerdem vermisste er auch eine Statistik über die Benutzung der Anstalt am Kohlmarke, welche zur Beurtheilung der Bedarfsfrage nothwendig erscheine. Die Bedürfnisanstalt am Hagenmarke gereiche diesem ebenfalls nicht zum Schmucke und den Anwohnern nicht zur Freude, auch rentire sie sich nicht, denn man habe die Einnahmen einfach der Wartefrau überlassen, obwohl vorher angenommen sei, die Anstalt werde sich rentiren und amortisiren. Jetzt wolle man nun wieder für den Kohlmarkt 3600 M ausgeben und der Erfolg werde derselbe sein, wie bei der Anstalt am Hagenmarke. Ehe deshalb nicht das Material über den Werth und die Benutzung dieser Anstalten vorliege, könne er sich nur dazu verstehen, die 400 M für den Ankauf der Wartehalle zu bewilligen, müsse es aber ablehnen, für die Erweiterung derselben noch 3200 M zur Verfügung zu stellen, zumal die Erweiterung gegenüber der geforderten Geldsumme nur unbedeutend genannt werden könne. Er bitte deshalb, die Wartehalle für 400 M anzukaufen, sie aber dann in dem gegenwärtigen Zustande zu belassen.

Herr Böschigt muß die Anstalt auf dem Kohlmarke gegenüber Herrn Meyerhoff für sehr nothwendig halten, möchte aber dafür eintreten, daß das jetzige Gebäude beseitigt und an anderer Stelle wieder aufgebaut werde, da es den Platz verunziere. Wenn die Stadt Geld habe, das Demmer'sche Haus abzubrechen und an anderer Stelle wieder zu errichten, so könne sie auch schon aus Rücksicht auf die Anwohner für den Kohlmarkt etwas thun und dieses unschöne, viel zu hohe Gebäude niederlegen und durch ein niedrigeres, möglichst tiefer zu legendes Gebäude ersetzen, welches zweckmäßig mit einigem Buschwerk zu umgeben sei.

Herr Lange kann nicht verstehen, wie Herr Meyerhoff eine Bedürfnisanstalt auf dem Kohlmarke für überflüssig erklären könne. Wenn Herr Meyerhoff in den Wirthschaften am Kohlmarke so bekannt sei, daß er dieselben jederzeit betreten dürfe, um seine Bedürfnisse zu verrichten, so folge daraus noch nicht, daß auch andere Leute dazu berechtigt seien, wenigstens müsse er sich dafür bedanken. Jedenfalls seien auch die Frauen ausgeschlossen, davon Gebrauch zu machen und gerade für die Frauen seien diese Bedürfnisanstalten doch in erster Linie bestimmt. Wenn die Anstalt auf dem Hagenmarke nicht den in sie gesetzten Erwartungen entsprochen habe, so liege das einzig und allein an dem Plage, welchen sie erhalten habe. Wäre sie neben die Kirche gestellt, also an die verkehrreiche Passage, dann würde sie ganz anders benutzt worden sein, aber nach ihrem jetzigen abgelegenen Plage gehe kein Mensch hin. Die Fremden, welche hier auf dem Bahnhofe ankommen, benutzen die Anstalten des Bahnhofes meistens nicht, sondern sie empfinden ihr Bedürfnis oft erst dann, wenn sie ein Stück Weges durch die Stadt zurückgelegt haben, so daß auch für sie die Anstalt auf dem Kohlmarke große Bedeutung habe. Das hier vorliegende Umbauproject halte er nicht für zweckmäßig insofern, als statt der projectirten drei neuen Stände sehr gut deren fünf angebracht werden könnten, wie er das durch eine kleine Zeichnung dargethan habe, auch lasse sich leicht ein besonderer Eingang und ein besonderer Ausgang herrichten. Die Sache erscheine ihm dringend nothwendig, weshalb er um Annahme des Commissionsantrages bitte. Wenn das Gebäude nicht da wäre, würde er auch nicht dafür sein, dasselbe in seiner jetzigen Gestalt dahin zu stellen, da es aber einmal vorhanden sei und man für 3200 M. aus ihm eine brauchbare Bedürfnisanstalt mit 11 Ständen und 5 Closets schaffen könne, so sehe er nicht ein, weshalb das nicht geschehen solle. Genehmige die Versammlung den Antrag, so werde hinterher auch die Bürgerschaft ihr dankbar sein. Durch die Aufstellung einiger Bäume lasse sich der Platz der Anstalt auch noch wesentlich beleben und verschönen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will zunächst bemerken, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, die von Herrn Meyerhoff vermehrte Statistik über die Benutzung der Anstalt zu geben. Man habe die Anstalt auf dem Hagenmarke ursprünglich so eingerichtet, daß eine solche Statistik hätte geliefert werden können, aber hinterher habe die Versammlung beschlossen, den Wartefrauen die Einnahmen aus

der Anstalt zu belassen und so sei die Statistik nicht aufgenommen worden. Die gegen die Belassung der Warthalle auf dem Kohlmarke vorgebrachten Bedenken verstehe er insofern nicht, als der Magistrat der Sache erst auf entsprechenden Beschluß aus der Versammlung nähergetreten sei und bei der Berathung des damals von Herrn Lange gestellten Antrages sich Niemand für die Beseitigung des Gebäudes ausgesprochen habe. Auch die gegen die Halle vorgebrachten Gründe könne er nicht anerkennen. Wenn das Gebäude dort nicht stände, würde man vernuthlich ein solches Bauwerk für diesen Zweck nicht errichten, daß aber der Kohlmarkt so sehr darunter leide, könne er nicht zugeben. (Zustimmung.) Wesentlich spreche bei dieser Sache überhaupt die Finanzfrage mit. Wenn man das vorhandene Gebäude abreißen und vielleicht auf dem Leonhardsplatze wieder aufstellen wolle, so koste das 3000 bis 4000 M und man bekomme dazu ein Gebäude, welches für die Aufbewahrung von Spielgeräthen nicht einmal geeignet sei; außerdem müsse man dann aber noch 7000—8000 M für eine neue Bedürfnisanstalt am Kohlmarke aufwenden. Diesen erheblichen Aufwendungen gegenüber empfehle es sich doch wohl mehr, den Vorschlag des Magistrats anzunehmen.

Herr Meyerhoff muß nach wie vor für die Beseitigung des Gebäudes eintreten, da es den Gesamteindruck des Kohlmarktes störe und beeinträchtige. Die Anstalt auf dem Hagenmarke falle an ihrem jetzigen Platze nicht auf, würde sie in der Nähe des Heinrichsbrunnens stehen, müßte sie den Hagenmarkt nothgedrungen auch verschandflecken. Da man das Gebäude auf dem Kohlmarke jetzt für einen billigen Preis haben könne, so sei es an der Zeit, dasselbe zu beseitigen, denn ein so günstiger Zeitpunkt werde nie wieder kommen. Wolle man den Tempel aber da stehen lassen, so möge man wenigstens nicht noch 3200 M für eine Erweiterung der Bedürfnisanstalt aufwenden, sondern dieselbe in ihrem jetzigen Zustande belassen.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß das Gebäude, wenn es den Anwohnern des Kohlmarktes nicht gefalle, auch den Anwohnern jedes anderen Platzes der Stadt möglicherweise nicht gefallen werde. Habe er die Wahl, entweder 8000 M für eine neue Bedürfnisanstalt des Kohlmarktes auszugeben, oder das jetzige Gebäude auf seinem Platze unter Aufwendung von 3200 M zu belassen, so stimme er dem letzteren Vorschlage, unter entschiedener Bejahung der Bedürfnisfrage, zu. Bei dem Abbruche des Gebäudes werde man einzelne Theile desselben, z. B. das Dach, gar nicht wieder gebrauchen können, auch eigne sich das Gebäude nicht zur Unterbringung von Turngeräthen, während es an seinem jetzigen Platze dem Bedürfnisse noch vollständig genüge. Wenn Herr Meyerhoff Inhaber der Wirthschaften am Kohlmarke wäre, würde er die Leute, welche dort nichts weiter als ein Bedürfniß verrichten wollten, bald aus dem Hause bringen. (Widerspruch des Herrn Meyerhoff.) Gegen den Vorschlag, in der Umgebung des Gebäudes einige Bäumchen anzupflanzen, habe er nichts einzuwenden. Sobald man eine solche Anstalt an einen

frequenten Platz stellen wolle, werde Peter Morbio geschrien, wie sich das am Magnithore und auch am Hagenmarkte gezeigt habe, denn die Anstalt des letzteren Platzes gehöre an die Einmündung der Fallerleberstraße. Aus den angeführten Gründen bitte er um Genehmigung der Magistratsvorlage. Bedauern müsse er, daß die Frauen, denen man nun endlich auch zugesteh, Bedürfnisse zu haben, immer noch mit klingender Münze die Benutzung der Anstalten bezahlen müssen und ihnen nicht wenigstens einige Zellen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Eine Statistik könne Herr Meyerhoff leicht erhalten, wenn er bei den Kaufleuten am Kohlmarkte, vor dessen Läden die Marktfrauen häufig ständen, einmal Nachfrage halten wolle.

Herr Lösfigk tritt nochmals für die Beseitigung des Gebäudes ein und bittet, die Kosten für eine neue Anstalt nicht zu scheuen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage in allen Punkten genehmigt.

XV. Ergänzung des Ortsbauplanes der östlichen Außenstadt.

Ein Antrag des Tischlermeisters Metge, die Errichtung eines Wohngebäudes an der Bienenstraße zuzulassen, hat vom Stadtbauamte genehmigt werden müssen, weil Herr Metge sich bereit erklärte, das Gebäude mittels eines ordnungsmäßig befestigten und entwässerten 3 m breiten Zugangsweges von der Helmstedterstraße aus zugänglich zu machen. Trotz dieses Zugangsweges wird aber doch der Hauptzugangsweg zu diesem Gebäude fortan die Bienenstraße sein, wodurch die im Ortsbauplane vorgesehene Aufhebung dieser Straße allerdings sehr erschwert werden wird. Dieser Aufhebung steht auch noch der Umstand entgegen, daß das benachbarte Grundstück des Kohlenhändlers Schünemann nur von der Bienenstraße aus zugänglich ist; das Stadtbauamt hat daher im Einvernehmen mit der städtischen Bauverwaltung empfohlen, die Bienenstraße wenigstens theilweise als Nebenstraße beizubehalten und auszubauen. Das dieserhalb ausgearbeitete Project sieht neben Beibehaltung und theilweiser Verbreiterung der südlichen Theilstrecke der Bienenstraße die Aufnahme einer neuen Verbindungsstraße zwischen der verlängerten Herderstraße und der verlängerten Landstraße in den Ortsbauplan vor und ermöglicht dadurch eine vortheilhafte Ausnutzung der angrenzenden Flächen als Baupläze. Wenn auch gegen die Beibehaltung eines Theiles der Bienenstraße Bedenken vorliegen dürften, so empfiehlt der Magistrat doch, die Ergänzung des Ortsbauplanes in der ange deuteten Richtung zu genehmigen, da es sich bei der Bienenstraße thatsächlich nur um einen Nothbehelf handle.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, zugestimmt.

XVI. Ausbau eines Theiles der Broihemerstraße.

Für den Ausbau der Broihemerstraße zwischen der Goslarischenstraße und dem Altstadtringe sind im diesjährigen Stadthaushaltsplane 85 000 M. ausgeworfen. Hinsichtlich der zu dieser Straßenstrecke zu erwerbenden Grundflächen hat der Magistrat folgende Mittheilungen zu machen:

- 1) Die reformirte Gemeinde glaubt die zur Straße erforderliche 17 qm große Fläche ihres Friedhofes nicht entbehren zu können und wird mit Rücksicht auf den geringen Fußgängerverkehr an dieser Stelle anheimgegeben, die Grenzregulirung bis dahin zu verschieben, daß die reformirte Gemeinde den Friedhof neu einfriedigen werde.
- 2) Die Essen'schen Erben und der Fuhrherr Fricke fordern für die von ihnen abzutretenden Flächen von 250 qm und 70 qm einen Einheitspreis von 20 M., während die reformirte Gemeinde die Festsetzung des Preises für die abzutretenden 16 qm der Stadt überlassen hat.
- 3) Da die künftige Straßenflucht unmittelbar an das größere Essen'sche Wohnhaus angrenzen wird und der Deconom Essen für die hiermit verbundenen Ungutträglichkeiten verschiedene Entschädigungsansprüche erhoben hat, so wird weiter empfohlen, die Einfriedigung des Essen'schen Grundstückes, so lange das betr. Wohngebäude noch steht, nur so weit zurückzusehen, daß zwischen dieser und der Südostecke des Gebäudes ein Zwischenraum von 1,5 m verbleibt.
- 4) Das kleine Essen'sche Wohnhaus ragt um 3 m über die künftige Straßengrenze vor und kann daher nicht wohl beibehalten werden; da indeß die Essen'schen Erben Forderungen für das Gebäude stellen, welche weit über den Werth desselben hinausgehen, so empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrates, die von diesem, ebenso wie die von dem Fuhrherrn Fricke abzutretenden Flächen im Wege der Enteignung zu erwerben.

Das Straßenproject selbst hat dadurch eine Erweiterung erfahren, daß inzwischen der Altstadtring um 65 m weiter nach Westen verlegt ist, die Fortführung der unterirdischen Anlagen aber bis zur Einmündung der Ringstraße zweckmäßig erscheint. Indem der Magistrat das auf 100 000 M. veranschlagte Project nebst Kostenanschlag und Vertheilungsberechnung der Versammlung zur Genehmigung vorlegt, ersucht derselbe, der Einleitung des Enteignungsverfahrens in Ansehung der vom Fuhrherrn Fricke und von den Essen'schen Erben abzutretenden Flächen zuzustimmen, ferner ihn zu ermächtigen, die vom Ulrici-Friedhofe abzutretende Fläche zu demjenigen Einheitspreise anzukaufen, der für das benachbarte Essen'sche Land zugbilligt werden wird. Das Project wünscht der Magistrat jedoch nur mit der Maßgabe angenommen zu sehen, daß diejenigen

Flächen des Friedhofs der reformirten Gemeinde und des Essen'schen Grundstücks, auf die einstweilen stadtseitig verzichtet wird, erst später in Stand gesetzt werden.

Der Baucommission ist es nach dem Berichte des Herrn Bültemann schwer geworden, die so bedeutende Kosten erfordernde Magistratsvorlage zu befürworten, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Ausführung des Projectes werde jedoch anheimgegeben, derselben zuzustimmen. Persönlich habe er noch vorzutragen, daß ihn ein Vertreter der Actien-Ziegelfabrik gebeten habe, dafür einzutreten, daß die Broigemerstraße gemäß einer an den Magistrat gerichteten Eingabe bis zur Ueberfahrt der Landeseisenbahn in Stand gesetzt werden möchte, oder, wenn dieses nicht angängig, wenigstens der Fußweg, welcher bei schlechtem Wetter fast unpassirbar sei, bis dahin hergerichtet werden möchte. Vielleicht könnte dieser Wunsch dem Magistrate mit zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bittet, den letzteren Antrag des Herrn Bültemann abzulehnen, da sich die Durchführbarkeit der Wegeinstandsetzung nicht ohne Weiteres übersehen lasse. Das Gesuch der Actienziegelei sei erst vor zwei Tagen eingegangen und sofort der städtischen Bauverwaltung zur Berichterstattung zugeschrieben, aber naturgemäß noch nicht wieder zurückgekommen.

Herr Meyerhoff kann dazu mittheilen, daß ihm das betreffende Gesuch mit 300 Unterschriften überreicht sei und er dasselbe an den Magistrat weitergegeben habe. Die Verhältnisse auf dem Fußwege seien hauptsächlich deshalb so außerordentlich schlecht, weil die Chaussee höher liege, als der Fußweg und nun der ganze Schlamm von der Chaussee auf den Fußweg fließe. Wenn die Versammlung den Magistrat ersuche, sich dieser Sache wohlwollend anzunehmen, da der Weg von einer sehr großen Zahl von Arbeiterkindern benutzt werden müsse, so werde der Magistrat dem Ersuchen schon Folge geben. Vielleicht lasse sich auf dem Terrain des Grabens ein neuer Fußweg anlegen.

Herr Ebeling ist erfreut, daß der Magistrat nun endlich, nachdem das Project schon mehrere Male im Stadthaushaltsplan gestanden habe, mit der so nothwendigen Instandsetzung der Broigemerstraße vorgehen wolle. Die Zustände seien dort so trostlos, wie vor keinem anderen Thore und müsse man schon großes Talent entwickeln, um dort nur in das Thor hineinzukommen. Wenn sich auch annehmen lasse, daß der Ausbau der Broigemerstraße bis jetzt unterblieben sei, weil der Madamenweg so ungeheure Aufwendungen erfordert habe und es nicht angängig erschienen sei, gleich zwei Straßen im Westen der Stadt auszubauen, so müsse er doch bitten, nun endlich dem vorhandenen Nothstande abzuhelpen und auch die Straße möglichst bis zur Landeseisenbahn auszubauen. Es stehe hier kein Haus und kein Baum im Wege, auch sei kein Terrain abzutreten, so daß besondere Schwierigkeiten nicht entstehen können. Auch hätten die interessirten Etablissements jährlich 5000 M außerordentliche Beiträge für die Benutzung der Broigemerstraße zu

zahlen und außerdem müßten auch die Anlieger die auf sie entfallenden Beiträge zahlen. Unter Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse liege nicht nur eine moralische, sondern auch eine gesetzliche Verpflichtung vor, dort etwas zu thun. Der Westen der Stadt, welcher schon von der Natur nicht allzusehr begünstigt sei, dürfe nicht noch von der Stadtverwaltung zurückgesetzt werden, denn die Häuser entwertheten sich in der Gegend mehr und mehr, weil man nicht in das Hohethor hineinkommen könne. Die Chaussee sei dort so schlecht, daß die Bauern sich schon Steine mitgebracht und in die Löcher der Chaussee geworfen hätten, um nicht die Achsen an ihren Wagen zu brechen.

Da ein Antrag, daß von den Anliegern eingereichte Gesuch um Instandsetzung der Broitzemerstraße bis zur Landeseisenbahn dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht vorliegt, die stattgehabten Verhandlungen hierüber vielmehr nur als eine Anregung angesehen werden sollen, so ist nur über die Magistratsvorlage abzustimmen und wird dieselbe von der Versammlung genehmigt.

XVII. Uebernahme der Beleuchtungskosten für einen Theil der Kaiser-Wilhelmstraße.

Den Herren Till, Meyer und Severin, welche die Kaiser-Wilhelmstraße auf der Strecke zwischen der Ringstraße und dem freien Platze ausgebaut haben, sind die Kosten für die unterirdischen Anlagen und für die Straßenlaternen mit zusammen 12 645,³⁴ M bereits erstattet worden, auch werden von denselben schon seit längerer Zeit die durch die Abfuhr des Hauskehrichts entstehenden Kosten nicht mehr eingezogen. Die genannten Unternehmer haben gebeten, ihnen auch die Kosten der Unterhaltung der Straßenstrecke, event. aber wenigstens die Kosten der Straßenbeleuchtung abzunehmen. Wenn nun auch der Magistrat die vertragsmäßige Voraussetzung hierzu als vorliegend nicht anerkennen kann, so erscheint es ihm aus Billigkeitsgründen doch zulässig, wenigstens die Kosten der Straßenbeleuchtung zu übernehmen, und ersucht er demzufolge, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Kosten vom 1. April 1900 ab stadtseitig übernommen werden.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Kiefe berichtet, wird dem Antrage zugestimmt und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6¹/₂ Uhr.

1899|1900.

№ 12.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. März 1900.



Tagesordnung:

I. Aenderung der Gehaltsbestimmungen für Werkmeister etc.	Seite 240
II. Belegung eines Theiles des Fußweges der Kreuzstraße mit Platten. . .	" 241
III. Rückzahlung von Canalisationskosten für die Hujarenstraße	" 242
IV. Aenderung des Ortsbauplanes für die nordöstliche Außenstadt	" 243
V. Beschwerde wegen der verlängerten Kaiserstraße etc.	" 243
VI. Erwerb einer weiteren Fischereigerechtsame	" 245
VII. Aenderung des Statuts, betr. die Biersteuer	" 246
VIII. Aenderung des Ortsbauplanes der Salzdhumerstraße.	" 246
IX. Aenderung der Straßenbahnweiche an der Martinikirche etc.	" 246
X. Einrichtung einer neuen Classe an der höheren Mädchenschule	" 247
XI. Instandsetzung eines Theiles der Münzstraße	" 249
XII. Legung von Gas- und Wasserröhren in der Eichthalstraße	" 251
XIII. Antrag D u e s: Verlängerung der Weiche am Augustthore.	" 251

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götze, Meyer, Ramdohr und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Asmann, Lupprian, Meyerhoff, Rieß, Semler, Wollenweber und Wolters.

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet und geleitet.

I. Aenderung der Gehaltsbestimmungen für Werkmeister etc.

Die in die Abtheilung X der Gehaltsbestimmungen eingereihten Werkmeister und sonstigen technischen Unterbeamten gehen des den übrigen Beamten zu Gute kommenden Vortheils verlustig, daß sie das Höchstgehalt zwischen dem 52. bis 54. Jahre erreichen, weil dieselben in der Regel erst kurz vor oder nach ihrem Eintritt in die 30er Lebensjahre zur Anstellung gelangen und daß ihnen das Aufrücken in eine höher bezoldete Amtsstelle verschlossen bleibt. Diese Beamtengruppe wird somit durch die Neuordnung der Gehaltsverhältnisse nicht allein keine Verbesserung, vielmehr unter Umständen eine Verschlechterung und zwar von Erheblichkeit in dem Falle erfahren, wenn einem dieser Beamten eine Dienstwohnung überwiesen wird, die demnächst einschließlich Feuerung, Heizung, Beleuchtung etc. mit 400 M (statt wie bisher mit 300 M) in Anrechnung gebracht werden soll. Zur Beseitigung dieser Ungleichheit und da ohnehin tüchtige technische Hilfsbeamte erfahrungsgemäß gegen Gewährung des Mindestgehalts der Abtheilung X nicht zu haben sind, macht der Magistrat den Vorschlag, die Werkmeister und die sonstigen technischen Hilfsbeamten aus der Gehaltsabtheilung X auszuscheiden und in eine neue selbstständige Abtheilung aufzunehmen, deren Anfangsgehalt 1800 M betrage und alle 3 Jahre durch Zulagen von 200 M bis zum seitherigen Höchstgehalte von 3200 M steige. Um nun nicht dienstjüngere technische Hilfsbeamte, welche mit einem höheren als dem bisherigen Mindestgehalte angestellt worden sind, gegenüber älteren Kollegen noch weiter zu bevorzugen, ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß von der Auffassung ausgegangen werden soll, als seien auf sie die neuen Gehaltsbestimmungen i. Z. bereits vorweg in Anwendung gebracht.

Die Statutencommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht, der Vorlage zuzustimmen.

Auf Antrag des Herrn Fiedel wird die Berathung und Beschlußfassung über die Vorlage in die vertrauliche Sitzung überwiesen, nachdem Herr Bürgermeister Ketemeyer auf eine Anfrage des Herrn Rieke erklärt hatte, daß die Gascontroleure zu dieser Beamtengruppe nicht gehören.

II. Belegung eines Theiles des Fußweges der Kreuzstraße mit Platten.

Auf Empfehlung der städtischen Bauverwaltung legt der Magistrat ein Project zur Belegung des nördlichen Fußweges der Kreuzstraße zwischen der Goslarschen- und der Bürgerstraße mit Cementplatten zur Genehmigung vor und ersucht, die dafür erforderlichen Kosten von 1360 M zu bewilligen. Die Anlieger werden einen Kostenbeitrag von 9 M für 1 lfd. m zu leisten haben.

Wie Herr Bültemann berichtet, empfiehlt die Baucommission, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Ebeling muß es für sehr wünschenswerth halten, daß die Außenstraßen möglichst alle Plattenbelag erhalten. Da nun ein Theil der Anlieger der Kreuzstraße westlich von der Bürgerstraße sich schon bereit erklärt haben sollte, die antheiligen Kosten für Plattenbelag zu tragen, so würde es sich empfehlen, die Kreuzstraße bis zur Ringstraße mit Platten zu belegen und dieserhalb mit den Anliegern in Verhandlung zu treten. Wenn die Arbeit gleich in eins ausgeführt werde, verbilligen sich vielleicht die Generalunkosten noch eine Kleinigkeit.

Herr Rieke tritt diesen Ausführungen bei und giebt anheim, die Vorlage zu genehmigen, worauf sich die Anlieger wegen Ausdehnung des Plattenbelages event. bis zur Ringstraße an den Magistrat wenden könnten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte der Auffassung entgegentreten, als ob nur Platten gelegt werden könnten, wenn die Anlieger einen entsprechenden Antrag stellen. Das Recht der Plattenlegung sei Sache der städtischen Behörden, wenn auch immer so verfahren sei und auch in Zukunft verfahren werden sollte, daß der Belag nicht vom grünen Tische aus verfügt, sondern im Allgemeinen eine Anregung der Anlieger abgewartet werde. Ein Gesuch der betr. Anlieger der Kreuzstraße liege aber noch nicht vor. Die Generalunkosten würden sich durch eine gleichzeitige Legung der Platten auf der ganzen Strecke nicht vermindern lassen, auch würde nicht einmal eine einheitliche Berechnung der Kosten stattfinden können, weil die eine Seite der verlängerten Strecke schon mit Platten belegt sei. Wenn übrigens die Anlieger dieser Strecke ihren Wunsch dem Magistrate zu erkennen geben würden, liege kein Anlaß vor, demselben nicht Rechnung zu tragen.

Herr Müller will dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Magistrat sich mit den Anliegern der frequenteren außenstädtischen Straßen in Verbindung setze, um sie zu veranlassen, Anträge auf Legung von Platten, soweit solche noch nicht vorhanden seien, zu stellen. Man könne den Hausbesitzern, welche theilweise nicht auf Kosten gebettet seien, vielleicht auf Wunsch die Kosten etwas stunden.

Herr Hauswaldt möchte um Auskunft über die mit dem Mosaitpflaster gesammelten Erfahrungen bitten, welche Pflasterungsart seiner Auffassung nach zweckmäßiger und billiger sei, als der Plattenbelag.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Magistrat nicht der Ansicht sei, es müßten auf der Kreuzstraße durchaus Platten gelegt werden, sondern daß er Mosaitpflaster für dauerhafter als Plattenbelag halte. Anfangs gehe es sich auf dem Mosaitpflaster nicht so angenehm, wie auf Platten, aber bald bessere sich das. Wenn es gewünscht werde, könne Mosaitpflaster genommen werden, da die Kosten dieselben seien.

Herr Brückmann möchte das Augenmerk des Magistrates auf die Straße am Hohenthore lenken, deren Verhältnisse grenzenlos schlecht seien. Wenn es sich hier auch um eine staatliche Straße handle, so müßte es doch Mittel und Wege geben, die staatliche Behörde zu veranlassen, hier ihre Schuldigkeit zu thun.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann dazu bemerken, daß Verhandlungen wegen der Uebernahme der sämtlichen Thoravenüen eingeleitet seien und auch diese Straße dazu gehöre.

Darauf wird die Magistratsvorlage genehmigt.

III. Rückzahlung von Canalisationskosten für die Hujarenstraße.

Der Maurermeister Gröpler hat gebeten, ihm die für einen Abzugscanal in der letzten Strecke der Hujarenstraße verauslagten Kosten von 3094,96 M zurückzuzahlen. Da indeß erst fünf Häuser an jener Strecke erbaut und an den Canal angeschlossen sind, so kann dem Gesuche nach der Ansicht des Magistrates noch nicht in vollem Umfange entsprochen werden; es wird vielmehr empfohlen, dem Genannten jetzt nur 2494,96 M und den Rest von 600 M dann zurückzuzahlen, wenn der letzte noch unbebaute angrenzende Bauplatz bebaut und der Neubau canalsteuerpflichtig geworden sein wird.

Herr Hauswaldt empfiehlt, der Rückzahlung in dem beantragten Umfange zuzustimmen, da es sich hierbei um eine Sache der Gerechtigkeit und Billigkeit handle.

Herr Lange möchte bei dieser Gelegenheit den Magistrat fragen, ob es nicht angängig sei, daß bei besonders lebhaften Straßen die Canalarbeiten auch des Nachts mit ausgeführt werden. So z. B. dauern die Arbeiten in der sehr frequenten Sonnenstraße ungeheuerlich lange, während es in anderen Großstädten allgemein üblich sei, den Verkehr so wenig als möglich zu hemmen und solche Arbeiten sehr schnell fertigzustellen. Wenn man sich ansehe, mit welcher Gemüthlichkeit hier in der Sonnenstraße gearbeitet und die Arbeit in die Länge gezogen werde, so sei das unverständlich. Deshalb bitte er den Magistrat, dahin zu wirken, daß solche Arbeiten auch während der Nacht gefördert werden.

Herr Ribbentrop hat die Arbeiten in der Sonnenstraße verfolgt, kann aber nicht sagen, daß dort mit Behaglichkeit gearbeitet werde. Die Canalbauverwaltung thue ihr Möglichstes, um vorwärts zu kommen, wenn es auch mit der Einrichtung von Nachicolonnen schneller gehen würde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will bemerken, daß die städtische Bauverwaltung aufgefordert werden solle, sich gutachtlich über den Vorschlag des Herrn Lange zu äußern.

Die Magistratsvorlage wird sodann gutgeheißen.

IV. Aenderung des Ortsbauplanes für die nordöstliche Außenstadt.

Die Herren Meyer und Severin haben gegen die früher beschlossene Fortführung der Carlstraße — Seite 177 des Berichts — und die Anlegung zweier Querstraßen vor dem Damme der Bahnstrecke Braunschweig—Gifhorn Einsprache erhoben mit der Begründung, daß sich sonst ihre Grundstücke dort nicht vortheilhaft verwerthen lassen, indem sie auf allen Seiten von Straßen umgeben seien und dadurch unerschwingliche Straßenbaukosten entstehen würden. Der Magistrat beantragt, den letzteren Theil der Einsprache abzulehnen, dem ersteren Theile aber stattzugeben, also die Carlstraße auf ihrer Schlußstrecke zwischen den beiden letzten projectirten Straßen aufzuheben.

Wie Herr Bültmann berichtet, empfiehlt es sich, dem Magistratsantrage zuzustimmen, damit man den Bauunternehmern etwas entgegenkomme. Die Aufhebung des letzten Theiles der Carlstraße sei ganz unbedenklich, weil man dann vom Ende derselben ab auf der neu projectirten Querstraße nach beiden Seiten weiter kommen könne, während nach dem bisherigen Ortsbauplane die Carlstraße erst an dem Bahndamme auslaufe.

Nachdem Herr Bürgermeister Ketemeyer auf eine Anfrage des Herrn Sander noch eine genaue Erläuterung der vom Magistrate beantragten Aenderung des Ortsbauplanes gegeben hatte,

wird die Magistratsvorlage genehmigt.

V. Beschwerde wegen der verlängerten Kaiserstraße u.

Die Maurermeister Bannow & Schminke haben sich in einer Eingabe an die Versammlung darüber beschwert, daß die verlängerte Kaiserstraße sich in einem verfallenen Zustande befinde und dort dringend Abhilfe geschaffen werden müsse, weil es sonst nicht möglich sei, in jener Gegend Wohnungen zu vermieten.

Nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht giebt die Baucommission anheim, die Verathung und Beschlußfassung über die Beschwerde vorläufig auszusetzen, da eine Magistratsvorlage zur Regulirung der Verhältnisse an der Kaiserstraße unmittel-

bar bevorstehe, gleichzeitig aber den Magistrat zu eruchen, die provisorische Instandsetzung des Platzes recht schnell zu veranlassen, da der Zustand desselben unhaltbar sei. Der Platz liege in einem wüsten Zustande und habe nur an zwei Stellen noch den Rest eines Stacketes aufzuweisen, während der übrige Theil desselben verschwunden sei.

Herr Riese muß die Verhältnisse an dem Platz ebenfalls für abcheulich halten. Von dem Braufmeier'schen Grundstücke sei die Planke theilweise entfernt und dahinter seien Mist und Kehrriht aufgestapelt, während ein Theil des von der Stadt aufgestellten Stacketes noch 7 Latten zähle, darauf ein abjchüssiger Grund und zum Schluß noch einmal ein Stückchen Stacket folge. Dieser Anblick dürfte selbst für den größten Romantiker nichts Bezauberndes haben. Daher wolle er beantragen, daß dort städtischerseits eine mindestens 2½ m hohe Planke von gehobelten Brettern angebracht und auch der Bäckermeister Braufmeier angehalten werde, auf seinem Grundstücke Ordnung zu schaffen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann diese Klagen nur als begründet anerkennen. Es liege indessen nicht am Magistrate, daß dort noch keine Abhülfe geschaffen sei, wie die Versammlung demnächst aus den Acten entnehmen werde. Die Bekanntmachung wegen des Verkaufes des Platzes sei übrigens schon aufgesetzt und solle in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Jedenfalls empfehle es sich, dieses Mal den Platz zu verkaufen, selbst wenn wiederum ein niedriger Preis geboten werden sollte. Mit Rücksicht hierauf könne dort aber unmöglich jetzt noch eine Planke angebracht werden. Das frühere Stacket sei durchaus gut gewesen, jedoch sei eine Latte desselben nach der anderen verschwunden und würde es gar nichts helfen, wenn jetzt noch einmal ein Stacket dort errichtet werden sollte. Besser sei es, den Platz wegzugeben, dann höre die Wirthschaft auf. Aus diesem Grunde bitte er, von dem Antrage auf Anbringung eines Stacketes abzusehen.

Herr Riese hat die Beobachtung gemacht, daß in der dortigen Gegend eine eigenthümliche, rohheitslüsterne Jugend wohne, welche sich in einer Art bemerkbar mache, wie man sie sonst in der Stadt nicht finde. Wenn man die Gegend des Abends mit Frauen passire, so sprängen die Buben auf die Frauen los und versuchten, denselben den Mund aufzureißen, welchen Angriff auf seine Frau er neulich Abends sehr energisch zurückgewiesen habe. Es müsse eine ganz besondere Sorte von Wenichen sein, welche sich dort herumtreibe. Deshalb würde es sich empfehlen, wenn einige unserer vielen Polizeiergeanten, welche zu allen möglichen Dienstleistungen, wie neulich auch zum Verkauf von Pferden im Interesse des preussischen Staates, herangezogen würden, dort etwas aufpassen wollten. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß der Magistrat zugesagt habe, hier schnelligst Wandel zu schaffen, wolle er seinen Antrag vorläufig zurückziehen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Aussetzung der Beschlußfassung über die vorliegende Beschwerde beschlossen, der weitere Antrag der Commission auf provisorische Instandsetzung des Plazes aber abgelehnt.

VI. Erwerb einer weiteren Fischereigerechtame.

Während die Fischereigerechtame in der Oker von Eisenbüttel bis zum Münzberge der hiesigen Stadt zusteht, gehört dieselbe weiter unterhalb bis zur Einmündung der Schunter zum Cammergute. Um nun Entschädigungsforderungen zu vermeiden, hat der Magistrat die Herzogliche Cammer ersucht, der Stadt bei etwaiger Neuverpachtung dieser Fischerei ein Vorpachtungsrecht einzuräumen. Dieses Ersuchen ist abgelehnt, Herzogliche Cammer hat sich jedoch bereit erklärt, der hiesigen Stadt die fragliche Fischereigerechtame für 5000 M käuflich zu überlassen. Wenn nun auch nach dem bisherigen Pachtpreise von 50 M jährlich sich diese Kaufsumme nicht angemessen verzinsen würde, so stehe doch zu hoffen, daß mit Rücksicht auf die Hebung des Fischbestandes in der Oker bei der nächstjährigen Neuverpachtung ein wesentlich höherer Pachtpreis herauskommt und das Capital sich mäßig verzinsen wird. Der Magistrat hält es deshalb für zweckmäßig, das Angebot der Herzoglichen Cammer anzunehmen und ersucht, dem stadtseitigen Erwerbe der fraglichen Gerechtame gegen Zahlung von 5000 M zuzustimmen.

Die Statutencommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Wolff, den Antrag gutzuheißen, da die fragliche Gerechtame nach der Mittheilung des Magistratsreferenten nicht billiger zu haben sei.

Auf die Anfrage des Herrn Sander, ob der Pächter der Fischerei nicht nach Anlauf der Gerechtame mit seinen Beschwerden wieder kommen werde, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß hierauf in den Pachtbedingungen Rücksicht genommen werden solle.

Herr Hauswaldt ist der Ansicht, daß die Stadt sich in einer Zwangslage befinde und die Gerechtame erwerben müsse, wenn sie nicht großen Schaden nehmen wolle. Dem Vernehmen nach werde der Pachtpreis erheblich in die Höhe gehen und habe sich bei ihm schon ein Pächter gemeldet, der auf jede Entschädigung bei etwaiger Benachtheiligung der Fischerei durch die Einlassung von Schmutzwässern verzichten wolle.

Herr Blasius kann ebenfalls nur rathen, den Erwerb zu genehmigen, da die Stadt dadurch manchen Unannehmlichkeiten aus dem Wege gehe und der Pachtpreis sich bei der fortwährenden Hebung des Fischbestandes schon steigern werde.

Herr Nolte fragt an, ob der Magistrat meine, daß sich der Pachtpreis heben werde, auch wenn dem Pächter alle Entschädigungsansprüche aus einer etwaigen Verunreinigung der Oker durch Abwässer vertraglich abgeprochen würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß diese Erfahrung auch bei der städtischen Fischerei gemacht worden sei.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

VII. Aenderung des Statuts, betr. die Biersteuer.

Das Statut, die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier betreffend, ist vom Herzogl. Staatsministerium mit der Maßgabe genehmigt worden, daß an Stelle des Schluffsatzes vom §. 7 gesagt wird: „Während der Nachtzeit ist die Biereinfuhr von Außen in die Stadt nur zulässig, a. wenn sie mittels der dem öffentlichen Verkehre dienenden Eisenbahnen erfolgt: b. wenn vorher eine schriftliche Erlaubniß vom Magistrate dazu erteilt worden ist, unter den darin festgesetzten Bedingungen“. Außerdem sei noch zu bestimmen, welche Zeit als Nachtzeit anzusehen sei. Der Magistrat ersucht, sich mit der Aenderung einverstanden zu erklären und als Nachtzeit die Zeit von 8 Uhr Abends bis (in den Monaten October bis Februar) 8 Uhr Morgens bzw. (in den Monaten März bis September) 6 Uhr Morgens anzusehen.

Auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VIII. Aenderung des Ortsbauplanes der Salzdahlumerstraße.

Auf Antrag der städt. Bauverwaltung ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Salzdahlumerstraße auf der Strecke zwischen Friedrich- und Elmstraße allgemein auf eine Breite von 13,7 m festgelegt und die Fluchtlinie auf der Westseite der Salzdahlumerstraße entsprechend geändert werde,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, zustimmt.

IX. Aenderung der Straßenbahnweiche an der Martinikirche zc.

Bei näherer technischer Prüfung des von der Versammlung früher genehmigten Projectes der Weichenverlängerung von der Martinikirche über den Altstadtmarkt hinaus bis zum Anfang der Gördeningerstraße in Bezug auf die Stromzuführungsdrähte stellte sich heraus, daß diese Abspannung der Oberleitung kaum durchführbar ist. Im Hinblick auf die Erfahrung, welche an dieser Stelle schon einmal gemacht wurde, hegt die Straßeneisenbahn-Gesellschaft Bedenken, die Rosetten an den Häusern der Ostseite des Platzes durch die Doppelleitung noch mehr zu belasten. Auch läßt

sich der Kreuzungspunkt des betr. Gleises mit der Desper Linie und dem Endpunkte der Weiche nicht abspannen, weil die Besitzer der „Sieben Thürme“ und des nördlichen Nachbarhauses die Erlaubniß zur Anbringung von Kasetten verweigern. Die Straßenbahnverwaltung bittet deshalb, sie von der Verlängerung der Weiche nach dem Vorschlage des Stadtbauamtes zu entbinden und die Ausführung nach ihrem ersten Vorschlage zu gestatten, welchem Antrage zuzustimmen der Magistrat anheimgiebt.

Außerdem erklärt sich die Straßeneisenbahn-Gesellschaft bereit, die in einer früheren Sitzung von ihr geforderte Ausstattung der Masten auf dem Altstadtmarkte nach den Wünschen der städtischen Behörden sofort zu erledigen, sobald ihr mitgetheilt werde, in welcher Weise man diese Ausstattung wünsche. Die Gesellschaft will auch darauf aufmerksam machen, daß sie eine Beleuchtung des Altstadtmarktes mittels Nernst'schen Lichtes für zweckmäßig halte und deshalb bittet, hiermit so lange zu warten, bis die Nernst'schen Lampen in den Verkauf gekommen sind. Dem Ersuchen des Magistrates, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Entscheidung über die Ausgestaltung der Masten zc. einstweilen ausgesetzt werde,

stimmt die Versammlung, ebenso wie dem ersteren Antrage des Magistrates auf Aenderung der Weichenverhältnisse am Altstadtmarkte, entsprechend dem Antrage der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, zu.

X. Einrichtung einer neuen Classe an der höheren Mädchenschule.

Die Anmeldung von Schülerinnen zur untersten Klasse der höheren städtischen Mädchenschule erfolgte Ostern v. Js. in so erheblicher Zahl (62), daß damals eine Parallelklasse der untersten Klasse des Ostercursus eingerichtet wurde. In diesem Jahre ist die Anmeldung nicht geringer und wird daneben die 9. Klasse des Ostercursus so besucht, daß darin die versetzungsfähigen Kinder der 10. Klasse nicht Platz finden, weshalb auch die Einrichtung einer Parallelklasse der 9. Klasse des Ostercursus nothwendig wird. Trotz dieses Zudranges braucht indessen nach der Ansicht des Magistrates noch nicht daran gedacht zu werden, daß mit der Einrichtung der beiden neuen Parallelklassen der Anfang zur Errichtung einer neuen höheren Mädchenschule gemacht werde, da sich noch nicht übersehen lasse, ob der Zudrang künftig, insbesondere dann, wenn das Schulgeld erhöht werden sollte, ein gleich starker bleiben werde. Man muß dabei auch mit der Möglichkeit rechnen, daß die betreffenden Parallelklassen des Ostercursus nur in den unteren Stufen, etwa bis zur 4. Klasse einschließlich, auf die Dauer erforderlich sein werden, da die oberen Klassen weniger stark besucht zu werden pflegen. Es handelt sich deshalb für jetzt nur darum, eine fernere Klasse mit einer Lehrkraft einzurichten und die Unterbringung derselben im alten

Stadtcassengebäude zu genehmigen, sowie die erforderlichen Kosten von 150 M zu bewilligen, welchen Antrag der Magistrat damit stellt.

Wie Herr Blasius berichtet, schlägt die Schulcommission vor, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt möchte wissen, auf welchen Erfahrungen die Annahme beruhe, daß die dritten Parallellassen nur bis zur 4. Classe nothwendig sein würden. Seines Wissens sei der Besuch der Schule bis zur 2. Classe immer ziemlich stabil gewesen.

Herr Blasius erwidert, daß nach der Mittheilung des Magistratsvertreters der jetzige Director der höheren Mädchenschule diese Ansicht habe.

Herr Hauswaldt kann diese Auffassung nicht verstehen, da die Schule, soviel ihm bekannt geworden, stets gleichmäßig bis oben hinauf besucht gewesen sei, so daß sich annehmen lasse, sie werde sich mit den beiden neuen Parallellassen zu einer dritten Schule auswachsen. Deshalb dürfe man aber auch den Bau einer neuen Schule nicht gar zu weit von der Hand weisen. Das Schulgeld noch weiter zu erhöhen, halte er für bedenklich, zumal da die Stadt im vorigen Finanzjahre gerade bei dieser Schule den geringsten Zuschuß pro Kind geleistet habe.

Herr Blasius will dazu bemerken, daß diese Sachen auch von der Schulcommission eingehend besprochen seien und man den Magistratsvertreter gebeten habe, die Frage eines Schulneubaues im Auge zu behalten. Es liege indeß keine Veranlassung vor, hierüber schon jetzt zu debattiren.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte darauf hinweisen, daß der Leiter der Schule nur die Möglichkeit zugegeben habe, es würden für die Unterstufe der Schule drei Parallellassen nothwendig werden, während in den Oberclassen die drei Schulen in deren zwei zusammen auslaufen könnten. Auf den Neubau einer Schule schon jetzt Bedacht zu nehmen, erscheine ihm nicht nöthig, da in der vorige Ostern neu eingerichteten dritten Parallellasse nur etwa 20 Kinder untergebracht seien und auch die jetzt beantragte neue Classe nicht mehr Kinder aufzunehmen brauche. Diese Classen ließen sich vielleicht an anderer Stelle unterbringen, oder man miethe ein Haus zu diesem Zwecke, aber ein Neubau sei deshalb noch nicht ins Auge zu fassen.

Herr Nolte will erwähnen, daß auch in allen anderen höheren Schulen der Besuch nach Oben zu etwas geringer werde, so daß man es hier durchaus nicht mit einer befremdenden Erscheinung zu thun habe. Im Uebrigen werde sich ohne einen Schulneubau vorläufig noch recht gut auskommen lassen.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

XI. Instandsetzung eines Theiles der Münzstraße.

Mit Rücksicht darauf, daß die Straßenbahn die in der Münzstraße liegenden Haarmann-Schienen durch Phönix-Schienen ersetzen lassen wollte, hielt es der Magistrat für geboten, die Asphaltirung der Jahrbahn in der Münzstraße bei dieser Gelegenheit ins Werk zu setzen. Da indessen die Kosten der Asphaltirung der ganzen Straße zu 89000 M veranschlagt wurden, das Herzogl. Staatsministerium sich auch nicht bereit finden ließ, hierzu einen entsprechenden Zuschuß zu bewilligen, so empfiehlt der Magistrat, die Asphaltirung auf die Strecken zwischen der vorhandenen Asphaltbahn und der südlichen Grenze des Justizgebäudes zu beschränken, um hierdurch eine ruhigere Verhandlung in dem Justizgebäude und dem Polizeigebäude zu ermöglichen. Herzogl. Staatsministerium hat sich bereit erklärt, zu den auf 14864 M veranschlagten Kosten einen Zuschuß von 7500 M zu bewilligen. Die Versammlung wird ersucht, den Magistrat zu ermächtigen, gegen Ueberweisung des staatsseitigen Zuschusses von 7500 M die oben erwähnte Theilfläche der Jahrbahn der Münzstraße bezw. des angrenzenden Wilhelmsplatzes asphaltiren und dabei die Hydranten und Schachtaanschlüsse auswechseln zu lassen. Außerdem wird ersucht, noch 1421,30 M für Auswechselung der in der Straßenstrecke liegenden Gas- und Wasserrohre zu verwilligen.

Herr Seele hat die Vorlage geprüft und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr Buchler kann die Asphaltirung der Straßenzüge um das Rathhaus herum nur für gerechtfertigt halten, da man bei der ruhigen Lage des alten Stadthauses den Lärm um das Rathhaus herum recht empfindlich hätte fühlen müssen. Anders liege die Sache bei dem Justiz- und dem Polizeigebäude, wo man den Lärm schon gewohnt geworden sei und hier die Asphaltirung nicht so nöthig erscheine. Wenn man erst stückweise anfangen, die Straßen der Stadt zu asphaltiren, so gerathe man bald in eine Art Seeeschlange, indem jeder Einwohner den Anspruch auf Asphaltirung erhebe. Die Asphaltirung des vollständig verkehrslosen Wilhelmsplatzes halte er z. B. für ganz überflüssig. So lange man sich nicht entschließe, die ganzen Straßen der Stadt zu asphaltiren, möge man diese Versuche, welche nur Unzufriedenheit erregen, unterlassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann diesen Standpunkt nicht theilen. Der Vorredner habe vielleicht noch nicht empfunden, wie man unter dem Straßengeräusche zu leiden habe, wenn man an einer verkehrsreichen Straße wohne oder sein Bureau habe. Herrn Buchler könne er nur insofern Recht geben, daß der Wunsch nach Asphaltirung der Straßen desto lebhafter von der Bürgererschaft werde empfunden werden, je mehr man damit stadtseitig vorgehe. Die Stadt würde übrigens gern

bereit sein, noch mehr Straßen zu asphaltiren, wenn ihr andere Anlieger ebenso entgegenkommen wollten, wie der Staat. Eine Asphaltirung des Wilhelmsplatzes sei nur insoweit geplant, als es sich um die Verbindung der schon jetzt asphaltirten Strecke am Rathhause mit der zu asphaltirenden Strecke vor dem Justizgebäude handle.

Nach einigen erläuternden Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Seele

führt Herr Meyerhoff aus, daß mit der Asphaltirung der städtischen Straßen unbedingt fortgefahren werden müsse, weil sich das von Jahr zu Jahr steigende Straßengeräusch an den lebhafteren Straßen kaum noch ertragen lasse. Herrn Buchler empfehle er, sich einmal eine Viertelstunde am Fenster seiner Wohnung am Bohlwege niederzulassen, wenn der städtische „Artilleriepark“ die Straße passire, dann würde derselbe wohl eine andere Meinung über den Werth geräuschlosen Pflasters erhalten. Bei dieser Gelegenheit möchte er auch dem Wunsche Ausdruck geben, einmal eine andere Stadtgegend mit diesem Geräusche zu beglücken, denn das Getöse der Donnerwagen auf dem jetzigen Pflaster des Bohlweges könne selbst Derjenige auf die Dauer nicht ertragen, welcher Geräusch gewohnt sei. Die Anlieger des Bohlweges würden deshalb bald mit der bescheidenen Forderung kommen, sie entweder von diesen Donnerwagen zu befreien, oder den Bohlweg mit Asphalt zu belegen. In Berlin sei zahlenmäßig nachgewiesen, daß das Asphaltpflaster namentlich gegenüber dem guten Kopfsteinpflaster — welches es hier gar nicht gebe (Widerpruch) — mit der Zeit das billigste Pflaster werde. Zu gutem Kopfsteinpflaster dürften nur von allen Seiten bearbeitete Steine verwendet werden, welche auf Betongrund zu liegen kommen und deren Fugen dann ausgegossen werden. Von solchem Pflaster könne man hier nicht reden.

Herr Blasius schließt sich dieser Ansicht an. Wenn Herr Buchler meine, solches Geräusch müßte ertragen werden, so sei das eine sehr gefährliche Aeußerung, denn durch ärztliche Beobachtung sei festgestellt, daß manche Nervenkrankheiten, namentlich die Neurasthenie in den großen Städten wesentlich mit hervorgerufen werde durch den betäubenden, ohrenzerreißenden Straßenlärm, welchem die Bewohner derselben dauernd ausgesetzt seien. Deshalb müßten Mittel geschaffen werden, um diesen Lärm fortzubringen und werde man hoffentlich dahin kommen, daß die großen Verkehrsadern der Stadt nach und nach mit Asphaltpflaster verziehen werden. Er bitte um Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Rieke ist ebenfalls der Meinung, daß mit dem Asphaltpflaster hier erst der Anfang gemacht sei und damit fortgefahren werden müsse. Das Land Braunschweig habe auch so viel Asphalt, daß dessen Beschaffung nicht allzu kostspielig sein

könne. Ueberhaupt sei das Asphaltpflaster das billigste Pflaster. In Berlin habe er auf der Lindenstraße gesehen, wie man Morgens 6 Uhr angefangen habe, eine größere Straßenstrecke zu asphaltiren und wie Nachmittags 2 Uhr schon die schweren Lastwagen darüber gefahren seien. So weit sei man hier noch nicht und müßten die hiesigen Unternehmer noch lernen. Das Koppflaster in Berlin lasse sich allerdings mit dem hiesigen gar nicht vergleichen und halte auch erheblich länger, als das hiesige Pflaster. Da man nun einmal das Material zum Asphaltiren im Lande habe, so solle man das Asphaltpflaster immer mehr auszudehnen suchen.

Hierauf wird die Magistratsvorlage angenommen.

XII. Legung von Gas- und Wasserröhren in der Eichthalstraße.

Die Direction der städt. Licht- und Wasserwerke hält es für zweckmäßig, die Weiterführung der Gas- und Wasserrohrstränge auf der Eichthalstraße entlang zum Anschluß an die Hauptröhren auf der Cellerstraße vorzunehmen und ersucht, die hierdurch entstehenden Kosten von zusammen 3817 M zu verwilligen. Dem Antrage des Magistrates, der Verwilligung stattzugeben,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Seele die Vorlage befürwortet hatte.

XIII. Antrag Bues: Verlängerung der Weiche am Augustthore.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Straßenbahngesellschaft zu veranlassen, daß dieselbe die Weiche vor Hollandt's Garten bis zur Augustthorbrücke verlängert“.

Zur Begründung führt Herr Bues aus, daß es mit Rücksicht auf die Kürze der Weiche vor Hollandt's Garten nicht möglich sei, einen Motorwagen nebst Anhängewagen über diese Weiche hinaus bis zum Augustthore zu befördern und daher bei starkem Verkehre auf der Krankenhauslinie schon in der Weiche die Passagiere des Anhängewagens umsteigen und den Weg bis zum Augustthore zu Fuß zurücklegen müßten. Das sei aber für alte und schwächliche Personen, namentlich bei schlechtem Wetter, sehr unangenehm. Er bitte deshalb, seinem Antrage zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Metemeyer hält es für dringend geboten, den Antrag zunächst in einer Commission vorberathen zu lassen, da schon seit 1½ Jahren Verhandlungen darüber gepflogen seien.

Herr Meyerhoff möchte empfehlen, den Weichenstrang an Hollandt's Garten entlang ganz zu beseitigen und denselben auf die Straße vor dem städtischen Bau-
plaz und Danne's Hôtel zu legen, weil diese Straße breiter sei und auch nicht so
stark befahren werde.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung
überwiesen
und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 5³/₄ Uhr.
